20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 17. Sitzung
- endgültiges Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 5. Dezember 2024, 10.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.800
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Stefan Heck, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

Achim Zerres **11**
Bundesnetzagentur
(Beweisbeschluss Z-246)

T[redacted] R[redacted] **59**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-43)

Dr. Kathrin Thomaschki **90**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-308)

Thorsten Falk **105**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-63)

Jan-Kristof Wellershoff **140**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-48)

Nur zur dienstlichen Verwendung

_____

* Hinweis: Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet. Die Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki hatte keine Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
SPD	Martens, Zanda, Dr. Mesarosch, Robin	
CDU/CSU	Heck, Stefan, Dr. König, Anne Lenz, Andreas, Dr.	Gramling, Fabian Wiener, Klaus, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Benner, Lukas Notz, Konstantin von, Dr.	Herrmann, Bernhard
FDP	Grünke, Julian Schäffler, Frank	
AfD	Bleck, Andreas	Kaufmann, Michael, Prof. Dr.

* Vgl. Anwesenheitsliste.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.32 Uhr)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können fortfahren. Ich trete in die Beweisaufnahmesitzung ein.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich begrüße insbesondere die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Vertreter der Presse sowie die Vertreter der Bundesregierung. Vom Bundesrat ist heute keiner da.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, einige Vorbemerkungen: Ton- und Bildaufnahmen sind während der Sitzung nicht zulässig. Zuwiderhandlungen können mit einem Sitzungsausschluss bestraft werden und können auch zu einem Hausverbot oder strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. In der folgenden Vernehmung werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt, dies bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen aufgehoben wäre. Ich gehe davon aus, dass dem bei der öffentlichen Berichterstattung über unsere Sitzung Rechnung getragen wird.

Nach diesen Hinweisen rufe ich unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** für heute auf:

Zeugenvernehmung

Achim Zerres
Bundesnetzagentur
(Beweisbeschluss Z-246)

T[redacted] R[redacted]
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-43)

Dr. Kathrin Thomaschki
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-308)

Thorsten Falk
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-63)

Jan-Kristof Wellershoff
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-48)

Vernehmung des Zeugen Achim Zerres

Unser erster Zeuge, Herr Zerres, hat bereits Platz genommen. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie dem Ausschuss heute zur Verfügung stehen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Frau [redacted], Platz genommen. Auch Sie darf ich herzlich bei uns begrüßen.

Wie Sie sicherlich wissen, Frau [redacted], steht Ihnen kein eigenes Rede- oder Fragerecht zu. Sie dürfen dem Zeugen keine inhaltlichen Hinweise geben, sondern ihn nur in verfahrensrechtlichen Fragen beraten. Sie können hierfür um eine kurze Unterbrechung bitten. Für uns ist wichtig, dass während der Befragung nur das fragenstellende Mitglied des Ausschusses und der Zeuge das Wort haben.

Ich bin, Herr Zerres, zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären:

Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss müssen Sie die Wahrheit sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuchs strafbar machen. Eine solche uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine

Nur zur dienstlichen Verwendung

Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Sie dürfen allerdings auf bestimmte Fragen die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt geworden sind.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung dieser Sitzung zu erleichtern. Die Tonaufnahme wird nach der Protokollierung gelöscht. Das Protokoll erhalten Sie vor der Fertigstellung zugesandt. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten und in das Mikrofon sprechen. Vielleicht ziehen Sie es sogar noch ein Stückchen weiter zu sich, wenn Sie gleich antworten.

Ich darf die Kolleginnen und Kollegen noch mal darauf hinweisen, unbedingt die MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen, damit es besser nachvollziehbar ist.

Sollten Sie, Herr Zerres, während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie Dinge hier vortragen müssen, die als VS-Vertraulich oder höher eingestuft sind, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Dann würden wir die Öffentlichkeit ausschließen und einen entsprechenden Geheimhaltungsgrad beschließen.

Haben Sie bis hierhin Fragen?

Zeuge Achim Zerres: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Ich will dann noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung zu erläutern.

Dieser Untersuchungsausschuss soll sich mit den Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung zur Anpassung der nationalen Energieversorgung und Energiepolitik an die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte Versorgungslage befassen. Er soll sich ein Gesamtbild von den Entscheidungsprozessen sowie deren Kommunikation an den Bundestag und an die Öffentlichkeit verschaffen. Das gilt insbesondere, aber nicht nur für die Entscheidung über einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Es soll untersucht werden, welche Informationen den Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, welche nationalen und internationalen Stellen in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden und ob die Einbeziehung weiterer Informationen oder Stellen gegebenenfalls sachgerecht gewesen wäre.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und endet mit der Einsetzung dieses Gremiums durch den Deutschen Bundestag am 4. Juli 2024.

Die Vernehmung wird sich wie folgt gestalten: Ich muss Sie zunächst zu Ihrer Person befragen. Dann haben Sie die Gelegenheit, wenn Sie das wünschen, im Gesamtzusammenhang das darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Im Anschluss werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Das kann einige Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Sie eine Unterbrechung wünschen, geben Sie uns bitte einen Hinweis. - Haben Sie zum Ablauf Fragen?

Zeuge Achim Zerres: Nein, so weit alles klar.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann will ich Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort - ohne genaue Anschrift - nennen.

Zeuge Achim Zerres: Also, mein Name ist Achim Zerres. Ich bin 64 Jahre alt, von der Ausbildung her Jurist und leite in der Bundesnetzagentur die Abteilung „Energieregulierung“. Mein Wohnsitz ist Bonn.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wenn Sie wünschen, können Sie jetzt im Zusammenhang vortragen. Ansonsten würden wir mit der Befragung direkt beginnen.

Zeuge Achim Zerres: Nein, ich habe jetzt keine Erklärung oder Ähnliches vorbereitet.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay, prima. Das ist gar kein Problem. Dann beginnen wir direkt mit der Befragung. - Als Erstes hat die SPD-Fraktion das Wort. Herr Blankenburg.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank, Herr Zerres. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sie waren ja im gesamten Untersuchungszeitraum Abteilungsleiter der Abteilung 6 in der Bundesnetzagentur und damit zuständig für die Energieregulierung; haben Sie eben gerade auch schon gesagt. Können Sie uns einmal den Aufgabenbereich der Abteilung 6 beschreiben?

Zeuge Achim Zerres: Der besteht zum einen darin, die gesetzlich vorgesehenen Entscheidungen der Bundesnetzagentur, die durch die Beschlusskammern erfolgen, vorzubereiten. Die Beschlusskammern sind im Grunde für alle regulatorischen Einzelfallentscheidungen zuständig und benötigen dafür vielerlei Zuarbeit: Datenbeschaffung, Prüfung von Unterlagen der Netzbetreiber, Durchführung von Effizienzvergleichen und Ähnliches.

Daneben hat die Abteilung eigene Aufgaben. Dazu gehört beispielsweise die Erstellung von Entwicklungsplänen sowohl im Strombereich als auch im Gasbereich und jetzt neuerdings im Wasserstoffbereich. Dazu gehört die regelmäßige Analyse der Versorgungssicherheit mit Strom und Gas, die Analyse, welche Form von Reservekraftwerken man braucht, die Festlegung, ob ein zur Stilllegung anstehendes Kraftwerk aus Gründen der Systemstabilität an der Stilllegung gehindert werden darf. Wir führen diverse Ausschreibungsverfahren durch nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, nach dem EEG, nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz. Wir betreuen bestimmte Beschaffungsverfahren der Übertragungsnetzbetreiber, und wir sind zuständig, ich sage mal, für die Zuarbeit ans Präsidium, was energiewirtschaftliche, netzwirtschaftliche Grundsatzfragen anbelangt, und für die Kommunikation mit dem Gesetzgeber und den gesetzesvorbereitenden Stellen in den Bundesministerien.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank. Daraus erschließt sich, mir zumindest, auch noch mal so ein grobes Bild, was tatsächlich bei Ihnen liegt und was sicherlich auch - die ganzen Punkte sind ja auch im Rahmen unseres Untersuchungszeitraums relevant gewesen - bei Ihnen los gewesen sein muss, gerade zu Beginn des Untersuchungszeitraums.

Ich würde gern einmal tiefer in die Akten gehen, und ich muss Ihnen gleich so eine lange MAT-Nummer vorlesen; das ist nur, damit alle wissen, worüber wir reden. Denn aus den Akten, genauer gesagt unter MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 84 -das kann ich Ihnen gerne gleich auch noch mal vorlegen -, ergibt sich, dass Frau Dr. A[redacted] Informationen über den zweiten Stresstest direkt an die Vizepräsidentin und den Präsidenten der Bundesnetzagentur leitete. Ihr Unterabteilungsleiter und Sie bekamen keine genauen inhaltlichen Informationen. Wieso wurden die Informationen über den zweiten Stresstest nicht mit der Abteilungsleitungsebene geteilt, sondern nur mit der Präsidialebene?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Achim Zerres: Ich lese mir das mal kurz durch. - Also, das kann ich jetzt nicht ganz sicher einordnen. Es kann sein, dass das deswegen erfolgte, weil die Frau Vizepräsidentin das zur Vorbereitung eines Vortrags benötigte, und dann werden solche Nachfragen schon mal auf dem kurzen Dienstweg beantwortet. Es ist aber auch möglich, dass das zu diesem Zeitpunkt noch der vonseiten des Bundeswirtschaftsministeriums gewünschten strikten Beschränkung des Kreises der an diesem Stresstest Mitarbeitenden als Informationsträger geschuldet war. Also, diese ganze Diskussion rund um ersten und zweiten Stresstest war von der Sorge aus dem BMWK geprägt, dass

während des laufenden Entscheidungs- und Findungsprozesses Dinge nach außen dringen könnten. Und in dieser Sorge hat man darauf gedrungen, dass vielerlei Dinge nur die tatsächlich Bearbeitenden erfahren sollten, einfach um den Kreis der Wissenden möglichst klein zu halten.

Jakob Blankenburg (SPD): Alles klar. Vielen Dank. Das ergibt ja auch durchaus Sinn. - Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verstärkte sich dann ja auch die Diskussion hinsichtlich einer Möglichkeit der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Können Sie einmal darstellen, wie Sie die Diskussion ab dem 24.04. in der Bundesnetzagentur wahrgenommen haben? Also, hielten Sie eine Laufzeitverlängerung für sinnvoll?

Zeuge Achim Zerres: Sie meinen den 24.02., ja?

Jakob Blankenburg (SPD): Februar meine ich.

Zeuge Achim Zerres: Ja, das war eine Diskussion, die, ich sage mal, durch ständig wechselnde Einschätzungen geprägt war, die am Anfang sicher geprägt war von, ich nenne es mal, überschäumender Besorgnis, die dann immer wieder geprägt worden ist davon, dass sich neue politische Entwicklungen ergaben. Die Russen haben uns quasi mit ihrer Gasliefertaktik vor immer neue Aufgaben gestellt und haben dann wahrscheinlich - man kann darüber nur spekulieren; so habe ich es jedenfalls wahrgenommen - auch immer bewusst wiederum die Preise an den Gasgroßhandelsmärkten hochgetrieben. Man hatte also nie ein klares Bild, wie viel Gas man wirklich zur Verfügung haben würde. Sie war gleichzeitig geprägt davon, dass erst allmählich auch deutlich wurde, dass wir gleichzeitig auch abhängig sind von russischen Kohlelieferungen, von russischen Brennstablieferungen. Und zwischendurch haben sich natürlich auch immer wieder Veränderungen ergeben durch langsam greifende Gegenmaßnahmen.

Nach den ersten Überraschungen hat man sehr schnell dafür Sorge getragen, dass die Gaslieferungen von Russland auf andere Herkunftsländer verlagert wurden. Das hat, jedenfalls bei mir, dann auch immer wieder eine Änderung der Einschätzung der Situation herbeigeführt. Man hat Kohlekraftwerke wieder in den Markt zurückgenommen. Auch das hat die Meinungsbildung permanent beeinflusst. Es war nicht so, dass man von Anfang an eine klare Einschätzung hatte, sondern man begann, sich allmählich an die Frage heranzutasten.

Jakob Blankenburg (SPD): Das merkt man ja auch, dass immer wieder Abstimmungen stattgefunden haben direkt von Beginn und dann auch fortlaufend; das haben wir ja mit unterschiedlichen Akteuren auch schon in diesem Untersuchungsausschuss besprochen. Aber man hat ja auch relativ schnell angefangen, dadrüber zu sprechen. Am 28.02. gab es einen Termin zwischen Staatssekretär Graichen und den Geschäftsführern der Übertragungsnetzbetreiber. Und soweit sich aus den E-Mails einsehen lässt, war die Bundesnetzagentur nicht an diesen Treffen beteiligt, richtig?

Zeuge Achim Zerres: Richtig, da waren wir nicht involviert.

Jakob Blankenburg (SPD): Wissen Sie, warum das BMWK Sie nicht eingebunden hat?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Jakob Blankenburg (SPD): Und ist das normal, dass das BMWK auch ohne Sie den Kontakt zu den ÜNB sucht?

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Jakob Blankenburg (SPD): Okay. - Aus dem Referat 626 wurde Ihnen dann von diesem Treffen berichtet. Und in diesem Bericht heißt es dann, dass die ÜNB über das Wochenende eine - in Anführungszeichen - „Schnellrechnung“ zu Erzeugungsadäquanzfragen gemacht hätten. Sie antworten darauf in einer E-Mail vom 01.03.22 - das findet sich auf MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 5 bis 6 -, und da zitiere ich Sie:

> „a) „Schnellrechnung in Erzeugungsadäquanzfragen“ Es sollte mich wundern, wenn das eine

Nur zur dienstlichen Verwendung

> Rechnung wäre. Das dürfte die alte Welt sein, die die auch im NEP noch vor sich her tragen. Bitte die ÜNB im Beisein des BMWK drauf ansprechen, was die da wirklich gemacht haben. Drauf festnageln, dass die ÜNB tatsächlich auch die gleichen Ansätze und Methoden wie das BMWK und wie wir im VS-Monitoring machen. Sonst ist das alles nichts wert und produziert inhaltliche Widersprüche …“

Könnten Sie einmal erläutern, was denn diese „alte Welt“ ist, die die im NEP vor sich hertragen?

Zeuge Achim Zerres: Das ist eine sehr vereinfachte Herangehensweise, wie man Versorgungssicherheit abschätzt. Da nimmt man einfach die vorhandenen Erzeugungskapazitäten und spiegelt die an der erwarteten Jahreshöchstlast. Dann fängt man an, einzelne Erzeugungskapazitäten da willkürlich rauszustreichen. Man fängt einfach an und sagt: Ich gehe mal davon aus, davon sind 20 Prozent nicht verfügbar oder 10 Prozent nicht verfügbar. - Dafür gab es keine methodisch gesicherte Vorgehensweise. Dann nimmt man Erzeugungskapazitäten raus, weil sie nicht für die Deckung des Strombedarfs zur Verfügung stehen, sondern für Regelenergie gebraucht werden. Auf diese Art und Weise rechnet man die vorhandenen Erzeugungskapazitäten runter und schaut dann, ob die dabei eingepreisten Risiken noch reichen würden, um die angenommene Jahreshöchstlast zu decken. Das kann man relativ simpel machen; das geht sehr zügig.

Das ist aber nicht State of the Art, wie das heute tatsächlich gemacht wird. Das haben die ÜNB auch längst über Bord geworfen. Aber die neue Art und Weise, wie man das berechnet - da muss man eben wirklich sehr lange Rechnungen machen -, das kriegt man eben nicht innerhalb von ein paar Stunden mittels „ein paar Zahlen rausstreichen“ hin, sondern nach neuerer Methode muss man dann eine sehr aufwendige Marktsimulation durchführen und schaut sich dann an: Was hat man denn tatsächlich für Kapazitäten? In welchem Umfang? Bei welchen Preisen steigen die ein? Wie reagiert der Markt auf Ausfälle? Schaltet der Markt dann neue Dinge zu? Reagiert der Markt auf die daraus sich ergebenden Preise mit entsprechender Nachfragereduzierung? Besorgt sich der Markt zusätzliche Erzeugung durch Importe aus dem Ausland?

Das wird - auch immer in Abhängigkeit dann mit dem Wetter - - um dann einzupreisen: Wie viel habe ich zu welchen Zeiten denn voraussichtlich, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit - oder mit der Simulation der entsprechenden Wetterjahre, um es genauer zu sagen - an Kapazitäten zur Verfügung? Und deckt das dann unter Berücksichtigung all dieser sich permanent voneinander abhängig ändernden Vorgaben meine Nachfrage, wie sie sich unter Berücksichtigung des Preisniveaus voraussichtlich ergeben wird? Wenn man das alles lege artis macht, braucht man erhebliche Zeit. Die Programme werden ausgefeilter. Ich hätte im Jahre 22 geschätzt, dafür braucht man drei Monate. Heute braucht man vielleicht noch vier Wochen dafür.

Jakob Blankenburg (SPD): Aber kein Wochenende?

Zeuge Achim Zerres: Nee, also das beim besten Willen nicht.

Jakob Blankenburg (SPD): Sie haben dann am 04.03. über den Präsidenten Müller den Arbeitsauftrag vom Bundesminister Habeck bekommen, bestimmte Szenarien der Auswirkungen von fehlender Steinkohlelieferung aus Russland auf die Stromversorgung und auf die Netzstabilität zu berechnen. Und Sie fragten daraufhin nach, welches Szenario genau gerechnet werden soll; das findet sich auf MAT A BMWK-8.03 VS-NfD, Blatt 5 bis 6. Da schreiben Sie - ich zitiere -:

> „Es ist extrem aufwändig, für immer neue denkbare Szenarien neue Berechnungen zu machen. Damit legen wir uns lahm. Hier wären es gleich 12 zusätzliche Szenarien.
>
> Wir sollten deshalb in jedem Falle die Zielsetzung der Untersuchung

Nur zur dienstlichen Verwendung

> kennen und als Leitschnur für die Szenarienbildung kennen.
>
> Wenn es um die Vorbereitung auf einen worst case geht, kann man sich die 25% und 50% Szenarien sparen. Denn da lautet dann die Antwort, „wird weniger schlimm“.
>
> Anders sieht es aus, wenn es um irgendeinen (für mich nicht vorstellbaren) politischen Kompromiss mit der Gegenseite geht oder um eine einseitige Reaktion unsererseits und das Ziel ist, abzuschätzen, wie weit wir uns selbst schädigen sollen/können, sollte man sich auf das 50% Szenario fokussieren.“

Zitat Ende. - Könnten Sie mir einmal darstellen, von welchem „politischen Kompromiss“ mit welcher „Gegenseite“ Sie hier reden, und wieso Sie den Eindruck hatten, dass die Rechnungen der Legitimierung eines solchen politischen Kompromisses dienen könnten?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Achim Zerres: Also, das habe ich noch einigermaßen im Kopf. Mit „Gegenseite“ zu diesem Zeitpunkt war in meiner Vorstellungswelt verbunden, dass man sich vielleicht doch mit den Russen auf eine Eindämmung des Krieges verständigen könnte, mit den Russen auf die Zulieferung oder gesicherte Versorgung mit Brennstoffen oder Ähnlichem verständigen könnte und man dann dafür eine Abschätzung haben wollte, wie viel man denn womöglich braucht, damit in Deutschland das normale soziale Leben, die Industrieproduktion weitergehen kann. Deshalb habe ich da ja auch in Klammern hineingeschrieben: Ich kann mir das eigentlich nicht vorstellen.

Jakob Blankenburg (SPD): Mhm. - Und Sie schrieben dann weiter - da zitiere ich aus der eben genannten MAT-Nummer -:

> „Wenn es darum geht abzuschätzen, ob wir einen Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg brauchen und legitimieren können, ist die Gas-Seite elementar. Wenn wir weiter Gas bekämen, und nur 50% der Kohle wegbleiben, brauchen wir keine AKW. Wenn wir ab sofort oder ab April, weder Gas noch Kohle bekommen, sagt mein Bauchgefühl wir sollten auf jeden Fall versuchen, die AKW am Laufen zu halten.“

Zitat Ende. - Können Sie mir das einmal erläutern? Also, wieso ist die Gasseite wichtiger als die Kohleseite?

Zeuge Achim Zerres: Weil die Gas- - Also, zum einen - - Ich muss mich jetzt doch noch da genau reinlesen. Sie müssen das auch vor dem Hintergrund der Ursprungsanfrage - - Der Präsident hatte mir am 04. abends geschrieben eine Anfrage: „Wie ist das, wenn die Russen weniger Steinkohle liefern?“, und deswegen erschien es mir dann notwendig, in der Antwort an Herrn Müller darauf hinzuweisen, dass wir eben nicht so sehr ein Kohleproblem haben werden, sondern ein Gasproblem, weil wir für bestimmte Spitzensituationen die Gaskraftwerke brauchen und weil, wie ich inzwischen dann auch aus dem Studium der Akten nach dieser Zeit - nee, so viel Zeit hatte ich da noch gar nicht - - nach dem ersten Nachdenken mir eingefallen war, dass schon damals eigentlich ein relativer Optimismus vorherrschte, dass man die Diversifizierung der Kohlelieferungen nach Deutschland wahrscheinlich auf die Reihe bekommen würde. Kohle hatten wir auch eine 50-Prozent-Abhängigkeit von Russland, aber Kohle war liquider Weltmarkt, Kohle kam eh per Schiff, konnte man entsprechend überall ordern und war nicht auf die Pipelinezuführung angewiesen.

Jakob Blankenburg (SPD): Präsident Müller hat Ihnen dann auf diese E-Mail geantwortet - Zitat -:

> „… ich habe noch mal nachgefragt. ER“

- also Minister Habeck -

> „braucht eine Abschätzung bis Dienstag. Die politische Frage

> dreht sich um die Verlängerung der AKW Laufzeiten: Können sie vermieden werden und ab wann müssen sie verlängert werden?
>
> Zugespitzt: Wenn Deutschland weiter 50% der Gaslieferung bekommt und Kohle diversifiziert einkaufen kann, kann es dann beim AKW Ausstieg bleiben und wo liegt die Gas-Grenze, ab der Atomstrom für die nächsten Jahre zwingend notwendig ist?“

Zitat Ende. - Können Sie einmal ausführen, wie Sie diesen Arbeitsauftrag des Ministers interpretiert haben? Also sollte aus Ihrer Sicht geprüft werden, ob eine Laufzeitverlängerung sinnvoll für die Versorgungssicherheit ist oder wie sehr die Versorgungssicherheit gefährdet sein muss, bis eine Laufzeitverlängerung unausweichlich ist?

Zeuge Achim Zerres: Also ich habe das so interpretiert zum damaligen Zeitpunkt: Müssen wir AKWs abschalten*? Also nicht die Frage: „Müssen wir die endgültige Abschaltung der AKWs verhindern und den Abschaltezeitpunkt nach hinten schieben?“, nicht die Frage, ob das unter diversen Gründen vielleicht sinnvoll, politisch opportun oder sonst etwas ist, sondern ich habe mich damals mit der Frage beschäftigt: Ist das etwas, was unvermeidlich wird?

Jakob Blankenburg (SPD): Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur CSU/CDU-Fraktion. Herr Dr. Wiener.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zerres, auch von meiner Seite vielen Dank, dass Sie sich den Fragen stellen. Ich würde zunächst mal anfangen damit, dass bei den Akten, die wir von der Bundesnetzagentur bekommen haben, sich immer wieder Verweise finden auf Arbeiten von einem SharePoint-Server, und diese Dateien wurden uns leider nicht übersandt. Deswegen meine erste Frage: Ist die Arbeit mit SharePoint-Servern in der Bundesnetzagentur üblich?

Zeuge Achim Zerres: Das hat im Laufe der Zeit immer mehr zugenommen. Inzwischen hat sich mit Fortschreiten der IT-Technik - - Also, heute, würde ich sagen, läuft ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der Vorgänge über SharePoints, weil man gleichzeitig an einem Dokument arbeiten kann.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Achim Zerres: Wie das jetzt in 22 genau war, weiß ich nicht.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Das ist der Vorteil. Der Nachteil scheint mir so ein bisschen die Dokumentierung. Also, wir haben, wie gesagt, aus den Vorgängen nichts bekommen. Deswegen meine Frage: Wurden die Daten oder Dateien auf den SharePoint-Servern dann gelöscht und, wenn ja, wann?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich nicht. Ich habe - - Gestern hatten wir in der Bundesnetzagentur Totalausfall aller IT-Systeme; deswegen bin ich so mittel vorbereitet. In den Vortagen habe ich tatsächlich auch schon mal versucht, auf diese SharePoints draufzukommen - was denn da ist -, und bekam die schöne Meldung „Server not found“.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ja. Das ist natürlich für uns unbefriedigend; werden Sie verstehen, ne? Also, wir haben ja auch immer wieder um Vollständigkeit der Dateien gebeten. Und viel ist dann offensichtlich auf diesen SharePoint-Servern passiert; aber wir haben keine Informationen darüber bekommen. Aber eine Anweisung, diese Dateien zu löschen, hat es nicht gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein, nein.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Wie haben Sie denn dann sichergestellt als Abteilungsleiter, dass zumindest die Zwischenschritte der Bearbeitung auch zu den Akten genommen wurden? Ich meine, zumindest das muss ja sichergestellt sein.

Zeuge Achim Zerres: Die Kollegen wissen eigentlich, dass sie immer, wenn sie in ihrer Arbeit

eine bestimmte Weichenstellung erreichen, dann die regelmäßigen Treffen mit mir, die wir zum damaligen Zeitpunkt - je nach Themen unterschiedlich, entweder wöchentlich oder monatlich - hatten, für einen entsprechenden Bericht nutzen, wenn sie meinen, sie brauchen vom Abteilungsleiter, der ja selten fachlich irgendwie tiefer drin ist als irgendjemand sonst, eine Richtungsentscheidung - - oder irgendetwas benötigen in ihrer Arbeit.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. Also es liegt dann im Ermessen auch der Referenten?

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Ich würde gern noch mal auf einen Punkt zu sprechen kommen, den Herr Blankenburg gerade auch angesprochen hat. Da haben Sie dann in der Antwort gesagt: Na ja, offensichtlich sollte der Kreis der Wissenden klein gehalten werden. - Da muss ich sagen: Die Formulierung hat mich sehr überrascht, weil es ging ja hier um eine ergebnisoffene Prüfung. Es sollte zum Wohl und Wehe dieses Landes festgestellt werden: Macht es Sinn, dass wir die Kernkraftwerke weiter nutzen? Also transparent, auch Sie als Netzagentur, technisch informiert: Warum sollte dann der Kreis der Wissenden klein gehalten werden? Also das passt für mich überhaupt nicht zusammen, wenn ich noch mal an die versprochene ergebnisoffene Prüfung denke.

Zeuge Achim Zerres: Sie können - - Oder: Es ist schwierig, solche Arbeitsprozesse wirklich offen und vertrauensvoll zu gestalten, wenn einen die Sorge beschleicht, dass irgendwelche Zwischenergebnisse öffentlich bekannt werden. Das ist etwas, das muss man nicht so handhaben. Das ist aber - nicht nur in diesem Prozess, auch in anderen Prozessen - durchaus schon mal üblich, dass man einfach eben im Hinblick darauf, dass Prozesse ergebnisoffen gehalten werden sollen, auch mal Dinge bespricht, per Mail austauscht, die sich hinterher als falsch oder als Unsinn herausstellen, und dass das nicht unnötige Kreise zieht und dass man nicht das Risiko läuft, dass solche Sachen dann irgendwie bekannt werden und von Interessenträgern instrumentalisiert werden. Mir ist völlig schleierhaft, warum das da ein Misstrauen gegenüber der Bundesnetzagentur gab; aber ich habe das zur Kenntnis genommen.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Gut, ich höre, was Sie sagen. So ganz nachvollziehen kann ich es trotzdem nicht. Weil wenn ich meinen Stresstest mache, wenn ich Annahmen treffe, wenn ich parametrisiere, dann gibt es einen Zwischenschritt, dann gibt es ein Zwischenergebnis. Da kann man ja transparent mit umgehen. Wenn dann die Annahmen geändert werden, weil man vielleicht der Meinung ist, man kann hier was anderes machen sinnvollerweise, kann man das ja auch kommunizieren, warum dann diese Zwischenergebnisse der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt werden. Für mich riecht das auch so ein bisschen danach: Wir gucken mal: Wie lange müssen wir an den Annahmen drehen, bis wir es vielleicht irgendwo hinkommen? - Aber das ist nur eine persönliche Einschätzung.

Ich würde gern weitergehen, und zwar eingehen auch noch mal auf die Vorgänge im März 2022. Da hat es diesen gemeinsamen Prüfvermerk des BMUV und BMWK gegeben vom 7. März 2022, und da habe ich - leider, muss ich sagen - in den Akten der Bundesnetzagentur dazu nichts gefunden. Das bringt mich zu der Frage: Ist es dann zutreffend, dass die Expertise der Abteilung 6 der Bundesnetzagentur durch das Wirtschaftsministerium nicht einbezogen wurde bei der Erstellung des Prüfvermerks vom 7. März?

Zeuge Achim Zerres: Ich kann mich in der Tat nicht daran erinnern, dass wir auf der Arbeitsebene in die Erstellung dieses Prüfvermerkes aktiv miteingebunden worden wären. Ich jedenfalls war da nicht involviert. Ich habe mir damals bei der gestellten Frage allerdings gedacht: Womöglich will der Bundesminister zu dieser, von seiner ministeriellen Ebene erstellten Einschätzung eine zweite Meinung haben.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Die Sie aber nicht bereitgestellt haben oder die Sie bereitgestellt haben?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, die Frage lief ja doch auf das Gleiche hinaus. Mit der Frage „Ist die

Nur zur dienstlichen Verwendung

Verlängerung der Atomkraftwerke wirklich notwendig?“ ist ja der Kern dieses Prüfvermerkes angesprochen.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Achim Zerres: Man geht mit Sicherheit nicht hin und stellt ein von der ministeriellen Ebene erstelltes Papier in dann einer nachgeordneten Behörde zur Kommentierung hin. Also, das wäre unüblich.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Nee, es wäre - - Umgekehrt wäre es sinnvoll: dass, bevor das Papier erstellt wird, Ihre Expertise eingebunden wird.

Zeuge Achim Zerres: Das ist Ihre Einschätzung. Aber das ist durchaus nicht immer so.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay, nicht immer so. Gut, das nehmen wir dann mal so mit.

Zeuge Achim Zerres: Ja, aber das war auch schon unter Vorgängerregierungen nicht anders.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. Ja, da kann ich nichts zu sagen; da war ich noch nicht dabei. - Die Übertragungsnetzbetreiber führten dann im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erste Berechnungen durch, die in eine Abschätzung Ende März und dann final in den sogenannten ersten Stresstest mündeten. Auch hieran war die Bundesnetzagentur nicht aktiv beteiligt. Sehe ich das richtig?

Zeuge Achim Zerres: Bei diesem ersten Stresstest waren wir auf der Arbeitsebene nach meiner Erinnerung bei den Eingangsparametern involviert, weil der erste Stresstest ja methodisch sehr stark an diese Bedarfsanalyse anknüpfte. Wir machen jedes Jahr eine Bedarfsanalyse, wie viel Redispatch man braucht, um das Stromsystem, das Leitungssystem, das Netz stabil zu halten, und, wenn der Redispatch nicht aus Marktkraftwerken bereitgestellt werden kann, wie viele Reservekraftwerke dafür nötig sind. Das basiert auch sehr stark auf einer entsprechenden Marktsimulation und einer anschließenden Netzanalyse.

Da hatten wir im März einen Entwurf der ÜNB bekommen, der noch auf Daten von 21 beruhte, und dann ist man hingegangen und hat versucht, in einer zweiten Analyse, die dann später den Namen „erster Stresstest“ erhalten hat, die 21er-Annahmen an die sich neu ergebende Situation anzupassen und dann noch mal rechnen zu lassen: Wie sieht es denn nun dann unter den jetzigen Umständen aus?

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Waren Sie da völlig frei in der Bereitstellung dieser Parameter, -

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): - oder hat es da Vorgaben gegeben -

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): - für eine bestimmte Annahmerichtung?

Zeuge Achim Zerres: Nein. Nein, nein.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Also, Sie waren völlig frei, da zu parametrisieren?

Zeuge Achim Zerres: Also, zu dem Zeitpunkt zielte die Untersuchung in erster Linie darauf ab: Was kann man Sinnvolles tun, um den Strombedarf, den Gasbedarf aus dem Stromsystem runterzukriegen, damit man mehr Gas für die geschützten Kunden und die Industrie zur Verfügung hat?

Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay, ja. - Sie haben sich damals so positioniert, dass Sie gesagt haben: Eigentlich spricht nichts gegen eine Veröffentlichung der Ergebnisse. - Das Wirtschaftsministerium war da wohl deutlich anderer Meinung als Sie. Am 11. Juni schreibt hierzu der Abteilungsleiter des BMWK, Herr Dr. Oschmann, an Ihren Präsidenten Herrn Müller:

> „… wir haben uns die Folien noch mal angeschaut. Votum der Abteilung“

- BMWK -

Nur zur dienstlichen Verwendung

> „ist: Nicht veröffentlichen, zu viele angreifbare Annahmen. Stattdessen Aktualisierung der Modellierung (in Abstimmung mit euch). Patrick schaut sich die Folien jetzt noch mal an und meldet sich dann bei dir."

Das ist zu finden unter MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, 7 bis 9, dort Blatt 8. Da würde mich interessieren: Was war denn angreifbar an diesen Annahmen, die Sie ja - haben wir ja gerade herausgearbeitet - mit bereitgestellt haben?

Zeuge Achim Zerres: Das kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, weil ich diesen Bericht in der damaligen Form gar nicht kenne. Ich kenne das danach modifizierte Endprodukt. Da herrschte sowieso zu dem Zeitpunkt, ich sage mal, eine gewisse kommunikative Verwirrung, weil erste Anfragen lauteten, ob der Bericht der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden könnte und dass wir den veröffentlichen sollten. Dann habe ich mir die Augen gerieben: Was für ein Bericht der Bundesnetzagentur? Und dann stellte sich - -

Ich weiß nicht, wer dann gedacht hatte im BMWK, dass wir diesen Bericht schreiben. Kann sein, dass das ein simples Missverständnis in der Pressestelle war. Aber natürlich haben wir diesen Bericht nicht geschrieben, sondern das war ein Bericht, an dem haben wir an der Parametrisierung gearbeitet, und dann haben die ÜNB den erstellt.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Genau. - Und zu den angreifbaren Annahmen, die ich angesprochen habe?

Zeuge Achim Zerres: Ich weiß ja nicht, was für Aussagen und Annahmen zu dem Zeitpunkt in diesem Bericht drinstanden, und ich kann Ihnen auch nicht sagen, was Herr Oschmann - -

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Aber Moment, da muss ich noch mal nachhaken: Aber Sie haben doch gerade gesagt, Ihre Behörde hat die Annahmen bereitgestellt, die Parametrisierung?

Zeuge Achim Zerres: Nein, wir haben daran mitgewirkt.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Mitgewirkt, okay.

Zeuge Achim Zerres: Und mir ist - - Ich weiß auch nicht, ob das, was Herr Oschmann als Annahmen bezeichnet, tatsächlich die Angaben sind, an deren Erstellung bei uns die Arbeitsebene mitgewirkt hat. Und ich kann Ihnen auch nicht sagen, ob Herr Oschmann zu diesem Zeitpunkt vielleicht der geänderten Entwicklung Rechnung getragen hat, weil wir haben die Parametrisierung angestoßen im April. Da lief meines Wissens die Nord Stream noch auf 100 Prozent. Und dann haben die ÜNB eben entsprechend Zeit gebraucht. Anfang Juli hatten wir nach meiner Erinnerung noch irgendwas so um die 30 bis 25 Prozent Kapazität Lieferung in der Nord Stream.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. Also da gab es dann die Notwendigkeit, anzupassen. - Aber mich würde grundsätzlich auch noch mal interessieren bei diesem Stresstest und bei der Betrachtung: War das ein Worst-Case-Szenario, das da erarbeitet wurde, oder war es eher eine typische Durchschnittsbetrachtung, die man da angestellt hat?

Zeuge Achim Zerres: Also, ich habe natürlich jetzt auch nicht mehr in diesem ersten Stresstest die Zahlen wirklich im Kopfe. Das war keine typische Durchschnittsbetrachtung mehr; aber es war auch noch kein Worst Case.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Also, ich würde auch hier noch mal zu Protokoll geben das Dokument, das sich darauf bezieht: MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 42 bis 44. Ich frage das deswegen, weil so ein Stresstest ja, insbesondere für den Winter 2022/23 - - Kann man sich ja vorstellen: Stresstest, da geht es schon auch um eine Extremsituation. Dazu hat Herr R[redacted] vom BMWK in einer Mail geschrieben:

> „5. Strommarktmodelle (auch r2b und brainpool) nehmen normalerweise alles im **Durchschnitt** an:

Nur zur dienstlichen Verwendung

> durchschnittlicher KW-Verfügbarkeit, durchschnittliche Temperaturen, durchschnittlicher Windertrag. Mit diesen Annahmen laufen ungekoppelte Gaskraftwerke im nächsten Winter nur als Peaker. Die Frage ist, wollen wir uns im nächsten Winter wirklich auf den Erwartungswert vorbereiten oder im Sinne einer echten Krisenvorsorge nicht **besser auf einen Reasonable Worst Case**? Der Erwartungswert hat aus Sicht der Krisenvorsorge nur eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 50%."

Deswegen würde ich gerne noch mal fragen: Was ist da berechnet worden? Ist es wirklich eine typische Durchschnittsbetrachtung gewesen, oder hat man sich hier im Sinne einer Risikovorsorge auch um einen „Reasonable", wie es hier steht, „Worst Case" gekümmert?

Zeuge Achim Zerres: Also, wie gesagt: Das, was jetzt mir hier vorgelegt wird, dieser Vermerk von Herrn R[redacted], den kenne ich nicht, den habe ich nicht gesehen. Was bei mir in Erinnerung ist, ist, dass wir in diesem Szenario, das ja erst im Nachhinein den Namen „erster Stresstest" erhalten hat, hingegangen sind und tatsächlich mit einer geringeren Gaszulieferung und deutlich gegenüber den Vorkriegsannahmen erhöhten Gaspreisen gerechnet haben, einfach - - oder wir - - also dass meine Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit den Übertragungsnetzbetreibern Parameter in diese Richtung gesetzt haben, die eben darauf hinauslaufen sollten, abzuschätzen, ob man Maßnahmen braucht, die über das hinausgehen, um den Gasverbrauch in der Stromwirtschaft zu senken.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Klar, das war das Ziel. Aber noch mal: War es dann eher eine Durchschnittsbetrachtung, oder war es tatsächlich ein Worst Case? So, wie ich Sie gerade verstanden habe, haben Sie gesagt: Es war keine Durchschnittsbetrachtung, aber es war eben auch noch keine Worst-Case-Betrachtung. - Okay. Das würde ich dann auch so festhalten fürs Protokoll. - Danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut, vielen Dank. - Dann kommen wir zu den Grünen. Herr Kollege Herrmann.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender. - Sehr geehrter Herr Zerres, lassen Sie mich noch eine generelle Frage an Sie richten: Wie lange arbeiten Sie bereits bei der Bundesnetzagentur und im Bereich der Energieregulierung?

Zeuge Achim Zerres: Bei der Bundesnetzagentur arbeite ich so lange, wie es die Behörde unter diesem Namen gibt, also seit 2005. Ich habe auch schon in der Vorgängerbehörde, Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation, gearbeitet. Und die ersten Jahre in der BNetzA war ich Vorsitzender der Beschlusskammer 6, die alle Fragen des Zugangs zu Stromnetzen entscheidet, soweit es jeweils Einzelfragen sind. Und seit Dezember 2008 bin ich Abteilungsleiter Energieregulierung.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Lassen Sie mich noch einen Aspekt aus der Zeit der kommunikativen Verwirrung, wie Sie es, denke ich, richtig genannt haben - - Wir erinnern uns daran immer nur noch schwach. Das schwindet immer, und da, denke ich, ist ein Aspekt wichtig, der aus den Unterlagen seltsamerweise kaum hervorgeht, der mir aber in der öffentlichen Kommunikation damals sehr, sehr wesentlich schien, weil wir hatten ja immerhin die Situation der über 50-prozentigen Abhängigkeit von russischem Gas. Wir hatten leere Gasspeicher oder sehr weit entleerte Gasspeicher, und es gab ja die Forderung, ausgerechnet noch aus der Opposition, sofort das russische Gas abzuschalten.

Was hat das bei Ihnen als Experte in diesem Bereich, den Sie ja ungefähr einschätzen konnten, was es hätte bedeuten können, ausgelöst? Warum findet sich da in den Unterlagen nichts? Oder war das einfach so als Wahlgetöse oder - keine Ahnung - als Parteigetöse abgetan? Was hat das mit Ihnen gemacht, diese Kenntnisgabe damals?

Zeuge Achim Zerres: Also, das hat bei uns den blanken Horror ausgelöst. Das hätte geheißen,

dass wir sofort in eine Gasmangellage gegangen wären, wenn das von heute auf morgen abgestellt worden wäre. Dann hätte man tatsächlich nach dem Energiesicherungsgesetz eine Gasmangellage ausrufen müssen, und das hätte geheißen: Die Bundesnetzagentur wird dann praktisch über Nacht zum Bundeslastverteiler und muss entscheiden, ohne eine Chance auf Vorbereitung gehabt zu haben, wer in diesem Land noch Gas bekommt und wer nicht. Bei laufender Volkswirtschaft stellen Sie dann auf eine Planwirtschaft um. Unvorstellbar!

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun befassen wir uns ja hier heute im Wesentlichen mit den Themen des Stresstests, also die Stromseite. Das betrifft sicherlich dann auch, was Sie jetzt gerade geäußert haben, natürlich auch die Wärmeseite, die industrielle Prozesswärme und die ganzen Themen. Was hätte denn das mal bedeutet, vielleicht mal mit Fokus gerade auch auf die Bevölkerung und auf die Industrie, wenn Sie das mit ein paar wenigen Worten grob mal skizzieren könnten, was dann passiert wäre? Wer hätte das administrieren müssen? Sie als Bundesnetzagentur wären vorgegangen, aber hätten ja sicherlich Partner gebraucht, Netzbetreiber, wer weiß, was auch immer. Wenn Sie das mal etwas vertiefen könnten bitte noch.

Zeuge Achim Zerres: Also, rein formal hätte man eine Verordnung der Bundesregierung gebraucht, die die Notfallstufe im Sinne des Energiesicherungsgesetzes ausruft. Dann hätte sich in der Bundesnetzagentur ein entsprechender Krisenstab konstituiert. Dafür hatten wir zum damaligen Zeitpunkt, glaube ich, einen Sechsschichtbetrieb vorgesehen, der dann rund um die Uhr tagt und bei dem wir von den Netzbetreibern, also insbesondere den FNB, Meldungen darüber erhalten, wo noch wie viel Gas ins Land kommt, wo wie viel Gas gebraucht wird, welche Anforderungen das Gasnetz hat, damit es betriebsfähig bleibt, und bei den absehbaren, unvermeidbaren Differenzen, welche Abschaltungsmaßnahmen dann sinnvoll sind. Und dann hätten wir ohne große Vorbereitung darüber entscheiden müssen: Wer bekommt in einer solchen Situation noch Gas zugeteilt?

Es gibt die sogenannten geschützten Kunden - das sind halt Haushaltskunden und andere unterhalb einer bestimmten Verbrauchsschwelle liegende Kleinkunden -, die insbesondere zu Zwecken der Wärmeversorgung Gas benötigen, und es sind die systemrelevanten Gaskraftwerke, also die Gaskraftwerke, die aus Gründen der Stabilität des Stromnetzes mit Gas versorgt werden müssen. Die müssen vorrangig beliefert werden, und der Rest muss dann unter Gesichtspunkten der möglichst geringen dauerhaften Schädigung abgeschaltet werden. Wir sind jetzt, heute, zwei Jahre später, so weit, dass wir annähernd eine Vorstellung haben, welche Abschaltungen dann sinnvoll wären. Zu einem Zeitpunkt im Frühjahr 2022 hätten wir das allenfalls raten können. Da wäre im Wesentlichen die Industrieproduktion dieses Landes lahmgelegt worden. Man hätte versuchen können, massive Substanzschäden, die zum Beispiel dann in der Glasindustrie entstehen, wenn denen mangels Gas eine ganze Glasschmelze einfriert, zu vermeiden; aber das wäre das Höchste der Gefühle gewesen. Zu diesem Zeitpunkt, wo wir eigentlich noch voll mit russischem Gas versorgt wurden, dann zu sagen - also jetzt als Reaktion auf den Krieg; so verständlich das ist - - würden wir jetzt die Gasversorgung aus Russland unterbrechen. Das kann man machen; aber man muss wissen, was für Folgen dann da sind.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Schilderung doch der größeren Abhängigkeit und der gravierenderen Folgen beim Gas gegenüber Kohle und Öl, wo man doch schneller - Sie haben es vorhin beschrieben - handeln konnte.

Lassen mich noch ein paar Fragen stellen zum ersten Stresstest. Sie hatten ja angedeutet, dass Sie die Untersuchungen selber gar nicht ausführten, sondern die Übertragungsnetzbetreiber diejenigen waren, die die Stresstests ausführten. Wie war denn generell die Auftragslage? Wer war Auftraggeber? Sie waren eingebunden als konkreter Ansprechpartner für die NB. Vielleicht können Sie diese Vertragsverhältnisse und Leistungsverhältnisse zueinander noch mal kurz darlegen bitte.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Also, von Verträgen und Aufträ*- - Also irgendwelche zivilrechtlichen Vokabeln will ich da nicht in den Mund nehmen. Das - -

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann eben Veranlassung meinetwegen.

Zeuge Achim Zerres: Die Veranlassung kam nach meiner Erinnerung - ich bin mir nicht hundertprozentig sicher - aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Die kam aber auch aus unserem Haus, weil auch aus unserer Sicht war es halt nötig, über das *, was wir in der routinemäßigen Untersuchung, die im April dann abgeschlossen wurde, gemacht haben - - Das musste auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Das war - - Wir hatten zwar hauptsächlich ein Gasproblem, aber es war klar, dass wir untersuchen müssen: Wie wirkt sich das auf den Strombereich aus? Und umgekehrt: Was kann der Strombereich tun, um das Gasproblem zu lindern? Das war eigentlich allen Beteiligten klar. Denn, ich sage mal, der Druck auf die ÜNB, jetzt dann da auch was zu machen und Personal zu investieren, der kam auch aus dem BMWK, weil natürlich ist das jetzt nix, wonach sich die Übertragungsnetzbetreiber gesehnt haben. Das frisst auch bei denen Personalressourcen, bringt andere routinemäßige Prozesse zeitlich in Verzug. Und der Druck, ihr müsst euch drum kümmern, das zu aktualisieren und anzupassen und auf die schlechteren Verhältnisse euch einzustellen, den kann natürlich ein Ministerium ganz anders machen als eine nachgeordnete Behörde.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Schönen Dank. - Sie haben jetzt ja schon ein Stück weit dahin geführt, dass das auch ein dynamischer Prozess war im Laufe des Jahres, weil da auch einiges passiert ist: zunächst die jährliche Bedarfsanalyse, die vorgelegen hat, wie Sie sagten, im März oder April, sagten Sie gerade, die dann zum ersten Stresstest weiterentwickelt wurde. Sie sprachen auch an die Thematik Strom- oder Gasproblem. Können Sie das beschreiben, wie sich das im Laufe des Jahres entwickelt - - und aufgrund welcher Faktoren sich das dann im Sommer gerade mit der Vorausschau und den Sorgen auf den nächsten Winter - - wie sich das entwickelt hat, bitte?

Zeuge Achim Zerres: Auch das war keine gradlinige Entwicklung. Auch das war eine - - Ich sage mal, man möchte es fast mit einer Art Sinuskurve vergleichen, dass nach dem ersten Schock halt eine Phase eintrat, wo deutlich wurde: Die Russen liefern weiter Gas. - Und es hat dann doch niemand sehr ernsthaft verlangt, dass wir uns von dem Gas von heute auf morgen abkoppeln. Und wir sind in der Lage, die Kohleversorgung anders zu organisieren. Das sorgte dann für eine gewisse Entspannung. Gleichzeitig wurde wieder - - Das änderte sich dann im Laufe der Zeit wieder, weil die Russen ihre Gaslieferungen heruntergefahren haben, und das änderte sich auch mit der Erkenntnis, die im Frühjahr so noch nicht da war, dass die Franzosen ein veritables technisches Problem mit ihren AKWs haben und deswegen die Franzosen zwar Gas hatten, das die uns vielleicht hätten liefern können, aber als, ich sage mal, Reserve für den Stromimport eher nicht taugten, sondern eher Strom aus Deutschland benötigten wegen der Schwäche ihrer AKWs.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank zunächst. Wir sind über der Zeit schon. - Wo die Trockenheit hinzukam noch. - Gut.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur FDP. Herr Kollege Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Guten Tag, Herr Zerres! Schön, dass Sie hier sind. - Ich habe erst einmal eine grundsätzliche Frage: Wie ist denn die Rechtsstellung der BNetzA?

Zeuge Achim Zerres: Also, die Rechtsstellung der Bundesnetzagentur ist die einer nachgeordneten Behörde. Wir unterliegen prinzipiell der Rechts- und Fachaufsicht des Bundeswirtschaftsministeriums bzw. im Telekommunikationsbereich des BMV*, und wir sind durch das - in 22 allerdings noch nicht bekannte - Urteil des Europäischen Gerichtshofs für manche unserer Aufga-

ben mit einer europarechtlich begründeten Unabhängigkeit ausgestattet. Das ist kein genereller Status. Die Behörde ist nicht generell unabhängig, sondern in ganz bestimmten in den Strombinnenhandelsrichtlinien und -Binnenhandelsverordnungen niedergelegten Aufgaben. Die machen wir unabhängig und sind da nicht weisungsunterworfen. Alles andere: sind wir weisungsunterworfen.

Frank Schäffler (FDP): Das ist auch meine Einschätzung. Sie sind eine selbstständige Bundesbehörde im Geschäftsbereich - - Der Wissenschaftliche Dienst oder die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages sagen, Sie sind eine selbstständige Bundesbehörde; Artikel 87 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz. Das Attribut „selbstständig“

> „bezieht sich vor allem auf die organisatorische Ausgliederung aus einem Bundesministerium und auf die Wahrnehmung eigener Aufgaben.
>
> Eine **„relative Unabhängigkeit“** der Bundesnetzagentur folgt jedenfalls aus spezialgesetzlichen, insbesondere **europarechtlichen Regelungen**.“

Das sagten Sie gerade.

> „Die Bundesnetzagentur soll so in ihren rechtlichen und ökonomischen Beurteilungen nicht nur vor dem Druck marktbeherrschender Unternehmen geschützt werden, sondern auch unbeeinflusst sein von politischen, etwa standortbezogenen Erwägungen.“

Und so weiter und so fort. - Würden Sie dem zustimmen?

Zeuge Achim Zerres: Also, das ist als knapp zusammengefasste Begründung dessen, was das Europarecht vorsieht - - So Pi mal Daumen passt das.

Frank Schäffler (FDP): Das ist ja in allen europäischen Staaten dann so, wenn das eine europarechtliche Vorgabe ist.

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Frank Schäffler (FDP): Ich komme mal auf ein Dokument zu sprechen, MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 66/67. Das ist eine E-Mail, die Sie an Frau [redacted] geschrieben haben am 14. Juli 2022. Da schreiben Sie, also AZ - ich gehe einmal davon aus, dass Sie das sind -: -

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Frank Schäffler (FDP): -

> „Was die Prämissen anbelangt:
>
> Bitte nicht an den Vorgaben von Habeck versuchen etwas zu ändern. Die Studie dient politischen Zwecken, die Vorgaben spiegeln das wider.“

Wie passt das zusammen mit der Unabhängigkeit, die Sie gerade genannt haben, dieser Satz?

Zeuge Achim Zerres: Das berührt die Frage der Unabhängigkeit eigentlich gar nicht, weil diese Vorgaben, von denen hier die Rede ist, waren keine, die wir jetzt irgendwie im Rahmen einer Fach- oder Rechtsaufsicht erhalten hätten.

Frank Schäffler (FDP): Aber der Bundesminister ist doch Ihre Fachaufsicht?

Zeuge Achim Zerres: Ja. Aber nicht alles, was aus dem Ministerium kommt, wird bei uns schon als Vorgabe interpretiert, als Weisung in dem Sinne.

Frank Schäffler (FDP): Aber es steht hier: Vorgabe von Herrn Habeck.

Zeuge Achim Zerres: Ja, das ist meine Formulierung dessen, was Herr Habeck angeregt hat, und - -

Frank Schäffler (FDP): Also war das gar keine Verbindlichkeit?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Sie müssen diese Mail im Zusammenhang und mit der Vorgeschichte sehen. Nach der Veröffentlichung des ersten Stresstests, der ja noch kein Worst-Case-Szenario war, war Herr Habeck offensichtlich unzufrieden mit der darin enthaltenen Risikoeinschätzung. Der wollte eine Analyse haben, die mehr Risiken einpreist, wo der Frage nachgegangen wird: Wie ist es denn, wenn sich die Dinge nicht normal weiterentwickeln und zusätzlich neuere Erkenntnisse, neuere Gefährdungen in die Analysen miteinbezogen werden? Da hat Herr Habeck nach meiner Erinnerung drei, vier Kriterien skizziert. Die sind auch nicht endgültig so geblieben. Sie sind zum Teil noch weiter verschärft worden im Laufe des Prozesses, und aus den Vor-Mails - -

Frank Schäffler Aber vielleicht eine andere Frage: Was sind denn die politischen Zwecke? Was verstehen Sie darunter? Was haben Sie damit gemeint?

Zeuge Achim Zerres: Die politischen Zwecke waren tatsächlich, die Diskussion über die Gefährdung der Energieversorgung aufzugreifen und sich nicht vorwerfen zu lassen, man hätte irgendwelche Risiken unterschätzt.

Frank Schäffler (FDP): Mhm.

Zeuge Achim Zerres: Es war ganz klar: Herr Habeck wollte nicht bei dem relativ beruhigenden Ergebnis des ersten Stresstests stehen bleiben und wollte sich dem politischen Vorwurf, er nimmt die Sicherheit der Energieversorgung nicht ernst genug, nicht aussetzen. Das Papier diente dazu, tatsächlich sehr sorgfältig allen möglichen - aus meiner damaligen Sicht zum Teil auch übertriebenen - Risiken doch im Detail nachzugehen.

Frank Schäffler (FDP): Jetzt schreiben Sie ja da am Schluss:

> „Nur intern, nicht für die ÜNB:
>
> Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckenbetrieb für Isar akzeptabel. Und auch das nur, wenn ... politisch dafür etwas bezahlen."

Aber mischen Sie sich da nicht selbst in die Politik ein?

Zeuge Achim Zerres: Nein. Das ist, ich sage mal, eine Leitschnur, die ich versucht habe, meinen Kollegen mitzugeben.

Frank Schäffler (FDP): Dann schreiben Sie anschließend: „verfassungsrechtliche Bedenken". Also, das Ergebnis sollte

> „auch berücksichtigen, dass es verfassungsrechtliche Bedenken gibt"

- dann geht es weiter -

> „das Gesetz zum Atomausstieg noch mal zu ändern."

Welche verfassungsrechtlichen Bedenken waren das?

Zeuge Achim Zerres: Zu diesem Zeitpunkt wurde tatsächlich darüber nachgedacht, ob die nochmalige Änderung des Atomgesetzes, also wieder zurück zu einer längeren Laufzeit, verfassungsrechtlich mit Artikel 20a Grundgesetz oder mit Artikel 14 in Bezug auf die Betreiber so ohne Weiteres vereinbar ist. Das Verfassungsgericht hatte in seinem Urteil von 2016 sehr detaillierte Maßstäbe dafür angelegt, was der Gesetzgeber alles abzuwägen hat, und schon in diesem gemeinsamen Papier von BMWK und BMU wurden Zweifel aufgeworfen, ob das jetzt so ein Selbstläufer ist. Davon kann man halten, was man will. Die Zweifel waren jedenfalls so, dass zumindest die Bayerische Staatsregierung ihrerseits noch mal ein Gutachten beauftragt hat, um zu gucken - - das natürlich zu dem Ergebnis kam: alles in Ordnung. Aber Sie kennen ja Juristen. Die finden auch für das Gegenteil eine Begründung, wenn es sein muss.

Frank Schäffler (FDP): Das ist leider so, ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Die Zeit ist abgelaufen. - Wir kommen zur AfD. Herr Professor Kaufmann.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Zerres, dass Sie sich den Fragen hier stellen. - Ich habe eine Frage wiederum zum Stresstest, und zwar: Sie schrieben am 14. Juli 2022 an Ihren Kollegen Folgendes - ich zitiere aus MAT A BMWK-8.07, Blatt 50 -:

> „... wir sollten eine Meinung haben, bevor der neuerliche Stresstest der ÜNB fertig ist. Denn die Zeit anschließend die Ergebnisse zu "interpretieren" wird sehr knapp ausfallen."

Warum haben Sie das Wort „interpretieren" hier in Anführungszeichen gesetzt?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich heute nicht mehr.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gab es denn - - Aus welchem Grund wollten Sie denn, bevor die Übertragungsnetzbetreiber fertig sind, überhaupt eine Meinung haben zu dem Stresstest?

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Achim Zerres: Ich lese jetzt gerade mal diesen Vermerk. Wenn man - - Das war jetzt - - Da ergibt sich - - Also, ich bräuchte dann auch noch die vorhergehenden Seiten, um das wirklich einordnen zu können, weil ich reagiere da ja auf eine Mail von Herrn [redacted] Das wird folgenden Hintergrund haben: Die Kollegen haben sich in einer der Vorbereitungen der damals nach meiner Erinnerung noch wöchentlich stattfindenden Versorgungssicherheitsrunden beim Bundeskanzler darüber Gedanken gemacht, ob die Wiederinbetriebnahme der Kohlekraftwerke tatsächlich dazu geführt hat - oder führen wird; das geht hieraus jetzt noch nicht so ganz genau hervor -, dass in Deutschland der Gasbedarf für die Aufrechterhaltung des Stromsystems wirklich nennenswert geringer wird. Eine dieser Erkenntnisse war, dass die Wiederinbetriebnahme dieser Kohlekraftwerke in der europäischen Energielandschaft nicht etwa dazu führt, dass in Deutschland weniger Gaskraftwerke laufen, sondern dass als Erstes andere, außerdeutsche, europäische Kraftwerke in Ländern, die entweder noch voll russisches Gas dauerhaft bekamen oder die auf Basis alter Kohletechnologien sehr teuer produzieren, aus dem Markt gedrängt werden. Die Marktanalysen, die ich eingangs beschrieben habe, die macht man lege artis europaweit, nicht auf Deutschland bezogen.

Und wenn jetzt wieder deutsche Kohlekraftwerke in den Markt kommen, dann heißt das nicht, dass zwingend deutsche Gaskraftwerke verdrängt werden, sondern - so haben das die Analysen ergeben - dass als Erstes die sehr teuren Kraftwerke, insbesondere im Süden und Osten Europas, aus dem Markt gedrängt werden. Das ist etwas, da muss man dann auch schauen: Wenn dieser Effekt von Kohlekraftwerken hervorgerufen wird, dann wird er sehr wahrscheinlich in ganz ähnlicher Form auch durch eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken hervorgerufen, weil die in der sogenannten Merit-Order noch vor den Gas- und auch noch vor den Kohlekraftwerken kommen. Das heißt, die schieben dann von unten heraus die teureren Kraftwerke aus dem Markt. Mit anderen Worten: Es ist dann sehr zweifelhaft, ob man dadurch tatsächlich für die deutsche Volkswirtschaft Gas einspart oder ob man nicht stattdessen irgendwo in Europa andere Kohle- und Gaskraftwerke aus dem Markt drängt. Diesen Effekt muss man sehen, wenn man anschließend entscheiden will, ob denn eine solche Verlängerung der Laufzeiten wirklich erforderlich und wirklich sinnvoll ist.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Na gut, lassen wir das mal so stehen. - Wegen der Annahmen für den zweiten Stresstest wandte sich Mitte Juli - genauer gesagt: am 14. Juli - ein Mitarbeiter des BMWK an die Bundesnetzagentur. In diesem Zusammenhang schrieb eine Kollegin von Ihnen im Nachgang eines Treffens mit Vertretern des BMWK sodann folgende Nachricht - ich zitiere aus MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 59 -:

> „Die meisten ... Annahmen wurden von [redacted] ..."

- er gehört zum Referat III C 4 -

> „als "feststehend, da von Herrn Habeck formuliert" deklariert."

Nur zur dienstlichen Verwendung

War das denn üblich, dass Annahmen vom Minister höchstpersönlich formuliert werden und in den Ablauf als feststehend eingeführt werden?

Zeuge Achim Zerres: Das ist ein Vorgang, der im Zusammenhang mit der Mail, die eben zitiert wurde, zu sehen ist, und das ist, ich sage mal, ungewöhnlich, dass sich ein Minister derart tief in die Details einer solchen Untersuchung einarbeitet und derart tief in die Sachmaterie eintaucht, die sich aus dem ersten Stresstest ergibt, und so darauf eingeht, wo ihm diese Annahmen aus dem ersten Stresstest als zu optimistisch erscheinen. Von daher ist das ein Vorgang, der, ich sage mal, die Kollegen auf der Arbeitsebene vor das Dilemma stellt, angesichts des erkennbaren Engagements des Ministers - er will jetzt aber wirklich mal eine Risikobetrachtung haben - dann anzufangen und zu gucken: Müssen wir jetzt dem Minister sagen, dass er da vielleicht doch irgendwie eine etwas zu vorsichtige Annahme eingebaut hat oder eine Annahme eingebaut hat, die so nicht rechenbar ist? - Oder versucht man, das eher hinzunehmen, um mit dem Prozess einfach voranzukommen?

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut. - Danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir wieder zur SPD.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zerres, ich würde gerne auf den 31.08. kommen. Da übersandten Ihnen die Übertragungsnetzbetreiber dann ein Empfehlungspapier an das BMWK im Zusammenhang mit den Ergebnissen des zweiten Stresstests; zu finden auf MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 51 bis 57. Frau Dr. A[redacted] schrieb daraufhin am 02.09. eine Bewertung dieser Empfehlung an Thorsten Falk, auf MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 11 bis 18. Hier heißt es bezüglich der Maßnahme - Zitat -:

> „der KKW Streckbetrieb ist ein wichtiger Baustein zur Beherrschung kritischer Situationen“

Auf Blatt 17 des Empfehlungsschreibens heißt es dann - Zitat -:

> „Die ÜNB-Berechnungen können in beide Richtungen gedeutet werden, die Bewertung der Vor- und Nachteile obliegt der Politik.“

Könnten Sie mir einmal darstellen, warum die ÜNB-Bewertungen in beide Richtungen gewertet werden konnten?

(RAn [redacted]: Entschuldigung, kriegen wir das Zitat?)

- Wir legen Ihnen das vor, ja. Wir suchen es einmal kurz heraus. Das legen wir Ihnen gerne vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Achim Zerres: Entschuldigung, ich finde in diesem Papier - -

Jakob Blankenburg (SPD): Es geht konkret um die Empfehlung Streckbetrieb. Das findet sich weiter hinten auf Blatt 17.

Zeuge Achim Zerres: Sorry.

(Der Zeuge blättert in den Unterlagen)

Jakob Blankenburg (SPD): Da steht dann:

> „Die ÜNB-Berechnungen können in beide Richtungen gedeutet werden, die Bewertung der Vor- und Nachteile obliegt der Politik.“

Zeuge Achim Zerres: Warum das jetzt hier in diese Richtung von der Kollegin vorgenommen wurde: Also, ich habe das - - Also, ich kann das nur interpretieren. In diesen Vorgang selbst war ich nicht involviert.

Jakob Blankenburg (SPD): Ja.

Zeuge Achim Zerres: Dieser zweite Stresstest ist in der Darstellung der Ergebnisse so alarmistisch, dass man entweder den Schluss daraus zieht, wie ihn die Politik am Ende auch gezogen hat, dass ein Streckbetrieb jetzt auf der Tagesordnung ist,

Nur zur dienstlichen Verwendung

oder dass man daraus die Folgerung zieht: Es hilft ja sowieso nicht, wir kommen auch damit nicht um das Problem drum herum.

Jakob Blankenburg (SPD): Mhm. Also das heißt, man hätte für beide Varianten - verstehe ich Sie da richtig? - eine Argumentationsgrundlage gehabt?

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Jakob Blankenburg (SPD): Okay. - Frau Dr. Adamek hat dann ebenfalls am 02.09. eine Bewertung - - Also eben gerade hat sie ja eine Bewertung des Ergebnispapiers geschrieben, das, was ich Ihnen vorgelegt hatte. Sie hat an dem Tag ebenfalls eine Bewertung des Stresstests bzw. des Ergebnisses des Stresstests an Herrn Falk geschickt, zu finden auf MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 61 bis 64. Dabei hat sie auch eine Reaktion von Ihnen erwähnt auf den Stresstest. Da heißt es dann - Zitat -:

> „Die Reaktion von Herrn Zerres finde ich sehr wichtig und berücksichtigenswert ...“

Können Sie mir einmal erzählen, wie Sie denn reagiert haben?

Zeuge Achim Zerres: Das steht da ja. Das ist da ja eingeblendet -

Jakob Blankenburg (SPD): Ja.

Zeuge Achim Zerres: - in dem Dokument. Also, die ÜNB haben etwas formuliert, das extrem - ich habe gerade das Wort „alarmistisch“ benutzt - risikoorientiert war, -

Jakob Blankenburg (SPD): Ja.

Zeuge Achim Zerres: - und haben sich auch sehr stark auf die im Laufe der Entwicklung gebildeten Hoch- und Höchstrisikoszenarien fokussiert. In meiner Interpretation dieses Ergebnisses hätte es nahegelegen, womöglich daraus eine Art Weltuntergangsszenario zu machen: dass alles nix hilft, dass wir insgesamt in eine Katastrophe schlittern. Das haben die ÜNB, wenn man in die Detailfolien vorher guckt, so nicht geschrieben, aber die Zusammenfassung ist so formuliert. Deswegen: hart an der Kippe zur Panikmache.

Jakob Blankenburg (SPD): Ja.

Zeuge Achim Zerres: Es ist klar, dass eine solche Präsentation eines Ergebnisses dann eben nicht nur eine politische Reaktion hervorruft, sondern auch eine weitere Reaktion auf den Energiemärkten. Wir hatten damals schon extremst hohe Strompreise, extremst hohe Gaspreise. Und wenn jetzt die maßgeblichen Betreiber der deutschen Stromnetze sagen, es ist alles ganz unbeherrschbar: Das wird auf dem Markt zu Ausschlägen führen, die dann mit einer rationalen Preisbildung nichts mehr zu tun haben. Das hatten wir ja schon. Während die Russen ihre Gaslieferungen immer weiter runtergefahren haben, hatten wir diese Lektion gelernt: Es kommt gar nicht so sehr auf die Menge an, sondern immer darauf: Was rechnet der Markt an Angst ein, wie es dann noch weitergeht? Und diese Angst, die wäre durch diese Formulierungen womöglich noch stärker geschürt worden und hätte zu weiteren erheblichen Preisaufschlägen geführt bei den Energiepreisen.

Jakob Blankenburg (SPD): Frau Dr. A[redacted] hat dann ein Papier an diese Mail angehängt, worin eine generelle Bewertung bzw. eine Verwertbarkeit der Ergebnisse stattgefunden hat, und zwar unter dem Punkt - das ist auf Blatt 64 -:

> „Unterdeckte Stunden: erscheinen diese plausibel?“

Da sind diese Punkte wie folgt ausgeführt:

> „• Hohe Nichtverfügbarkeit (KW) bei gleichzeitig erhöhter Last, deterministisch berechnet → erscheint plausibel, dass Nachfrage nicht in jeder Stunde gedeckt werden kann
>
> • Werte sind jedoch wenig belastbar, da genau ein (!) Jahreslauf zugrunde gelegt wurde; im Prinzip wurden 8.760 statische Leistungsbilanzen gemacht,

Nur zur dienstlichen Verwendung

mit willkürlich gewählten Annahmen; Aussagen über zu erwartende (!) Unterdeckungen eigentlich erst belastbar möglich mit Variation des Wetterjahres und der Nichtverfügbarkeiten, wenn also wirklich ein Erwartungswert zumindest unter Einbeziehung der bekannten Wahrscheinlichkeit berechnet wurde

- Wert der unterdeckten Stunden insbesondere in ++ und KKW ++ sehr nah beieinander (Folie 7): fraglich, ob sich die Werte annähern würden bei stochastischer Betrachtung (Wetterjahre, Nichtverfügbarkeiten) oder ob wirklich ein nennenswerter Beitrag der KKW zu sehen wäre
- Beiträge der KKW zur Vermeidung von Unterdeckungen nicht seriös bezifferbar über diese eine Rechnung; zumal die Ergebnisse sehr nah beieinander und nahe null sind."

Ihre Referatsleiterin kam also zu der Bewertung, dass dieser Stresstest, der eben keine Monte-Carlo-Situation war - wir hatten gestern schon ein statistisches Proseminar darüber, was die Unterschiede sind zwischen diesen unterschiedlichen Möglichkeiten, wie man so eine Analyse berechnen kann -, sondern lediglich eben ein Einzelszenario. Das war ja in dieser Schnellrechnung auch eben gewünscht. Und Ihre Referatsleiterin kam zu der Bewertung, dass mit diesen willkürlichen Annahmen keine verlässliche Bewertungsgrundlage gegeben ist. War das auch Ihre Einschätzung dazu?

Zeuge Achim Zerres: Zu dem Zeitpunkt waren mir diese Details des Berichtes so nicht bekannt. Und in diese Tiefen abzutauchen, da brauche ich das Proseminar von Frau A[redacted].

(Heiterkeit)

Jakob Blankenburg (SPD): Ja.

Zeuge Achim Zerres: Wenn die da diese Einschätzung hatte, und ich wäre von Dritten gefragt worden: Sie hätte mich vorbereitet, und ich hätte mich dieser Meinung dann angeschlossen.

Jakob Blankenburg (SPD): Okay. - Hatten Sie denn eine Einschätzung, wie hoch die Eintrittswahrscheinlichkeit des Szenarios des Stresstests war? Also, da ist ja tatsächlich aufeinandergestapelt worden.

Zeuge Achim Zerres: Also, mir kam das schon als eine übervorsichtige Szenariobildung vor. Also, ich konnte mir nicht vorstellen, dass das alles so bleibt und so kommt.

Jakob Blankenburg (SPD): War es dann Ihre Auffassung, dass man auf der Grundlage des Stresstests eine solche Entscheidung der Laufzeitverlängerung treffen könnte? Also, hatte der Stresstest genügend Verwertbarkeit, um hierauf eine politische Entscheidung zu stützen?

Zeuge Achim Zerres: Ich bin aus guten Gründen kein Politiker.

(Heiterkeit)

Das kommt drauf an, in welche Richtung man da denkt. Wenn das eine Entscheidung ist, die getragen wird von, ich sage mal, dem Unabweisbaren, der Frage: „Ist das zwingend notwendig, eine der Grundsatzentscheidungen der deutschen Energiepolitik jetzt teilweise wieder über Bord zu werfen?", unter der Prämisse hätte ich gesagt: Nee, der Stresstest reicht dafür nicht; das rechtfertigt das nicht.

Jakob Blankenburg (SPD): Ja.

Zeuge Achim Zerres: Wenn man das angeht unter der Prämisse: „Ich will größtmögliche Vorsorge treffen, um dem Land auch das, was an menschendenkbaren Risiken vorstellbar ist, zu ersparen", dann würde ich sagen: Ja, dann kann man das auf diesen Stresstest stützen.

Jakob Blankenburg (SPD): Auf diesen Stresstest gestützt wurde dann ja am 05.09. die Einsatzre-

serve Atom - - Also es wurde eine Pressekonferenz einberufen. Folien finden sich in der Kurzfassung bei MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 167 bis 180. Wann haben Sie denn das erste Mal von diesem Plan der Einsatzreserve Atom gehört?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich nicht mehr. Also das - - Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass die Frage war: Machen wir - - Oder: Nach diesem war im Grunde eine, ich sage mal, mehrjährige Verlängerung der Laufzeiten vom Tisch. Das konnte man mit diesem Stresstest nicht wirklich begründen.

Die Frage, für den Winter 22/23 etwas zu tun, die stand im Raume, und da deuteten die mündlichen Gespräche darauf hin: Ja, es wird eine Form der Verlängerung geben. - Und dann gab es eine Diskussion, die dann auch nachher ja Gesetzentwurf geworden ist, nicht jetzt irgendwie einen klaren Schnitt zu machen und zu sagen: „Wir machen das“, sondern diese Einsatzreserve zu kreieren. Ich weiß nicht, ob das ernsthaft irgendjemand gedacht hat. Aber mich beschlich zu dem Zeitpunkt die Sorge, man wäre auf die Idee gekommen, die Entscheidung über Einsatz oder Nichteinsatz dann wieder bei der Bundesnetzagentur abzuladen.

Jakob Blankenburg (SPD): Da waren Sie dankbar für gewesen wahrscheinlich.

Zeuge Achim Zerres: Das hätte ich ja mit größtem Vergnügen gemacht. Das wäre eine meiner Lieblingsbeschäftigungen gewesen.

Jakob Blankenburg (SPD): Das glaube ich Ihnen. - Hatten Sie denn eine grundsätzliche Bewertung dieses Szenarios „Einsatzreserve Atom“, weil wir haben jetzt schon - Sie wissen das - mit vielen Zeugen darüber gesprochen. Und ich sage mal so: Die hatten alle eine recht eindeutige Meinung über diesen Plan „Einsatzreserve“. Wie war denn Ihre Position dazu damals?

Zeuge Achim Zerres: Also wegen der Nähe dieser Horrorvorstellung, die Bundesnetzagentur sollte das machen, war ich da schon von vornherein skeptisch.

Jakob Blankenburg (SPD): Aber nur wegen dem Punkt, oder auch - -

Zeuge Achim Zerres: Das ist jetzt für mich hier als Zeuge der Bundesnetzagentur schwierig zu beantworten. Ich habe das - - Ich konnte verstehen, dass es einige sachliche Argumente dafür gab, ich konnte aber die politische Logik dahinter nicht verstehen, weil man damit das Thema ja nicht beerdigt hatte. Es war keine *, sondern man hielt das am Köcheln, und man hätte dann irgendwie im Dezember 22 die ganze Diskussion noch mal gehabt. Also die Entscheidung, wie sie dann vom Bundeskanzler getroffen war, die hat mir schon gepasst.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank. - Ich würde jetzt noch mal ein bisschen weiterspringen, also jetzt mal diesen ganzen Zeitraum Herbst 2022 verlassen, und würde in den Mai 2023 kommen. Am 11. Mai hat eine Referentin von 626 in einer E-Mail aufgrund einer Presseanfrage Folgendes geschrieben, zu finden auf MAT A BMWK-9.01, Blatt 366 bis 367. Da heißt es - Zitat -:

> „Zu „Erforderlich wären etwa auch Zahlen wieviel % der Stromnachfrage wurden durch die letzten AKW gedeckt, wurden sie zum RD eingesetzt,“

- ich vermute mal, das heißt „Redispatch“ -

> „haben sie RD gespart." - können wir nichts sagen. Wir haben hierzu keine Daten / Informationen - abgesehen davon, dass KKW zur Grundlastdeckung dienen und nicht zum pos. RD eingesetzt werden. Herr Zerres hat im Zuge der Netzreservebedarfsfeststellung und der flankierenden Pressemitteilung mehrfach gebeten, KEINEN Zusammenhang zwischen Netzreservebedarf und Atomausstieg herzustellen.“

Zitat Ende. - Wieso wollten Sie denn, dass kein Zusammenhang zwischen dem Netzreservebedarf und dem Atomausstieg hergestellt wird?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Weil man damit eine politisch getroffene Entscheidung wieder in die Diskussion gebracht hätte, und das unter völlig falschen Voraussetzungen, indem man wieder halt mit Netzreserve, also mit einer Situation ausgegangen wäre, für die Atomkraftwerke eben überhaupt nicht geeignet sind. Wenn ich Redispatch machen will, dann brauche ich Anlagen, die sehr schnell hochgefahren werden können und dann über längere Zeit laufen. Und das kann ich mit Atomkraftwerken nicht. Atomkraftwerke können technisch einigermaßen ein bisschen was aus ihrem Dampfkreislauf an Regelenergie bereitstellen, also mal für eine überschaubare Zeit ein bisschen was an Regelleistung produzieren, einfach weil der Dampfkreislauf noch da ist, wenn sie in vollem Betrieb sind. Aber für Redispatch, wo ich eben die Anlagen nicht im Betrieb habe und in der Netzreserve sie erst mal runtergefahren sind, die dann warm zu machen - da brauche ich ja schon beim Kohlekraftwerk ordentlich Vorlauf -, dafür ist ein AKW völlig ungeeignet.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Danke. - Dann hat das Wort die Union.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Sie haben gerade die wöchentliche Runde beim Kanzler erwähnt. Da würde mich mal interessieren: Haben Sie regelmäßig daran teilgenommen, und was können Sie uns zu der Runde berichten?

Zeuge Achim Zerres: Also ich bin mir nicht sicher, ob meine Aussagegenehmigung - -

(ORR Andreas Nobis (BKAmt): Entschuldigung!)

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Wir haben eine Frage.

ORR Andreas Nobis (BKAmt): Ich nehme Bezug auf das Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums vom 22. November und das Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 27. November zu unserer Rechtsauffassung. Und ich sehe insoweit eine Antwort auf die Frage nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt. Hilfsweise würde ich um Unterbrechung der Sitzung bitten.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ich würde vorschlagen, wir machen weiter. Ich denke, die Frage werden wir ja grundsätzlich noch mal klären müssen.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Alles klar.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ich bin nur drauf gekommen, weil Sie es ja auch angesprochen haben. Und da wollte ich einfach den Faden noch mal aufnehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Gut, dann fahren wir so fort.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Machen wir weiter. Gut. - Dann würde ich vorschlagen, wir gehen noch mal kurz ein auf Gundremmingen. Warum? Weil ja nicht nur eine Laufzeitverlängerung der noch im Betrieb befindlichen Kraftwerke in der Diskussion stand im Frühjahr 2022, sondern auch eine Reaktivierung der am 31. Dezember 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke und damit eben auch Gundremmingen Block C. In den Akten habe ich hierzu eine Mail vom 2. März gefunden, MAT A BMWK-8.09, Blatt 31 bis 33 - bei uns die 2.1 -; kommt auch.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Dort heißt es:

> „… die Exklave der Amprion Regelzone wird nach dem Wegfall von Gundremmingen aus dem TransnetBW und dem Tennet Gebiet versorgt. Die Zuleitungen auf der Tennet-Seite sind stark ausgelastet. Dies führt dazu, dass eine Leistungserhöhung in Österreich zu einer Verschärfung dieses Engpasses führt und als Folge mehr Hochfahrleistung aus der TransnetBW RZ abgerufen wird (und aufgrund der kohlebedingten und

> technischen Nichtverfügbarkeiten damit auch aus CH).
>
> Die höheren Ost-West Lastflüsse werden durch Importe nach FR noch verstärkt."

Wir haben gestern schon geklärt, von wem diese Mail stammt. Es ist geschwärzt hier in unserer Verfügbarkeit. Aber Ihre Mitarbeiterin Frau Adamek hat gesagt, das ist von den Übertragungsnetzbetreibern. Aber trotzdem würde mich noch mal interessieren: Führte die Abschaltung des Kernkraftwerks Gundremmingen dazu, dass im Südwesten Bayerns das Netz instabiler wurde, so wie diese Mail hier vermuten lässt?

Zeuge Achim Zerres: Also ich würde das Wort „instabil" nicht in den Mund nehmen in dem Zusammenhang. Und die Instabilität - - Und es ist - - Sagen wir mal: Zu verzeichnen ist ein erhöhter Redispatch-Einsatz. Der erhöhte Redispatch-Einsatz heißt nicht, dass das Netz instabiler ist, sondern es wird halt grad stabil gehalten. Und insofern kann man sagen, dass tatsächlich die Abschaltung von Gundremmingen in den Situationen, in denen wir sehr viel erneuerbare Erzeugung haben, zu einer nicht intuitiven Belastung der süddeutschen Netze führte.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Genau. Aber die Stabilität hing dann davon ab, dass man tatsächlich Hochfahrleistung aus der Schweiz bekommt. Da liege ich richtig, oder?

Zeuge Achim Zerres: Die musste jetzt nicht zwingend aus der Schweiz sein. Das musste - - Das war eine naheliegende Lösung. Und es war auch eine Lösung, weil wir die Schweizer Kraftwerke sowieso vorher schon kontrahiert haben. Sonst hätten die den ÜNB gar nicht zur Verfügung gestanden.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ja. - Was wäre denn passiert, wenn man diese Hochfahrleistung aus der Schweiz nicht bekommen hätte? Im Wirtschaftsministerium ging man ja davon aus, dass diese in einer Extremsituation nicht zur Verfügung gestanden hätten, was ich, muss ich sagen, auch durchaus plausibel finde, weil wenn wir hier eine Dunkelflaute haben und extrem schwierige Wetterbedingungen, dann dürfte es ja auch in der Schweiz so sein. Das heißt, da ist dann auch ein hoher Bedarf.

Zeuge Achim Zerres: Aber in der Situation hatten wir kein netztechnisches Problem. Ich habe ja gerade erwähnt: Wir haben das netztechnische Problem in Zeiten hoher erneuerbarer Erzeugung, also im Gegenteil zur Dunkelflaute. Dann sind die Überlastungen des Netzes sehr groß. Und dann führen - das ist das Nichtintuitive - die Exporte nach Frankreich und der Einsatz von Reservekapazitäten oder Redispatch-Kapazitäten, die am Markt sind aus bayerischen Kraftwerken, dazu, dass sich Flüsse von Ost nach West einstellen. Und die überlasten dann nicht die Nord- - Die müssen gemacht werden, um im ersten Schritt die Nord-Süd-Leitungen zu entlasten, führen dann im zweiten Schritt zur Überlastung von -

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ost-West.

Zeuge Achim Zerres: - Ost-West-Leitungen im Süddeutschen. Und das muss dann mit einem weiteren Redispatch-Vorgang geklärt werden. Aber eben alles in Zeiten hoher Windeinspeisung, nicht in der Dunkelflaute.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Aber trotzdem sind ja Situationen vorstellbar, in denen die Schweiz dann nicht geliefert hätte, weil sie ja auch im Rahmen der europäischen Verordnung in Notsituationen eben nicht zu Beistand verpflichtet ist. Das stimmt, ne?

Zeuge Achim Zerres: Ich weiß nicht, ob die Schweiz im Rahmen des Europarechts und der Abkommen, die sie damals hatte und die sie heute hat - da hat sich ja in jüngster Zeit schon wieder etwas geändert -, zur Beistandsleistung verpflichtet wäre. Die Schweiz hat aber ein elementares Interesse daran, dass das deutsche Netz nicht zusammenbricht. Im Zweifel machen die das, ob verpflichtet oder nicht.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Sie sagen, man hätte es in jedem Fall gemacht. Ihre Einschätzung. Gut.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich würde noch mal eingehen wollen auf die Prüfungen der Bundesnetzagentur vom 4. bis 8. März 2022 und da insbesondere auf das Whitepaper. Da haben Sie ab dem 4. März ein Papier und eine als Whatsapp-Nachricht und eine als SMS verschickbare Bewertung von Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber erarbeitet. Die Frage war, ob ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke für die Netzstabilität erforderlich sei. Das schreiben Sie unter anderem an Frau Dr. A[redacted]:

> „Herr Müller möchte eine eigene Abschätzung zur AKW-Frage haben.
> Ich habe versucht, einen ersten Ansatz zu finden.
> Ich tappe aber fachlich natürlich "mit der langen Stange durch den Nebel"
> Ich wäre daher sehr dankbar für eigenständige Einschätzungen.“

Zu finden unter MAT A BMWK-8.03 VS-NfD, Blatt 4 bis 15, und da Blatt 4 - bei uns Ziffer 7 -; das kommt.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Auch diese Arbeiten fanden dann wieder auf einem SharePoint-Server statt. Deswegen zunächst folgende Fragen: Was haben Sie beim Tappen mit der langen Stange im Nebel gefunden?

Zeuge Achim Zerres: Nee, das ist es, was ich in der nachfolgenden Mail in diesem Kursivdruck „Vermutungen“ niedergeschrieben habe.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Können Sie es noch mal ausführen?

Zeuge Achim Zerres: Da war meine Einschätzung: Unter der Prämisse, dass ab sofort zu dem damaligen Zeitpunkt die Gaslieferungen um 50 Prozent zurückgehen, die Kohle um 50 Prozent zurückgeht - zu diesem Zeitpunkt, Anfang März - - bei leeren Speichern ein Betrieb von AKWs wohl hilfreich sein könnte, weil wir zwar für das Stromnetz genügend Kapazität haben, aber der Rest an Gas, der uns dann zu diesem Zeitpunkt geblieben wäre, unter dieser Prämisse eben für die deutsche Industrie nicht mehr gereicht hätte.

Und ich bin damals auch zu dem Zeitpunkt davon ausgegangen, dass der süddeutsche Standort von zweien dieser AKWs sich günstig auf das Netz auswirkt. Das war das, was ich dann quasi übers Wochenende mir selbst aus den Fingern gesogen habe und was ich dann natürlich mit dieser etwas bildhaften Umschreibung mit der Nebelstange gerne von den Fachleuten geprüft wissen wollte.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Mhm. - Gab es bei dieser Prüfung bestimmte Vorgaben, dass Kernkraftwerke nicht benötigt werden? Beim zweiten Stresstest haben Sie die ja gemacht, ne? Da haben Sie ja gesagt, dass allenfalls ein Weiterbetrieb von Isar 2 akzeptabel sei, wenn man in Bayern hierfür einen politischen Preis zahlt.

Zeuge Achim Zerres: Na, also - - Am 8. März hatte ich ja meine Vermutungen deutlich geäußert und habe gesagt: Leute, prüft das mal! - Ich habe da keine Ergebnisse vorgegeben. Ich habe auch in der Mail am 14. keine Ergebnisse vorgegeben, ne? Das war ein interner Hinweis, wie ich denke.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Sie wussten damals, dass die Anfrage von Minister Habeck kam. Warum haben Sie das zunächst verschwiegen, auch in Mails dann an Ihre Mitarbeiterin Frau A[redacted]? Da wurde der Anschein erweckt, dass es von Herrn Müller kommt. Gab es dafür einen Grund?

Zeuge Achim Zerres: Ich glaube, ich wollte - - Also einen klaren Grund, den ich dokumentieren könnte, habe ich nicht zur Hand. Ich erinnere mich, dass ich, sage ich mal, die Aufregung unter den Kollegen jetzt nicht unnötig steigern wollte.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Zu dem Whitepaper auch: In der Langfassung haben Sie geschrieben - das ist in der MAT A BMWK-8.03 VS-NfD, Blatt 25 bis 31, dort Blatt 31 - bei uns die 2.11 -; kommt auch - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Können Sie mir erklären, was Sie zu dem Satz - - Ich zitiere Sie hier:

> „Aufgrund vorläufiger eigener Analysen sieht die BNetzA die Einschätzung der ÜNB bestätigt, dass nur in wenigen der betrachteten Stunden eine Lastunterdeckung aufträte."

Als Kommentar schreiben Sie:

> „Ich kenne den Hintergrund. Ich wäre mutiger."

Dann geht es weiter. In der ursprünglichen Version heißt es, dass „die Ergebnisse nicht … plausibilisiert wurden." Können Sie mir sagen, warum dieser Abschnitt da gestrichen wurde in dem finalen Dokument, dass die Ergebnisse nicht plausibilisiert wurden? Also, es gab eine erste Version Ihrer Mitarbeiterin, Frau A[redacted]. Da stand drin, die Ergebnisse sind nicht plausibilisiert. Und das wurde dann gestrichen. Das ist auf Blatt 29.

Zeuge Achim Zerres: Ich sehe das in der ausgedruckten - -

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ja. - Warum wurde diese fehlende Plausibilisierung dann gestrichen?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, weil die Kollegen im Grundsatz genau das ja gemacht haben, ne?

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Also Ihre Abteilungsleiterin sagt, es wurde nicht plausibilisiert, und Sie sagen, es wurde plausibilisiert?

Zeuge Achim Zerres: Das - -

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Oder wer hat es gemacht dann? Fragen wir so rum.

Zeuge Achim Zerres: Moment. - Also wenn man jetzt diesen Text - -

(Der Zeuge liest in dem ihm zuvor gezeigten Dokument)

Also: An der Stelle ist der zweite Satzteil gestrichen worden, der sich an dieser Stelle darauf bezog, worauf die ÜNB hingewiesen haben. Und anschließend haben wir als Bundesnetzagentur natürlich plausibilisiert, ne? Das heißt, die Aussage der ÜNB war, dass die ÜNB nicht plausibilisiert haben.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Das hat ihre Referatsleiterin festgestellt, Frau A[redacted]; denn sie hat das ja geschrieben.

Zeuge Achim Zerres: Nee, das haben die ÜNB selber geschrieben.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Achim Zerres: An dieser Stelle werden die ÜNB - -

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Also wir lesen das so, dass das von Frau A[redacted] kommt.

Zeuge Achim Zerres: Dieses Papier?

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Oder von Ihnen persönlich. Das weiß ich nicht.

Zeuge Achim Zerres: Ja, in diesem Papier heißt es:

> „Die ÜNB weisen darauf hin, dass diese Schnellanalyse … sehr rasch parametrisiert und die Ergebnisse nicht detailliert plausibilisiert wurden."

Also Frau A[redacted] zitiert die ÜNB. Und ich weiß gar nicht, wer diese Satzteile gestrichen hat an der Stelle. Aber im Grunde war dann die - - Ich kann mir das dadurch erklären, dass die Befürchtung war, dass genau das Missverständnis, das auch jetzt hier wieder vorliegt, auftritt.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, ob vielleicht Sie das waren, der da gestrichen hat?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Kann sein. Weiß ich aber nicht mehr.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Weil das ging an Sie, die Mail, und danach war es gestrichen. Also drängt sich der Verdacht auf, dass Sie das da gestrichen haben.

Zeuge Achim Zerres: Das kann - - das will ich nicht ausschließen.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay, okay.

Zeuge Achim Zerres: Weil an der Stelle könnte man ja den Eindruck erhalten, dass die jetzt von der BNetzA oder in diesem Papier beschriebene Darstellung insgesamt nicht plausibilisiert sei. Das ist ja nicht mehr der Fall. Die ÜNB haben ihre eigene Darstellung nicht plausibilisiert und das geschrieben. Und die Kollegen auf der Fachebene haben natürlich sehr wohl mit dem in der Kürze der Zeit zur Verfügung stehenden Material und Hilfsmitteln plausibilisiert.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Am 7. März haben Sie dann aus einer Rücksprache mit dem Präsidenten Müller berichtet, dass diese Bewertung einem Doppelzweck diene. Sie solle

> „als politisches Papier genutzt werden … der Text muss verständlich sein und erklären, was wir warum gemacht haben und wie die Ergebnisse zu verstehen sind Außerdem muss aber auch die fachliche Expertise deutlich werden, damit man uns nicht vorwerfen kann, der grüne H habe sich beim grünen M ein Wunschpapier bestellt."

Das ist in MAT A BMWK-8.03 VS-NfD, Blatt 17 - bei uns die 2.8 -; kommt auch. Warum war dann diese Bewertung kein grünes Wunschpapier, wenn das schon so auch formuliert wird?

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Zeuge Achim Zerres: Nee, weil das halt nicht der Auftrag war. Sinn dieser zusätzlichen Betrachtung, die da mit sehr schnellen Mitteln durch die Bundesnetzagentur erstellt wurde, war - so habe ich den Auftrag jedenfalls wahrgenommen - tatsächlich, zu dem Papier, das BMWK und BMU geschrieben hatten, eine zweite Meinung einzuholen. Man wollte tatsächlich - - Habeck schien nach meiner Wahrnehmung den Wunsch zu haben, sich dazu auch noch mal was von der Bundesnetzagentur einzuholen, wie wir das sehen.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Aber die Formulierung:

> „Außerdem muss aber auch die fachliche Expertise deutlich werden …"

Ich meine, Sie sind die Bundesnetzagentur. Sie haben die fachliche Expertise, schreiben das hier noch mal:

> „… damit man uns nicht vorwerfen kann, der grüne H habe sich beim grünen M ein Wunschpapier bestellt."

Also wie kommt man auf die Idee, so einen Satz zu schreiben, wenn Sie doch als Verantwortlicher in der Abteilung natürlich dafür stehen, dass Sie technische Expertise hier zu Werke bringen?

Zeuge Achim Zerres: Sie haben bei solchen Papieren immer ein Formulierungsproblem. Und für beides habe ich versucht, die Kollegen zu sensibilisieren. Es muss eben einerseits verständlich sein, ne? Man darf nicht in so ein Papier - wie haben Sie das eben genannt? - Proseminar Statistik reinschreiben, und man darf es auch nicht im anderen Extrem banalisieren, dass man nur ein paar Schlagworte und nur das Ergebnis mitteilt, weil dann genau diese Gefahr entsteht, dass man meint, da hat jemand nur auftragsgemäß das noch mal quergeschrieben. Es muss schon deutlich werden, dass wir da fachlich rangegangen sind.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ich hätte es nur - wie soll ich sagen? - für eine Selbstverständlichkeit gehalten. - Meine Zeit ist um.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Vielen Dank. - Das Wort haben die Grünen.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, schönen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zerres, der Eindruck formt sich mehr und mehr, wie in - vorhin doch schon mal zitiert - diesen Zeiten der kommunikativen Verwirrung und natürlich auch einer politisch aufgeladenen Situation, in der Dinge wieder auf den Tisch kamen, energiepolitische Grundsatzentscheidungen richtigerweise wieder auch grundsätzlich und ergebnisoffen hinterfragt waren, wie weit, wie deutlich dort doch eine ruhige und an die wichtigen Prämissen der Kommunikation erinnernde interne Kommunikation in der Bundesnetzagentur stattgefunden hat und wie wesentlich die gewesen ist, um in diesen Zeiten etwas mehr Ruhe reinzubringen, die weit über das hinausgeht, was die politische Ebene betrifft, wie Sie gut beschrieben haben, weil es einfach auch massive preisliche und wirtschaftliche Konsequenzen hat und die Energiepreise dort so massiv beeinflusst hat.

Ich möchte deswegen mal, gerade weil ich es auch ein Stück weit nachvollziehen konnte und Sie ein Stück weit so, denke ich, verstanden habe, dass es politische Interessen aus mehreren Richtungen auch ganz massiv gibt, mit Ihnen Bezug nehmen auf eine MAT-Nummer, in der es um ein Schreiben vom bayerischen Wirtschaftsministerium geht, und zwar, was Sie am 7. März 2023 erreicht hatte. Da geht es um die MAT-Nummer A BMWK-8.07, Blatt 126.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Es ist eine Mail des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie von Herrn Messerer mit einer vermeintlichen Studie, welche behauptet, dass durch die nach dem damaligen Stand der Bundesregierung nicht fortgeführte Verlängerung des Streckbetriebs der Kernkraftwerke und die dadurch vermeintlich reduzierte gesicherte Leistung eine nochmals verschärfte Situation gegenüber dem Winter 22/23 zu erwarten sei. Sie und Ihr Kollege antworteten intern auf diese Mail. Ihr Kollege [redacted] schrieb:

> „Liebe Kolleginnen und Kollegen,
>
> anbei zunächst nur zur Info eine Studie der Bayern bzgl. Versorgungssicherheit im Winter 23/24.
>
> In Anbetracht des Auftraggebers überraschen die Ergebnisse nicht.
>
> Beim Sichten der Folien drängt sich mir der Eindruck auf, dass lediglich qualitative Zusammenhänge in Art einer Metastudie dargestellt sind aber die Handlungsempfehlungen nicht durch Berechnungen der e-Bridge hinterlegt sind."

Sie antworteten dann Ihrem Kollegen daraufhin:

> „"Studie"?
> Ich würde es eher eine selektive Presseschau nennen …"

Können Sie sich an diesen Austausch und die in Anführungsstrichen formulierte Studie erinnern? Nach dem, wie Sie sich heute sehr souverän im Thema zeigen, gehe ich davon aus, dass Sie die kennen. Deswegen die zweite Frage gleich: Was erweckte bei Ihnen den Eindruck, dass es sich bei dieser Einreichung nicht um eine Studie gehandelt hat?

Zeuge Achim Zerres: Also, Sie haben ja schon gemerkt: Ich neige zu etwas bildhaften Formulierungen. Ich kenne die Kollegen von E-Bridge. Mir wäre neu, dass E-Bridge tatsächlich über ein entsprechendes Netzberechnungstool verfügt. E-Bridge ist für ökonomische Zusammenhänge ein ganz hervorragender Berater. Aber in der Situation ist die Studie doch ganz offensichtlich mit sehr wenig Zeitvorlauf entstanden. Die Kollegen umschreiben das auch schon mit „Kurzstudie".

Und wenn Sie in die Studie selber reinschauen, dann finden Sie an den entscheidenden Stellen auch immer die Belege, Quellenverzeichnis, wo das herkommt. Das heißt, E-Bridge ist, wenn man das verständig liest, tatsächlich hingegangen und

hat all diese entsprechenden Daten zusammengetragen und dann im Ergebnis, sagen wir mal, relativ schnell etwas geäußert. Das ist sehr ähnlich dem, was ich quasi über diese Wochenendarbeit gemacht habe, wo ich irgendwie mit dem vorhandenen Material in der Bundesnetzagentur von Freitag bis Nacht von Sonntag auf Montag was zusammengestellt habe. Das würde ich im Leben auch nicht „Studie“ nennen, was ich da gemacht habe.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Wie könnte Ihr Kollege die Aussage dann gemeint haben in dem Zusammenhang: „In Anbetracht des Auftraggebers überraschen die Ergebnisse nicht“?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, also zu dem Zeitpunkt, wenn ich mich recht erinnere, war aus Bayern schon recht lautstark die Forderung nach Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke erhoben worden.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Das lassen wir an der Stelle so stehen. - Aber über diese Stelle hinaus: Gab es denn sonst öfter mal das Gefühl, dass bayerische Ministerien dort eher politisch gefärbte Studien veröffentlichten?

Zeuge Achim Zerres: Das ist jetzt etwas - - Das bringt mich in einen - - Ja, aber, ich sage mal, ich arbeite mit - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Der Hinweis: Bitte, dass Sie sich gerne dann melden, wenn Sie - - Ja.

RAn [redacted]: Es ging mir nur um die Aussagegenehmigung. Das klang relativ weit von der Frage - - dass man sich außerhalb der Aussagegenehmigung bewegen würde - -

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Trotzdem. Das ist ja das Verfahren, was wir vereinbart haben, denke ich.

Zeuge Achim Zerres: Also ich würde mal sagen: Es geht hier ja um meine Wahrnehmung dessen, wie die Bayern agieren. Und da gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen der sehr guten fachlichen Zusammenarbeit mit der bayerischen Ministerialverwaltung und auch den bayerischen Regulierungsbehörden - wir sind da längst nicht immer einer Meinung; aber die sind gut, mit denen kann man arbeiten - und dem, was hinterher die politische Ebene in Bayern draus macht. Das sind unterschiedliche Dinge.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, verlassen wir Bayern und gehen mal in Richtung des deutschen Energiesystems. Und darauf Bezug nehmend wäre meine erste Frage: Was waren in den Jahren 2022 und 23 die aus Ihrer Sicht großen Herausforderungen für das deutsche Energieversorgungsproblem, was ja offensichtlich zu befürchten war? Und welche Versäumnisse waren ausschlaggebend für diese Herausforderungen, die einfach reingewürgt haben in diesen Betrachtungszeitraum? Welche Versäumnisse?

Zeuge Achim Zerres: Puh.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also jetzt mal: Gas haben wir gehört. Gas ist allen klar. Was kam da noch hinzu? Gasmangel? Klar.

Zeuge Achim Zerres: Also, was einem spontan dazu einfällt - ich möchte jetzt nicht irgendwie politische Bewertung machen -: Was uns immer auf die Füße fällt, auch in der Regulierungsarbeit, sind die Inkonstanten in der Energiepolitik, ne? Da ist es halt immer wieder so, dass alle naselang wieder eine neue tolle Idee verwirklicht wird, und die Bereitschaft, einen einmal eingeschlagenen Weg jetzt drei, vier Jahre weiterzugehen, ist nicht ausgeprägt. Man muss einfach mal auch die Akteure machen lassen und umsetzen lassen und das abwarten. - Das ist das eine.

Darüber hinaus fällt uns eigentlich seit 2012, seit wir den ersten Netzentwicklungsplan erstellt haben, auf die Füße, dass die politische Bereitschaft, dann auch vor Ort für Ausbauvorhaben einzustehen, nicht ausreichend entwickelt war.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist - - Man hat richtigerweise ein Bundesbedarfsplangesetz beschlossen. Und dann sind die örtlichen Abgeordneten immer wieder auf die Gegenseite gewechselt und haben die Erforderlichkeit infrage gestellt.

Man hat beim Ausbau der Erneuerbaren auch ständig Kurswechsel vorgenommen. Man hat Ziele formuliert. Dann lief die Solarenergie. Dann hat man einen Solardeckel eingeführt, ne? Man hat irgendwie gemeint, mit einer Abstandsregel für Windanlagen womöglich was Gutes zu tun. Was man erreicht hat, ist, dass man Windanlagen per se als Problem definiert hat. Also das sind viele Kleinigkeiten, und da will ich keinem Beteiligten den guten Willen absprechen; aber - - Also im Kern sind tatsächlich das Kurshalten und der Netzausbau die Dinge, die dringlich gewesen wären.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Das ist, denke ich, auch der Unterschied zwischen gutem Willen und dann Rückgrat zu haben und dazu zu stehen und Kurs zu halten, wenn es schwierigen Gegenwind gibt. Das ist sicherlich auch noch etwas Unterschiedliches.

Die eine Frage wird jetzt etwas zu komplex werden, aber die Frage vielleicht beim nächsten Mal, was die Laufzeitverlängerung für den weiteren Ausbau, wenn es eine gegeben hätte, eine maßgebliche Laufzeitverlängerung - würde mich sehr interessieren -, für den Ausbau der Erneuerbaren und für den Netzausbau bedeutet hätte. Aber das machen wir, wenn wir noch eine nächste Runde machen sollten. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Zur FDP.

Frank Schäffler (FDP): Herr Zerres, ich komme noch mal zurück auf die E-Mail an Frau [redacted] - MAT A BMWK-8.04, Blatt 66 bis 67 -, über die wir vorhin sprachen. Woher hatten Sie eigentlich diese Informationen in dieser E-Mail, also diese Vorgaben usw.?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich jetzt nicht mehr hundertprozentig genau. Ich fürchte, dass mir an der Stelle womöglich meine Erinnerung einen Streich spielen könnte, weil ich inzwischen auch Kommunikation meines Präsidenten mit Herrn Habeck kenne, wo das klar draus hervorgeht.

Frank Schäffler (FDP): Hat er das eventuell an Sie weitergeleitet, oder - -

Zeuge Achim Zerres: Nee, da finde ich nichts mehr. Das wäre nicht ungewöhnlich, dass ich das von Herrn Müller bekommen hätte. Es kann aber auch sein, dass das lediglich gesprächsweise zu mir durchgedrungen ist.

Frank Schäffler (FDP): Aber nicht direkt von Herrn Habeck?

Zeuge Achim Zerres: Nee. Nee, nee.

Frank Schäffler (FDP): Oder Herrn Graichen oder - -

Zeuge Achim Zerres: Auch nicht. Nein, nein.

Frank Schäffler (FDP): Mhm. - Sie sagten eben als Antwort auf meine Frage zu den Eingangsparametern, dass es Habecks Wunsch war, diese für den zweiten Stresstest zu verschärfen, um der neuen kritischen Situation gerecht zu werden. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Achim Zerres: Mhm.

Frank Schäffler (FDP): Warum schreiben Sie dann in der Mail: „Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel“? Das klingt für mich nicht so, als sollte der Parameter so gewählt werden, dass im Ergebnis rauskommt, dass kein Weiterbetrieb aller drei verbleibenden Kraftwerke nötig ist, sondern lediglich der Weiterbetrieb eines Kraftwerkes. Das widerspricht sich doch, oder?

Zeuge Achim Zerres: Ich habe diesen Abschnitt ja bewusst mit „Nur intern …“ überschrieben. Das ist an der Stelle meine persönliche Sicht der Dinge zu Anfang Juli 22. Mir erschien das damals

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht erforderlich, eine Laufzeitverlängerung vorzunehmen zu dem Zeitpunkt, bei den bekannten Umständen und den Parametern.

Frank Schäffler (FDP): Auch nicht im Worst Case?

Zeuge Achim Zerres: Nee. Was der Worst Case ist, ist ja auch ein Moving Target. Die Parametrisierung - -

Frank Schäffler (FDP): Aber war das nicht Teil dieser Vorgaben, die Herr Habeck gegeben hat?

Zeuge Achim Zerres: Zu dem Zeitpunkt hatte Herr Habeck ein Ensemble an Einzelvorgaben, das deutlich über die jetzt Stresstest 1 genannte Abschätzung, deren Initialisierung im April erfolgte, hinausging und - -

Frank Schäffler (FDP): Aber das wurde doch hinterher gar nicht geprüft, dass nur ein Kraftwerk oder zwei weiterlaufen, sondern es wurde ja nur geprüft, ob alle drei weiterlaufen sollen, wenn ich das richtig - -

Zeuge Achim Zerres: Auch das hat sich zu dem - - im Laufe der Zeit als Prüfungsaufgabe verändert.

Frank Schäffler (FDP): Mhm. - Aber hätte man das nicht prüfen sollen, dass man vielleicht eins oder zwei weiterlaufen lässt?

Zeuge Achim Zerres: Hat man dann ja auch. Zu dem Zeitpunkt, Anfang Juli, war ja nicht die Frage, ob man und mit wie viel man am Ende in den Weiterbetrieb geht, sondern die Frage zu diesem Zeitpunkt war erst mal: Mit welchen Parametern starte ich das? Auch das hat sich über den Sommer wieder verändert. Sie erinnern sich vielleicht: In der letzten Fassung dessen, was dann als Stresstest 2.0 analysiert wurde, da gab es ja unterschiedliche Risikoszenarien: so erster Stresstest, leicht usw. Das war zu dem Zeit- -

Frank Schäffler (FDP): Da gab es kein Szenario, wo nur ein Kernkraftwerk oder zwei weiterlaufen, sondern nur drei?

Zeuge Achim Zerres: Die Szenarien waren unterschiedlich, was Gaspreise anbelangt, was Kohlelieferungen anbelangt und was den Einsatz französischer AKW anbelangt. Das hat man durchgespielt.

Frank Schäffler (FDP): Genau. Das ist ja gerade der Punkt, ja? Am Ende kamen dann nur diese drei Kernkraftwerke, also die Option 3. Aber Sie schreiben hier „ein Kraftwerk“, nämlich Isar - ja? -, und das wundert mich.

Zeuge Achim Zerres: In Option 3 ist das Hochrisikoszenario. Das hat erst mal mit dem Lauf von AKWs noch gar nichts zu tun. In dieser Drei-Sterne-Variante haben Sie eine Unterstellung, dass - ich muss jetzt aus dem Gedächtnis zitieren - Frankreich nur irgendwie 40, irgendwas in der Größenordnung, 40 GW - - und dann fallen auch noch die deutschen Netzreservekraftwerke aus. Das hat erst mal mit ein oder zwei -

Frank Schäffler (FDP): Na ja.

Zeuge Achim Zerres: - gar nichts zu tun, oder so. Die Frage ist, ob ich dann anschließend, wenn ich diese Szenarien durchgerechnet habe und daraus das Problem erkannt habe, rechnen lasse: Wird es besser, wenn ich nur eines dazunehme, wird es besser, wenn ich zwei oder drei dazunehme? Und natürlich hat sich am Ende des Tages die Welt nicht nach den Ideen des Herrn Zerres gedreht, sondern da wurde mit allen gerechnet.

Frank Schäffler (FDP): Okay. - Aber noch mal eine andere Frage. Sie schreiben, es könne passieren, dass die Übertragungsnetzbetreiber meckern. In diesem Fall soll Frau [redacted] das BMWK in der Diskussion unterstützen. Worüber könnten die denn meckern?

Zeuge Achim Zerres: Na, dass sie jetzt schon wieder was Neues machen sollen.

Frank Schäffler (FDP): Aha.

Zeuge Achim Zerres: Also, das ist ja - - Auch wieder Stichwort Konstanz. Man hat die Übertragungsnetzbetreiber eine erste Analyse, die jetzt

Nur zur dienstlichen Verwendung

nur mal so ein bisschen was machen sollte, rechnen lassen oder wollte sie rechnen lassen. Dann hat man da im Laufe des Aprils auch die Parameter angepasst, und dann ist das der erste Stresstest geworden. Das haben sie gemacht, andere Arbeiten dafür liegen gelassen. Jetzt kommt das BMWK wieder und will noch eine weitere Untersuchung usw. Das ist - -

Frank Schäffler (FDP): Und dann noch mal zu der Frage: „Wenn Bayern und andere politisch dafür … bezahlen“, wie darf man das denn noch mal verstehen?

Zeuge Achim Zerres: Also ich hätte mir - Sie merken, dass ich kein Politiker bin - gedacht, eine solche Entscheidung macht man dann in einem politischen Konsens, wo die eine Seite etwas gibt, Laufzeitverlängerung, und auch die andere Seite einem entgegenkommt, womöglich in der Frage: Wie kommen wir schneller beim Netzausbau voran? - Zu dem Zeitpunkt war es ja noch so, dass praktisch mit Billigung des bayerischen Wirtschaftsministeriums überall vor Ort Widerstand gegen Netzausbauvorhaben geleistet wurde.

Frank Schäffler (FDP): Hatte denn Frau [redacted] die Parameter über die Vorgaben von Herrn Habeck? Sie schreiben ja hier:

> „Bitte nicht an den Vorgaben von Herrn Habeck versuchen etwas zu ändern.“

Hätte denn Frau [redacted] sich darüber hinwegsetzen dürfen?

Zeuge Achim Zerres: Wenn das fachlich klar gewesen wäre, dass man mit dieser Parametrisierung aus der Hand nicht vernünftig weiterkommt, dann hätte sie das natürlich dürfen.

Frank Schäffler (FDP): War das denn Ihrer Meinung nach der Fall?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich nicht. Dafür ist ja die Frau [redacted] die Fachexpertin.

Frank Schäffler (FDP): Okay.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: AfD.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Vielen Dank. - Herr Zerres, ich möchte gleich mal bei diesem Thema bleiben, bei der E-Mail Ihrer Kollegin [redacted] Das füge ich noch mal an; das ist MAT A BMWK-8.04, Blatt 59. In dieser schrieb sie - ich zitiere erneut -:

> „Heute Vormittag im Termin wurde sehr offensichtlich, dass das BMWK eigentlich nur Annahmen möchte, die zu Ergebnissen führen, die "alles grün" sagen.“

Zitat Ende. - Haben Sie an dem Termin mit der BMWK-Arbeitsebene, welcher am 14. Juli 22 stattfand und bei dem es um die Annahmen ging, teilgenommen, und, wenn ja, was war Ihr Eindruck im Hinblick auf die Annahmen, die das BMWK lieferte?

Zeuge Achim Zerres: An dem Termin habe ich nicht teilgenommen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Wie haben Sie denn den Hinweis der Kollegin, dass das „alles grün“ sein sollte, in dem Kontext verstanden?

Zeuge Achim Zerres: Die Mail ist gar nicht an mich gegangen. Die Mail ist an [redacted] gegangen. Und hier steht: „… sende die Info an Achim Zerres.“ Jetzt müsste man gucken, ob die dann tatsächlich - - weil [redacted] war in der Videokonferenz, die hier steht. Aber ich hätte mit Sicherheit auch nicht anders reagiert, als ich - - Oder ist das - warten Sie mal - die Mail, die ich vorher auf der 69 gekriegt habe? Wenn man dann die Blätter zusammennimmt, dann muss ja irgendwann - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Wenn man noch mal das Notebook kriegen kann.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Ich frage mal dazu: Also, mir drängt sich hier der Eindruck auf, wenn ich höre, dass „alles grün“ sein sollte, dass

Nur zur dienstlichen Verwendung

das BMWK darauf gedrängt hat, die Vorgaben abzuschwächen, sodass also praktisch ein positives Ergebnis rauskommt. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Achim Zerres: Also, ich weiß nicht - - Ich kann nicht bestätigen, was da in dieser Besprechung, die Frau [redacted] mit Herrn [redacted] geführt hat, gemacht wurde. Aber wenn Sie die Mails in ihrem Verlauf dann aneinanderhängen: Frau [redacted] mailt um 14.19 Uhr an den Unterabteilungsleiter. Der sagt um 14.24 Uhr: Bitte den Zerres verständigen. - Frau [redacted] schreibt dann an mich um 15.13 Uhr. Und ich hatte wohl auch noch einiges zu tun. Und ich habe dann die mehrfach zitierte Mail von 19.25 Uhr geschrieben und da gesagt: Bitte nichts an den Habeck-Vorgaben ändern.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Aber ist der Eindruck richtig, dass die Habeck-Vorgaben das Ergebnis eher abschwächen sollten, sodass eben das Ergebnis -

Zeuge Achim Zerres: Nee. Nee.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): - „alles grün“ im Sinne von „in Ordnung“ ist?

Zeuge Achim Zerres: Nee, der Eindruck ist nicht richtig, weil das, was mir an Habeck-Vorgaben da bekannt war, das war eben gezielt in Richtung: Wir müssen Risikoanalysen machen. - Was dann die Arbeitsebene mitunter daraus macht, da weiß ich nichts von. Aber meine Wahrnehmung ist, dass tatsächlich zu diesem Zeitpunkt bewusst die Schraube noch mal Richtung Vorsicht gedreht wurde.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Na gut. - Dann möchte ich noch auf einen anderen Aspekt eingehen, und zwar eine Mail, die hier auch schon angesprochen wurde. Ich zitiere noch mal die Fundstelle. Das ist MAT A BMWK-8.04, Blatt 66. Die haben Sie geschrieben am 14. Juli 22. Da ging es um das Ergebnis der Analyse. Dort schrieben Sie - Zitat Anfang -:

> „Nur intern, nicht für die ÜNB:
> Als Ergebnis wäre allenfalls ein
> Streckbetrieb für Isar akzeptabel.
> Und auch das nur, wenn Bayern
> und andere politisch dafür etwas
> bezahlen.“

Zitat Ende. - Wir haben jetzt von vielen, die hier schon ausgesagt haben, gehört, dass der Streckbetrieb eigentlich für die Betreiber keine Option war, dass die das sogar eher als technisch absurd angesehen - - Entschuldigung. Jetzt habe ich mich vertan. Ich muss noch mal neu anfangen.

Können Sie uns mitteilen, von wem dieses Ergebnis, also dass ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel wäre, konkret geäußert wurde? Handelt es sich hierbei um ein Ergebnis, das für die Bundesnetzagentur akzeptabel wäre, oder für wen konkret stellte dies ein akzeptables Ergebnis dar?

Zeuge Achim Zerres: Nee, die Frage wurde mir ja eben schon gestellt von der FDP. Und ich habe da schon drauf hingewiesen. Ich habe da ja bewusst drüber geschrieben: „Nur intern“. Und das ist meine zum damaligen Zeitpunkt vorhandene persönliche Überzeugung gewesen. Mehr nicht.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Und fanden Sie es bedenklich, dass bereits vor der Durchführung des Stresstests akzeptable Ergebnisse durchgegeben wurden?

Zeuge Achim Zerres: Nee. Man hat ja, ich sag mal, im Laufe der Zeit ein gewisses Händchen dafür, ein Bauchgefühl, welche Risikoprämissen am Ende des Tages zu welchen Ergebnissen führen könnten. Und Sie können Risiken unendlich aufeinanderstapeln. Dann kriegen Sie alles aufeinander. In der realen Situation hätte ich eben gedacht: Eine Risikosituation, die dazu führt, dass wir eines am Laufen halten, ist eine vernünftige Geschichte. - Das hat sich im Laufe des Sommers weiterentwickelt, und das war zu dem Zeitpunkt meine höchstpersönliche Einschätzung.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut. Danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen? - Kollege Dr. Lenz.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von meiner Seite vielen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dank, dass Sie mit Ihrer Expertise und Ihrer Erfahrung dem Ausschuss zur Verfügung stehen. - Ich würde auch gerne noch einmal zurückkommen auf die MAT-Nummer A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 66. Wurde schon zitiert die Frage.

> „Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel. Und auch das nur, wenn Bayern und andere politisch dafür etwas bezahlen."

Sie haben jetzt vorher gesagt, was man darunter verstehen könnte. Also, man könnte natürlich vieles darunter verstehen. Und gerade wenn man aus Bayern kommt, dann könnten das ja auch Dinge sein, die nicht mit der Energiepolitik zu tun haben. Können Sie noch mal ein bisschen darauf eingehen, was Sie denn persönlich - - Sie sind natürlich kein Politiker, aber man merkt schon, ein politisch denkender Mensch. An was haben Sie denn da gedacht?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, das habe ich ja gerade skizziert. Ich hätte erwartet *, dass solche Analysen dann oder gewünscht* zu einem Ergebnis im politischen Konsens führen. Und dann, dass jede Seite ein bisschen was Positionen räumt, dass also die eine Seite eine Laufzeitverlängerung zugibt, die andere Seite sagt: „Okay, das war's dann auch, die Diskussion machen wir nicht noch mal wieder länger auf", dass Bayern - ich habe eben Ihre Reaktion mitgekriegt - sich netzausbaufördernder verhält.

Die Wahrnehmung desjenigen, der das dann vor Ort immer wieder erklären muss, ist eine andere gewesen in 22. Inzwischen ist es okay. Inzwischen fördert Bayern den Netzausbau aktiv. Das sind so Dinge, die mir da eingefallen wären.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht, um jetzt noch einmal zurückzukommen, weil es interessiert mich natürlich schon, da ich ja aus Bayern stamme: Wie kommen Sie darauf, dass 22 - die Vorgeschichte des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers beim Thema Netzausbau ist durchaus schwierig; da stimmen wir durchaus überein - - Aber wie kommen Sie denn darauf, dass im März 22 oder im Juli 22 irgendjemand aus der Bayerischen Staatsregierung eine kritische Haltung gegenüber Netzausbauprojekten gehabt haben könnte?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, ich habe ja nach wie vor dann meine Anfragen im Hinterkopf gehabt. Ich habe Termine mit Bayern im Hinterkopf gehabt. Das ist geprägt aus der Vorgeschichte, die man als derjenige, der im Interesse einer erneuerbaren Erzeugung - einer Versorgung Deutschlands mit erneuerbarer Erzeugung - diesen Netzausbau mitverantwortet, einfach macht. Dass da jetzt irgendjemand aufgestanden wäre im Juli 22 und dieses Thema in der Situation noch einmal aktiv in der falschen Richtung bedient hätte, das war natürlich nicht der Fall. Aber meine Vorstellung wäre eben gewesen, dass man sich dann tatsächlich dazu dann insgesamt -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): … unterhakt.

Zeuge Achim Zerres: - unterhakt, aus allen politischen Bereichen hinter ein Konzept dahinterstellt.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wenn Sie das sagen, man hätte da eine Laufzeitverlängerung geben - - An was haben Sie da konkret gedacht? An einen Streckbetrieb oder an eine generelle weitere - -

Zeuge Achim Zerres: Streckbetrieb.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also nur ein paar Monate, jetzt nicht ein paar Jahre.

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Oder wäre das Verhandlungsmasse gewesen im politischen Raum, wenn man eh schon dabei ist?

Zeuge Achim Zerres: Also, aus fachlicher Sicht gab es dafür keine Anzeichen, dass das notwendig werden würde. Ich sage mal: Meinen Bemerkungen eben in Sachen politische Konstanz können Sie entnehmen, dass das auch für mich nicht jetzt, da doch wieder die Richtung zu ändern, in den Kanon dessen gehörte, was mir vernünftig erschienen wäre.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Aber verstehe ich Sie richtig, dass Ihre Einschätzung eher die war: „Also, das wird schon nicht so schlimm werden bei der Frage der Versorgungssicherheit, und wenn wir da Befindlichkeiten haben, dann lasst uns das doch nutzen, um andere politische Themen abzuräumen“? Jetzt mal etwas salopp formuliert.

Zeuge Achim Zerres: Ich würde es mit einem etwas anderen Zungenschlag betrachten. Nicht irgendwie nur politische Befindlichkeiten, sondern wir haben eine Situation, in der ich natürlich durchaus sehe, dass man sich nicht hinterher irgendetwas vorwerfen lassen will. Das geht über Befindlichkeiten hinaus.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Genau. Also quasi, wenn man es eh machen muss aus irgendwelchen Gründen, dann kann man ja das, was man eh machen will, dann mit politischen … [akustisch unverständlich] verbinden.

Zeuge Achim Zerres: Mit anderen Dingen, die vielleicht in anderen Lagern politische Überwindung kosten, das verbinden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): So unpolitisch scheinen Sie mir gar nicht zu sein. Aber das ist nur eine subjektive Betrachtung meinerseits.

Ja, ich komme auch noch mal auf die MAT-Nummer A BMWK-8.03 VS-NfD, Blatt 29. Wir haben ja schon drüber gesprochen, über die Punkte plausibilisiert - - Also wurden - - dass das ja von Ihnen, nehme ich an, gestrichen wurde bzw. unter Umständen konnten nicht ausschließen, dass es - -

Zeuge Achim Zerres: Mhm.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht an Sie die Frage: Wo sehen Sie denn den Unterschied zwischen „wenn man etwas plausibilisiert“ im Gegensatz zu „man findet etwas plausibel“?

Zeuge Achim Zerres: Ja, das eine ist eine spontane Reaktion, Bewertung auf ein Schriftstück oder eine These, ein vorgefundenes Diktum, und das andere ist ein aktives Tätigwerden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Das würde ich teilen. - Und jetzt ist die Frage: Wurde es plausibilisiert, wenn man „nicht … plausibilisiert“ entsprechend aus der Vorlage gestrichen hat?

Zeuge Achim Zerres: Also, das eine, das Gestrichene, ist das Zitat dessen, was die ÜNB gemacht haben. Anschließend haben die Kollegen/Kolleginnen ja ihrerseits plausibilisiert.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wer hat es denn genau gemacht, die Plausibilisierung?

Zeuge Achim Zerres: Hm?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wer hat die Plausibilisierung gemacht?

Zeuge Achim Zerres: Ja, die Kolleginnen im Referat 626. Die sind - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wie hat die ausgesehen, die Plausibilisierung?

Zeuge Achim Zerres: Ja, die haben - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Gab es da Rechnungen oder - -

Zeuge Achim Zerres: Also, für die von mir eingangs skizzierten wirklichen Modellierungen war natürlich keine Zeit. Aber die haben das ihrerseits mit Bordmitteln dessen, was wir über unsere eigenen Annahmen zur Entwicklung des Kraftwerksparks, über unsere eigenen Annahmen zur Entwicklung des Netzausbaustandes wussten, was wir an sonstigen Erkenntnissen unsererseits hatten über die Füllstände von Gasspeichern und Lieferketten von Kraftwerken - - Das war ja alles im Werden beschrieben. Das, was da war an Material, das haben die genutzt, um das abzuchecken.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wurde das schriftlich gemacht Ihrer Erkenntnis nach oder so Pi mal Daumen?

Zeuge Achim Zerres: Wesentlich mehr als ein Schnellschuss war auch * Unsinn* bei den Zeiten, über die wir da reden, ne? Ich habe das Ding

Nur zur dienstlichen Verwendung

Freitagabend als Auftrag gekriegt, habe mir Samstag, Sonntag Gedanken gemacht. Die Kollegen hatten das am Montagmorgen auf dem Schreibtisch. Und dann sollte es - lassen Sie mich nicht lügen - am Mittwoch im BMWK sein.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also, wurde es dann nicht doch mehr als plausibel befunden als wirklich plausibilisiert?

Zeuge Achim Zerres: Also das, glaube ich, unterschätzt ein wenig die Eigenständigkeit, die die Kollegen - - und den Hirnschmalz, die die da noch reingesteckt haben. Das wurde ja im Laufe des Prozesses dann auch den Kollegen deutlich, dass das ein Papier ist, das letztlich an den Bundesminister gehen soll. Meine anfängliche Zurückhaltung hat sich ja im Laufe der E-Mails gelegt. Und dann haben die da schon nach meinem Dafürhalten Engagement reingesteckt, weil die ja auch meine Erstbewertung deutlich korrigiert haben aus ihrer fachlichen Sicht.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Aber es gab nichts Schriftliches? Oder schon?

Zeuge Achim Zerres: Dass hier die Sätze gestrichen werden, das ist ja Teil dessen, was auf diesem SharePoint wahrscheinlich passiert ist. Dass die jetzt noch mal ausgearbeitet haben „aus dem und dem Grund habe ich dieses oder jenes“, dafür hätte die Zeit auch nicht gereicht.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wie kann ich mir das vorstellen? Sind das Arbeitsgruppen, oder ist das ein E-Mail-Austausch, oder gibt es oder gab es da auch Gesprächsgruppen?

Zeuge Achim Zerres: Die Kollegen teilen sich Büros und sitzen Tür an Tür auf dem Flur. Man redet dann miteinander.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht an der Stelle auch fürs Protokoll: Wir haben ja vorher schon auch über die fehlenden Beweisstücke von Herrn Donderer gesprochen. Es ist schon, ja, für das Aufklärungsinteresse, aber ich denke, auch für den Untersuchungsausschuss und nicht nur für diesen problematisch, wenn über SharePoints gearbeitet wird, weil die entsprechenden Genesen nicht mehr nachvollziehbar sind, wie entsprechende Dokumente erstellt werden. Das betrifft jetzt nicht Sie, Herr Zerres, weil Sie ja den SharePoint gar nicht genutzt haben in jedem Bereich, sondern eben noch die E-Mail dankenswerterweise verschicken mussten. Insofern aber trotzdem fürs Protokoll entsprechend angemerkt.

Waren Sie eigentlich überrascht, dass da ein Minister kommt, der vielleicht sogar mal so Ansätze wie Out-of-the-Box-Denken hat, jetzt bezüglich auch seiner Risikoeinschätzungen oder seiner Wünsche diesbezüglich?

Zeuge Achim Zerres: An der Stelle, ja. Also, das hätte ich jetzt nicht gedacht, dass er irgendwie seinen Kontakt zu Herrn Müller nutzt, um bei der Bundesnetzagentur eine zweite Meinung in dieser Frage einzuholen. Hat er aber.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Kommt so was öfter vor, dass diese Tiefe des Informationsbedürfnisses beim Minister gegenüber der BNetzA kundgetan wird?

Zeuge Achim Zerres: Das Wort „öfter“ würde ich jetzt nicht benutzen, aber es kommt vor.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Und es ist durchaus außergewöhnlich? Also wenn ich mir so den Untersuchungsausschuss anschaue, dann ist es durchaus so, dass der Minister anscheinend ja manchmal auch versucht zumindest - so würde ich es beschreiben -, in die Tiefen zu gehen. Da können Sie zustimmen.

Zeuge Achim Zerres: Mhm.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Aber Sie sahen es ja eigentlich anders, Sie persönlich zumindest zu Beginn. Aber es tut ja nichts zur entsprechenden Sache.

Ich komme noch mal auf die MAT-Nummer A BMWK-8.07, Blatt 12. Ich weiß jetzt gar nicht, ob das schon zitiert wurde heute. Da schreibt ein Herr [redacted] - wir können es Ihnen auch vorlegen, aber vielleicht haben Sie es auch; ich zitiere -:

Nur zur dienstlichen Verwendung

„[redacted] (bitte entschuldige die Vorgreiflichkeit) sah in einer Beteiligung der BNetzA die potenzielle Möglichkeit zumindest einige KKW-Fans in der CSU umzustimmen."

(Dem Zeugen werden Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Er liest in diesen Dokumenten)

Es geht dann weiter; aber wenn Sie es selber lesen. Ich lese es gleich mal für alle vor:

„Dass das Thema (leider) immer noch nicht tot ist, zeigen ja die vielzähligen Äußerungen/Forderungen von Söder, Aiwanger und Co. Insoweit wäre dies eine Möglichkeit, das den Zombie Laufzeitverlängerung endlich wirklich zu begraben oder zumindest das Grab noch etwas tiefer zu schaufeln."

Zeuge Achim Zerres: Ich wusste gar nicht, dass der Kollege [redacted] auch so eine bildhafte Sprache pflegt.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, was hat er denn aus Ihrer Sicht damit gemeint?

Zeuge Achim Zerres: Also, ich bin mir jetzt nicht hundertprozentig sicher, in welchem Zusammenhang - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also vielleicht: Es war ein Fachgespräch im Bayerischen Landtag.

Zeuge Achim Zerres: Ja genau, das ist - - ja, ja, ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Und da sollte, ich glaube, der Herr [redacted] hingehen, und dann ging es darum, dass die Dienstreise dafür genehmigt werden muss, und dann wahrscheinlich auch, was man denn da kommuniziert.

Zeuge Achim Zerres: Ja, ja, das war - - Die Bayern hatten uns - - Ja, also wir steckten halt ordentlich in der Arbeit, weil wir uns ja nicht nur mit der AKW-Frage beschäftigten, sondern noch viel dringlicher mit der Besorgung von Gas und der Vorbereitung, und wenn das alles schiefgeht, was wir denn dann machen. Und dann ist Herr Kemper doch irgendwie derjenige gewesen, der da auf der entsprechenden Tagung teilnehmen sollte. Die Einschätzung, dass eine solche Tagung dazu hätte führen können, die Position der CSU in der Verlängerungsdebatte zu verändern, würde ich nicht teilen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, da kommt wieder der doch politische Profi vielleicht auch bei Ihnen aus meiner Sicht durch. Aber trotzdem die Frage noch mal diesbezüglich. Das war ja im Mai 2022, und der Minister hatte ja im Februar die ergebnisoffene Prüfung eigentlich angekündigt auch einer Laufzeitverlängerung. Die war ja dann eigentlich, wenn man dann schon wieder überzeugen will, dass das alles gar nichts bringt, die war ja dann für Sie zumindest abgeschlossen. Kann man denn so sagen?

Zeuge Achim Zerres: Nein. Nein. Das ist hier die persönliche Meinung von [redacted] und [redacted]

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also die Nachfrage: Wie kann man denn noch ergebnisoffen prüfen, wenn man an anderer Stelle das Thema beerdigen will oder das Grab noch tiefer schaufeln will?

Zeuge Achim Zerres: Erstens waren wir zu diesem Zeitpunkt, Mai, ja noch wieder auf, ich sage mal, einer anderen Bewegung der Sinuskurve. Wir hatten da eigentlich schon wieder gegenüber dem März einen sehr guten Weg bei der Kohlediversifizierung eingeschlagen. Und wir hatten im Mai auch noch sehr hohe Lieferungen an Gas aus Russland.

Und wir hatten, wenn ich das richtig erinnere - aber da bin ich mir nicht hundertprozentig sicher -, erste Aussagen, dass die Gaseinsparung durch Atomkraftwerke so riesig nicht sein wird. Deswegen herrschte offensichtlich bei Herrn [redacted] und beim Kollegen [redacted] die Einschätzung: Verlängerung brauchen wir nicht. - Ist aber die reine Position der Bundesnetzagentur, hat irgendwie an der Stelle mit Prüfung oder mit irgendwelchen Diskussionen mit dem BMWK nichts zu tun. Das war ja unser Auftrag, an dieser

Veranstaltung im Bayerischen Landtag teilzunehmen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Verstehe ich. Trotzdem aber noch mal die Nachfrage. Es wurde zumindest zu der Zeit ja nicht weiter geprüft, ob eine Option Kernkraft in irgendeiner Weise noch Sinn ergeben würde. Sie haben das sehr fachkundig dargestellt, dass man die unterschiedlichen anderen Optionen ja auch mehr oder weniger erfolgreich zu der Zeit schon vorangetrieben hatte. Deshalb die Frage: Im Mai, war das für Sie in der Bundesnetzagentur keine Prüfoption mehr, die Kernkraft im Spiel zu halten?

Zeuge Achim Zerres: Im Mai hatten wir in dieser Hinsicht als Bundesnetzagentur, so wie ich das erinnere, gar keinen expliziten Prüfauftrag. Im Mai lief noch der sogenannte erste Stresstest, bei dem wir eben im Anschluss an die Bedarfsanalyse, die regelmäßige, Eingangsparameter verändert haben im Hinblick darauf, zu schauen, ob da ein nennenswerter Beitrag zur Gaseinsparung erzielt werden könne. Das war das, was als Prüfung durch die ÜNB zu dem Zeitpunkt stattfand. Wir haben zu dem Zeitpunkt, nachdem wir mit der Parametrisierung durch waren, die ÜNB rechnen lassen. Und dann kam das Ergebnis aus dieser Prüfung raus, was dann Anfang Juli Herrn Habeck nicht gereicht hat.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay. Vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen?

Frank Schäffler (FDP): Ja. - Herr Zerres, ich möchte noch mal - -

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann ist zunächst der Kollege Herrmann dran.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie vorhin bereits angekündigt, würde ich noch mal Bezug nehmen wollen auf die Fragen einer wirklich nennenswerten Laufzeitverlängerung, worüber wir dann über mehrere Jahre sprechen würden, und welche Folgen das für den Ausbau der erneuerbaren Energien, gegebenenfalls auch den Netzausbau gehabt hätte. Sie sind ja langjährig in der BNetzA. Was sind da Ihre Eindrücke, wie sich das ausgewirkt hätte oder hätte können?

Zeuge Achim Zerres: Also, da habe ich mich jetzt nicht speziell drauf vorbereitet, auf diese Frage. Aus dem, wie ich die Marktverhältnisse einschätze, würde sich an der Nutzung der erneuerbaren Erzeugung und deren Marktchancen durch ein Weiterlaufen der Atomkraftwerke nichts Dramatisches ändern. Atomkraftwerke weiterlaufen lassen verdrängt tatsächlich - Ausnahmen bestätigen die Regel - im Kern konventionelle Erzeugung aus dem Markt. Auch die gelegentlich geäußerte Aussage „Atomkraft verstopft die Netze“ würde ich so nicht teilen.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Geschäftsmodelle bei mehr negativen Strompreisen durch die Erneuerbaren, die wir erleben? Ich meine mal unbenommen dessen, dass es generell ein anderes Strommarktdesign braucht: Wie würden sich da flexible AKWs auswirken?

Oder schauen wir uns mal, ebenfalls in diesem Betrachtungszeitraum dieser Untersuchung, europaweit im verbundenen Stromnetz um und stellen fest, dass ein erfolgreicher Neubau, erfolgreich nach vielen, vielen, vielen Jahren ans Netz gegangen in Finnland beispielsweise - - Sind die dortigen Marktbedingungen an der europäischen Strombörse dazu angetan, einen wirtschaftlichen Betrieb von AKWs zu fördern oder eher doch hinderlich dafür?

Zeuge Achim Zerres: Ach, wissen Sie, wenn ich das wüsste, wäre ich Unternehmensberater geworden. Also, aus meiner Sicht lohnt sich bei dem heutigen Marktdesign ein Betrieb von Atomkraftwerken nicht mehr. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das irgendwie ein Business Case ist, der sich rechnet. Aber wenn jemand es trotzdem macht, dann braucht er natürlich einen enorm langen finanziellen Atem, um diese Zeiten der negativen Preise durchzustehen, weil die Option, das Ding dann runterzufahren und danach wieder anzufahren, die hat er nicht. Das geht bei einem Atomkraftwerk eben nicht so schnell in Bezug auf die Preise. Das heißt, dafür käme nur jemand infrage, der diese Phasen subventioniert

Nur zur dienstlichen Verwendung

bekommt oder der enorme Kapitalreserven hat. Wenn das dann jemand hätte, dann könnte man sich natürlich, theoretisch weitergedacht, auf den Standpunkt stellen. Dann würde das wiederum zur Folge haben, dass womöglich als Folge auch eine Verschlechterung der Marktchancen erneuerbarer Energien damit verbunden ist. Aber ich persönlich kann mir das nicht vorstellen, dass das jemand so macht.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schönen Dank. Ich persönlich auch nur, wenn wir Richtung EDF gucken oder Richtung des 1989 vom Markt gegangenen VEB Energiekombinat. Ich danke ganz herzlich für Ihre Antworten. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Herr Kollege Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Ja, Herr Zerres, Sie unterliegen ja hier der Wahrheit und sind der Wahrheit verpflichtet hier. Und deshalb komme ich noch mal auf die E-Mail, die Sie an Frau [redacted] geschrieben haben, zu sprechen und an die Weisung, die Sie ihr gegeben haben, und woher Sie diese Weisungen letztendlich haben. Das haben wir ja vorhin schon mal diskutiert. Und da frage ich Sie: Hat Herr Bundesminister Habeck Ihnen diese Weisung gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Hat Herr Graichen Ihnen diese Weisung gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Hat Herr Abteilungseiter Oschmann Ihnen diese Weisung gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Hat Herr Staatssekretär Tidow Ihnen diese Weisung gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Hat Herr Abteilungsleiter Niehaus Ihnen diese Weisung gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Hat Herr Präsident Müller Ihnen diese Weisung gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Sie sagten vorhin, dass die Netzbetreiber meckern könnten, weil sie diese Berechnungen nicht machen wollten oder diese Arbeit ein Stück weit scheuten. Könnte es vielleicht auch sein, dass dieses Meckern darin begründet ist, dass sie nicht einverstanden waren mit den Eingangsparametern für den zweiten Stresstest? Diese waren ja schließlich jetzt von Herrn Habeck vorgegeben, und wir haben gestern gelernt - - Gestern war Herr Meyerjürgens von TenneT hier. Der hat uns gesagt, dass die Übertragungsnetzbetreiber immer sehr konservativ Annahmen treffen würden. Kann es vielleicht sein, dass die sich Sorgen gemacht haben um die Versorgungssicherheit? Also, Sie schreiben ja hier in Ihrem Abspann:

> „Nur intern, nicht für die ÜNB:
> Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel. Und auch das nur, wenn Bayern und andere politisch dafür etwas bezahlen. Die Ergebnisse sollten auch berücksichtigen, dass es verfassungsrechtliche …“

Bla, bla, bla usw.

Ja, also dieser erste Satz:

> „Als Ergebnis wäre allenfalls der Streckbetrieb für Isar akzeptabel. Und auch das nur, wenn Bayern und andere politisch dafür etwas bezahlen.“

Kann das vielleicht sein, dass das einen ganz anderen Hintergrund hat, dass Sie befürchteten, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährdet sei, wenn die Vorgaben, die Herr Habeck gemacht hat, umgesetzt würden?

Zeuge Achim Zerres: Nee. Also, ich habe jetzt die Frage, was hinter dieser Bemerkung „Nur intern,

nicht für die ÜNB“ steht, mehrfach beantwortet. Was die ÜNB wann zu welchem Zeitpunkt umtreibt, das ist mitunter nicht hundertprozentig nachvollziehbar. Natürlich haben ÜNB primär die Aufgabe, ihr Netz stabil zu halten. Die ÜNB wehren sich immer dagegen, wenn sie in die Verantwortung genommen werden sollen, für Versorgungssicherheit zu sorgen. Da sagen die uns immer: Das ist nicht unser Job.

Ich will nicht ausschließen, dass die ÜNB sich vernünftigerweise auch Gedanken um die Versorgungssicherheit machen. Das würde ich nicht in Abrede stellen. Aber dass die an der Stelle bei der Diskussion der Eingangsparameter in solcher Art und Weise schon agiert hätten, das kann ich schlicht nicht - * - Ich war ja auch in der Diskussion mit den ÜNB nicht dabei. Also, das kann man da auch der Mail nicht entnehmen. Je länger ich in der Mail jetzt rumlese: Das Wort „meckern“ steht da gar nicht, ne?

Frank Schäffler (FDP): Sie schreiben hier - -

Zeuge Achim Zerres: Doch.

Frank Schäffler (FDP): Doch, das steht da irgendwo. Jetzt suche ich es gerade.

Zeuge Achim Zerres: „… falls die ÜNB meckern sollten.“ Das ist hypothetisch.

Frank Schäffler (FDP): Ja, aber Sie schreiben auch: „Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel.“ Das ist ja eine Weisung letztendlich gegenüber Ihrer Mitarbeiterin, oder?

Zeuge Achim Zerres: Nein, so arbeiten wir nicht.

Frank Schäffler (FDP): Sie arbeiten immer so, dass Sie sagen, das ist nicht akzeptabel, und dann kann die Mitarbeiterin machen, was sie will?

Zeuge Achim Zerres: Nee, das kann sie nicht.

Frank Schäffler (FDP): Sehen Sie!

Zeuge Achim Zerres: Aber wir haben bei uns in der Behörde eine Kultur, dass Leute nicht sklavisch an Dingen festhalten, von denen sie fachlich womöglich nicht überzeugt sind. Die sind dann gehalten, wenn sie das anders sehen, das nicht einfach anders zu machen, sondern Rücksprache zu halten.

Frank Schäffler (FDP): Hat die Frau [redacted] das dann gemacht?

Zeuge Achim Zerres: Im Laufe des Prozesses kamen ja immer wieder neue Erkenntnisse dazu. Und natürlich haben die Kolleginnen und Kollegen dann auch immer mal wieder diese Dinge thematisiert. Und natürlich habe auch ich im Laufe des Prozesses meine Meinung weiterentwickelt. Ich habe Ihnen ja eben gesagt - in Bezug auf das, was dann hinterher beim zweiten Stresstest rausgekommen ist -, dass da die Ergebnisse schon so waren, dass man eine Verlängerung jetzt nicht für unumgänglich halten musste, nicht für 100 Prozent zwingend, aber dass es gute Gründe gab, diesen Weg zu gehen.

Frank Schäffler (FDP): Aber können Sie sich denn vorstellen, wenn Sie jetzt hier in dieser Mail von Streckbetrieb schreiben, ja, und anschließend Herr Habeck eine Kaltreserve vorschlägt - das hat er ja anschließend gemacht - - Wie können Sie sich das erklären? Also, Kaltreserve, das haben wir hier jetzt gelernt, das ist totaler Unsinn. Das konnte man gar nicht machen. Können Sie sich irgendwie erklären, wie Herr Habeck darauf kam?

Zeuge Achim Zerres: Also, erstens ist das eine Frage, die müssen Sie Herrn Habeck stellen.

Frank Schäffler (FDP): Machen wir noch.

Zeuge Achim Zerres: Zweitens setzt auch diese Lösung einen Streckbetrieb voraus. Damit Sie die Option einer Kaltreserve haben, müssen Sie zunächst mal in dem verbleibenden Zeitraum bis Jahresende 2012 [sic!] Brennstäbe und Material einsparen. Das heißt, Sie müssen erst mal hingehen und die AKWs weniger einsetzen. Dann haben Sie die Option, im Frühjahr die vorhande-

nen, noch vorhandenen Brennstäbe für eine Kaltreserve zu nutzen. Wenn Sie die Dinger ökonomisch optimal im Jahr 2012 [sic!] durchlaufen lassen - -

Frank Schäffler (FDP): Haben Sie das geprüft, ob das so geht?

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Entschuldigung, jetzt hat sich aber zunächst der Dr. Fährmann gemeldet.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Schäffler, Sie haben jetzt von der Kaltreserve gesprochen. Haben Sie dazu eine Fundstelle? Mir ist das Konzept der Kaltreserve jetzt, ehrlich gesagt, nicht bekannt.

Frank Schäffler (FDP): Reservebetrieb. Da habe ich mich unglücklich ausgedrückt. Reservebetrieb.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Danke.

Frank Schäffler (FDP): Bitte ersetzen im Protokoll. - Haben Sie das denn untersucht, was Sie gerade geschildert haben, dass ein Reservebetrieb quasi einen Streckbetrieb voraussetzt und man das hätte schon im Sommer machen müssen? Haben Sie das untersucht?

Zeuge Achim Zerres: Also, das ist von uns jetzt meines Wissens nicht in expliziten eigenen Kraftwerkseinsatzmodellierungen mit irgendwie Betriebsdaten von AKWs simuliert worden. Aber das ist das, was bei uns in der Behörde als Wissensstand aus - -

Frank Schäffler (FDP): Aber Sie haben doch - - Vorhin haben wir das auch festgestellt, dass Ihre Behörde regelmäßig Kontakt mit dem Ministerium hatte und sich regelmäßig austauschte. Dann kann doch Herr Habeck nicht im September oder wann das war, also etwas später, sagen: „Wir machen jetzt einen Reservebetrieb“, ohne das, sage ich mal, mit Ihnen abgestimmt zu haben. Das ist doch völlig unwahrscheinlich. Also, das halte ich für völlig abwegig. Sie müssen doch am Ende mit ihm auch über diese Frage gesprochen haben. Also, das halte ich für nicht glaubwürdig, ehrlich gesagt.

(RAn [redacted]: Entschuldigung!)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja.

RAn [redacted]: Entschuldigung. Das ist keine Frage nach Wahrnehmung*.

Frank Schäffler (FDP): Ich rede ja nicht mit Ihnen. Entschuldigung, Sie können sich hier an den Vorsitzenden wenden.

RAn [redacted]: Habe ich gemacht, und er hat mir das Wort erteilt.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Genau. Also eigentlich ist die Zeit schon vorbei. Ich habe die Frage jetzt auch zugelassen. Jetzt hat aber zunächst einmal Frau [redacted] das Wort.

RAn [redacted]: Danke schön. - Das ist keine Frage nach den Wahrnehmungen des Zeugen und nach Tatsachen. Das ist eine Frage danach, was Herr Habeck hätte machen müssen. Das muss man Herrn Habeck fragen. Was soll Herr Zerres dazu sagen? Das ist eine unzulässige Frage.

Frank Schäffler (FDP): Herr Vorsitzender, ich bitte um eine Unterbrechung. Wir machen bitte eine Beratungssitzung. Das akzeptiere ich nicht.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut, dann unterbrechen wir kurz. Ich darf die Öffentlichkeit oben bitten, uns zu verlassen. - Sie müssten bitte auch kurz rausgehen.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.29 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.32 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Achim Zerres

Zeuge Achim Zerres: Frau [redacted] ist noch auf Toilette, aber wir können auch schon loslegen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wenn Sie das so großzügig anbieten - das ist Ihre freie Entscheidung -, dann fahren wir fort.

Frank Schäffler (FDP): Also noch mal meine Frage: Nach Ihrem Kenntnisstand in Ihrer Abteilung hat niemand Herrn Habeck oder das Ministerium dahin gehend beraten, den Reservebetrieb vorzuschlagen?

Zeuge Achim Zerres: Nach meinem Kenntnisstand war das keine Idee, die aus der Bundesnetzagentur gekommen ist, dass wir das Herrn Habeck nahegelegt hätten.

Frank Schäffler (FDP): Dann möchte ich noch mal fragen nach dem Ablauf des Stresstests. Bitte erklären Sie mir noch mal die Rolle der - -

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Entschuldigung, Herr Kollege Schäffler. Ich hatte vergessen, dass die Fragezeit eigentlich schon vorbei war. Das ist irgendwie in der Unterbrechung - -

Frank Schäffler (FDP): Ach so, das war noch meine alte. Ja, okay.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Genau, es war noch die alte Fragezeit. - Dann kämen wir jetzt zur AfD.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut. Danke. - Herr Zerres, ich möchte noch mal auf die Annahmen von Herrn Habeck zum Stresstest zu sprechen kommen.

Sie haben sich dahin eingelassen, dass Sie die Vorgaben von Herrn Habeck für pessimistisch halten. Sie äußerten zudem, dass Sie damals den Eindruck hatten, dass die Studie einem politischen Zweck dienen sollte. Hier meinten Sie, dass Herr Habeck seinen Kritikern zeigen wollte, dass er wirklich an einem echten Stresstest interessiert war. Meine Frage ist nun: Hat Herr Habeck die Annahmen verschärft oder abgemildert für diesen Stresstest?

Zeuge Achim Zerres: Verschärft, gegenüber der Voruntersuchung.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Und wenn die dann verschärft wurden, haben Sie die dann für unrealistisch gehalten, wenn er Ihre Annahmen dann praktisch noch mal erhöht?

Zeuge Achim Zerres: Also, nach meiner Erinnerung waren da unter anderem Annahmen drin von 400 oder 500 Euro Gaspreis. Hätte ich nicht für realistisch gehalten, hätte ich niedriger geschätzt.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Aber Sie haben sich dann auch auf die Annahmen von Herrn Habeck eingelassen und die verarbeitet.

Zeuge Achim Zerres: Also, das war ja auch wieder ein schleichender Prozess, ein laufender Prozess. Das, was Herr Habeck zu dem Zeitpunkt gemacht hat, ist ja nachher nicht sozusagen eins zu eins übernommen worden, sondern in diese drei gestuften Risikoszenarien überführt worden.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut. Und dann möchte ich noch auf dieses Fachgespräch in Bayern zurückkommen; das war ja hier gerade schon im Gespräch. Sie haben jetzt da praktisch alles auf den Herrn [redacted] und den Herrn [redacted] geschoben.

Ich zitiere mal aus einer Mail von Ihnen, die Sie in diesem Zusammenhang abschickten. Fundstelle: MAT A BMWK-8.07, Blatt 12. Da schrieben Sie:

> „Ist das wirklich klug, sich daran zu beteiligen?
>
> a) Wir sagen Göttingen ab, fahren aber für eine politisch tote Diskussion zur CSU nach München?
>
> b) Das Thema ist tot und soll tot bleiben. Und allein die Beteiligung an solchen Diskussion, kann

Nur zur dienstlichen Verwendung

> höchstens den Eindruck erwecken, da gäbe es noch etwas zu diskutieren."

Zitat Ende.Wieso haben Sie denn damals die Laufzeitverlängerung für tot erklärt?**Zeuge Achim Zerres:** Ich müsste jetzt nachschauen, wie das Thema dieser Tagung tatsächlich ausgesehen hat. Ich kann nicht ausschließen, dass das um ein generelles Laufzeitverlängerungsthema ging. Das war auch zu dem Zeitpunkt meines Wissens tot. Und darüber hinaus noch mal: Wir sind in der Situation jetzt im Mai 22, also in einer Situation, wo wir in der Sinuskurve Versorgungssicherheit wieder auf dem aufsteigenden Ast waren.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Dann ging es weiter. Es gab einen Kollegen [redacted] aus dem Referat 626g, der in der Teilnahme an dem Gespräch in Bayern die Chance sah - - Ich zitiere Fundstelle MAT A BMWK-8.07, Blatt 12. Also, er sah die Chance, zumindest einige KKW-Fans in der CSU umzustimmen. Er schrieb:

> „Zudem handelt es sich um eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft etc. und nicht um einen Termin allein mit der CSU-Fraktion ... Insoweit hätte man mit den Vertreter:innen von Parteien wie den Grünen schon mal eine größere "Fraktion" für unsere Position. Wir wären also nicht alleine."

Mit welchen konkreten Argumenten plante man in Ihrem Haus, die KKW-Fans umzustimmen?

Zeuge Achim Zerres: Dazu habe ich ja eben schon gesagt, dass ich diese Einschätzung, man könne auf einer solchen Tagung die CSU umstimmen, nicht teile.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Also, man hat hier den Eindruck, wenn man das liest, dass Sie doch da eine sehr Grünen-nahe Position vertreten, denn das ist ja - - Es wird ja auch hier geschrieben, man hätte mit „den Grünen schon mal eine größere ‚Fraktion' für unsere Position." War das die Position der Bundesnetzagentur damals, sich praktisch dieser Fraktion zuzugesellen?

Zeuge Achim Zerres: Nein. Wir haben die Dinge aus unserer Sicht fachlich beurteilt und uns unsere fachliche Meinung gebildet. Und dann ist man immer froh, wenn man für diese fachliche Meinung Unterstützung erfährt. Wenn die FDP diese Fassung, Version auch geteilt hätte, hätte ich auch irgendwie nicht gezögert, mich der Unterstützung der FDP zu versichern.

(Frank Schäffler (FDP): Das ist schön!)

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Darf ich fragen, ob Sie Mitglied einer Partei sind?

Zeuge Achim Zerres: Ja, Sie dürfen fragen. Und nein, ich bin nicht Mitglied irgendeiner Partei.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut, danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut, dann sind wir jetzt am Ende einer der Fragerunden. Ich weiß gar nicht mehr, welche es ist. Wir fangen jedenfalls wieder formal von vorne an. - SPD hat keine weiteren Fragen mehr. CDU? - Bitte.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde vielleicht auch bei diesem Komplex noch mal bleiben. Sie haben ja vorher schon eingehend ausgeführt, wie die Lage im Mai war. Ich komme noch mal auf den Stichpunkt „ergebnisoffene Prüfung". Sie mussten das ja eigentlich akzeptieren, wenn der Bundeswirtschaftsminister das so will. Gab es denn aus Ihrer Sicht unter den verschiedenen Optionen - - Sie haben vorher über Kohlereserve oder Kohlebeschaffung gesprochen, über Gasbeschaffung usw. Gab es da eine Priorisierung für Sie, das heißt Kernkraft ganz am Ende und zunächst mal Gas oder Kohle?

Zeuge Achim Zerres: In der Tat: Ich hätte es vorgesehen, zunächst mal im Bereich der Energien zu bleiben, die man auch über einen noch längeren Zeitraum zu nutzen gewillt war.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also, das heißt, Sie haben den Auftrag so verstanden oder bzw. so ausgelegt, zunächst mal bei den Energieerzeu-

gungsarten oder Stromerzeugungsarten zu bleiben, wo ja kein gesetzliches Ausstiegsdatum vorliegt, und deswegen hätten Sie nicht so offen priorisiert.

Zeuge Achim Zerres: Ich habe Ihre erste Frage so verstanden, was meine Meinung gewesen wäre.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Achim Zerres: Die habe ich gesagt.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Achim Zerres: Jetzt haben Sie in der zweiten Frage nach dem Auftrag gefragt. Das sind ja zwei verschiedene Paar Schuhe.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Richtig.

Zeuge Achim Zerres: In dem Auftrag habe ich keine explizite solche Staffelung wahrgenommen. Da war einfach eher die Frage: Was brauchen wir alles?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay, aber wenn ich mir so die Handhabe und die Genese anschaue, dann hat ja Ihre Meinung eine gewisse Rolle gespielt bei der Prüffolge. Das ist ja offensichtlich so.

Zeuge Achim Zerres: Mir ist jetzt nicht klar, auf welchen Zeitpunkt, welchen Bericht Sie abstellen. Aber man muss sich ja auch mal überlegen: An der Stelle prüft man immer die Maßnahmen zuerst, die sich, relativ gesehen, leichter umsetzen lassen. Und zu diesem Kanon gehören dann natürlich zunächst mal Dinge wie, Kohlekraftwerke mit Kohle aus nicht russischer Provenienz zu versorgen, Kohlekraftwerke zurück in den Markt bringen, Gaskraftwerke mit der nötigen Gasmenge zur Verfügung zu stellen. Und danach kommen dann die Dinge, für die es einer grundsätzlichen Änderung gesetzlicher Bestimmungen bedarf. Einfach vom Machbaren her.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, verstehe ich. Jetzt aber noch mal die - - Also, die Frage CO_2 beispielsweise, die kann ja dann bei Ihrer Prüfreihenfolge oder bei der Prüfrelevanz überhaupt keine Rolle gespielt haben.

Zeuge Achim Zerres: Die haben wir in der Tat in der Notsituation des Jahres 2022 hintenangestellt. Es war ja auch - - Ich weiß nicht, wann das Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz, wie es so schön im Juristendeutsch heißt, geschaffen wurde. Aber faktisch war das ja entschieden: Die Kohle geht in den Markt zurück. Also, das Thema war durch.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also andersrum gesagt: Es wäre aber natürlich so gewesen: Wenn man jetzt gleich auf die Kernkraft gegangen wäre im März und da die Prüfungen forciert hätte, dann könnten Sie auch nicht ausschließen, dass natürlich weniger Kohlekraftwerke gebraucht worden wären.

Zeuge Achim Zerres: Wenn man tatsächlich im März auch schon entschieden hätte: „Ich verlängere die Laufzeit der AKWs“, dann hätte man aus juristischen Gründen auch wieder alle Kohlekraftwerke in den Markt lassen müssen. Man hätte nicht - - Mit der Kernkraft alleine wäre man im Leben nicht zurechtgekommen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, nein. Aber vielleicht nicht so viele.

Zeuge Achim Zerres: Und aus Gleichbehandlung muss man dann auch die Kohle in den Markt lassen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht nicht alle, oder?

Zeuge Achim Zerres: Aber nach welchen Kriterien wollen Sie das denn unterscheiden?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Kohleausstiegsgesetz. Na ja, müssen wir jetzt nicht diskutieren, short oder nicht short.

Zeuge Achim Zerres: Ich sage mal, am Ende des Tages hätte sich dann womöglich auf diesem Wege etwas weniger Einsatz von fossilen Brenn-

stoffen gezeigt. Aber das hatten wir ja eben in einer der Fragerunden auch schon, dass zwischendurch ja bei einer ersten Analyse dieses Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes der Effekt deutlich wurde, dass womöglich die Kohleanlagen und die AKW-Anlagen in erster Linie zu einer Veränderung im europäischen Markt beim Einsatz der Kraftwerke führten. Da ist dann womöglich sogar CO_2-mäßig - da gebe ich Ihnen wieder recht - noch mehr zu holen, wenn irgendwie ein bulgarisches Braunkohlekraftwerk - um dann mal irgendwie so das CO_2-Trächtigste überhaupt zu nennen - aus dem Markt gedrängt würde. Aber zu meinen, dass man das ad hoc aus dem Stand im März 2022 so hätte sehen können - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Sie haben es auf jeden Fall nicht gesehen. - Vielleicht jetzt noch mal zu der Frage „Streckbetrieb und Einsatzreserve“. Da gab es ja auch unterschiedliche Definitionen während der Zeit. Also, ich kenne jetzt die Definition der Einsatzreserve nicht so, dass ein Streckbetrieb vorher entsprechend notwendig gewesen wäre. Aber wir haben da mit den Übertragungsnetzbetreibern auch gesprochen. Die sahen es eigentlich ziemlich absurd, die Einsatzreserve als wirklich praktikable Lösung oder Möglichkeit ins Spiel zu führen. Wurde darüber bei Ihnen diskutiert?

Zeuge Achim Zerres: Also, ad eins: Einsatzreserve bitte auf keinen Fall mit Netzreserve verwechseln.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Das mache ich nicht.

Zeuge Achim Zerres: Netzreserve ist - - In der Tat, das ist absurd in Bezug auf AKW. Einsatzreserve ist technologisch durchaus eine Option. Das verschiebt letztlich nur den Entscheidungszeitpunkt ein Stück nach hinten, dass man nämlich dann nicht im Herbst 22 entscheiden muss über die Laufzeit, sondern dass man das abhängig macht von einer weiteren politischen Entscheidung, einer Rechtsverordnung, die sagt: Oh, jetzt habe ich mir aber im Januar noch die Speicherstände angeschaut und Ähnliches und den Zufluss und die Wettervorhersagen. Jetzt meine ich, wir müssen das, was wir an Reserve vorhalten an AKWs, dann doch in den Markt schicken. - Das kann man so machen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also, technisch haben wir mit den Betreibern gesprochen. Die haben sowohl Sicherheitsbedenken bezüglich auch der Netzstabilität gesehen, weil circa 30 bis 50 MW aus dem Netz gezogen werden müssen, um ein Kernkraftwerk hochzufahren. Das haben Sie vielleicht auch zu dem Zeitpunkt nicht gewusst. Und die Kernkraftwerksbetreiber haben da auch andere technische Schwierigkeiten damit verbunden gesehen. Also die Analogie Braunkohleeinsatzreserve zu Kernkraftwerken ist eigentlich nicht gegeben. Aber da wurde anscheinend nicht drüber diskutiert bei Ihnen im Haus, dass das auch technisch schwierig sein könnte.

Zeuge Achim Zerres: Also, diese Diskussion habe ich, technisch gesehen, nicht mitbekommen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu den Grünen. Herr Herrmann.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ja ein großes Interesse besteht, sich mit Ihnen zu unterhalten, möchte ich mich in einer Kurzfassung auch dran beteiligen. Ich nutze nicht meine komplette Zeit aus.

Gerade in Zeiten der Krise - und die hatten wir damals, 2022, unbestritten -, der Sorge müssen Entscheidungen oft schnell getroffen werden, und Kapazitäten, auch verschiedene Optionen zu ziehen, sind ja immer begrenzt. War aus Ihrer Sicht der Fokus auf die höhere Auslastung der Netze, was ja auch ein Element war, und eine stärkere Nutzung von beispielsweise Kohle die pragmatischere und schnellere Lösung, um auf die Krise zu reagieren, als über die wenigen Gigawatt AKWs nachzudenken? Gerade in der Anfangszeit war auch gerade der Fokus der Netzauslastung. Das war ja, denke ich, eine doch sehr naheliegende und vielleicht auch einfache Lösung.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Also, mit „höherer Auslastung der Netze“ fremdele ich etwas. Da müssen Sie einfach mehrere Dinge voneinander unterscheiden. Ja, es war naheliegend, sich erst einmal sehr schnell darum zu kümmern, dass die Kohlekraftwerke ihren Betrieb weiterführen können und woanders Kohle herkriegen, vorrangig eben unter dem Thema Versorgungssicherheit. „Höhere Auslastung der Netze“ ist eine Denkfigur, die meint: Wenn ich Netze besser auslasten kann, brauche ich weniger zu bauen oder brauche weniger Redispatch. Das ist eine Frage, die aber typischerweise eben nicht in Mangelsituationen auftritt, sondern in Situationen, wo ich reichlich Erzeugung habe, die ich transportieren muss.

Und da wohnen dann wiederum zwei Seelen in meiner Brust. Es ist richtig, dass ich unnötigen Redispatch, der auftreten kann bei reichlich Energie, versuche zu vermeiden, unter anderem dadurch, dass ich nicht die Auslastung der Netze erhöhe, sondern die Auslastbarkeit, dass ich tatsächlich witterungsbedingten Netzbetrieb mache - Dinge, die, ich sage mal, mit leichter Zurückhaltung von den ÜNB über die Jahre immer mal wieder im Munde geführt, aber doch erst jetzt dieses Jahr umgesetzt wurden.

Und der Haken bei der Sache ist: Wenn Sie die Netze höher auslasten, haben Sie zum einen höhere Verlustenergie. Und zum anderen: Wenn in der Situation dann was schiefgeht, dann wird es richtig kritisch. Eine Leitung, die mit 40 Prozent ausgelastet ist, die kriegen Sie noch irgendwo abgefangen. Wenn Ihnen eine Leitung mit 90 Prozent Auslastung um die Ohren fliegt, dann haben Sie ein Problem.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Herr Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Ich habe noch mal eine Frage zur Kaltreserve.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Herr Schäffler, ich sehe das Zucken bei Herrn Dr. Fährmann, wenn Sie „Kaltreserve“ sagen.

Frank Schäffler (FDP): Warum?

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Weil wir uns ja gerade auf einen anderen Begriff verständigt hatten.

Frank Schäffler (FDP): Ach so. Ich habe vergessen, die MAT-Nummer zu sagen: MAT A BMWK-4.04 VS-NfD, Blatt 44.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Und da steht „Kaltreserve“?

Frank Schäffler (FDP): Ja. - Hier geht es ja darum: Uns wurde gesagt, dass das deshalb nicht funktioniert - - Vielleicht legen wir es noch vor, dann - - Aber es ist ja nur eine Begrifflichkeit. Also, uns wurde gesagt hier von Zeugen, dass die Kaltreserve oder der Reservebetrieb die Netzstabilität gefährden würde, weil, wenn ein Kernkraftwerk hochgefahren wird, braucht es enormen Anteil von - - braucht es enorme Strommengen, und das könnte in einer eh kritischen Lage die Netzstabilität gefährden. Jetzt meine Frage: Als Herr Habeck das vorgestellt hat, ist das anschließend bei Ihnen, bei der BNetzA, besprochen worden, auch kritisch besprochen worden? Gab es dazu einen Austausch innerhalb Ihres Hauses?

Zeuge Achim Zerres: Also, ich kann mich persönlich an einen Austausch darüber nicht erinnern. Ich habe auch irgendwie in der Vorbereitung dazu nix gefunden.

Ich kann Ihnen aber auch gleich sagen, wie man das Problem löst. Sie müssen dann einfach den Vorgang bis zu dem - - zu dem Sie die Kaltreserve in Betrieb nehmen, entsprechend vorverlegen. Also, es ist in der Tat - - Ich kann das qualitativ nachvollziehen, zu sagen: In einer Situation, in der ich eh schon einen Mangel habe, dann noch mal irgendwie 50 MW Last dazuzunehmen, ist vielleicht nicht die klügste aller Ideen. Aber das ist ja - - So was fällt ja alles nicht vom Himmel. Ich muss halt dann mit entsprechendem Vorlauf - - dass das Hochfahren zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo ich Energie habe.

Frank Schäffler (FDP): Wie lang braucht man dafür, für so einen Vorlauf?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Jetzt fragen Sie mich was! Also - -

Frank Schäffler (FDP): Sie sagen ja, das kann man planen. Aber dann müssen Sie ja auch eine Vorstellung haben, wie lange man dafür braucht.

Zeuge Achim Zerres: Also, ein AKW - - Sie müssen zwei Dinge unterscheiden wiederum: Ad eins. Wie lange brauche ich, um ein Atomkraftwerk hochzufahren? Also, das übersteigt mein technisches Wissen. Ich würde mal sagen, eine Woche. Die zweite Frage ist: Wie lange vorher muss ich dann abschätzen können, ob genügend Energie dafür zur Verfügung steht? Dann würde ich vielleicht noch eine Woche draufschlagen. Das heißt, Sie müssen eigentlich mit einem Zwei-Wochen-Vorlauf sagen: Okay, es wird in zwei Wochen - - Aber das sind - - Nehmen Sie das jetzt nicht als Expertise.

Frank Schäffler (FDP): Na ja, aber das hängt doch ganz entscheidend auch zum Beispiel vom Wetter ab.

Zeuge Achim Zerres: Ja, ja. Sie brauchen eine Wettervorhersage. Das ist klar.

Frank Schäffler (FDP): Und wie das Wetter in zwei Wochen ist, ist ja schwierig vorherzusagen, würde ich mal so ganz spontan sagen.

Zeuge Achim Zerres: Och, da gucken Sie mal auf die Strombörsenpreise. Die handeln entsprechende Produkte, und da sind Wettervorhersagen eingebaut.

Frank Schäffler (FDP): Okay, da bin ich auch kein Experte - also insofern. - Ich habe noch mal Fragen zum Stresstest selbst. Können Sie noch mal erklären, was die Rolle der BNetzA und die Rolle der Übertragungsnetzbetreiber in der Anfertigung dieses Streckbetriebes jeweils ist oder war?

Zeuge Achim Zerres: Streckbetrieb ist ein Ergebnis des Stresstests. Die Rolle der Bundesnetzagentur bestand darin, zusammen mit BMWK und Übertragungsnetzbetreibern sinnvolle Eingangsparameter zu etablieren, abgestimmte, nachvollziehbare Eingangsparameter. Und die ÜNB haben gerechnet und die Bundesnetzagentur - -

Frank Schäffler (FDP): Sorry, ich meinte „Stresstest“ natürlich, also nicht „Streckbetrieb“. Das ist Unsinn.

Zeuge Achim Zerres: Und die ÜNB haben dann gerechnet. Und die Bundesnetzagentur hat dann wiederum rudimentär auch noch einen Blick auf die Ergebnisse, ob die - - Ich weiß nicht, ob ich da das Wort - - Hier kam eben ja diese feine Unterscheidung, ob wir die plausibilisiert haben oder ob wir geschaut haben, ob sie plausibel sind.

Frank Schäffler (FDP): Okay. Und war das eine hohe Arbeitsbelastung auch für Sie? Oder war das im Wesentlichen eine hohe Arbeitsbelastung für die ÜNBs?

Zeuge Achim Zerres: Die max- - Die Arbeitsbelastung hauptsächlich bei den ÜNBs. Also, da darf man sich nicht - -

Frank Schäffler (FDP): Und haben Sie mit den ÜNBs gesprochen?

Zeuge Achim Zerres: Nein, ich persönlich habe da mit den ÜNB nicht drüber diskutiert. Das hat alles die Fachebene gemacht.

Frank Schäffler (FDP): Und da gab es ja einen erheblichen Zeitdruck auch in den Teams der ÜNBs. Wie ist man damit umgegangen? Hat man das - - Gab es da irgendwie auch eine Fehlerkultur, oder ist man da einfach drüber hinweggegangen? Das war ja alles in ganz kurzen Abständen.

Zeuge Achim Zerres: Das ist dann so der Plausibilitätscheck am Ende: Kann das sein, dass das rauskommt, oder ist da womöglich ein Fehler drin?

Frank Schäffler (FDP): Genau. Gab es da Zweifel, Fehler?

Zeuge Achim Zerres: Sind mir jetzt so nicht in Erinnerung.

Frank Schäffler (FDP): In einer Mail von [redacted] aus dem Präsidialbüro an Sie - das haben wir gefunden in MAT A BMWK-8.04, Blatt 55 bis 57 - heißt es am 10.07.22:

> „Nun drängelt das BMWK, dass wir „weitere Sensitivitätsberechnungen zur Überprüfung der netzseitigen Versorgungssicherheit“ bis Montagabend (!) veröffentlichen mögen.
> So wie ich es bislang verstanden habe, liegt uns da aber überhaupt nichts Veröffentlichungsfähiges vor. Bitte mich gerne korrigieren, wenn dies doch so sein sollte.“

Wurde von BMWK-Seite Druck ausgeübt für eine schnelle Veröffentlichung?

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt)

Zeuge Achim Zerres: Das ist die Episode, die mich eingangs zu der Bemerkung „kommunikative Verwirrung“ veranlasst hat. Da hatte das BMWK gedacht, wir hätten gerechnet und wir hätten diese Ergebnisse.

Frank Schäffler (FDP): Ach, die wussten das gar nicht, dass Sie das gar nicht rechnen?

Zeuge Achim Zerres: Jedenfalls die Pressestelle des BMWK hatte da offenbar eine irrige Vorstellung. Das hat sich aber natürlich sehr schnell geklärt, dass das ein Produkt war, das die ÜNB rechneten, und zwar im Auftrage vom BMWK, und das BMWK auch die Studie hatte, nicht wir.

Frank Schäffler (FDP): Und wer hat es veröffentlicht?

Zeuge Achim Zerres: BMWK.

Frank Schäffler (FDP): Warum haben das die ÜNBs nicht gemacht?

Zeuge Achim Zerres: Ich sage mal so: Ich weiß nicht, warum die ÜNB irgendwie welche Angabe veröffentlichen, aber wenn man auf ausdrücklichen politischen Wunsch hin solche Studien durchführt, würde ich es als dem guten Ton entsprechend empfinden, wenn dann auch der Auftraggeber, der Initiator dieser Rechnungen die Veröffentlichung initiiert.

Frank Schäffler (FDP): Gab es denn da eine Abstimmung mit den ÜNBs, was die Veröffentlichung der Ergebnisse betrifft, oder in der Kommunikation? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Achim Zerres: Nee, das weiß ich nicht. Keine Ahnung. Das hat das BMWK dann gemacht.

Frank Schäffler (FDP): Und da gab es auch keine Zweifel der Mitwirkenden an der Kommunikation und an der Veröffentlichung?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich nicht.

Frank Schäffler (FDP): Das frage ich Sie. Wenn Sie es nicht wissen, ist es okay. - Da bedanke ich mich.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Professor Kaufmann.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Ich habe noch eine letzte Frage. Herr Zerres, aus MAT A DUH-1.04b, Blatt 657, geht hervor, dass Sie im Kontext der Planungen der Göttinger Energietagung eine Mitarbeiterin der Deutschen Umwelthilfe anschrieben. In Bezug auf die Kostenübernahme der Anreise schrieben Sie - ich zitiere aus MAT A DUH-1.04, Blatt 654 -:

> „Wir zahlen die Übernachtung und wir können bei weniger finanzkräftigen Organisationen die Anreise zahlen (ich erkläre die DUH dann zur “weniger finanzkräftigen Organisation…).“

Zitat Ende. - Herr Zerres, aus welchen Gründen haben Sie hier die DUH zur weniger finanzkräftigen Organisation erklärt?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Ich würde mich jetzt irgendwie mal hilfesuchend an das Ministerium wenden, ob das von meiner Aussagegenehmigung eigentlich umfasst ist. Göttinger Energietagung in 23.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Wenn Sie so freundlich sein dürften, noch einmal kurz die Frage zu wiederholen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Sie schrieben in einer E-Mail an eine Mitarbeiterin der Deutschen Umwelthilfe:

> „Wir zahlen die Übernachtung und wir können bei weniger finanzkräftigen Organisationen die Anreise zahlen (ich erkläre die DUH dann zur "weniger finanzkräftigen Organisation…)."

Zitat Ende.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Also, ehrlich gesagt, ich kann den Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand nicht erkennen. Aber andererseits ist es natürlich in der Akte drin. Also meinetwegen.

Zeuge Achim Zerres: Also, zur Erläuterung der Hintergründe: Die Göttinger Energietagung 2023 beschäftigte sich mit Fragen des neuen Regulierungsrahmens. Inzwischen war das Urteil des EuGH bekannt. Es war bekannt, dass es auf die Bundesnetzagentur hinauslaufen würde, im Grunde das ganze vorhandene Verordnungsgerüst in Festlegungen der Behörde umzuwandeln. Und da haben wir dann das zum Anlass genommen, darüber mit allen denkbaren betroffenen Vertretern eine Tagung zu machen, die sich in unterschiedliche Konzepte und Aspekte erklärte. Und wir wollten bewusst bei dieser Tagung auch Vertreter der Verbraucher und Vertreter der Umweltseite dabeihaben. Und wie das dann so ist: Als Behörde zahlen wir keine Honorare. Und* wir können Kosten übernehmen.

Und die DUH - - Ich weiß nicht, ob jetzt - das müssten Sie dann Frau [redacted] fragen - die von ihrer Organisation her ein Problem hatte, die Anreisekosten zu kriegen. Ich erinnere mich da jetzt nicht mehr so hundertprozentig dran. Könnte aber sein, dass das der Hintergrund war. Und im Vergleich zu anderen Organisationen, die wir da einladen - BDEW, BDI und Ähnlichen -, würde ich dazu stehen, die DUH als weniger finanzkräftig einzustufen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Die Bundesnetzagentur fühlte sich in besonderer Weise verbunden mit der Deutschen Umwelthilfe?

Zeuge Achim Zerres: Die Bundesnetzagentur fühlt sich in einer Tagung, wo es um das zukünftige Regulierungsrecht geht, dem Umstand verpflichtet, alle sogenannten Stakeholder zu beteiligen. Und wir haben gewisse Erfahrungen aus vorangegangenen Tagungen, wer ein Talent zum Reden hat, wer interessante Ergebnisse präsentiert und wer den Spagat von der reinen Umweltsicht zu einer Regulierungssicht unter Einbeziehung von Umweltbelangen schafft und wer eher nicht. Und Frau [redacted] kriegt so was hin. Deswegen haben wir die angesprochen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut, danke. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen? - Bitte.

Frank Schäffler (FDP): Weil Sie gerade sagen, die DUH wäre weniger finanzkräftig als BDEW. Oder was haben Sie gesagt?

Zeuge Achim Zerres: Oder BDI.

Frank Schäffler (FDP): Wie kommen Sie zu diesem Urteil?

Zeuge Achim Zerres: Ich habe die Finanzberichte dieser Institutionen nicht gelesen. Ich sehe aber, wer mit wie viel Aufwand welche PR betreibt, welche Kongresse veranstaltet, wer sich welche Referenten leisten kann. Daraus kann man seine Rückschlüsse ziehen.

Frank Schäffler (FDP): Und wer entscheidet so was bei Ihnen im Haus?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Das wird am Ende des Tages von mir „sachlich und rechnerisch richtig“ gezeichnet.

Frank Schäffler (FDP): Gut, danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: So, dann stelle ich fest, dass die Fraktionen keine weiteren Fragen mehr haben.

Wir bedanken uns bei Ihnen sehr herzlich für die wirklich lange Zeit, die Sie jetzt mit uns verbracht haben. Für heute ist die Befragung beendet, aber im Rechtssinne noch nicht abgeschlossen. Das ist sie erst, wenn Sie das Protokoll, was Sie von uns bekommen, zurückgesendet und gegebenenfalls korrigiert haben. Erst dann wird der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung beschließen.

Für heute herzlichen Dank und Ihnen einen guten Heimweg.

Zeuge Achim Zerres: Danke schön.

(Zustimmung)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ich schlage vor, dass wir um 14.30 Uhr weitermachen. Ist das in Ordnung? - Gut. Dann machen wir das so.

Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.08
bis 14.33 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen
T[redacted] R[redacted]

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und ich darf unseren zweiten Zeugen für den heutigen Tag, Herrn T[redacted] R[redacted], herzlich begrüßen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute bei uns sind.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Frau [redacted] Platz genommen. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Wie Sie sicherlich wissen, steht Ihnen, Frau [redacted] kein eigenes Rede- oder Fragerecht in diesem Ausschuss zu. Sie dürfen dem Zeugen keine inhaltlichen Hinweise geben, sondern nur zu verfahrensrechtlichen Fragen beraten. Hierfür dürfen Sie natürlich gerne um eine kurze Unterbrechung bitten. Wichtig ist uns, dass während der Befragung nur das fragenstellende Mitglied des Ausschusses und der Zeuge das Wort haben.

Ich bin, Herr R[redacted], zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären:

Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Wahrheit gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 153 in Verbindung mit § 162 des Strafgesetzbuchs strafbar machen. Eine solche uneidliche Falschaussage kann mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren geahndet werden.

Sie dürfen allerdings auf bestimmte Fragen die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Ich darf Sie dann darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung dieser Sitzung zu erleichtern. Es ist deshalb sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie mit uns sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll erhalten Sie vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während der Vernehmung der Auffassung sein, dass Sie Informationen zur Sprache bringen müssen, die als VS-Vertraulich oder höher eingestuft sind, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Dann haben wir die Möglichkeit, die Öffentlichkeit auszuschließen und die Sitzung entsprechend einzustufen.

Haben Sie bis hierhin Fragen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann will ich noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie schon schriftlich informiert worden sind, noch einmal zu erläutern.

(RAn [redacted] Eine Frage ganz kurz zum organisatorischen Ablauf: Wird es Pausen geben? Wenn ja, wann?)

- Wenn Sie eine Pause wünschen, geben Sie uns bitte einen Hinweis. Dann machen wir das.

(RAn [redacted] Okay!)

- Ist wirklich kein Problem, haben andere auch schon gemacht.

(RAn [redacted] Okay!)

- Das ist überhaupt kein Problem. Wenn Sie irgendwann der Auffassung sind, wir sollten kurz unterbrechen, ist es kein Problem.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(RAn [redacted] In Ordnung! Danke!)

- Gut.

Ich darf dann noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie schon schriftlich informiert worden sind, nochmals zu erläutern.

Dieser Untersuchungsausschuss soll sich mit den Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung zur Anpassung der nationalen Energieversorgung und Energiepolitik an die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte Versorgungslage befassen. Er soll sich ein Gesamtbild von den Entscheidungsprozessen sowie deren Kommunikation an den Bundestag und an die Öffentlichkeit verschaffen. Das gilt insbesondere, aber nicht nur für die Entscheidung über einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Es soll untersucht werden, welche Informationen den Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, welche nationalen und internationalen Stellen in die Entscheidungsfindung einbezogen wurden und ob die Einbeziehung weiterer Stellen oder Informationen gegebenenfalls sachgerecht gewesen wäre.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und endet mit dem Einsetzungsbeschluss des Bundestages für diesen Ausschuss am 4. Juli 2024.

Die Vernehmung wird sich wie folgt gestalten: Ich muss Sie zunächst zu Ihrer Person befragen. Dann haben Sie die Gelegenheit, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang uns das darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Im Anschluss werden Sie von mir und den anderen Ausschussmitgliedern befragt.

Haben Sie zum Ablauf noch Fragen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut. - Dann will ich Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vor- und Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort ohne genaue Adressangabe nennen.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Mein Name ist T[redacted] R[redacted]. Ich bin 40 Jahre alt. Ich habe Wirtschaftsingenieurwesen studiert, arbeite für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dort im Referat III A 4 - Stromgroßhandel und Versorgungssicherheit - im Bereich Strom, und wohne in Berlin.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Jawohl. Vielen Dank. - Dann können Sie jetzt im Zusammenhang vortragen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist, wenn Sie das wünschen.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, ich würde gerne ein Eingangsstatement halten.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gern. Bitte.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich als Zeuge hier aussagen darf und damit einen Beitrag zur Aufklärung leisten kann.

Ich bin seit fünf Jahren Referent im Referat für Stromgroßhandel und Versorgungssicherheit, und mir ist wichtig, mit Blick auf den Gegenstand des Untersuchungsausschusses und meiner Tätigkeit zu sagen, dass mit Beginn der Legislatur die verbliebenen Zuständigkeiten für Kernenergie allesamt ins Bundesministerium für Umwelt gewechselt sind. Im BMWK gab und gibt es kein Referat, das originär zuständig ist für Fragen der Kernenergie. Vielmehr teilen sich diese Zuständigkeiten auf zwischen verschiedenen Referaten im BMWK und BMU, und zwar entlang von genehmigungsrechtlichen, technischen, sicherheitstechnischen und energiewirtschaftlichen Aspekten.

Das Referat III A 4 war ausschließlich für ausgewählte energiewirtschaftliche Aspekte zuständig. Dazu zählen Fragen zu den Strompreisen, Versorgungssicherheit am Strommarkt und Redispatch,

Nur zur dienstlichen Verwendung

also Fragen zu Netzengpassmanagement. Das heißt, eine gesamtheitliche Bewertung der Kernenergienutzung, die alle Aspekte berücksichtigt und gegeneinander abwägt, das konnte und wurde von III A 4 nicht durchgeführt.

In dem vermutlich bekannten Vermerk vom 3. März 2022 bewerte ich eben diese drei genannten Aspekte rein qualitativ. Das heißt, mir lagen keine quantitativen Analysen vor. Ich habe den Vermerk rein auf meiner systemanalytischen Expertise geschrieben. Meine Schlussfolgerung des Vermerks war deshalb, dass vor einer abschließenden Beurteilung und Bewertung des Sachverhalts zunächst eine quantitative Analyse notwendig ist oder erfolgen sollte. Das heißt, ich sprach mich für eine tiefergehende Analyse aus, weil mir die zur Verfügung stehenden Informationen für ein fachliches Votum hinsichtlich eines Streckbetriebs nicht ausreichten.

Weiterhin ist für die Einordnung des Vermerks am 3. März 22 wichtig, dass der Fokus auf eine ganz bestimmte Frage gerichtet war. Und diese Frage lautete: Was bringt es, wenn die Stromerzeugung der drei verbliebenen Kernkraftwerke im Sommer 2022 reduziert würde und dafür im Winter 2023 erhöht würde? Das heißt, es war explizite Annahme des Vermerks, dass diese Brennelemente, die verfügbar waren, nur noch bis zum Ende des Jahres 2022 reichten und dann verbraucht seien. Mit anderen Worten: Ein Streckbetrieb über den 31. Dezember 2022 hinaus würde nur dann möglich werden, wenn man im Laufe des Sommers 2022 Brennstoff einsparte, zum Beispiel durch einen reduzierten Leistungsbetrieb.

Und diese Information, dass die Brennelemente nur noch bis Ende 2022 ausreichten, stammte aus einem Vermerk von RWE, der sicherlich auch bekannt ist. Und in diesem Vermerk hatte RWE den Streckbetrieb bzw. eine Laufzeitverlängerung unter verschiedenen Gesichtspunkten geprüft, unter sicherheitstechnischen, genehmigungsrechtlichen Aspekten zum Beispiel.

Am 3. März 2022 fand nachmittags eine Rücksprache mit Staatssekretär Graichen statt. Darin hat Staatssekretär Graichen auf Linie eben dieses RWE-Vermerks argumentiert. Und nach meiner Erinnerung vertrat er die fachliche Position, dass der Streckbetrieb keinen zusätzlichen Nutzen bringt, weil er zu keiner zusätzlichen Stromerzeugung führt und deshalb auch kein Gas einsparen kann.

Ich habe hingegen argumentiert, dass eine Verschiebung der Stromerzeugung vom Sommer 2022 in den Winter 2023 doch sinnvoll sein kann. Meine Gründe waren in Kürze:

Erstens. Der Stromverbrauch im Winter ist höher als im Sommer. Damit ist die Wahrscheinlichkeit im Winter auch höher, dass Gaskraftwerke zur Stromverbrauchsdeckung eingesetzt werden und die Kernkraftwerke, wenn sie denn im Winter laufen würden, häufiger Gaskraftwerke ersetzen würden und somit mehr Gas einsparten.

Zweitens. Aus genau diesem Grund würde auch der preissenkende Effekt größer sein in einem Winterbetrieb. Und es würde zusätzlich Einsparungen im Redispatch geben, weil die Kernkraftwerke im Süden gelegen sind.

Staatssekretär Graichen hat sich diese Argumente angehört und war in der Rücksprache davon nicht überzeugt und bat am Ende der Rücksprache darum, dass ich diese fachlichen Argumente noch einmal verschriftliche. Und dieser Bitte bin ich mit diesem bekannten Vermerk vom 3. März nachgekommen.

Und dabei würde ich es jetzt gerne belassen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Herzlichen Dank. - Sie haben schon eine ganze Menge jetzt erzählt zu Punkten, die ich Sie sonst gefragt hätte. Ich will es trotzdem noch mal versuchen, ein bisschen zu vertiefen.

Sie haben den Vermerk vom 3. März erwähnt. Wir werden Ihnen gleich Unterlagen vorlegen, die Kollegen auch, und wir müssen für die Nachvollziehbarkeit immer die sogenannte MAT-Nummer nennen. Das ist eine etwas längere Kombination von Zahlen und Buchstaben. Das klingt etwas komisch, wenn man es das erste Mal hört, aber das müssen wir leider machen, weil sonst nicht klar ist, worauf wir uns beziehen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben in diesem Vermerk, den Sie erwähnt haben, wörtlich geschrieben - Zitat -:

> „Eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie bis zum 31.3.2023 sollte als Vorsorgemaßnahme weiter geprüft werden, weil sie den Erdgasverbrauch im Stromsektor auf ein Minimum reduzieren kann. Eine Entscheidung darüber sollte erst gefällt werden, wenn Rechnungen für die weitgehend gasfreie Stromversorgung im Winter 2022/23 durchgeführt wurden und eine belastbare Einschätzung möglich ist. Die Ergebnisse liegen hoffentlich Ende März vor."

Bei uns ist das MAT A BMWK-3.03, Blätter 17 bis 20. Und Sie haben schon uns eben gesagt, dass Sie das direkt an Staatssekretär Graichen übersandt haben, der Sie auch, wenn ich das richtig sehe, unmittelbar damit beauftragt hatte. Also der Arbeitsauftrag kam direkt vom Staatssekretär an Sie. Ist das richtig?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das ist korrekt, ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay. - Kommt so was häufiger vor, dass Sie unmittelbar Arbeitsaufträge vom Staatssekretär bekommen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Häufiger ist es so, dass wir in einer Rücksprache einen Arbeitsauftrag bekommen, das aber über den Abteilungsleiter und den Unterabteilungsleiter dann sozusagen zu den zuständigen Referenten weitergeleitet wird. In diesem Fall war die Hierarchie aber nicht vollständig vertreten, und es war auch eine sehr kurzfristig einberufene Rücksprache, erst mittags für in einer halben Stunde, so nach dem Motto, dass nicht alle in der Hierarchie anwesend waren.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Haben Sie denn die anderen, die Sie erwähnen, in der Hierarchie über diesen Vermerk informiert? Haben die den zur Kenntnis bekommen, oder ging es unmittelbar von Ihnen an Staatssekretär Graichen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Es war so, dass ich den Vermerk dann an dem Nachmittag und Abend geschrieben habe, am 3. März. Er war dann spätabends fertig. Ich habe dann eine E-Mail bekommen vom Büro Graichen, dass Herr Graichen diesen Vermerk noch abends benötigt, weil er diesen benötigt für eine weitere Einschätzung. Und es würde auch ausreichen, wenn ich den im Entwurf vorlegen würde, das heißt nicht den abgestimmten Vermerk.

Ich habe - ich würde sagen, es war 22 Uhr, 22.30 Uhr - den Vermerk dann an das Büro Graichen geschrieben, habe meine Hierarchie in Kopie genommen und habe gesagt: Wie gewünscht, anbei der Vermerk. - Das Büro Graichen oder die Mitarbeiterin dort hat dann eine Abwesenheitsnotiz gehabt, und dann habe ich noch mal daraufhin die E-Mail direkt an Herrn Graichen gesendet, damit ich sicher war, dass es ihn auch erreicht.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Und Sie sagten gerade, das kommt sonst eigentlich nicht vor, dass Sie direkt an den Staatssekretär adressieren, sondern normalerweise ist der normale Weg über die - -

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, das ist wirklich eine Ausnahme, und ich würde sagen, das war die Ausnahme von dieser Krisensituation und dieser Eile.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Kann man sagen, das war das einzige Mal, oder ist das häufiger mal vorgekommen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: In dieser Legislatur, würde ich sagen, ist es das einzige Mal gewesen, ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay. - Um noch mal auf den Inhalt dieses Vermerks zu kommen: Sie haben eben schon ein bisschen was dazu erzählt. Vielleicht können Sie noch ein bisschen mehr uns berichten, wie Sie zu dem Ergebnis gekommen sind, das Sie da festgehalten haben.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, die sachlichen Gründe sind, glaube ich, sehr gut dargelegt in dem Vermerk. Aus meiner Sicht ging es immer

Nur zur dienstlichen Verwendung

darum, zu fragen: Ist eine Stromerzeugung der Kernkraftwerke im Sommer 2022 wichtiger - „wichtiger“ erkläre ich gleich noch mal - als die Stromerzeugung im Winter 2023, oder kann eine Stromerzeugung im Winter 23 einen größeren Nutzen erzielen?

Und aus energiewirtschaftlicher Sicht - das habe ich eben schon erwähnt im Eingangsstatement - ist der Sommerbetrieb der Kernkraftwerke aus meiner Sicht weniger sinnvoll, weil im Sommer der Stromverbrauch niedriger ist überall in Europa, das heißt, dass weniger Spitzenlastkraftwerke eingesetzt werden zur Stromverbrauchsdeckung, und durch die gestiegenen Gaspreise waren ja gerade die Gaskraftwerke die Spitzenlastkraftwerke.

Das heißt, meine Annahme im März oder zu dem Zeitpunkt des Vermerks war, dass im Sommer die Gaskraftwerke wenig laufen würden, hingegen im Winter 23 mehr, häufiger. Wenn ich also die Kernkraft im Sommer einsetze, würde sie auch sehr stark Kohle verdrängen und gegebenenfalls andere konventionelle Kraftwerke im europäischen Ausland, wohingegen, wenn ich die Kernkraftwerke dann im Sommer rausnehme und sie dann im Winter 23 einsetze - - dass dann verstärkt Gaskraftwerke in Deutschland und Europa sozusagen keinen Strom produzieren würden, weil sie im Strommarkt gar nicht zum Zug kämen aufgrund des Merit-Order-Effekts, weil sie zu teuer sind und die Kernkraft dann quasi mit ihrer Leistung, die sie dann verfügbar machen kann, auch die entsprechende Leistung Gaskraftwerke überflüssig macht.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Verstehe ich. - Haben Sie das nur aufgrund Ihrer eigenen Expertise so verfasst, oder haben Sie externen Sachverstand noch eingeholt? Haben Sie mit anderen Stellen dazu gesprochen? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das ist auf Basis meines eigenen Sachverstands entstanden. Ich, wie gesagt, arbeite in dem Bereich schon sehr, sehr lange und kenne mich mit den Mechaniken des Strommarkts und des Energiesystems und Stromsystems sehr gut aus. Es war aber auch nicht eine Aufgabe, in der man jetzt noch mal sozusagen dem Grunde nach andere Stellen einbinden konnte. Das war einfach der - - Die Frist hat das nicht zugelassen. Es war ja auch noch nicht mal möglich, andere Referate im Haus einzubinden.

Mein ursprünglicher Plan war ja, den Vermerk am nächsten Tag abzustimmen im Haus. Das ist sozusagen dann auch nicht passiert, weil Herr Graichen diesen Vermerk so schnell haben wollte.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wie war denn die Reaktion von Herrn Graichen auf diesen Vermerk?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Es gab keine Reaktion. Ich habe dann nichts mehr gehört.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Mündlich nicht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Schriftlich auch nicht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Haben Sie von Ihren Vorgesetzten von einer Reaktion von Herrn Graichen auf diesen Vermerk erfahren?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Hat Sie das gewundert damals?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Es waren außergewöhnliche Zeiten. Es wurden Anfragen gestellt, und die haben wir beantwortet. Und dann wurden die quasi verdaut und verarbeitet auf höherer Ebene.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Bei uns unter MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blätter 4 bis 13, findet sich ein E-Mail-Verlauf zur sogenannten Ukraine-Krisenrunde am 1. März. Auf Blatt 6 fasst ein Teilnehmer dieser Runde die von den

Nur zur dienstlichen Verwendung

Staatssekretären des BMWK formulierten Arbeitsaufträge zusammen. Daraus ergibt sich, dass Herr Dr. Graichen die Bitte hatte, eine - ich zitiere - „dringende Informationsbitte … bzgl. offener AKW-Fragen“ an das BMUV zu richten. Zweitens sollte das „Weiterlaufen der AKW“ auch innerhalb des BMWK energiewirtschaftlich und energiepolitisch bewertet werden. Und drittens sollten die Prüfergebnisse des BMUV bewertet und dann die Bewertung in einem BMWK-Vermerk zusammengeführt werden.

Die persönliche Referentin von Herrn Dr. Graichen leitete diesen Auftrag an Herrn Dr. Oschmann, den Leiter für Stromfragen der Abteilung III, weiter. Sie konkretisierte den Auftrag dann dabei wie folgt - ich zitiere -:

> „Kern unseres Vermerks muss eine energiewirtschaftliche und -politische Bewertung des Weiterlaufens der AKW sein. Patrick bittet insbesondere darum, darzustellen, wie wir auch ohne die drei in Rede stehenden Atomkraftwerke die Versorgungssicherheit sichern können.“

Herr Dr. Oschmann hat diese Mail dann an Ihre damalige Referatsleiterin mit der Bitte um Übernahme weitergeleitet und diese wiederum an Sie; zu finden auf den Blättern 10 bis 13, die Konkretisierung auf Blatt 12.

Wenn ich das jetzt richtig sehe, kommen Sie in Ihrem Vermerk, den Sie auch Herrn Dr. Graichen übermittelt haben, doch zu dem Ergebnis, dass, wie Sie da geschrieben haben, „eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie bis 31.3.23 als Vorsorgemaßnahme weiter geprüft werden“ sollte, „weil sie den Erdgasverbrauch im Stromsektor auf ein Minimum reduzieren kann“. Zitat Ende. - Das ist ja eigentlich ein Widerspruch zu der klaren inhaltlichen Vorgabe, die Herr Dr. Graichen dann dort in dem Vermerk gegeben hat.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kommt vor, dass die Fachebene nicht genau das aufschreibt, was vorgegeben ist, sondern sich dann auch selbst Gedanken macht. Und das nehme ich mir auch immer heraus.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja, so soll es ja auch sein, wenn ich das sagen darf. - Hat Sie vor diesem Hintergrund das überrascht, dass es diese klare Vorgabe des Staatssekretärs gab, wie er schreibt - Zitat -: „wie wir auch ohne die drei in Rede stehenden Atomkraftwerke die Versorgungssicherheit sichern können“?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich muss sagen, ich war in diesen Prozess nicht eingebunden. Das war ein Auftrag, der, wenn ich das richtig verstanden habe, an meine damalige Referatsleitung, Frau Thomaschki, gegangen ist, die diesen Auftrag dann an den damals zuständigen Kollegen für Versorgungssicherheit, Herrn [redacted] weitergeleitet hat.

Ich bin dann mit der Rücksprache am Donnerstag quasi auf diesen Prozess ongeboardet worden, sozusagen ins kalte Wasser geworfen worden, nachdem [redacted] nicht verfügbar war in der Rücksprache und an dem Nachmittag. Und durch diese Rücksprache, wenigstens für mich, hat sich dann der Arbeitsauftrag komplett verändert, sodass ich darauf nicht mehr aufgebaut habe, sondern nur noch seine ganz konkrete Frage, die er in der Rücksprache gestellt hat, beantwortet habe.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Das heißt, Sie haben diesen Widerspruch zwischen Ihrer fachlichen Einschätzung, die Sie zunächst gegeben haben, und der Vorgabe der politischen Führung dann dadurch aufgelöst, dass Sie sich der Vorgabe der politischen Führung angeschlossen haben. Also, Sie haben ja geschrieben, Sie würden anregen, dass man das mit Blick auf den Winter 22/23 weiter erwägt. So. Und dann gab es ja die Vorgabe von Herrn Graichen, der geschrieben hat, er bittet, es so darzustellen, „wie wir auch ohne die drei in Rede stehenden Atomkraftwerke die Versorgungssicherheit sichern können“.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich habe dies nicht als Vorgabe verstanden, und ich habe das dann quasi, wenn Sie so wollen - - Wenn Sie das als Vorgabe verstehen, dann hätte ich diese Vorgabe nicht befolgt, richtig. Ich habe das nicht als Vorgabe verstanden. Ich habe durch die Rücksprache und die darin - - da habe ich ja persönlich mit

ihm gesprochen, und da hat er mir diesen neuen Arbeitsauftrag gegeben, darzustellen, was meine fachlichen Beweggründe sind für meine Einschätzung: Winterbetrieb ist besser als Sommerbetrieb.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay. - Können Sie das noch ein bisschen erläutern, wie dieses Gespräch verlaufen ist zwischen Herrn Dr. Graichen und Ihnen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Sofern es meine Erinnerung zulässt. - Ich bin der Meinung, dass Herr Graichen sehr kurzfristig dazu eingeladen hat, wie wir das einschätzen, ob - - bzw. er wollte das Argument testen, Sparringspartner sozusagen haben für das Argument, ein Sommerbetrieb - - Oder: Weil die Kernbrennelemente verbraucht seien und es keine zusätzliche Stromerzeugung gibt, gibt es keine zusätzliche Gaseinsparung. Das war seine Argumentationslinie. Die hat er sich - so habe ich das verstanden in der Rücksprache - auf Basis dieses RWE-Vermerks hergeleitet, und er hat in dieser Rücksprache mit uns fachlich diskutieren wollen, ob das eine - - was wir davon halten und ob wir eine andere fachliche Meinung vertreten. Und ich habe diese Rücksprache so verstanden, dass er von uns hören wollte, also, nicht „hören wollte“, sondern dass er mit uns diskutieren wollte, wie wir das sehen.

Und, wie gesagt, ich habe in dieser Rücksprache eigentlich eine konträre Position zu ihm eingenommen. Ich habe gesagt, das macht schon Sinn, diesen Winterbetrieb anzusetzen. Und er hat diesen Argumenten zugehört. Er hat Nachfragen gestellt, aber er ist meiner - - Er hat sich nicht überzeugen lassen, bzw. ich war nicht überzeugend genug; ich weiß es nicht. Das war sehr deutlich in der Rücksprache, dass er gesagt hat: Das überzeugt mich jetzt nicht, aber bitte schreiben Sie - - Halten Sie das noch mal schriftlich fest, damit ich mir das noch mal in Ruhe anschauen kann.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Jetzt stelle ich mir vor: Wenn er Sie bittet, das noch mal aufzuschreiben, sich noch mal vertieft darüber Gedanken zu machen, wäre doch der normale Weg, dass das dann noch mal an irgendeiner Stelle erörtert wird, entweder direkt mit Ihnen oder mit Ihrem Abteilungsleiter. So eine Erörterung hat es aber nicht gegeben.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Sie meinen auf Grundlage des Vermerks?

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, so eine Erörterung hat es nicht gegeben.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Was vermuten Sie? Warum war das nicht der Fall?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich würde sagen, das war die große Eile, die offensichtlich herrschte, um insgesamt eine Bewertung der Kernenergienutzung zu machen. Und da sollte die energiewirtschaftliche Bewertung mit einfließen. Und die musste bis zu einem bestimmten Zeitpunkt fertiggestellt sein. Das war meine Erklärung damals.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay. - Es gibt dann am 7. März den Prüfvermerk BMUV und BMWK, also der gemeinsame Prüfvermerk: „Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukraine-Kriegs“. Darin kommen dann beide Häuser zu folgendem Ergebnis - ich zitiere; das ist bei uns MAT A BMWK-2.01, Blätter 35 bis 39 -:

> „• Der energiewirtschaftliche Mehrwert einer Laufzeitverlängerung ist sehr begrenzt. Im Winter 2022/23 helfen sie nicht, sondern verschieben nur die Stromproduktion in den Sommer 2022 ... Ab dem Herbst 2023 würden sie zwar zusätzliche Strommengen liefern, ein Ersatz von Gasmengen findet aber kaum statt, da Gaskraftwerke ohne KWK in einer Gaskrisensituation ohnehin kaum zum Einsatz kommen..“

können. Zitat Ende. - Waren Sie an der Erstellung dieses Prüfvermerks beteiligt?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, war ich nicht.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wann haben Sie ihn zur Kenntnis nehmen können?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Als er dann veröffentlicht war.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Okay. - Wie haben Sie das damals wahrgenommen? Was waren Ihre Einschätzungen dazu?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Gute Frage. Ich war der - - bzw. ich fand, das war ein Papier, das - - wo ich meinen Beitrag über diesen Vermerk am 3. März geleistet habe. Und ich wusste ja schon, wie Herr Graichen darüber denkt, über diese Argumentation, weil er mir die in der Rücksprache schon - - wir darüber argumentiert haben und er seine Position deutlich gemacht hat. Das heißt, mit Blick auf die energiewirtschaftliche Bewertung war das jetzt für mich nicht überraschend, dass sich da seine in der Rücksprache dargestellte Position auch wieder in diesem Vermerk wiederfand.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Sie haben eben gesagt, dass Sie ihn offenbar nicht überzeugen konnten, er Sie aber offenbar auch nicht, wenn ich das richtig verstanden habe.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Ich würde den Vermerk eins zu eins so wieder schreiben, ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wie haben Sie seine Argumentation damals wahrgenommen? Was waren die wesentlichen Argumente?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich würde sagen - - Also, vielleicht muss man dazusagen: Herr Graichen hat schon eine sehr große energiewirtschaftliche Expertise. Das heißt, er kennt die Mechaniken des Strommarktes vermutlich genauso gut wie ich und andere, die in diesem Bereich tätig sind. Das heißt, das war erst mal ein Gespräch schon auf fachlicher Augenhöhe, bzw. er war, muss man dazusagen, auch sehr überzeugt von seiner Kenntnis des Strommarktes und dass seine Erklärung schon die richtige ist, wie sozusagen das dann im Strommarkt funktioniert.

Er war meines Wissens wirklich überzeugt davon, dass das quasi nur eine Verschiebung ist, rechte Tasche, linke Tasche. Was wir im Sommer an Gas - - die Kernenergie - - an Gas mehr verbrauchen, würden wir im - - Was wir im Winter dann an Gas einsparen würden, wenn wir es verschieben würden - - Im Winter 23 würden wir Gas einsparen. Diesen Gasmehrverbrauch, den gäbe es dann im Sommer. Das heißt, wir hätten nichts gewonnen. Ich glaube, davon war er schon im Großen und Ganzen überzeugt. Und ich kann Ihnen nicht sagen - da müssen Sie ihn selber fragen -, warum er mein - - dieses Argument „aber der Stromverbrauch ist im Sommer doch niedriger als im Winter“ für ihn nicht gezählt hat. Also, das war so seine Argumentation und - -

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wobei: Ich habe jetzt ehrlicherweise Argumente noch nicht so viele wahrgenommen aus Ihrer Erinnerung. Da war sehr viel Überzeugung jetzt dabei.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Da war sehr viel Überzeu- - Ja, das - - Genau. Also, ich - - Wie gesagt, das ist - - Man weiß es ja nicht. Es wurde auch nicht durchgerechnet. Ich muss auch sagen - -

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ach, es wurde nicht durchgerechnet?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Es wurde nicht durchgerechnet. Es war ja eine Art systemanalytische Betrachtung, die auf unserer Expertise - - Es war ja in dem Moment die Rücksprache, und es gab keine Berechnungsgrundlage dafür, weil dieser Auftrag ja - - bzw. die Frage kam ja erst mittags auf, und da konnte natürlich noch nichts berechnet werden.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Es war ja großer Zeitdruck. Das kann ich nachvollziehen. - Sie haben eben gesagt, bei der Entstehung des Vermerks, dass es schon, jedenfalls in dieser Legislaturperiode, das einzige Mal war nach Ihrer Erinnerung, dass Sie direkt an den Staatssekretär berichtet haben. Ungewöhnlich ist ja, dass in so einer schon zentralen Frage Sie direkt an ihn berichten mit Ihrer fachlichen Expertise und dazu jedenfalls keine Rückmeldung erhalten und,

Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn ich Sie richtig verstanden habe, den Eindruck hatten, dass am Ende das Gegenteil in den Papieren steht, die veröffentlicht worden sind. Ist Ihnen so was schon mal passiert? Ist das häufiger der Fall, oder ist das auch eher die Ausnahme?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, das ist quasi unser täglich Brot, dass wir im Ministerium fachliche Einschätzungen haben und diese fachliche Einschätzung nach oben geht und dass dann in einer Gesamtabwägung mit dann anderen Dimensionen - wie gesagt, ich habe ja nur die energiewirtschaftliche Brille auf - dann auch Entscheidungen getroffen werden, die dann meiner Einschätzung nicht entsprechen. Aber das ist nicht unüblich in Ministerien.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Na ja, jetzt haben Sie das sehr bescheiden gesagt. Also, wenn ich noch mal Ihren Satz mir in Erinnerung rufe: Sie sagen - Zitat -:

> „Eine Entscheidung darüber sollte erst gefällt werden, wenn Rechnungen für die weitgehend gasfreie Stromversorgung im Winter 2022/23 durchgeführt wurden …“

Zitat Ende. - Sie haben eben gesagt, eine solche Rechnung hat es nicht gegeben; jedenfalls haben Sie keine Kenntnis davon. Und daraus wird dann in dem Vermerk am Ende von der Leitungsebene: „Im Winter 2022/23 helfen sie“ - also hilft die Laufzeitverlängerung - „nicht, sondern verschieben nur die Stromproduktion in den Sommer“ 2022. Also, das ist ja schon ungewöhnlich, dass Sie direkt an den Staatssekretär Ihre fachliche Einschätzung schreiben, und dann kommt am Ende das genaue Gegenteil davon im Vermerk raus. Also, das ist doch eher ungewöhnlich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, oder?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Sie mögen das als ungewöhnlich interpretieren an dieser Stelle. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich wusste ja schon, dass Herr Staatssekretär da eine sehr feste Meinung hatte. Die hat er mir sehr deutlich gesagt. Gleichwohl hat er noch mal drum gebeten, dass er da noch mal drüber nachdenken kann, dann auf Grundlage eines Vermerks.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ich frage mal anders.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Und dann war es für mich nicht überraschend, dass dann das auch rauskam, was er mir vorher schon erzählt hatte.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja. - Sind Ihnen andere Fälle aus Ihrer Tätigkeit bekannt, wo am Ende das Gegenteil von dem rauskam, was Sie mit Ihrer fachlichen Expertise aufgeschrieben haben?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Da kann ich jetzt aus meiner Erinnerung keinen nennen. Gab es sicherlich, aber den kann ich jetzt nicht nennen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Also keine Erinnerung. Gut, vielen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen. - Wir kommen zur SPD.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr R[redacted]! Danke, dass Sie hier sind und unsere Fragen beantworten.

Ich steige mit dem Thema „Einsatzreserve Atom“ ein. Am 5. September 2022 wurden die Ergebnisse des zweiten Stresstests in der Bundespressekonferenz vorgestellt; die Folien in Kurzfassung finden sich bei MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 167 bis 180. Hier stellte Herr Habeck auch seinen Plan vor, eine Einsatzreserve Atom einzuführen. Wann haben Sie denn das erste Mal von diesem Plan „Einsatzreserve Atom“ gehört?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das muss Ende August gewesen sein.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Aus den Akten - und da zitiere ich aus MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 73 bis 77 - lässt sich erkennen, dass Sie sich bereits am 23. August 22 mit der Option Einsatzreserve auseinandergesetzt haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

In einer E-Mail, in welcher Sie zwar nicht in cc gesetzt wurden, verfasste ein Kollege aus dem BMWK, [redacted] dass „die verrücktesten

Nur zur dienstlichen Verwendung

Ideen“ - hiermit meint er die Einsatzreserve Atom - diskutiert werden würden; die Unterlage ist gerade bei Ihnen angekommen. Er sei bisher der Meinung gewesen, dass eine Reserve völlig ungeeignet sei, weil man die AKWs nicht einfach hoch- und runterfahren könne. Im Vergleich zum Streckbetrieb, welcher bei den aktuellen Preisen ohne Kompensation möglich sei, da man den Betreibern schlichtweg ein paar Monate ungeplante Strommarkterlöse schenken würde, würde eine Reserve, wenn sie nie abgerufen werden würde und dadurch keine Erlöse realisiert werden würden, etwas kosten. [redacted] hätte anschließend mit Ihnen gesprochen. Sie seien ebenfalls überrascht von dieser Idee gewesen. Können Sie denn uns kurz einmal darstellen, was Ihre damalige fachliche Einschätzung zu der Option Einsatzreserve war?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, das kann ich gerne machen. - Also, im Großen und Ganzen war ich tatsächlich überrascht, da erst mal dieser Vorgang auch sehr seltsam war. Es wurde - - Ich glaube, der Auftrag - - Wenn ich mich recht erinnere, kam der Auftrag von Herrn Graichen an die Abteilung I, eine Finanzierung einer solchen Einsatzreserve zu prüfen. Und dann hat sich Herr [redacted] an mich gewandt und hat gefragt, ob wir das kennen, ob wir diesen Vorgang kennen und ob ich ihn bei den energiewirtschaftlichen Fragen sozusagen ein bisschen unterstützen kann.

Und dazu hatten wir telefoniert, und da war meine Einschätzung, dass Kernkraftwerke eigentlich ungeeignet sind für den Reservebetrieb. Das liegt letztendlich an den technischen Gründen bzw. an - - Kernkraftwerke sind halt Anlagen, die man anschaltet und dann auch laufen lässt oder eben ausschaltet und die eine sehr lange Anfahrzeit haben, und Reserven wiederum - - Anforderung an Reserven sind, dass diese mit einem Vorlauf von einem Tag, zwei Tagen, am besten wenigen Stunden, angefahren werden können und sozusagen diese Anforderungen durch die Kernkraftwerke einfach nicht erfüllt werden können.

Und von daher: Das erklärt auf jeden Fall, das erklärt vermutlich dann das Wort „überrascht“. Das war letztendlich meine Einschätzung, dass Kernkraftwerke erstens ungeeignet sind für den Reservebetrieb und zweitens, dass Kernkraftwerke, wenn man sie denn schon - in Anführungszeichen - in den Streckbetrieb schickt, dann auch mehr Nutzen bringen im Marktbetrieb im Winter durch eine höhere bereitgestellte Leistung und durch den Strompreiseffekt, den senkenden Strompreiseffekt.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank. - Nachdem Sie mit [redacted] gesprochen haben, fasste dieser Ihre gemeinsame Einschätzung vorläufig zusammen, und die Anmerkung zur Reserve ist folgende - ich zitiere -:

> „Eine alleinige Reserve im jetzigen Winter (ohne Streckbetrieb!) könnte man auch machen, allerdings gibt es dann auch keine Entlastung bei den hohen Strompreisen. Im Gegenzug fallen auch keine zusätzlichen Erlöse bei den Betreibern an, die man zur Finanzierung der Reserve nutzen könnte. Die Reservekosten könnte man dann (analog zur Netzreserve und Braunkohle-Sicherheitsbereitschaft) über die Netzentgelte wälzen. Von allen Optionen scheint dies allerdings die teuerste zu sein. Es fallen zusätzliche Reservekosten an, gleichzeitig werden die Strompreise aber nicht entlastet.“

Zitat Ende. - Diese Einschätzung wird explizit als „vorläufig“ von Ihnen eingestuft, da es aus der Abteilung III noch keine interne Einschätzung hierzu gab, da dies erst später zu erwarten war. Was war denn schließlich die fachliche Einschätzung der Abteilung III zu der Option Reservebetrieb?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Wir wurden dann aufgefordert, in der Abteilung III eine Bewertung durchzuführen, und da ist dann auch ein Vermerk entstanden. Dieser Vermerk war dann aber - - wurde dann geschrieben im Sinne oder unter der Maßgabe: Wie kann ein solcher Reservebetrieb funktionieren? Wie kann er Sinn machen? Wie kann er administriert werden? - Und in dem Zuge haben wir uns dann Gedanken gemacht mit

dieser - in Anführungszeichen - „neuen Aufgabe“. Es ging also in diesem Vermerk nicht mehr darum: „Bitte stellen Sie uns die Vor- und Nachteile des Reservebetriebs dar“, sondern es ging um die Frage: „Wie kann ein solcher Reservebetrieb gangbar gemacht werden?“

Wir haben uns dann meines Erachtens aber auch nicht nehmen lassen, noch mal reinzuschreiben, dass die Vorteile eines Marktbetriebes dann nicht möglich - - und genutzt werden könnten und die da ja auch - - über die wir gerade gesprochen haben, Strompreissenkungen und gesteigerte Leistung im Winter oder verfügbare Leistung im Winter und - - Genau. Letztendlich ist diese Bewertung dann nur noch sehr kurz in diesen Vermerk eingeflossen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Wer hat denn diese - - Sie haben gesagt: eine neue Aufgabe erteilt, also nicht mehr zu bewerten, ob Reservebetrieb gegenüber den anderen Optionen sinnvoll wäre, sondern anzunehmen, dass es den Reservebetrieb geben könnte, und dann sich damit auseinanderzusetzen, wie man es machen könnte. - Von wem kam das denn?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Wie das die Leiter runterkam, kann ich Ihnen nicht sagen. Wir haben - - Ich habe den Auftrag mit anderen Kollegen und Kolleginnen von Frau [redacted] dann bekommen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Und was ist dann Ihre Einschätzung? Sie haben ja ausgeführt, dass die Option des Reservebetriebs sowohl ökonomisch als auch energiewirtschaftlich nur wenig positive Auswirkungen hätte, insbesondere gegenüber der kostengünstigeren Alternative Streckbetrieb. Was meinen Sie? Weshalb wurde denn so lange an der Einsatzreserve Atom festgehalten, sogar bis zur Verkündung auf der Bundespressekonferenz?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich Ihnen nicht sagen, warum das gemacht wurde. Kann ich Ihnen keine Einschätzung geben.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank. - Ihr Kollege [redacted] Referat III A 2, schrieb in einer E-Mail vom 23. August 22 - zu finden unter MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 73 bis 77; ich zitiere -:

> „Reserve klingt für mich nach dem politischen Wunsch, die AKW nicht weiterlaufen zu lassen, aber sagen zu können, dass sie im Ernstfall zum Einsatz kommen können.“

Zitat Ende. - Können Sie sich vorstellen, dass dies der damalige Grund für die Einsatzreserve Atom war?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das ist eine Möglichkeit. Aber ich kann mich heute nicht mehr dran erinnern, was ich damals zu diesem Sachverhalt gedacht habe.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Ein wenig später, am 17.10., folgte dann die Weisung des Bundeskanzlers Scholz, einen befristeten Weiterbetrieb von den drei Kernkraftwerken Neckarwestheim 2, Emsland und Isar 2 bis zum 15. April 23 zuzulassen. Waren Sie denn von dieser Weisung überrascht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, ich - - Ja, war ich überrascht? Ich kann das - - Ich kann Ihnen nicht sagen, ob ich überrascht war. Weiß ich nicht mehr. Das waren sehr hektische Zeiten damals. Und wir hatten eine Krise mit extremen Preisspitzen im August. Und gefühlt änderte sich da täglich und wöchentlich die Einschätzungslage. Und dass dann Entscheidungen, die das Ministerium oder die Fachebene, die Minister getroffen haben dann und andere, sich auch ändern, schnell wieder ändern können, das hat mich nicht dann überrascht.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Ich habe noch Zeit und würde deshalb die nutzen und noch mal zurückspringen auf das Thema Stresstest. Dann sind wir am Anfang März, am 03.03.22. An dem Tag fand ein Webex-Meeting mit dem BMWK und den Übertragungsnetzbetreibern statt. Betreff der Einladungs-E-Mail war: „… Besprechung Winter 2022/23 …“, zu finden unter MAT A BMWK-3.22 VS-NfD, Blatt 19 bis 23. Sie waren ebenfalls als Teilnehmer anwesend, richtig?

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge nickt)

Können Sie uns einmal darstellen, was das Ziel des Treffens war und was dabei besprochen wurde? Und inwiefern wurden hier schon bereits die Möglichkeiten einer Laufzeitverlängerung diskutiert? Und was war die Ansicht der Übertragungsnetzbetreiber zu dieser Option?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: An diesen Termin habe ich nur noch schwache Erinnerungen. Ja, ich war dabei. Und es ging darum, dass die Übertragungsnetzbetreiber uns sehr schnell nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine eine Rechnung durchgeführt haben und uns vorgelegt haben und in dieser Rechnung sehr extreme Annahmen getroffen wurden, die davon ausgingen, dass - ich überspitze es mal - fast keine Gaskraftwerke mehr laufen würden und dass infolgedessen im Stromsystem sozusagen aus der Gasversorgungskrise auch eine Stromversorgungskrise entstehen würde.

Und diese Rechnung haben sie nach meiner Erinnerung eigenständig angefertigt, ohne das quasi vorher mit uns einmal oder auch mit der Bundesnetzagentur zu besprechen. Und in diesem Termin, so glaube ich, haben sie uns entweder diese Ergebnisse vorgestellt, oder wir haben darüber gesprochen, wie die Ergebnisse so gestaltet werden, dass sie einen realistischeren Rahmen haben.

Wir haben es Anfang März für nicht realistisch erachtet, dass Gaskraftwerke, vor allen Dingen die auch systemrelevant gekennzeichnet sind, dann nicht mehr Strom erzeugen. Und deswegen haben wir gesagt, dass wir diese Rechnung der ÜNB in dieser Form eigentlich für völlig unrealistisch erachten und dass wir dann doch bitte noch mal über die Annahmen sprechen und eine neue Rechnung anfertigen. Das war, glaube ich, Kern des Termins, wenn ich mich richtig erinnere.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Der erste Stresstest kam dann zu dem Ergebnis, dass ein sicherer Betrieb des Elektrizitätsversorgungsnetzes gewährleistet ist - zu finden unter MAT A BMWK-3.23 VS-NfD, Blatt 749. Wie wurde dieses Ergebnis im BMWK aufgenommen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Die Frage ist, wie das Ergebnis des Stresstests im BMWK aufgenommen wurde?

Dr. Zanda Martens (SPD): Genau, also des ersten Stresstests, mit dem Ergebnis, dass ein sicherer Betrieb des Elektrizitätsversorgungsnetzes gewährleistet ist.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, wie gesagt, ich kann jetzt für mich sprechen und nicht für das BMWK. Ich war ja in die Abstimmung der Annahmen mit eingebunden am Anfang, habe mich aus diesem Prozess dann aber in der weiteren Berechnung auch herausgezogen.

Mir sind die Ergebnisse jetzt nicht mehr komplett präsent. Ich fand diese Rechnung damals aber plausibel vor dem Hintergrund, dass dort gezeigt wurde, dass mit den Kohlekraftwerken, die dann ja aus der Reserve zurückgekehrt sind bzw. im Markt weiterbetrieben wurden, dass damit in dem untersuchten Szenario auch das Stromsystem sicher beherrschbar ist. Und der Grund ist: Wenn wir genug Gaskraftwerke haben, die funktionieren, die Gas haben, dann gibt es auch keine Stromversorgungskrise. Davon war ich damals überzeugt.

Dr. Zanda Martens (SPD): Am 08.07.22 fand dann eine Videokonferenz mit Bundesminister Habeck zum Thema „Netzreservebedarf und Nord-Süd-Versorgung“ statt. In einem Memo des Präsidenten der Bundesnetzagentur hierzu heißt es unter anderem, dass Bundesminister Habeck gefragt hätte, wie schnell es möglich sei, die Ergänzung mit noch mal verschärften Annahmen durchzuführen. Das ist zu finden unter MAT A BMWK-8.07, Blatt 38 bis 39. Waren Sie an dieser Videokonferenz beteiligt?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Ich war nicht an der Vorbereitung und nicht an der Nachbereitung und auch nicht während dieser Videokonferenz in irgendeiner Weise beteiligt.

Dr. Zanda Martens (SPD): Und wann haben Sie dann das erste Mal davon erfahren, dass Minister Habeck neue Rechnungen mit verschärften Annahmen plante?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen. Es war Mitte Juli, Ende Juli, wo dann die Vorbereitungen für den zweiten Stresstest getroffen wurden im Sinne von: Es wurde Kontakt mit den Übertragungsnetzbetreibern aufgenommen, dass eine solche Rechnung durchgeführt werden soll.

Dr. Zanda Martens (SPD): Ja, Mitte Juli ist schon ziemlich präzise. - Am 14.07.22 folgten dann die offizielle Information des BMWK an die Bundesnetzagentur, dass ein neuer Stresstest von den Übertragungsnetzbetreibern gerechnet werden solle, sowie die Annahmen dieses neuen Stresstests. Die neuen Annahmen wurden von Bundesminister Habeck persönlich gesetzt - das ergibt sich aus MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 15 -, und diese lauteten:

> „"1. Rhein wie 2018
> 2. AKW in F ohne die, die …“

in Wartung sind.

> „3. Gasspeicher voll, aber keine Lieferung mehr ab November.""

Genau, das waren die drei Annahmen. Können Sie einmal erläutern, wie sich diese neuen Annahmen von den Annahmen in den bisherigen Prüfungen unterschieden haben? Und bedeutet das wirklich eine Verschärfung der bisherigen Annahmen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Man muss jetzt vielleicht noch mal ganz kurz ein bisschen ausholen: Wir hatten im März die Annahmen für diesen Stresstest 1 abgesteckt, und damals waren noch Annahmen getroffen, dass - - auf der damaligen Prognose von EDF und RTE, wie die französische Kernkraft sich möglicherweise entwickeln wird über den kommenden Winter, wie die Verfügbarkeit ist.

Wir haben damals noch nicht angenommen, dass es ein Niedrigwasser gibt, dass es eine Dürre gibt in Europa und dass die Gasversorgungskrise sich sehr stark zuspitzt, also kein Gas mehr nach Deutschland geliefert wird. Das waren noch keine Annahmen im Stresstest 1. Und im Zuge - - oder: Bis zum Sommer hat sich an all diesen Fronten etwas verschärft. Das heißt, wir hatten auf einmal eine Dürre. Das hatte nicht nur Auswirkungen auf die Versorgung der Steinkohlekraftwerke in Süddeutschland, sondern wir hatten auch leere Wasserspeicher in Skandinavien und im Alpenraum. Und das ist eine sehr unterschätzte Stromerzeugungsquelle im Winter. Die wird im Sommer aufgefüllt in diesen Ländern und steht dann im Winter bereit. Und wenn die im Herbst, Winter - - bis zum Winter nicht aufgefüllt ist, dann ist das quasi wie ein leerer Stromspeicher, und der ist riesig. Das hat eine große Auswirkung, auch auf die Versorgungssicherheit dann in Deutschland. Und das war, wie gesagt, eine große Dürre. Auch dort wurden Füllstände unterschritten, historische Füllstände unterschritten, und das war für uns eine Krise, die dann dazukam. Plus: Die Prognose aus Frankreich zur Verfügbarkeit der Kernkraftwerke ist ja quasi mit jedem Monat schlechter geworden.

Und all das zusammen führte meines Erachtens dann zur Notwendigkeit, noch mal zu rechnen, weil die Annahmen des ersten Stresstests überholt waren. Nach meinem Verständnis sind all diese Annahmen im Stresstest, im zweiten Stresstest, auch berücksichtigt worden. Und die „Vorgaben“ - in Anführungszeichen - von Herrn Habeck, die dort gemacht wurden, sollten meines Wissens diese neue Situation widerspiegeln, die im ersten Stresstest noch nicht berücksichtigt wurde.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wir kommen dann zur FDP.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr R[redacted], ich möchte zuerst noch mal zu dem Vermerk zurückkommen, den Sie am 3. März geschrieben haben für Herrn Graichen. Wofür wurde der danach verwendet? War das wirklich nur noch mal für ihn, um die Gedanken noch mal durchzudenken, oder wissen Sie, ob der noch für was anderes verwendet wurde danach?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Wie gesagt, ich habe keine Rückmeldung bekommen zu diesem Vermerk, was damit passiert ist und wofür er verwendet wurde.

Julian Grünke (FDP): Wir wissen, dass zeitgleich im BMUV auf Fachebene auch Vermerke erstellt worden sind. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ja auch gesagt, dass die eigentlich zuständig waren für das Thema. Wissen Sie, ob da auch schon Austausch auf der Fachebene stattgefunden hat zu diesem Zeitpunkt?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Ich war nicht an diesem Austausch beteiligt. Ich, wie gesagt, bin da am 3. März, wenn Sie so wollen, ins kalte Wasser geworfen worden mit dieser Rücksprache und war vorher an diesem Thema nicht beteiligt. Es war aber, wie schon gesagt, klar, dass diese ganzen sicherheitstechnischen, genehmigungsrechtlichen Aspekte - - dass das vom BMU beantwortet werden muss.

Julian Grünke (FDP): Im Vermerk vom 7. März kam man dann zu einer anderen Einschätzung als Ihre. Hatten Sie danach oder direkt, als Sie diesen Vermerk dann auch zur Kenntnis genommen haben, Gelegenheit, bei der Leitungsebene Ihre andere Auffassung anzubringen oder noch mal einzubringen in die Debatte?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Genau, diese Möglichkeit bestand nicht. Ich habe die Entscheidung - - Dieser Vermerk war ja veröffentlicht. Das heißt, da gab es auch keinen Rücksprachebedarf.

Julian Grünke (FDP): Dann vielleicht noch mal zu Ihrer inhaltlichen Bewertung zum damaligen Zeitpunkt. Sie hatten ja sehr darauf gedrängt, eigentlich die Berechnungen tatsächlich auszuführen, um die Belastbarkeit des Vermerks oder der Thesen aufzustellen. Herr Graichen war der Ansicht, dass es ohne diese Berechnungen geht. Wie war Ihre Einschätzung zum damaligen Zeitpunkt? War es richtig, sich so stark nach außen zu positionieren, auch wenn die Berechnungen noch nicht durchgeführt waren?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Meine Meinung von damals bzw. Position von damals, die ist ja im Vermerk sehr gut dargestellt. Ich hätte auf diese Rechnung gesetzt, um da eine bessere Grundlage für eine Entscheidung zu treffen. Es hätte ja auch aus dieser Berechnung rauskommen können, dass die Kernkraftwerke gar nicht so einen großen Unterschied machen. Das heißt, das hätte auch - - Wie gesagt, ich war da - - Meines Erachtens war das ganz ergebnisoffen gedacht. Diese Rechnung hätte auch zeigen können, dass ein Streckbetrieb nicht den großen Nutzen bringt. Ich wusste es in dem Moment bzw. ich hatte eine Einschätzung, wie es, in welche Richtung - - welche Tendenz es ist. Wie groß diese Tendenz ist und ob das dann einen Streckbetrieb rechtfertigt, das wusste ich zum damaligen Zeitpunkt nicht.

Julian Grünke (FDP): Ihr Vermerk und die Diskrepanz Ihres Vermerks zu dem, der dann von BMWK und BMUV gemeinsam gemacht wurde, wurde ja dann auch irgendwann in der Berichterstattung des „Cicero“ groß aufgegriffen. Wie war Ihre Einschätzung, als diese Debatte aufgetaucht ist? Wie haben Sie das zur Kenntnis genommen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Habe ich jetzt keine Erinnerung dran, wie ich das aufgenommen habe.

Julian Grünke (FDP): Haben Sie irgendwelche Konsequenzen gespürt bei Ihrer Arbeit oder im Ministerium danach, nachdem diese Berichterstattung stattgefunden hat, wo Ihr Vermerk auch so besonders hervorgehoben wurde?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, habe ich nicht.

Julian Grünke (FDP): Dann kommen wir zu einem anderen Vorgang im März 22. Die THEMA Consulting Group sendete am 15.03.22 eine kurze Analyse an Ihren Vorgesetzten Volker Oschmann. Es ist mir hier nicht ganz klar, inwiefern diese Analyse vom BMWK beauftragt wurde. Darin wurden wesentliche Aussagen bestätigt, welche BMWK und BMUV am 07.03. im gemeinsamen Prüfvermerk veröffentlicht hatten. Der wurde später auch persönlich an Sie weitergeleitet. Das ist - für die anderen - MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 34 bis 36. Kannten Sie die THEMA Consulting Group vor dieser Analyse?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, ich glaube nicht. Danach schon.

Julian Grünke (FDP): Was war denn Ihr Eindruck von dieser Arbeit?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich konnte mich nicht intensiv mit den Berechnungen von THEMA beschäftigen zu dem Zeitpunkt. Ich kannte auch nicht - - Vorarbeiten waren mir nicht bekannt. Das heißt, ich wusste auch nicht, wie gut belastbar deren Strommarktmodell ist, und deswegen konnte ich nicht einschätzen, wie belastbar die Ergebnisse sind.

Julian Grünke (FDP): Wissen Sie, wer die Beratungsfirma beauftragt hat?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein.

Julian Grünke (FDP): Am 16.03. hat* Ihr* Abteilungsleiter Oschmann in einer Mail Ihnen* Sorgen mitgeteilt,* dass der Gedanke „Kohle und Kernenergie verdrängen nur wenig Erdgas“ voreilig sich hätte verfestigen können und man zunächst abwarten sollte, was die Übertragungsnetzbetreiber dazu sagen. Damit bleibt er ja auch bei Ihrer Einschätzung im Endeffekt. Das ist MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 34 bis 36, immer noch.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt)

Haben Sie auf diese Mail eine Antwort von Herrn Oschmann bekommen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, nicht dass ich mich erinnern kann. Nein.

Julian Grünke (FDP): Herr Thorsten Falk schrieb Ihnen daraufhin, solche Anfragen sollen in Zukunft besser abgestimmt werden. Hatten Sie das Gefühl, Ihre Sorgen werden im BMWK ernst genommen, oder - -

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, erst mal: Ja, ich hatte das Gefühl, wenn wir Zeit haben, unsere Sorgen - „unsere Sorgen“ ist vielleicht das falsche Wort -, unsere fachliche Einschätzung zu kommunizieren und auch nach oben zu geben, dass diese fachliche Einschätzung auch gehört wird. Nur, wir hatten in dieser Zeit wenig Austausch, und ich hatte hier das Gefühl, dass - - bzw. parallel haben wir ja auf Fachebene mit den Übertragungsnetzbetreibern Rechnungen angestellt. Und ich war der Überzeugung, dass diese Rechnungen das beste Bild von der Lage in Deutschland geben und dass diese Rechnungen aber noch andauern, vermutlich bis Ende März, und dass wir erst dann eine fachliche Einschätzung geben können, auch zu notwendigen Maßnahmen, und dass wir jetzt, in dieser Situation, in diesem Limbo, wo noch keine Rechnung, keine fachliche Einschätzung vorliegt oder quantitative Analysen vorliegen, dass, wenn dann von außen andere Studienergebnisse reinkommen, die sozusagen schon ein Bild prägen, was wir dann später mit unseren Rechnungen nur noch schwer wieder auflösen könnten.

Deswegen habe ich hier eine E-Mail verfasst und, genau, nicht abgestimmt mit Herrn Falk, wo ich dann einfach schnell eine Einordnung schreiben wollte, die das so ein bisschen kritisch einordnet, dass das nicht einfach schnell nach oben geht: „Guck mal, hier gibt es eine gute Studie“, sondern im Sinne von, das noch mal kritisch einzuordnen, damit das nicht vorschnell zu - - oder nicht als unkritisch oder als nicht eingeordnete Studie wahrgenommen wird.

Julian Grünke (FDP): Da müssen wir gleich weitermachen in der nächsten Runde. - Danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr R[redacted], könnten Sie uns noch mal eine Einschätzung geben, wie die Arbeitsbelastung damals war? Weil Sie eben sagten, Sie haben Herrn Graichen um 22 Uhr geantwortet.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich würde sagen: Es gibt ein „vor dem 24. Februar“ und ein „nach dem 24. Februar“. Die Abteilung III, und gerade das

Nur zur dienstlichen Verwendung

Referat III A 4, war außerordentlich belastet. Das gilt sicherlich auch für weitere Referate.

Im März war dann quasi alles anders, und man musste sich über Dinge Gedanken machen, und zwar sehr schnell Gedanken machen, über die man sich vorher - - oder hoffte, man sich nie Gedanken zu machen, nämlich kurzfristig die Versorgungssicherheit von Deutschland zu gewährleisten. Das war also Krisenmodus von einem Tag auf den anderen, und das war sehr belastend. Und das war eine Zeit mit sehr, sehr vielen Überstunden, ja.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann haben Sie eben gesagt, Staatssekretär Graichen hat dann kurzfristig eingeladen, mit Ihnen diese Frage zu diskutieren. Gab es denn quasi - - Also, ich bin nicht in einem Ministerium. Ist es denn häufig, dass man sich mit dem Staatssekretär direkt austauscht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, das passiert häufig, auch bis zur Fachebene mit Staatssekretär. Aber natürlich lässt sich dann auch die Referatsleitung, die Unterabteilungsleitung, Abteilungsleitung nicht nehmen, dann dabei zu sein. Aber wenn es um die Detailfragen geht, um die technischen Fragen geht, dann diskutiert die Fachebene zusammen oder direkt mit dem Staatssekretär.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben eben gesagt, Staatssekretär Graichen hatte eben die Auffassung, es kommt nicht zu Einsparungseffekten; so nenne ich es jetzt mal.

Jetzt bin ich kein Energiewirtschaftsexperte. Nur, wenn ich Ihren Vermerk lese - - Also, wir haben ihn ja schon mehrfach zitiert: MAT A BMWK-3.03, Blatt 17. Soll ich Ihnen den noch mal vorlegen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Sie kennen Ihren Vermerk.

Sie gehen ja von drei Prämissen aus, und die eine ist eigentlich die unbegrenzte Verfügbarkeit von Braun- und Steinkohle. Wenn ich das richtig im Kopf habe, war das aber ja genau in dem Sommer dann in Teilen ein Problem mit der Steinkohle. Ist das richtig?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Korrekt. Die Steinkohle war, wenigstens für Kraftwerke in Süddeutschland, nicht uneingeschränkt verfügbar, und auch für die Reservekraftwerke, die dann in den Markt zurückgekehrt sind. Die mussten ja erst mal Kohle beschaffen. Die waren vermutlich auch - - hatten auch ihre Lagerbestände nicht voll zu dem Zeitpunkt, ja.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das denn im März absehbar, dass es auch bei Stein- bzw. Braunkohle zu Engpässen kommen kann?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Ich wollte nur - - Also, mit diesen Prämissen wollte ich relativ klar machen, dass wir uns für ein - - Also, ich glaube, die eine Prämisse war auch: Es wird kalt, wenig Wind. Damit wollte ich klarmachen: Wir sollten uns hier für einen Winter auch rüsten, der kritisch werden kann. - Und deswegen wollte ich Herrn Graichen deutlich machen, dass in einem solchen Fall - hoher Stromverbrauch wegen Kälte und wegen wenig Windeinspeisung - dann die Gaskraftwerke laufen im Winter, und zwar durchgängig laufen, und dann auch sehr viel Gas verbrauchen. Und das waren quasi die Prämissen, die ich da gesetzt habe, um ihm deutlich zu machen: Wenn das eintritt - und wer soll das schon ein Jahr zuvor ausschließen? -, dann kann dieser Kernenergiestreckbetrieb in dem Winter sehr viel mehr Gas einsparen. Deswegen habe ich diese Prämissen vorher gesetzt, um ihm das zu verdeutlichen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage deswegen, weil - wie gesagt, ich bin kein Energiewirtschaftsexperte, überhaupt nicht - wenn ich nur diesen „07.03.“-Vermerk lese und den „03.03.“, schreiben Sie am 03.03. quasi: Prämisse: Braun- und Steinkohle ist kein Problem. - Und in dem Vermerk vom 07.03. steht - ich zitiere; zu finden unter MAT A BMWK-3.03, Blatt 49 -:

Nur zur dienstlichen Verwendung

> „Ein Ersatz von Gas bzw. Kohle durch den Streckbetrieb findet somit bis zum ersten Quartal 2023 nicht statt, es entsteht stattdessen ein zusätzlicher Kohle- bzw. Gasverbrauch im Sommer 2022."

Hier werden also immer quasi Kohle und Gas als Substitut genannt. Und deswegen wollte ich einfach nur wissen, ob dieser Vermerk schon die Frage aufwirft: „Gibt es genug Kohle," - ohne es explizit zu nennen - „oder nicht?"

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Also, das wollte ich damit nicht sagen. Das konnte man auch in dem Zeitpunkt nicht vorhersehen, wie die Verfügbarkeit der Kohle ist. Damals ist man von einem - - Also, ich würde - - Na ja, das ist jetzt Spekulation. Ich bin dafür kein Experte.

Ich glaube, ich bin in dem Zeitpunkt davon ausgegangen, dass die Kohlemärkte liquide sind weiterhin. Und im Vermerk vom 07.03.: Das ist völlig korrekt, wenn da steht, Kernenergie hätte Kohle und Gas verdrängt und damit eingespart. Das ist vollkommen korrekt. Das ist nicht eins zu eins. Kernenergie verdr- - Also, kann man ja nicht vorhersagen, was damit verdrängt wird im Strommarkt; das ergibt sich dann von jeder Stunde zu einer Stunde. Und da wären sicherlich auch sehr viel Kohlekraftwerke verdrängt worden und nicht nur Gaskraftwerke.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich frage deswegen, weil ich hier nur rauslese aus diesem „07.03."-Vermerk, aus dem Satz, den ich gerade vorgelesen habe - - ob - also, ich war in diesen ganzen Gesprächen nicht dabei - die Frage Kohle - gibt es genug Kohle oder nicht? - in Ihren ganzen Diskussionen schon eine Rolle gespielt hat oder nicht.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, hat sie nicht.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich auch mal Richtung Stresstest gehen. Sie waren am zweiten Stresstest beteiligt. Ist das richtig?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, aber am Rande, würde ich sagen, nicht in erster Reihe.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns noch mal ein bisschen umreißen, was das heißt?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich wurde in die Abstimmung der Annahmen mit eingebunden, weil ich - so denke ich, dass meine Kollegen das so eingeschätzt haben - auf dem Gebiet der Szenarienentwicklung, Szenariodesign, viel Erfahrung habe. Und so bin ich vor allen Dingen in diese Abstimmung der Annahmen Ende Juli, vielleicht noch im August, eingebunden gewesen, aber immer nur als, wenn Sie so wollen, Sparringspartner für Herrn Falk oder für das Referat III C 4, das diesen Stresstest federführend betreut hat.

Später - Aufbereitung, also gerade dieser Prozess dann ab Mitte August bis Mitte September, wo es darum ging: Vorbereitung von Öffentlichkeitsmaterial usw. - war ich dann nur noch sehr bedingt eingebunden. Also, es ging vor allen Dingen um diese Anfangsphase des Stresstests.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei den Szenarien, da gibt es bei MAT A BMWK-3.24, Blatt 15, eine E-Mail von Dr. Volker Oschmann:

> „mdB um Berücksichtigug:"

- also: mit der Bitte um Berücksichtigung -

> „BM"

- Bundesminister -

> „bittet darum, insbesondere folgende Annahmen zugrunde zu legen:
> "1. Rhein wie 2018
> 2. AKW in F ohne die, die nach Wartung wieder ans Netz gehen
> 3. Gasspeicher voll, aber keine Lieferung mehr ab November."
> Danke
> vo"

Also, diese Mail ging auch an Sie. Da geht es dann eben genau um diese Frage der Annahmen, richtig?

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, genau. Das war sozusagen eine - - Auf der Grundlage, auch auf dieser Grundlage haben wir dann noch mal die Annahmen überarbeitet für den Stresstest 2.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt würde mich da interessieren - ich kenne mich lustigerweise mit der Binnenschifffahrt relativ gut aus -: „Rhein wie 2018“ würde ja bedeuten, dass man eines der problematischsten Niedrigwasser der mal mindestens letzten 30 Jahre zugrunde legt. Das heißt, dass hier BM, also Bundesminister Robert Habeck, quasi Extremszenarien zugrunde legen wollte.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: So war mein damaliges Verständnis: dass er im Stresstest 2 die Annahmen sehr viel extremer auslegen wollte als im Stresstest 1. So war meine Interpretation, ja.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wurden denn dann im ersten Stresstest die Annahmen normal zugrunde gelegt?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das habe ich vorhin schon versucht so ein bisschen zu erklären: dass im März, also im Sommer 2022 die Lage sich wirklich zugespitzt hatte. Also, ich bin der Meinung, dass wir im März zwar auch schon eine Krise hatten; das war aber vor allen Dingen eine Gasversorgungskrise. Und wir sind damals noch zu dem Schluss gekommen: Solange das Gas für die Gaskraftwerke da ist, gibt es keine Stromversorgungskrise.

Und die Frage war also im März: Haben wir genug Gas für die Gaskraftwerke? Und das haben wir damals - - Also, dieses Szenario im Stresstest 1 geht davon aus - weil wir sind davon auch ausgegangen -, dass das - - Also, man muss auch dazusagen: Da bin ich jetzt nicht der Experte für. Aber systemrelevante Kraftwerke gehören dann zu den privilegierten Verbrauchern, genauso wie KWK-Anlagen im Stromsektor. Wo es zuerst Lastabschaltung gegeben hätte, das wäre die Industrie gewesen. Das heißt, wir sind damals ausgegangen: Es gibt genug Gas für die Gaskraftwerke.

Und so kam dann der Stresstest 1 mit letztendlich dieser Annahme schon zu einer geringen Verfügbarkeit der Kernkraftwerke in Frankreich. Aber diese Annahme hat sich noch mal stark verschärft. Die Verfügbarkeit ist stark gesunken oder die Prognose dafür. Die ganze Frage der Dürre wurde ja erst ersichtlich dann - ja, wann? - Mai, Juni, Juli mit dem Niedrigwasser, mit den leeren Wasserspeichern in Skandinavien und - -

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung, ich sehe nur meine Zeit nicht. Entschuldigung, ich wollte Sie nicht unterbrechen.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Dann mache ich mal schnell fertig. - Also, langer Rede kurzer Sinn: Die Energiekrise hat sich meines Erachtens stark verschärft in den drei Monaten von März bis Juni oder Juli, und deswegen war der zweite Stresstest notwendig, um dieser neuen Situation Rechnung zu tragen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben meine Zeit eingehalten. Danke.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ah ja, okay.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Intuitiv gemerkt, dass die Zeit vorbei ist. Das gibt einen Pluspunkt. - Dann machen wir weiter mit der AfD.

Andreas Bleck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr R[redacted]. - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat eine ergebnisoffene Prüfung eines Weiterbetriebs der Kernkraftwerke versprochen, und Ihren Aussagen entnehme ich, dass Sie sich diesem Versprechen auch verpflichtet gefühlt haben, also einer ergebnisoffenen Prüfung. Allerdings entnehme ich Ihren Aussagen auch, dass sich offensichtlich Staatssekretär Patrick Graichen nicht so ganz an eine ergebnisoffene Prüfung annähern konnte oder annähern wollte. Sie sprachen davon, dass Ihnen die energiewirtschaftliche Überzeugung von Herrn Graichen bekannt war, auch seine klare Meinung. Und Ihre energiewirtschaftliche

Nur zur dienstlichen Verwendung

Auffassung hat sich ja im Vermerk nicht widergespiegelt. Sie sagten, Ihnen war die Auffassung von Herrn Graichen bekannt. Ich frage mal andersherum: War Herrn Graichen Ihre Auffassung bekannt? Wissen Sie das?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Davon gehe ich aus, ja.

Andreas Bleck (AfD): Dann frage ich mich überhaupt: Warum sind Sie dann eingebunden worden?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich glaube - - Also, ich bin der Meinung, dass Herr Graichen eine Meinung hatte, auch schon eine Position bezogen hatte, wie er die Situation einschätzt, und dass er diese Position aber noch mal spiegeln wollte mit der Fachebene und noch mal diskutieren wollte.

Andreas Bleck (AfD): Ja, aber halten wir fest: Wenn Sie davon ausgehen, dass Herr Graichen Ihre Position kannte und Sie kannten Herrn Graichens Position, dann fragt man sich ja, warum es dann überhaupt die Einschaltung der Fachebene gegeben hat. Noch einmal: Es geht ja immer um die Frage der ergebnisoffenen Prüfung. Hier stellt sich doch die Frage, ob hier im Grunde genommen eine Art Lippenbekenntnis stattgefunden hat - das ist die konkrete Frage, die ich habe - und die Fachebene eingebunden wurde, um sagen zu können: Wir haben die Fachebene eingebunden. Also, wenn Sie die Position von Herrn Graichen kannten und Herr Graichen kannte Ihre Position, dann sehe ich eigentlich keinen Sinn dahinter, dass man überhaupt die Fachebene dann einbezieht.

(RAn [redacted] War
das eine Frage, oder …?)

- Er kann sich dazu verhalten, ja, natürlich. - Herr R[redacted].

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich muss sagen, das ist jetzt pure Spekulation, die Sie da äußern. Ich kann dazu nicht Stellung nehmen.

Andreas Bleck (AfD): Dann frage ich Sie mal anders: Haben Sie sich denn eigentlich ernst genommen und vor allem wertgeschätzt gefühlt, wenn Sie Ihre energiewirtschaftliche Auffassung dem Staatssekretär spiegeln und sich im Grunde nichts davon nachher wiederfindet?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Auch das, bin ich der Meinung, habe ich beantwortet, dass das nicht unüblich ist, dass man im Ministerium einen Vermerk mit einer fachlichen Position schreibt, diesen der Leitung übermittelt und die Leitung sich auf dieser Grundlage dann ein Bild macht und dann zusammen mit den ganzen anderen Dimensionen, die in diesem Vermerk* vorliegen, *in meinem Vermerk* nicht berücksichtigt wurden, eine gemeinsame Abwägung trifft und dann eine Entscheidung trifft. Das ist das Normalste auf der Welt im Ministerium, und deswegen war ich da - - habe ich da keine Eitelkeiten.

Andreas Bleck (AfD): Herr R[redacted], in einer Mail vom 14.07.2022 wurden erste Überlegungen des BMWK zu den Annahmen für den zweiten Stresstest intern versendet; das geht hervor aus MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 19. Das heißt, wir befinden uns zu dieser Zeit noch am Anfang des Prozesses. Und ich unterstelle jetzt auch mal, dass es noch keine interne Abstimmung über zu verwendende Sprache, Agenda oder Zielvorgaben des BMWK zu diesem Zeitpunkt gab. Ist dem so? Also gab es zu dem Zeitpunkt dieser E-Mail vom 14.07., bis zu diesem Zeitpunkt noch keine interne Abstimmung und auch keine Sprachregelung, keine Agenda und keine Zielvorgaben?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, das ist ein bisschen suggestiv. Also, die Frage, wenn ich Sie richtig verstehe, ist, ob es irgendwelche Vorgaben von oben gab, wie dieser Stresstest zu verlaufen hat. Ist das Ihre Frage?

Andreas Bleck (AfD): Genau. Richtig verstanden.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, die gab es nicht. Meines Erachtens war der Gedanke: Wir stellen alles noch mal auf „Los“. Wir untersuchen jetzt noch mal die Versorgungssicherheit unter der konkreten Frage, was die Kernenergie dort leisten kann und durch den Streckbetrieb leisten kann im kommenden Winter, weil sich die Situation noch einmal grundlegend verändert hat. Das

Nur zur dienstlichen Verwendung

hatte ich eben schon mal ausführlich beschrieben.

Andreas Bleck (AfD): Ja. Die Vorkommnisse im BMWK sind auf jeden Fall interessant. - Interessant ist auch ein Mailverkehr, der noch einige Tage, also eine Woche, vor dem 14.07. stattgefunden hat. Am 07.07.2022 erhielten Sie eine Mail einer Kollegin aus der Pressestelle des BMWK, die Ihnen mitteilt, sie habe gelesen, dass die drei verbliebenen KKW maximal zu einer Einsparung von 1 Prozent des Gasverbrauchs beitragen könnten und die Diskussion um eine Laufzeitverlängerung unverhältnismäßig sei. Da geht es um MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 43 bis 44. Sie fragt dann an, was Sie davon halten und ob man dieses Argument nutzen könne. Nutzen können für was? Wie haben Sie das aufgefasst?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Können Sie mir noch mal die E-Mail - -

Andreas Bleck (AfD): Ja.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Oder können Sie noch mal zitieren und mir noch mal vorlegen? Mir ist die Frage nicht mehr ganz bewusst.

Andreas Bleck (AfD): Wir legen Ihnen das vor. Alles gut.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Es ergeht sich bis 44, genau, bis Blatt 44.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich muss sagen, ich kann mich an diese Frage nicht mehr so gut erinnern.

Andreas Bleck (AfD): An was? An die E-Mail oder an meine Frage?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: An die E-Mail und an den Vorgang.

Andreas Bleck (AfD): Okay.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, die Berechnungen von Energy Brainpool, dass nur 1 Prozent des Erdgasverbrauchs ersetzt werden können, das war mir entfallen. Da habe ich jetzt keine Erinnerung mehr dran. Und wie ich dann darauf reagiert habe damals, auf diese konkrete Frage - -

Andreas Bleck (AfD): Das habe ich nicht gefragt. Also, mir ging es darum, dass ich Sie gefragt habe, wie Sie das eingeschätzt haben, als Sie von der Pressestelle des BMWK damit konfrontiert wurden, dass es Einsparpotenzial von 1 Prozent des Gasverbrauchs geben könne und ob man das als Argument nutzen könne. Und da war ja die konkrete Frage: Hier ging es ja darum eigentlich - so verstehe ich das -: als Argument gegen eine Laufzeitverlängerung. Und da wollte ich von Ihnen wissen, ob Sie das auch so aufgefasst haben und ob man daraus schließen kann, dass das BMWK darauf aus war, zu diesem Zeitpunkt schon Argumente gegen die Kernkraft zu finden und zu nutzen, um eine Laufzeitverlängerung zu verhindern.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, wie gesagt, ich glaube, 1 Prozent des Erdgasverbrauchs, das ist ja nicht - - Das hört sich erst mal wenig an. Das ist aber viel; das sind ja 10 Terawattstunden Erdgas. Das ist, wie gesagt, sehr, sehr viel. Und wenn dieses - - Und das ist schon meines Erachtens - - Also, ich kann nicht mehr sagen, was ich darauf geantwortet habe. Aber ich bin der Meinung, dass ich zu der Einschätzung damals gekommen wäre, dass das eine relevante Erdgaseinsparung ist und dass sich das nicht als Argument benutzen ließe.

Andreas Bleck (AfD): Ihnen habe ich das auch nicht unterstellt. Es ging mir darum, ob Sie es so aufgefasst haben, dass im BMWK, auch von dieser Pressestelle, Argumente gezielt gesucht wurden, gegen eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie zu argumentieren.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ach so.

Andreas Bleck (AfD): Dass Sie das nicht tun, das ist mir klar. Das kann ich Ihnen nachher, in der nächsten Befragung, auch gerne noch zitieren. Das ist mir schon klar.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Okay, verstehe.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Andreas Bleck (AfD): Aber es ging mir um Ihre Auffassung, ob Sie das so aufgefasst haben, dass im BMWK gezielt Argumente gesucht werden gegen eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Darum geht es.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, die Entscheidung gegen einen Streckbetrieb, die wurde ja im März getroffen, und das BMWK stand da auch sehr stark in der Kritik. Und selbstverständlich hat die Öffentlichkeitsarbeit versucht, dieser Kritik zu begegnen und das natürlich auch mit Studien zu tun. So verstehe ich diese E-Mail.

Ich glaube, dass - - Dieser Vorgang ist ja davor entstanden, bevor dann auch die Entscheidung getroffen wurde, einen zweiten Stresstest anzufangen. Das heißt, wie gesagt, ich glaube, dass das sozusagen, diese - - Also, eine Woche später gab es wieder einen ganz anderen Sachverhalt; denn dann wurde der zweite Stresstest angefangen. Das heißt, dann wurde sich mit dieser Frage noch mal komplett neu auseinandergesetzt, ob man die Kernkraft braucht oder nicht. Aber zu dem Zeitpunkt hat die Pressestelle natürlich versucht, diese politische Entscheidung vom März auch der Öffentlichkeit nahezubringen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur CDU/CSU. Herr Dr. Lenz.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Danke, Herr R[redacted], dass Sie mit Ihrer ausgewiesenen Expertise im Strommarkt und in anderen Bereichen zur Verfügung stehen. Wir gingen ja schon kurz darauf ein, wie das war mit der Forderung der ergebnisoffenen Prüfung, mit den Vermerken - es gab ja auch Vermerke im BMUV -, die alle unter hohem Zeitdruck entstanden.

Die erste Frage ist: Beim BMUV haben wir gehört, dass ursprünglich auch angedacht war, eine Option 3 zu prüfen, das heißt einen generellen Weiterbetrieb. Also es gab sozusagen drei Optionen. Erste Option: die gesetzliche Lage weiterverfolgen, also Ende der Kernkraftwerke 31.12.22. Zweite Option: Streckbetrieb, was auch immer dann daraus wurde in der Diskussion. Und dritte Option: genereller Weiterbetrieb. - Wurde denn im BMWK auch eine dritte Option an unterschiedlichen Stellen überhaupt mal angedacht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, zu der Frage kann ich nicht antworten. Das erste Mal, dass ich dazu aufgefordert wurde, um das zu bewerten, zu einem Weiterbetrieb der Kernenergie, das war im Zuge des zweiten Stresstests: Welche Annahmen setzen wir, um das gut bewerten zu können? Und dann im Anschluss an den zweiten Stresstest: Wie kann man die Kernkraftwerke in einer Reserve sinnvoll nutzen?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Verstehe. - Also haben Sie selber auch nicht über diese Option nachgedacht? Das heißt ja, Sie haben dann auch nur - im Rahmen des gesetzten Rahmens sozusagen - Ihre Überlegungen geführt. Oder haben Sie auch mal darüber nachgedacht, was denn wäre, wenn man generell weiterbetreiben würde, also hinsichtlich Versorgungssicherheit, Preiseffekten usw.?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das habe ich ja - - Das war ja schon eine Frage mit dem ganzen E-Mail-Austausch mit Herrn [redacted] wo ich letztendlich mal so eine erste vorläufige Einschätzung auch getroffen habe, dass der Marktbetrieb Vorteile gegenüber einem Reservebetrieb hat. Aber eine grundlegende Prüfung wiederum, was für quantitative Auswirkungen diese hat, ist durch mich nicht durchgeführt worden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir haben ja schon das Zitat gehört aus einer entsprechenden E-Mail - das ist MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 4 bis 9 -; aber ich glaube, wir müssen es Ihnen nicht vorlegen. Ich zitiere:

> „Patrick bittet insbesondere darum, darzustellen, wie wir auch ohne die drei in Rede stehenden Atomkraftwerke die Versorgungsicherheit sichern können."

Vom 3. März [sic!].

Dann haben wir an anderer Stelle hier im Ausschuss schon betrachtet, dass ein Vermerk aus

dem BMUV relativ schnell dann geändert wurde. Auch wiederum von der Fachebene wurde aufgezeigt, was eigentlich zu prüfen wäre, um die Sicherheitsaspekte abzuprüfen. Das wurde geändert von der Pressestelle, vom Abteilungsleiter in „aus nuklearen Sicherheitsgründen nicht möglich“. - Jetzt ist die Frage: Glauben Sie eigentlich, dass ergebnisoffen geprüft wurde, vor allem in der Zeit zwischen März und Juli?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, ich kann nur sagen, weil Sie jetzt gerade diesen Vermerk vom 3. März ansprechen oder die Zeit, dass ich dort ergebnisoffen prüfen durfte, dass ich ohne Denkverbote einen Vermerk geschrieben habe und dass dieser Vermerk dann der Leitung auch vorlag; genau. Und was die Leitung dann mit diesem Vermerk gemacht hat, das haben Sie dann ja in dem Vermerk vom 07.03. gesehen, dass Herr Graichen da dieser fachlichen Einschätzung nicht gefolgt ist. Und deswegen würde ich sagen: An dieser Stelle wurde auf Fachebene ergebnisoffen geprüft.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Meine Frage war eigentlich, ob Sie glauben - oder glaubten damals -, dass die Leitungsebene ergebnisoffen prüfen will.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich nicht beurteilen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Wie war das eigentlich? Im Mai 2023 wurde ja dann Patrick Graichen in den Ruhestand versetzt. Wie war da die Stimmung? Waren Sie da froh, oder wie kann ich mir das vorstellen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, das - - Da kann ich nichts zu sagen. Das, glaube ich, hat ja auch wenig zu tun damit.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Ich komme zu der Frage Kohlereserve. Ich gebe Ihnen da die MAT-Nummer - das ist bei uns 2.14 -: MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 14 bis 20, dort Blatt 17 bis 20. Ich zitiere Ihnen gerne mal, was Sie da entsprechend zur Situation der Kohlereserve schrieben, und zwar:

> „Zudem ist es äußerst risikoreich, die Stromerzeugung aus Erdgas im nächsten Winter ausschließlich durch die zusätzliche Stromerzeugung aus Reserven und bereits stillgelegten Kohlekraftwerken zu stützen.“

Es geht noch weiter. Es wird auf die Verfassung der stillgelegten Kohlekraftwerke verwiesen. - Meine Frage ist, wie Sie zu dieser Einschätzung gekommen sind, dass es äußerst risikoreich entsprechend ist, sich darauf zu stützen.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Die Kohlekraftwerke, die in der Reserve sind - in der Netzreserve insbesondere -, und auch die Kraftwerke, die ihren Betrieb einstellen sollten und dann im Zuge der Energiekrise, Gasversorgungskrise weiterbetrieben worden sind, die sind nach meinem Kenntnisstand nicht alle in einer guten Verfassung gewesen, insbesondere solche Kraftwerke, die einen gewissen Stilllegungszeitpunkt hatten. Diese Kraftwerke werden dann häufig auf Verschleiß gefahren: Warum soll ich ein Kraftwerk reparieren, was in zwei, drei Monaten sozusagen außer Betrieb geht?

Und die Kraftwerke in der Netzreserve: Da hatten wir Einschätzungen der Bundesnetzagentur, dass diese Kraftwerke sehr viele auch Fehlstarts haben, das heißt, dass man die häufiger anfordern muss, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie sofort anspringen, nicht bei 100 Prozent liegt. Und daraus habe ich geschlossen, dass die Verfügbarkeit dieser Kraftwerke halt nicht zu 100 Prozent gegeben ist. Und das heißt, ich kam dann zu der - - In dieser Einschätzung habe ich dann deutlich gemacht, dass Kohlekraftwerke gegebenenfalls auch nicht alle verfügbar sind. Das heißt, man kann sich nicht auf die gesamte installierte Leistung dieser Kraftwerke und einen durchgängigen Betrieb verlassen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. - Also, wir haben die Aspekte nicht wiedergefunden in den Vermerken. Haben Sie das entsprechend gewürdigt gesehen von der Leitungsebene? Oder hatten Sie auch den Eindruck, dass es eigentlich keine Aufnahme fand?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Können Sie mir noch mal sagen: Von wann war diese E-Mail? Wann habe ich diese Einschätzung gegeben?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich glaube, das war im März, aber ich schaue gerade noch mal nach. - 3. März.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ach so, 3. März.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ach so. Also, dann kann ich nur sagen, dass ich meine - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

- Ach, okay. Ja. - Also, darauf hatte ich ja schon geantwortet. Dann hat dieser Vermerk der Leitung vorgelegen. Ich habe sozusagen meine -

Dr. Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Schuldigkeit.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: - Einschätzung getan. Und das, was damit passiert, ist dann nicht mehr meine Aufgabe - auch nicht, zu beurteilen, was damit passiert.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wie sahen Sie denn die Rolle der BNetzA in dem Kontext? Weil Sie meinten ja, dass auch der BNetzA Unterlagen vorlagen, dass gerade die auf Verschleiß gefahrenen Kraftwerke schwierig hochfahrbar beispielsweise waren usw. Wie sahen Sie die Rolle der BNetzA in dem Kontext?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Die BNetzA war in dieser sehr kurzfristigen Analyse, in diesem Vermerk - - Da wurde ja - - Innerhalb von drei Stunden oder so musste alles über die Bühne gehen. Da war sie nicht eingebunden.

Und dann war die BNetzA anschließend aber in die weiteren Prozesse, die dann auch anstanden, wie der Stresstest usw., sehr eng eingebunden, und da konnten sie auch ihre ganze Expertise mit einbringen. Diese Expertise, die ich hier genannt habe, die stammt aber aus der BNetzA. Die Kollegen würden das sicherlich irgendwie anders formulieren, aber im Kern würde das Gleiche da stehen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Uns liegt jetzt eigentlich kein Hinweis vor, dass die BNetzA im Prozess auf genau diese Punkte hingewiesen hätte. Überrascht Sie das?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Zum Streckbetrieb? Oder welcher Prozess?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Nee, zur Frage des Risikos der eben auf Verschleiß gefahrenen Kohlekraftwerke.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber es gab eine sehr intensive Debatte mit der Bundesnetzagentur und den Übertragungsnetzbetreibern über die Verfügbarkeit von Netzreservekraftwerken. Und Netzreservekraftwerke waren ja dann vorgesehen für den Marktbetrieb. „Marktbetrieb“ heißt Dauerbetrieb. Das ist eine andere Beanspruchung von Kraftwerken.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Es gab eine Studie, und zwar am 15. März sollten Sie die bewerten. Ich gebe die MAT-Nummer an: MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 32 bis 35, hier Blatt 34 bis 35. Sie schreiben da unter anderem - - Wir können Ihnen das vorlegen, aber ich zitiere es Ihnen mal. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch erinnern können. Sie schreiben da:

> „… Ergebnisse gelten für ein Normaljahr und bei voller Verfügbarkeit der franz. Kernenergie, d.h. „wishful thinking““

Können Sie Ihre Ausführungen dazu vielleicht kurz erläutern, wenn Sie sich noch erinnern? Wir können Ihnen das gerne vorlegen.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja. Da müsste ich, glaube ich, noch mal draufschauen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, vielleicht noch mal ganz allgemein: Mir war es wichtig, dass die Ergebnisse dieser Studie von THEMA Consulting kritisch eingeordnet werden und nicht eins zu eins so quasi aufgenommen werden. Es war vieles im Unklaren: erst mal, wie das Modell von THEMA Consulting funktioniert, aber auch grundsätzlich, wie viel Gas im Stromsektor eingespart werden könnte. Da lagen uns selbst keine Abschätzungen vor. Wir hatten, wie gesagt, erste Indikationen, aber noch keine fertigen Berechnungen.

Und ich war - hier gerade unter dem Punkt c, den Sie gerade zitiert haben - damals, wenigstens Mitte März, der Auffassung, wir müssen uns auf kritische Szenarien vorbereiten, eben nicht auf ein Normaljahr und eben nicht auf eine durchschnittliche Verfügbarkeit der Kernkraftwerke, sondern wir sollten da schon Abschläge vornehmen, um auf der sicheren Seite zu sein. Ich glaube, das war hier der Punkt, den ich da auch ein bisschen überspitzt dargestellt habe, um da ein bisschen Aufmerksamkeit zu erregen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja. Ergibt ja auch durchaus Sinn, dass man auch auf Worst-Case-Szenarien hinweist. Aber laut unseren Unterlagen wurde das mindestens bis zum zweiten Stresstest nicht gemacht. Sehen Sie das anders, also jetzt in der Genese der Abfolge der Aktionen aus dem Ministerium oder auch eben von Vermerken in der öffentlichen Diskussion?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, meine persönliche Meinung zum zweiten Stresstest ist: Der war notwendig, weil er die Annahmen noch mal auf die dann vorherrschende neue Situation - - Tatsachen beruhte. Gleichzeitig ist der Stresstest sehr, sehr extrem gewesen, gerade dieser Stresstest „++"- und „+++"-Szenario, wo es wirklich eine - - Also, das waren wirklich Worst-Worst-Worst-Case-Szenarien, die da angenommen wurden.

Und deswegen: Also, ich kann nur sagen, man wurde mit der Zeit dann, wo diese neue Entwicklung dann auch wirklich einsickerte, dass wir hier auf einen perfekten Sturm zusteuern können im nächsten Winter - - ist dieser zweite Stresstest auch sinnvoll gewesen, dass man den anfertigt, und dann ist diese Erkenntnis, glaube ich, auch gereift im Ministerium.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich zitiere aus einem weiteren Dokument, und zwar ist das MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 42 bis 44. Und da schreiben Sie in einem Absatz - ich zitiere; wir können es Ihnen auch vorlegen; das ist 2.48 für uns -:

> „Ich muss dem BMWK …"

- an dieser Stelle -

> „leider eine gewisse Schizophrenie attestieren. Während wir das EKBG"

- also Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz -

> in den höchsten Tönen loben und uns vom Weiterbetrieb von Kohle- und Öl- Kondensationsanlagen eine riesige Gaseinsparung erhoffen, sprechen wir dem Weiterbetrieb von AKW-Kondensationsanlagen diese Eigenschaft ab. … Die Gaseinsparung des EKBG liegt ebenfalls nur bei 5-10 TWh im kommenden Winter."

Sie können sich wahrscheinlich daran erinnern. Wie haben Sie diese - - Oder wie kamen Sie darauf, das als „Schizophrenie" innerhalb des BMWK zu bezeichnen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich würde gerne dazu noch zwei, drei einleitende Sätze sagen: Ich war erstens unzufrieden mit der Öffentlichkeitsarbeit des BMWK, die dort, wie gesagt, meines Erachtens keine guten Argumente auch geliefert hatte, um diese Entscheidungen zu vertreten. Das fand ich verbesserungswürdig.

Zweitens. Der Juli war ein sehr extremer Monat für mich persönlich. Das war der Höhepunkt der Krise. Die Gaslieferungen aus Russland waren schon reduziert meines Wissens. Wir hatten, wie gesagt - - Ich sagte gerade, die Krise spitzte sich zu. Der perfekte Sturm zog sich zusammen. Und in der Situation hatten wir noch den zuständigen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kollegen für Versorgungssicherheit, den Herrn [redacted] der hat das Referat verlassen, plus die Referatsleitung, Frau Thomaschki, hatte das Referat verlassen. Und so war ich quasi stellvertretender - - Oder ich war dann Referatsleiter in der Situation und musste das Referat führen, plus ich musste mich um diese Fragen der Versorgungssicherheit kümmern. Das war sehr belastend für mich.

Und in dieser Situation habe ich eine Anfrage der Presseabteilung bekommen bzw. über einen Kollegen gespielt bekommen: Was sagt ihr dazu? - Das habe ich dann leider aus Zeitgründen nur kursorisch überflogen und in dem Zuge diese kritischen Aussagen aus meiner Sicht oder nicht überzeugenden Aussagen übersehen. Und die habe ich dann nicht korrigiert, und dann wurde das veröffentlicht. Und darüber habe ich mich geärgert. Und das habe ich dann festgestellt um 21.30 Uhr oder so was, wieder sehr spät abends. Wann kam diese E-Mail? - Ach ja, 23 Uhr. Also sehr spät abends ist mir das dann aufgefallen, und dann musste ich mal meinem Ärger darüber Luft lassen. Das muss ich an der Stelle mal so sagen. Das ist eigentlich nicht meine Art, so eine E-Mail zu schreiben, aber bei mir war sozusagen dann irgendwie ein Punkt erreicht, wo ich dann einfach das noch mal deutlich machen sollte, dass das meines Erachtens keine gute Kommunikation ist. Und dann ist dieses Wort rausgerutscht.

Ich stehe aber dazu, dass wir da nicht gut argumentiert haben. Wie gesagt: Kernenergiekraftwerke, ja, die haben keine Fernwärmeauskopplung. Aber die meisten Kohlekraftwerke, die wir zurück in den Markt gegeben haben, haben dies eben auch nicht gehabt. Also, das Argument Fernwärme da zu bringen, fand ich dann nicht geeignet.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wir kommen dann zur SPD.

Jakob Blankenburg (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann kommen wir wieder zur CDU.

(Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ging schnell!)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Schön. - Um vielleicht noch mal zurückzukommen auf Ihre auch, ich glaube, in den ersten Runden angeführte Argumentation, dass Sie ja argumentiert hatten, dass letzten Endes im Sommer weniger Strom verbraucht werden würde als im Winter, was ja irgendwo einleuchtend ist: Jetzt haben Sie ja gesagt, dass Herr Graichen ausgewiesener Experte im Strommarkt ist. Jetzt frage ich mich: Es ist ja auch eine ähnliche Argumentation, wie man ja auch wissen muss, dass mehr Wärmepumpen, so gut die Technologie auch sein mag, natürlich auch im Winter mehr Strom entsprechend verbrauchen. Jetzt frage ich mich, warum so eine Argumentation da anscheinend nicht gegriffen hat. Können Sie da Mutmaßungen anstellen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein. Aber ich kann noch dazufügen, dass Herr Graichen teilweise recht behalten hat. Denn - und das konnten wir aber im März nicht wissen - im Sommer war die Verfügbarkeit der Kernkraftwerke so niedrig in Frankreich, dass wir sehr viel Strom nach Frankreich exportiert haben und die Gaskraftwerke in Deutschland doch liefen. Das heißt, hätte man die Kernkraftwerke in dieser Situation rausgenommen, hätte sich vermutlich das Ergebnis eingestellt, was Herr Graichen vorhergesagt hat. Das heißt, so falsch war seine Einschätzung nicht. Ich bin der Meinung, das konnte er aber - -Also, auf der Grundlage der mir zur Verfügung stehenden Informationen hätte ich das nicht vorhersehen können.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Aber es waren ja trotzdem nicht die richtigen Annahmen, die dann aufgrund des Ergebnisses sich widerspiegeln aus meiner Sicht. Aber das würde vielleicht auch jetzt trotzdem zu weit führen. Und letzten Endes sind ja die Kernkraftwerke durchgelaufen, und es gab ja dann einen Streckbetrieb, was ja wiederum eine andere Voraussetzung ist als die, die damals noch diskutiert wurde. Liege ich da richtig im Großen und Ganzen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Da waren jetzt sehr viele Thesen von Ihnen. Vielleicht müssen Sie die Frage noch mal wiederholen, bitte.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Na ja, es hat sich ja dann auch der Sachverhalt geändert, dass die Kernkraftwerke durchliefen bis zum 31.12. und dann der Streckbetrieb sozusagen additiv kam.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Und die Frage ist, ob das - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ob das zutrifft.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das war uns damals - - also mir nicht bekannt Anfang März. Ich habe mich da, wie gesagt - und Herr Graichen meines Wissens auch -, auf den Vermerk von RWE verlassen, der sagte: Die Brennelemente sind bis Ende des Jahres verbraucht. Es ist keine zusätzliche Stromerzeugung möglich. - Anfang März war das der Kenntnisstand.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wir haben die letzten Tage, aber auch Wochen über die Frage der Beschaffung von Brennelementen diskutiert und auch entsprechende Expertise hier eingeholt. Ich nehme an, dass das bei Ihnen in der Abteilung oder auch bei Ihnen persönlich kein Thema war.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, da haben wir keine Expertise, auch keine Zuständigkeit.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja. - Ich komme auf eine E-Mail von Ihrem Kollegen Herrn [redacted] zu sprechen. Ich gebe die MAT-Nummer kurz an: Das ist MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 73 - wir können es Ihnen auch vorlegen -; das ist 2.85 bei uns. Er schreibt dort:

> „Kein Streckbetrieb, aber Reserve bis April 2023: Die schlechteste aller Optionen. Es entstehen Kosten für die Vorhaltung, aber kaum Nutzen für die Versorgungssicherheit. Davon würden wir abraten."

Können Sie sich an diese Diskussion erinnern?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: In der Diskussion war das nicht. Also, das wäre zu viel des Guten. Es war, wie gesagt, ein merkwürdiger Prozess.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Die Abteilung I ist für energiewirtschaftliche Fragen nicht zuständig und sollte etwas in dieser Art aber irgendwie nach oben geben, eine Bewertung abgeben. Und dazu hatten wir telefoniert, [redacted] und ich, und er wollte eine Einschätzung von mir. In diesem Zuge oder in diesem Gespräch oder nach dem Gespräch, muss man sagen, kam Herr [redacted] dann zu dieser Schlussfolgerung. Gleichwohl: Er ist nicht zuständig für diese Frage gewesen, und wir haben danach gesagt, das soll doch bitte die zuständige Abteilung III beurteilen und bewerten. Gleichwohl habe ich meine Meinung, glaube ich, auch schon kundgetan, dass ich den Marktbetrieb energiewirtschaftlich als die sinnvollere Variante als die Reservevorhaltung gesehen habe damals.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Können Sie sich erklären, wie man überhaupt auf die Idee kam, eine Einsatzreserve bei der Kernkraft ins Spiel zu bringen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Da kann ich nur spekulieren, und das würde ich an der Stelle ungerne machen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also kann es sein, dass man das in Analogie beispielsweise der Einsatzreserve bei der Braunkohle als probates Mittel sah? Ist das plausibel aus Ihrer Sicht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, wie gesagt, ich glaube, die Reserve war damals en vogue, weil der Gedanke war: Wir können sie noch nutzen, wenn wir sie wirklich brauchen. Ob wir sie heute brauchen, ist nicht klar.

Und ich finde auch, um das vielleicht auch noch mal deutlich zu machen: Der Stresstest, das waren sehr, sehr extreme Annahmen. Und in diesem Stresstest hat die Kernkraft jetzt nicht übermäßig viel positive Effekte gehabt. Ich glaube, das

Nur zur dienstlichen Verwendung

muss man noch mal deutlich machen. Das waren nicht zwei - - Also, da gab es eine Sensitivität zur Kernkraft. Und die Ergebnisse waren jetzt nicht völlig eindeutig, dass man die Kernkraft braucht. Und deswegen glaube ich: Die Reservevorhaltung war dann vermutlich die Lösung, ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Vielleicht noch die Frage zu den Strompreiseffekten beim Streckbetrieb. Da gab es ja auch eine entsprechende Studie, und zwar ist das MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 81 bis 22 [sic!]; 2.07, genau. Können Sie sich da noch dran erinnern, ob auch die Preiseffekte diskutiert wurden? Und vielleicht anschließend noch die Frage: Wurden auch mögliche CO_2-Effekte bezüglich eines Streckbetriebs oder einer Laufzeitverlängerung intern diskutiert?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Vielleicht zeigen Sie mir noch mal den Vorgang.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Also, Ursprung dieser E-Mail war: Ich wurde beauftragt, herauszufinden, was der Strompreiseffekt des Streckbetriebs ist. Und das haben wir dann zusammen mit einem Gutachter berechnen lassen. Und ich glaube, im Nachgang - Sie fragen ja nach CO_2-Einsparungen - zu dieser E-Mail ist dann Ende September auch noch mal nachgeliefert worden, was für CO_2-Einsparungen dann möglich wären durch den Streckbetrieb. Und das Ergebnis sehen Sie hier.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay, genau. Wir müssen ja nicht auf die Details eingehen. Aber klar ist, dass sowohl ein Preiseffekt als auch ein CO_2-Einspareffekt logischerweise stattgefunden hat.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht abschließend von mir noch die Frage: Wie haben Sie sich auf die Befragung heute vorbereitet?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Die Beantwortung hier?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich habe mit meinem Rechtsbeistand gesprochen vorab, ich habe mit Herrn Ingo Fährmann über das Prozessuale gesprochen, und ich habe die Akten gesichtet, um mich auf diese Befragung vorzubereiten.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. - Haben Sie sich vielleicht auf eventuell kritische Fragen besonders vorbereitet?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich habe mir überlegt, was Sie so fragen könnten, und habe mir überlegt, was man denn da sinnvollerweise darauf antworten kann, ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde einmal da weitermachen, wo wir eben aufgehört haben, also diese drei Annahmen: „Rhein wie 2018“, „AKW in F, ohne die, die nach Wartung wieder ans Netz gehen“, „Gasspeicher voll, aber keine Lieferung mehr ab November“. Das war ja das, was für den zweiten Stresstest zugrunde gelegt wurde. Würden Sie sagen, dass es eine politische Entscheidung war, sich quasi auf den Worst Case vorzubereiten, seitens Robert Habeck?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wie gesagt, also alles - - Zum Stresstest 2 würde ich sagen: Der Wunsch war, wirklich eine Analyse vorzulegen, wo wirklich sehr, sehr kritische, extreme Annahmen unterlegt sind, um sicherzugehen, dass wir hier keinen Fehler machen, damit man sich nachher nicht vorwerfen lassen muss, wir haben uns nicht auf das Schlimmste vorbereitet.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber war es schon quasi eine Entscheidung der Hausleitung, zu sagen: „Wir wollen auf das Worst-Case-Szenario einfach die Berechnungen anstellen“?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das war mein Verständnis, ja.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Da höre ich aber auch raus, dass quasi aus einer reinen Fachlichkeit Sie jetzt nicht mit solchen Extremannahmen gerechnet hätten? Also, auf Ihrer Ebene, meine ich damit.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich persönlich finde, dass einige Annahmen im Stresstest überdreht waren, wirklich über das, was man eigentlich sinnvoll annehmen konnte. Aber es war im Sinne einer Worst-Worst-Case-Betrachtung dann auch okay.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur FDP.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf die Mail, die Herr Lenz vorher schon angesprochen hatte, in der Sie auch das Wort „Schizophrenie“ benutzt haben. Das ist MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 42 bis 44. In dieser Mail haben Sie auch geschrieben - Zitat -:

> „… m.E. [wird] in informierten Kreisen auch … über einen Betrieb bis Ende März 2023 gesprochen.“

Wer war in diesem Zusammenhang der „informierte Kreis“, und weshalb wurde da nicht auf Fachebene darüber gesprochen, sondern nur im „informierten Kreis“?

(RAn [redacted] Würden Sie noch einmal sagen, wo das zu lesen ist?)

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Genau. Können Sie mir noch mal helfen, wo das in der E-Mail steht?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Also, vielleicht zur Erläuterung: Energy Brainpool, die haben für ein Gesamtjahr berechnet. Ich glaube, das ist das Wichtige. Die haben berechnet, dass die Kernkraftwerke oder die Gaseinsparung - - wie sich die Gaseinsparung durch den Weiterbetrieb, durch den Streckbetrieb verhält, wenn man ein gesamtes Jahr diese Anlagen weiterlaufen lässt. Und das, finde ich, war zu dem Zeitpunkt, im Sommer 2022, eine völlig unrealistische Annahme; das war meine persönliche Einschätzung damals. Denn wir wussten ja damals, dass die Brennstäbe vielleicht noch etwas länger benutzt werden können, aber dass diese Brennstäbe sehr schnell an Leistung verlieren und dann eine Stromerzeugung über das gesamte Jahr nicht möglich ist. Und mein Kenntnisstand war damals, dass sozusagen ein Betrieb im Gesamtjahr nur mit neuen Brennstäben möglich wäre. Und das wäre halt an dem Zeitpunkt nicht mehr möglich gewesen, das zu realisieren. Das, glaube ich, ist - - Beantwortet das eben Ihre Frage?

Julian Grünke (FDP): Noch nicht ganz. Mir geht es konkret um die „informierten Kreise“, die Sie da angesprochen haben, wer diese „informierten Kreise“ sind, die da schon diskutiert haben, und warum das nicht die Fachebene war, die über solche Themen gesprochen hat.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich kann mich jetzt nicht erinnern, wen ich damit meinte.

Julian Grünke (FDP): Okay. - In der gleichen Mail haben Sie noch eine weitere Sorge aufgeschrieben - ich zitiere -:

> „Ein Aspekt, der BY (Söder, Aiwanger) umtreibt ist, was eigentlich passiert, wenn das **Gasversorgungsnetz in BY** infolge der fehlenden Gasimporte aus RU **leerläuft**. Dazu gibt es m.W. noch keine Analyse, wenigstens ist mir keine bekannt. Ein solcher Worst-Case hätte ja nicht nur gravierende Auswirkungen auf alle Gasverbraucher in BY, sondern auch auf die Stromerzeugung in Süddeutschland. BMWK und ÜNB“

- Übertragungsnetzbetreiber -

Nur zur dienstlichen Verwendung

> „haben bisher keinen Fall gerechnet, in der die Gaskraftwerke in DEU (bzw. Süd-DEU) kein Gas mehr bekommen. Wie realistischer dieser Fall ist, ist mir nicht bekannt, aber eine offensichtliche Vorsorgemaßnahme wäre der Weiterbetrieb der AKW."

Wurden solche Szenarien später dann doch mal durchgerechnet?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Das war dann Teil des Stresstests 2, dass ein Teil der Gaskraftwerke in Süddeutschland nicht mehr versorgt werden kann. Also, letztendlich ist diese Annahme dann im Stresstests 2 oder diese Sorge mit dem Stresstest 2 adressiert worden.

Julian Grünke (FDP): Im ersten Stresstest noch nicht?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Im zweiten.

Julian Grünke (FDP): Okay. - Dann danke ich Ihnen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur AfD.

Andreas Bleck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr R[redacted], auch ich möchte auf das bereits zweimal oder dreimal angesprochene MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 42 f., zu sprechen kommen. Sie haben ja bereits gesagt, Sie haben das auch aus Enttäuschung wegen der unzulänglichen Pressearbeit getan. Mir ist hier noch ein Zitat von Ihnen aufgefallen - das müsste aber Blatt 42 bis 43 sein -; ich zitiere:

> „Mir ist klar, dass die Laufzeitverlängerung total politisch ist. Wenn Ihr also auf das Argument „wenig Gaseinsparung durch AKW" setzen wollt, dann ist das valide, gilt aber nur im Erwartungswert, wo ungekoppelte Gaskraftwerke im nächsten Winter auch wirklich Peaker sind."

Also, zunächst einmal würde mich da interessieren - ganz naiv gefragt -: Warum ist Ihnen klar gewesen, dass die Laufzeitverlängerung „total politisch" ist?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Wie lange streiten wir schon über die Frage der Kernenergienutzung in Deutschland? Das ist meines Erachtens seit den 70er-, 80er-Jahren eine gesellschaftspolitische oder gesellschaftliche Frage, die zu sehr viel Diskussionen geführt hat, die dann aber nach Jahrzehnten mit dem Kohleausstieg oder Konsens zum Kohleausstieg sozusagen befriedet wurde, diese Diskussion. Und diese Frage „Streckbetrieb, Laufzeitverlängerung" hätte diese Diskussion ja wieder aufgemacht. Und deswegen ist das für mich auch eine politische Entscheidung.

Andreas Bleck (AfD): Für mich auch. Aber das ist ja deswegen interessant, und deswegen möchte ich noch mal darauf zurückkommen: Im Februar 2022 wurde uns die ergebnisoffene Prüfung versprochen durch das Bundeswirtschaftsministerium. Diese E-Mail - hier ging es ja um die Pressestelle des BMWK und die Kollegin, die diese Anfrage an Sie geschickt hat - ist von Anfang Juli 2022. Und das ist auch vor der Veröffentlichung der Ergebnisse des zweiten Stresstests gewesen. Das heißt also, genau in diesem Zeitpunkt hätte man ja eben eine ergebnisoffene Prüfung erwartet, weil es ist ja geprüft worden, und es wurde ja auch weitergehend geprüft.

Und wenn Sie die Äußerungen tätigen: „Mir ist klar, dass diese Laufzeitverlängerung total politisch ist" als Antwort auf diese Kollegin aus der Pressestelle, dann unterstellen Sie ja Ihrer Kollegin, dass sie hier eine politische Meinung hat und eben keine ergebnisoffene Prüfung möchte und unterstützt.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, also, auch noch mal zur Einordnung: Die Entscheidung zum Streckbetrieb, zur Laufzeitverlängerung, die da im März getroffen wurde mit dem Vermerk, die stand ja. Und die Aufgabe der Presse ist auch, diese Entscheidung eines Ministeriums, wie in jedem anderen Ministerium auch, irgendwie zu kommunizieren, zu begründen, der Öffentlichkeit zu erklä-

Nur zur dienstlichen Verwendung

ren. Und der erste Stresstest, muss man dazusagen, der hat gezeigt: Es funktioniert auch ohne Kernkraftwerke. Der hat eigentlich diese politische Entscheidung meines Erachtens bestätigt: Es geht auch ohne.

Nur ist das dann ja - - Im Sommer hat sich die Krise zugespitzt, und es gab einen neuen Kenntnisstand - ich wiederhole mich -: Die Gasversorgungskrise hat sich zugespitzt - Niedrigwasser, Dürre -, und das war ja schon auch im Juli dann bekannt. Aber es gab noch keine neue Rechnung und auch keine neue Positionierung des Hauses. Und eine Woche später kam ja die Entscheidung oder wurde dann der neue Stresstest angestoßen. Das heißt, das war sozusagen so eine Situation vor dem Stresstest und nach dem ersten Stresstest.

Andreas Bleck (AfD): Aber genau um diesen Punkt geht es mir, weil es war Anfang Juli bekannt, dass eine neue Lage da ist. Ja, es ist richtig, dass nach dem ersten Stresstest -

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Genau.

Andreas Bleck (AfD): - ein anderes Ergebnis dastand aufgrund anderer Kenntnisse, die man hatte. Aber als diese E-Mail der Kollegin aus der Pressestelle des BMWK Sie erreicht hat, war eine andere Lage bekannt. Und deswegen finde ich das so interessant, weil Sie ja in Reaktion auf diese E-Mail, die Sie bekommen haben, geantwortet haben: „Mir ist klar, dass diese Laufzeitverlängerung total politisch ist.“ Es war also immer noch im Grunde genommen von der Pressestelle des BMWK eine Anfrage an Sie. Da ging es ja um Argumente gegen die Laufzeitverlängerung, die eigentlich der ergebnisoffenen Prüfung, die man versprochen hatte und die man wieder hätte aufgreifen müssen, wenn man einen anderen Kenntnisstand hat, zuwiderläuft. Und genau darum geht es mir.

Das heißt, Sie haben dieser Kollegin im Grunde genommen - ich nenne es jetzt mal - unterstellt, oder Sie haben deutlich gemacht: Laufzeitverlängerung ist offensichtlich in der Pressestelle des BMWK eine „total politische“ Frage und unterliegt nicht der ergebnisoffenen Prüfung. - Das lese ich heraus.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, das ist eine Unterstellung. Ich habe das da nicht zum Vorwurf gemacht. Und Ihr Punkt ist, finde ich, auch nicht so korrekt, weil diese neue Situation, die Sie gerade beschreiben, ja dazu geführt hat, dass ein neuer Stresstest dann auch angefangen wurde. Das folgte dann sieben Tage später. Das heißt, man hat ja auf diese neue Situation reagiert.

Andreas Bleck (AfD): Ja, aber offensichtlich nicht in der Pressestelle. Die hat Sie ja aufgefordert im Grunde genommen oder nachgefragt, ob das ein Argument gegen die Laufzeitverlängerung sein kann. - Gut, ich will mich da gar nicht streiten. Aber was mich jetzt noch interessiert, ist: Ich hatte Ihnen ja gerade zitiert, dass Sie gesagt haben:

> „Wenn Ihr also auf das Argument „wenig Gaseinsparung durch AKW“ setzen wollt, dann ist das valide, gilt aber nur im Erwartungswert, wo ungekoppelte Gaskraftwerke im nächsten Winter auch wirklich Peaker sind.“

Können Sie uns das energiewirtschaftlich noch mal genau ausführen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ja, das kann ich gerne machen. In einem Normaljahr - normaler Winter, normale Windstromerzeugung - wäre es zu einer sehr großen Gaseinsparung gekommen, und zu der ist es auch gekommen dann im Endeffekt, weil diese Gaskraftwerke sich ganz, ganz, ganz hinten in der Merit-Order dann einordnen, weil das Gas so teuer ist. Und dann, in dieser Situation, also sozusagen in einem Normaljahr - in einem Jahr, was nicht extrem ist -, hätten dann die Kernkraftwerke weniger Gaskraftwerke verdrängt, weil die Gaskraftwerke ja nur ganz, ganz zum Schluss in der Merit-Order eingesetzt werden würden.

Und mein Punkt war: Das Argument kann man verwenden, wenn man sich sozusagen auf ein

Nur zur dienstlichen Verwendung

Normaljahr vorbereitet. Und mein Punkt war immer: Aber vielleicht ist es sinnvoll, sich auch auf ein Extremstjahr, einen Extremwinter, einen Jahrhundertwinter vorzubereiten. Und dann würde dieses Argument nicht ziehen, weil dann die Gaskraftwerke in Betrieb wären, und dann würde viel mehr Gas eingespart werden. - Das war mein Punkt hier.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Danke. - Das ist das Ende dieser Fragerunde. Ich schaue mal, ob es noch weitere - - Seitens der CDU/CSU?

Anne König (CDU/CSU): Herr R[redacted], ich hätte noch eine Frage. Zu welchen konkreten Fragen haben Sie sich denn für heute vorformulierte Antworten mitgebracht? Können Sie die nennen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich habe keine vorformulierten Antworten mitgebracht. Ich habe mir die aus meiner Sicht kritischen oder interessanten E-Mails und Aussagen meinerseits, die jetzt auch, glaube ich, alle hier schon diskutiert wurden und angesprochen wurden - - Ich habe mir gedacht, was Sie denn dort für Rückfragen haben können, welche Fragen sich dann stellen können.

Anne König (CDU/CSU): Welche mussten Sie sich - - Oder: Haben Sie sich dafür besonders vorbereitet? Bei welchen konkreten Anlässen haben Sie das gesehen im Vorhinein?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Die Frage verstehe ich nicht. Sagen Sie noch mal.

Anne König (CDU/CSU): Ich hätte das einfach gerne noch mal konkret aufgedröselt. Zu welchen Themen war das für Sie jetzt in Ihrer Sicht besonders heikel? Oder wo haben Sie sich gesagt: „Oh, da muss ich mir jetzt eine vorformulierte Antwort suchen“?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, noch mal: Ich habe hier nichts vorformuliert. Ich habe mir diese - - Gerade diese konkreten Vorgänge habe ich mir noch mal genauer angeschaut, weil ich damit gerechnet habe, dass die hier heute zur Sprache kommen. Aber ich habe mir da nichts vorformuliert oder - - Ich weiß jetzt nicht, was der Vorwurf ist. Mein Ziel war, dass ich darauf bestmöglich antworten kann, wenn diese Antwort gestellt ist. Gut?

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Danke. - Dann gibt es keine weiteren Fragen.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Die Vernehmung ist damit formal nicht abgeschlossen. Sie bekommen noch ein Protokoll. Dann haben Sie zwei Wochen Zeit, etwaige Fehler zu korrigieren oder Aussagen richtigzustellen oder zu ergänzen. Danach beschließt dann dieser Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Dann frage ich in die Runde, ob wir, wie üblich, eine Viertelstunde unterbrechen. - Dann würden wir fünf vor fünf weitermachen.

(Unterbrechung von 16.40 bis 16.56 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung der Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Dann begrüße ich unsere dritte Zeugin, Frau Dr. Thomaschki. Herzlich willkommen bei uns! Danke, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Sie werden begleitet von Ihrem Rechtsbeistand, Herrn [redacted] Auch an Sie: Herzlich willkommen! Wie Sie wissen, steht Ihnen kein eigenes Rede- und Fragerecht zu. Sie dürfen der Zeugin keine inhaltlichen Hinweise geben, nur zu verfahrensrechtlichen Fragen beraten. Hier dürfen Sie um eine kurze Unterbrechung bitten. Uns ist wichtig, dass während der Befragung nur das fragenstellende Mitglied zu Wort kommt und die Zeugin das Wort hat. Sollten Sie das Bedürfnis auf Beratung haben, geben Sie mir kurz einen Hinweis, und dann können wir das besprechen.

Frau Thomaschki, ich bin gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten aufzuklären:

Als Zeugin vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 StGB strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Dazu gehören zum Beispiel Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Vielen Dank. - Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme angefertigt wird, um die Protokollierung zu unterstützen. Deshalb - das haben Sie schon ganz richtig gemacht - ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon benutzen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll geht Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung zu.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage zur Verfügung stellen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen zur Sprache bringen müssen oder sonstige Dinge, deren Veröffentlichung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Dann kann der Ausschuss gegebenenfalls über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung beschließen.

Haben Sie dazu Fragen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Alles klar.

Dann will ich der Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie auch schriftlich informiert worden sind, zu erläutern.

Dieser Untersuchungsausschuss soll sich mit den Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung zur Anpassung der nationalen Energieversorgung und Energiepolitik an die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte Versorgungslage befassen. Er soll sich ein Gesamtbild von

Nur zur dienstlichen Verwendung

den Entscheidungsprozessen sowie deren Kommunikation an den Bundestag und an die Öffentlichkeit verschaffen. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur, für die Entscheidung über einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Er soll untersuchen, welche Informationen den Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, welche nationalen und internationalen Stellen in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden und ob die Einbeziehung weiterer Informationen oder Stellen sachgerecht gewesen wäre.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und endet mit der Einsetzung dieses Gremiums am 4. Juli dieses Jahres.

Frau Dr. Thomaschki, die Vernehmung wird sich folgendermaßen gestalten: Zunächst muss ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Dann haben Sie die Gelegenheit, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Anschließend werden Sie von mir oder von den anderen Ausschussmitgliedern befragt. Das kann Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Sie eine Unterbrechung wünschen, können Sie das jederzeit anmerken. Dann melden Sie sich, bitte.

Haben Sie dazu Fragen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Dann werde ich Sie zu Ihrer Person vernehmen. Dazu darf ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren gegenwärtigen Beruf, Ihren Wohnort oder Dienstort mitteilen. Eine genaue Adressangabe ist dabei nicht erforderlich.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Vielen Dank. - Mein Name ist Kathrin Thomaschki. Ich lebe in Berlin, arbeite in Berlin im BMWK, bin von Haus aus Juristin, bin zurzeit Referatsleiterin im Rang einer - wie nennt sich das denn? - Ministerialrätin. Und mein Alter? Genau, ich bin 61 Jahre alt.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Vielen Dank. Das waren alle Informationen, die wir an der Stelle gebraucht haben. - Frau Dr. Thomaschki, wenn Sie das wünschen, können Sie jetzt im Zusammenhang darlegen, was Ihnen zum Untersuchungsgegenstand bekannt ist, wenn Sie vortragen möchten.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Genau. Ich würde vielleicht ein bisschen was zu meinem Hintergrund sagen. Ich bin von Haus aus Juristin. Ich komme eigentlich aus der Bundesnetzagentur und bin zur Legislatur Gabriel ins BMWK - oder damals BMWi, als die Energie dahin gewechselt ist - geholt worden. Erst im Wege der Abordnung, und seit 01.12.2016 war ich dann voll bestallte Referatsleiterin für den Bereich „Versorgungssicherheit und Stromgroßhandel“. Und in dieser Funktion habe ich auch gearbeitet bis zum 15. Juni 2022. Seit 15. Juni 2022 leite ich ein neugeschaffenes Referat. Das nennt sich „Gesellschaftliche Beteiligungsprozesse in der Transformation“.

Das heißt, wenn es jetzt um den Zeitraum des Untersuchungsgegenstands geht, sozusagen endet für mich eigentlich die Kenntnis am 15. Juni 2022, weil danach war ich dann damit nicht mehr befasst. Ich habe auch keinerlei Zugriff mehr auf Akten, E-Mails oder sonst irgendwas gehabt, weil das bei uns sozusagen dann ein neues Postfach ist, in dem die Dinge dann für mich nicht mehr - - also worauf ich keinen Zugriff habe.

Ansonsten kann ich sagen: Die Zuständigkeit, also das, was wir im Rahmen unserer Referatszuständigkeit gemacht haben, war im Grunde die Prüfung der Versorgungssicherheit, und zwar nicht in diesem vollumfassenden Sinne, wie das erst mal klingt, sondern wir haben im Grunde die Angemessenheit der Ressourcen auf den europäisch gekoppelten Strommärkten untersucht. Das heißt, wir haben geguckt auf dem europäisch gekoppelten Strommarkt: Ist für alle denkbaren Situationen, Verbrauchssituationen in Deutschland unter Berücksichtigung der Grenzkuppelkapazitäten genug Erzeugungskapazität, dass Deutschland jederzeit versorgt werden kann oder mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit? Das ist ja immer - - Also sozusagen hundertprozentige Sicherheit gibt es ja da nicht.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und diese Berechnungen haben wir regelmäßig angestellt - die waren sehr aufwendig - und haben die immer ein paar Jahre in die Zukunft gemacht und haben da auch zum Beispiel den Atomausstieg sehr frühzeitig schon mit eingerechnet bei der Frage: Was passiert eigentlich, wenn die Atomkraftwerke nicht mehr zur Verfügung stehen? Reichen dann die Ressourcen?

Und das ist mir ganz wichtig, das noch mal zu sagen, dass das wirklich nur dieser schmale Gegenstand ist. Wir waren nicht zuständig für atomrechtliche Genehmigungen. Wir waren nicht zuständig für die Frage: „Was ist eigentlich ein Streckbetrieb?“ oder: „Was geht da eigentlich?“ Wir waren auch nicht zuständig für die Frage: „Was für netztechnische Maßnahmen müssen die ÜNB möglicherweise noch ergreifen?“, sondern unser Fokus lag immer auf den Strommärkten und den auf den Strommärkten für Deutschland für die Lastsituation verfügbaren Kapazitäten. - Das ist vielleicht so zur Einordnung grundsätzlich, was meine Rolle auch war in dem Ganzen.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Dann vielen Dank für Ihre Ausführungen. - Ich eröffne die erste Fragerunde und erteile das Wort der SPD.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Frau Dr. Thomaschki, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. - Ich würde vielleicht gern zu Beginn einfach mal anfangen mit einer Frage zum Warmwerden. Mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, da verstärkte sich ja auch die Diskussion rund um Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke im BMWK. Vielleicht können Sie uns einmal darstellen, wie Sie die Diskussion am 24. Februar 2022 im BMWK wahrgenommen haben hinsichtlich der Frage Laufzeitverlängerung.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, ich bin mir gar nicht sicher, ob wir schon über Atomkraft und Laufzeitverlängerung gesprochen haben. Also, ehrlich gesagt, ist meine Erinnerung da sehr - - Also, ich weiß, dass wir alle sehr aufgeregt waren. Ich weiß, dass wir alle unglaublich überrascht waren, dass dieser Angriff tatsächlich stattfindet - - und dass das natürlich gravierende Konsequenzen auf alles Mögliche hat. Und ich kann mich nicht entsinnen, ob wir da schon über Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke gesprochen haben.

Jakob Blankenburg (SPD): Alles klar. - Es gab dann relativ zeitnah eine sogenannte Ukraine-Krisenrunde, und die hat auch interne Arbeitsaufträge erhalten. Unter anderem sollte auch ein Referatsvermerk von III B 4 erstellt werden. Und dazu hat am Mittag des 03.03.2022 ein Gespräch zum Thema Atomkraft stattgefunden. Hierzu wurden Sie als Referatsleiterin des Referats III B 4 unter dem Betreff „Interne Rücksprache zu Atomkraft mit Abt. III“ ebenfalls eingeladen. Haben Sie dann auch an dem Gespräch teilgenommen? Das ergibt sich übrigens aus - wir müssen das leider immer sagen, damit alle wissen, wo das gefunden worden ist - MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 49.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Genau. - Also, ich habe ja gelernt, dass ich mich insofern vorbereiten musste auf diesen Ausschuss, dass ich mir die Akten noch mal angucke. Und aus diesen Akten habe ich gesehen, dass ich eingeladen war zu dieser Rücksprache, und gehe auch davon aus, dass ich da teilgenommen habe. Ehrlich gesagt, haben wir in dieser Zeit also im Stundentakt Rücksprachen gehabt zu den verschiedensten Themen. Und ich gehe davon aus, dass ich da war. Ich kann mich aber tatsächlich jetzt nicht im Detail erinnern, was wir dort besprochen haben.

Jakob Blankenburg (SPD): Das heißt, Sie können mir auch nicht sagen, wer noch teilgenommen hat an der Runde? Also, wir wissen, Staatssekretär Patrick Graichen hat teilgenommen, und Abteilungsleiter III, Herr Dr. Oschmann, hat teilgenommen. Wer darüber hinaus Teil dieser Runde war, wissen Sie?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, ich habe die Mail gesehen mit der Einladung. Und ich habe gesehen, dass Herr R[redacted], glaube ich, auch da war und Herr Falk möglicherweise auch. Aber, wie gesagt, ich habe da keine Erinnerung. Wir haben Rücksprachen ohne Ende gehabt in

Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Zeit. Also, das ging wirklich - - Im Stundentakt ist man hierher, daher und dorther sozusagen angefordert worden.

Und sozusagen das komplette Spektrum der Fragestellung hat sich ja da auch erst entwickelt. Also, ich erinnere mich zum Beispiel, dass es um die Frage ging: „Wenn wir in Australien Steinkohle kaufen, können wir die überhaupt in unseren Kraftwerken verheizen?“, und all solche Fragen, mit denen sich ja vorher nie jemand wirklich beschäftigt hatte. Deswegen - - Also, da würde ich jetzt irgendwas aus der Erinnerung klauben, was da eigentlich nicht ist.

Jakob Blankenburg (SPD): Ja. Aber vielleicht können Sie doch noch mal kurz nachdenken. Vielleicht fällt Ihnen ja ein, wie Herr Staatssekretär Patrick Graichen auch einer möglichen Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke entgegenstand direkt zu Beginn dieser - -

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, nach meiner Erinnerung haben wir den Auftrag gekriegt, zu prüfen, ob sich durch diese Lage irgendwas geändert hat an dem ja beschlossenen Atomausstieg und ob es irgendwelche Anhaltspunkte gibt, dass wir sagen: Nee, wir müssen das alles neu bewerten. - Das war so ein bisschen die - - Also, das war zumindest das, wie wir den Auftrag verstanden haben. Denn ich meine, wir haben ja im Rahmen der Versorgungssicherheitsberechnungen längst geprüft, dass wir die - - Also, wir haben das immer unterstellt, den Atomausstieg, und sind zum Ergebnis gekommen, dass die Versorgung ausreichend gewährleistet ist. Und im Grunde war ja jetzt die Frage: Ändert sich durch diese Situation irgendwas, dass wir die gesetzliche Lage ändern müssen? Denn das war ja - ich weiß nicht; Sie sind vielleicht sogar noch zu jung dafür - ein sehr hart errungener gesellschaftlicher Kompromiss.

Jakob Blankenburg (SPD): In meinem Wahlkreis liegt Gorleben. Mir ist das trotz meines Alters durchaus bewusst, was das für ein, ja, gesellschaftlicher Konflikt war. Das spielt auch heute noch eine große Rolle. Von daher glaube ich Ihnen, auch wenn ich es nur aus Erzählungen kenne.

Gab es denn auch ein weiteres Vorgehen, was besprochen wurde hinsichtlich des Themenkomplexes Atomkraft aus energiewirtschaftlicher Sicht? Oder hat man erst mal gesagt: „Okay, wir betrachten das jetzt als einen von vielen möglichen Punkten“?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, wenn ich das richtig erinnere, dann war das so, dass wir im Grunde ja - - Wie gesagt, es gab wahnsinnig viele Enden, an denen wir geprüft haben: Wo sind überhaupt Handlungsalternativen? Also kriegen wir woanders Gas her? Wie viel Gas brauchen wir eigentlich? Wäre es eben auch eine Option, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen? Also, das war aus meiner Sicht eine der Optionen. Und wir haben im Grunde - - Also, diese erste Anforderung, die da kam, das war ja eine Woche nach dem Beginn des Krieges. Also, wir waren da wirklich alle auch noch dabei, uns ein bisschen zu sortieren und überhaupt auch erst mal zu eruieren: Welche Auswirkungen hat denn das eigentlich auf die Energieversorgung, auf die Gasversorgung, auf die Ölversorgung usw.?

Jakob Blankenburg (SPD): Und Sie sollten dann ja bzw. Ihr Referat sollte dann ja einen energiewirtschaftlichen Vermerk erstellen.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Mhm.

Jakob Blankenburg (SPD): Wurde zu diesem Vermerk im Rahmen dieses Termins gesprochen? Können Sie sich da noch dran erinnern?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, das vermute ich mal, dass dazu gesprochen worden ist. Ich habe wirklich keine Erinnerung. Ich hätte auch, wenn ich sozusagen diese Einladung in den Akten nicht gefunden hätte, mich nicht erinnert, dass es das gegeben hat. Aber das ist im Grunde sehr üblich, wenn von der Leitung die Anforderung kommt, zu einem bestimmten Thema was zu erarbeiten, dass man dann, gerade wenn das - - also dass man noch mal ein Gespräch führt und sozusagen sagt: „Worum soll es denn genau gehen an der Stelle?“, und auch vielleicht noch mal einordnet von der Fachebene, was wir in der Zeit auch leisten können und was nicht.

Jakob Blankenburg (SPD): Und gab es von der Leitung irgendwelche Vorgaben?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein, nein. Also, daran würde ich mich tatsächlich erinnern, weil da sind wir schon einigermaßen - wie soll ich sagen? - - Also, wir haben es immer als unsere Aufgabe gesehen, dass wir der Leitung informierte, fachlich gut fundierte Entscheidungen ermöglichen. Das ist unsere Aufgabe. Und wenn uns jemand gesagt hätte: „Das darf da aber nicht rauskommen“ oder so was: Über so was hätte ich mich geärgert, und dann hätte ich mir das, glaube ich, auch gemerkt.

Jakob Blankenburg (SPD): Ich frage nur deshalb nach, weil in dem ursprünglichen Auftrag auch festgesetzt worden ist, dass der Vermerk eine politische Bewertung beinhalten sollte.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Genau.

Jakob Blankenburg (SPD): Aber das ist auch durchaus üblich, dass so was mit dazukommt, oder?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Ja. Na ja, das ist dann, wenn das so aus dem - - Also, wenn das von einer Mitarbeiterin aus dem Staatssekretärsbüro kommt, dann schreiben die: „Macht doch mal das“, und dann sagen wir, was wir können und was wir nicht können irgendwie, nicht? Und da habe ich auch gesagt: Eine politische Bewertung werden wir nicht machen. Wir können eine fachliche Bewertung machen. Aber das ist ja nicht unsere Aufgabe, zu sagen, wie es aus unserer Sicht mit der Atomkraft weitergehen sollte.

Jakob Blankenburg (SPD): Am späten Abend des 03.03.2022 schickte dann der Referent T[redacted] R[redacted] den Vermerk des Referats III B 4, gezeichnet von Ihnen und eben besagtem Referenten, an Staatssekretär Patrick Graichen; zu finden auf MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 14 bis 20. [redacted] ebenfalls Referent des Referats III B 4, hat nicht mitgezeichnet, obwohl dies bei Erhalt des Auftrags am 01.03. - - äußerten, dass [redacted] zunächst den bisherigen Erkenntnisstand kurzfristig aufschreiben würde; zu finden unter MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 10 bis 13. Wissen Sie noch, inwiefern dann der Kollege [redacted] bei der Erstellung des Vermerks eingebunden war?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, in meinem Referat sind diese Dinge immer im Team - - Also, wir haben immer Teams gebildet für diese Themen, dass wir sozusagen Vertretungen haben, Sparringspartner haben und so. Das war so die Grundorganisation des Referats. Warum [redacted] selber diesen Vermerk nicht erstellt hat, ob der Urlaub hatte, krank war, familiäre Verpflichtungen hatte oder sonst irgendwas, das weiß ich nicht mehr. Also, das - - Aber das ist auch nicht unüblich, dass sich die Kollegen da abgewechselt haben. Und offensichtlich, also möglicherweise, gab es da eine Absprache zwischen T[redacted] R[redacted] und [redacted] dass T[redacted] R[redacted] das übernimmt.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank. - Ich würde jetzt noch mal zum konkreten Vermerktext selber kommen. Wenn man sich den anschaut, dann lautete das Fazit wie folgt - da würde ich gerne zitieren -:

> „Eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie bis zum 31.03.2023 sollte als Vorsorgemaßnahme weiter geprüft werden, weil sie den Erdgasverbrauch im Stromsektor auf ein Minimum reduzieren kann. Eine Entscheidung darüber sollte erst gefällt werden, wenn Rechnungen für die weitgehend gasfreie Stromversorgung im Winter 2022/23 durchgeführt wurden und eine belastbare Einschätzung möglich ist. Die Ergebnisse liegen hoffentlich Ende März vor.“

Zitat Ende. - Können Sie mir einmal näher erläutern, inwiefern die Laufzeitverlängerung als Vorsorgemaßnahme den Erdgasverbrauch im Stromsektor auf ein Minimum hätte reduzieren können?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, die Idee war - - Oder andersrum: Normalerweise würde man, glaube ich, wenn man solche Ausstiegsda-

ten unter energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten festlegt, nicht den 01.01. wählen oder den 31.12., weil im Grunde energietechnisch sozusagen gibt es den Sommer und es gibt den Winter, und der Winter geht bis zum 01.04. Und das ist halt, was - - Das war halt damals die gesetzliche Festlegung, dass das so ist.

Wenn es aber irgendwie knirscht im System, dann knirscht es unter Umständen mal im Januar oder Februar, wenn man stabile, bedeckte Hochdrucklagen hat mit keinem Wind, keiner PV-Einspeisung und sehr niedrigen Temperaturen, weil dann im gesamten europäischen Strommarkt mehr Strom verbraucht wird. Die Franzosen machen alle ihre Elektroheizungen an. Das sind alles Situationen, die wir berechnet hatten ursprünglich und wo wir auch gesagt haben: Es reicht, also grundsätzlich ist genug da.

Aber es war ja vollkommen unklar in dieser Situation: Haben wir genug? Also: Wie viel Gas haben wir eigentlich? Ich glaube, das war noch nicht zu dem Zeitpunkt, wo die Gasversorgung komplett gestoppt worden ist - da bin ich mir aber auch nicht mehr ganz sicher - und dass man gesagt hat: Also, wenn Gas knapp ist, dann könnte es eine Option sein, dass man die Kraftwerke im Sommer im sogenannten Streckbetrieb laufen lässt, also weniger produziert, um dann im Januar/Februar, falls es eng wird, diese Strommengen noch zu haben und das Gas eben nicht schon im Sommer sozusagen zu verbraten für diese Situation.

Aber, ehrlich gesagt, das war ja auch die Idee oder die Empfehlung, dass man das prüft, ob das überhaupt eine sinnvolle Option ist, weil, ehrlich gesagt, was ein Streckbetrieb ist, wussten wir damals alle nicht, nicht? Und wie ein Atomkraftwerk - also wie flexibel die hoch- und runtergeregelt werden können und ob das überhaupt möglich ist, weniger - - also die auf einem anderen Level laufen zu lassen, das war zu dem Zeitpunkt alles überhaupt noch nicht klar.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank. - Am 04.03. erstellte Staatssekretär Patrick Graichen dann einen Vermerk mit dem Titel „BMWK/BMUV … 1. Entwurf“, 4.3.2022, 21:00“. Auch dieser Vermerk beschäftigte sich dann mit der Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukraine-Kriegs. Der Vermerk ist zu finden auf MAT A BMUV-2.03, Blatt 56 bis 60. Wissen Sie noch, ob Sie den Vermerk damals zur Kenntnis genommen haben?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Wir haben den nicht gesehen.

Jakob Blankenburg (SPD): Alles klar. - In einer E-Mail vom 04.03. schrieb dann die persönliche Referentin von Staatssekretär Graichen an Yvonne Schreiber folgende E-Mail - zu finden auf MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 84; Zitat -:

> „Liebe Yvonne,
>
> ich habe mit Patrick gesprochen, und die folgenden Unterlagen könnt ihr BM in die Mappe legen:
>
> - Papier EnBW
> - Papier RWE
> - Vermerk Reaktorsicherheit aus dem BMUV (auch da noch nicht ganz final und nur vertraulich/informell vorab)
>
> Die energiewirtschaftliche Einschätzung aus unserem Haus möchte PG heute noch überarbeiten und das BMU-Papier in das Gesamtpapier integrieren. Ein schöner Vermerk kommt dann also heute nach direkt von ihm.
>
> Beste Grüße“

Hatten Sie die Weiterleitung des Vermerks am 03.03. noch einmal bezüglich des Inhalts Ihres Vermerks - - Hatten Sie nach der Weiterleitung Ihres Vermerks noch einmal Kontakt bezüglich des Inhalts Ihres Vermerks, und haben Sie über ein gemeinsames Verständnis von dem Inhalt dann diesbezüglich gesprochen?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Mit wem?

Jakob Blankenburg (SPD): Mit Patrick Graichen.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Jakob Blankenburg (SPD): Weil in der E-Mail heißt es - Zitat -, ein schöner Vermerk kommt dann heute noch direkt von ihm. Das lässt so ein bisschen vermuten - das ist Spekulation -, dass Ihr fachlicher Vermerk als „nicht schön“ empfunden worden ist. Also hatten Sie den Eindruck, dass die Hausleitung des BMWKs Ihren Vermerk nicht schön fand?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Das war ja gar nicht der Inhalt. Also, es ging ja bei dem - - Also, wenn ich - - Ich habe ja den Vermerk jetzt in den Akten gesehen. Da ging es ja genau um diese atomrechtliche Beurteilung, die wir ja gar nicht vorgenommen haben. Also das war ja gar nicht unser Thema. Im Grunde haben wir nur gesagt: Prüft das doch mal. Denn das wäre vielleicht keine schlechte Idee, wenn es die Möglichkeit gibt, das zum 01.04. weiterlaufen zu lassen.

Und im Grunde - - Es ist auch nichts Ungewöhnliches, dass der Staatssekretär seine Vermerke nicht mehr mit uns abstimmt am Ende. Das ist keine Besonderheit von Herrn Graichen gewesen oder so, sondern das ist man in der Fachebene durchaus gewohnt.

Jakob Blankenburg (SPD): Alles klar. Vielen Dank. - Keine weiteren Fragen erst mal.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Danke schön. - Dann erteile ich das Wort der Union.

Anne König (CDU/CSU): Schönen guten Abend, Frau Thomaschewski!

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: „Thomaschki“, bitte.

Anne König (CDU/CSU): „Thomaschki“, Entschuldigung. - Danke, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Ich habe erst noch ein paar grundsätzliche Fragen, und zwar: Wie haben Sie sich auf den heutigen Tag vorbereitet?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, ich habe die Ladung gelesen. Ich habe die Akten, die sozusagen hier übermittelt worden sind, die habe ich mir noch mal angeguckt und da natürlich vor allem den Vermerk, also unseren Vermerk und den Vermerk, der dann sozusagen derjenige war, der rausgegangen ist, den ich aber auch damals nicht gesehen hatte.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Und mit wem haben Sie sich über die heutige Befragung ausgetauscht?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Mit niemandem.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Nicht mit einem Rechtsbeistand oder mit dem BMWK oder BMUV.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, wir haben natürlich - - Ich habe den Rechtsbeistand also gefragt, was mich hier erwartet, und er hat mir das Verfahren beschrieben. So.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Welche Akten wurden Ihnen konkret zur Verfügung gestellt?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, ich glaube, alles, was hier Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist, was Sie auch haben - glaube ich, weiß ich nicht. Also, wir haben - - Ich habe - - Dadurch, dass ich ja eine sehr beschränkte zeitliche Befassung hatte, habe ich mich dann auf den Zeitraum bis zum 15.06. beschränkt und habe mir die Dinge angeschaut, ob ich an irgendwas beteiligt war an der Stelle.

Anne König (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Lassen Sie mich kurz auf Ihren beeindruckenden Werdegang zu sprechen kommen. Sie haben es vorhin selber ausgeführt, dass Sie ja seit 2014 Referatsleiterin in dem Bereich „Strommarkt und Versorgungssicherheit“ waren, vorher bei der Bundesnetzagentur. Sie sind also eine ausgewiesene Expertin für die Fragen des Strommarkts und der Versorgungssicherheit. Wie kam es denn nun dazu, dass Sie als erfahrene Expertin auf diesem Gebiet in einer der schwersten Versorgungskrisen ein anderes Referat übernahmen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Das Referat ist mir angeboten worden. Ich finde das sehr reizvoll. Ich habe mich immer schon für Beteiligungsfragen - - Auch damals in der BNetzA habe ich den Beteiligungsbereich mit aufgebaut und habe die Chance gerne ergriffen.

Anne König (CDU/CSU): Der Herr R[redacted] erzählte vorhin, dass ja wirklich Land unter war, dass da wirklich auch in der Abteilung viel zu tun war. Ist das dann nicht eher ungewöhnlich, dass man jemanden dann in eine andere Position noch bringt, wo doch da händeringend Personen gebraucht werden?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Na ja, dass - - Nein.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Wissen Sie denn, warum die Leitung der entscheidenden Unterabteilung der Abteilung III auch so lange Zeit unbesetzt war?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Anne König (CDU/CSU): Und über solche Dinge haben Sie auch nicht im Kollegenkreis gesprochen, oder?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Anne König (CDU/CSU): Normalerweise stellt man sich ja vielleicht die Frage: Mensch, warum sind wir hier so unterbesetzt?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Sie meinen sozusagen den Flurfunk.

Anne König (CDU/CSU): Genau.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Ja, aber das ist alles Spekulation. Also, was soll ich dazu sagen? Das - -

Anne König (CDU/CSU): Was wurde denn spekuliert?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, jeder spekuliert da irgendwas. Also, ich glaube auch nicht, dass das irgendeine Rolle spielt.

Anne König (CDU/CSU): Wenn man vielleicht händeringend auf Personen hofft, die einen unterstützen in dieser wirklich - -

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Das ist ja nicht so, dass man nicht unterstützt worden ist. Und es ist ja auch nicht so, dass da keine Personen waren, die gearbeitet haben, nicht?

Anne König (CDU/CSU): Wie haben Sie denn die Entscheidungsprozesse innerhalb des Wirtschaftsministeriums wahrgenommen?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Welche meinen Sie jetzt?

Anne König (CDU/CSU): War es zum Beispiel üblich, dass Vermerke auf Ebene des Staatssekretärs entstanden und eben nicht in der Fachabteilung? Genau das passierte ja auch mit diesem Prüfvermerk vom 7. März.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Na ja, das war ja jetzt ein Vermerk, der im Grunde sehr stark auch in der Zuständigkeit des BMUV lag, und insofern war das schon auch üblich, dass sich die Ministerien dann auf Leitungsebene direkt abgestimmt haben zu bestimmten Fragen. Und das ist jetzt auch überhaupt nichts Ungewöhnliches gewesen. Das haben wir in der Legislatur Altmaier erlebt, das habe ich in der Legislatur Gabriel erlebt. Das ist ja nicht so, dass die einen fragen, ob wir damit einverstanden sind, dass sie doch eine andere Bewertung vornehmen oder so, nicht?

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Da würde ich gerne noch mit Blick auf den 7. März und diesen Vermerk chronologisch vorgehen - ich lese Ihnen gleich mal ein Zitat vor -, und zwar: Am 28. Februar 2022 schickte Robert Heinrich, der Leiter des Leitungsstabes, folgende Prüfbitte an Ihren Abteilungsleiter, Herrn Dr. Oschmann - ich zitiere aus MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 31; Zitat -:

Nur zur dienstlichen Verwendung

> „… wir benötigen einen Hausvermerk, der das Ergebnis der Prüfung der Frage "Kann eine AKW-Laufzeitverlängerung in der derzeitigen Situation helfen, die Energiesicherheit zu erhöhen" verschriftlicht und mit dem wir sowohl intern als auch öffentlich arbeiten können. Der Minister hat ja gestern öffentlich angekündigt, dass es geprüft wird.
>
> Könnt ihr das zügig auf den Weg bringen? (Falls es das nicht schon gibt). Herzlichen Dank"

Verstehe ich das richtig: Sie und der Fachbereich des BMWKs wussten also nichts davon, dass eine solche Prüfung durch das BMWK vorgenommen werden sollte?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Das ging ja von Oschmann - - Sagen Sie mir das Datum noch mal.

Anne König (CDU/CSU): Das müsste der 28. Februar gewesen sein. Da schickte der Herr Heinrich - -

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Genau. Und auf der Basis ist ja dann die Prüfbitte an uns ergangen.

Anne König (CDU/CSU): Genau. Aber vorher wussten Sie nichts davon, dass - - Weil der Minister hat ja öffentlich angekündigt, dass geprüft wird.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, das kann ich jetzt chronologisch nicht mehr nachvollziehen. Aber natürlich wird so was geprüft. Und das ist auch nichts Ungewöhnliches, dass dann dieser Prüfauftrag an uns geht und wir dann um eine fachliche Bewertung gebeten werden. Also, das ist jetzt - -

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Waren Sie in irgendeiner Weise an dem vor der Ankündigung Ihres Ministers einer ergebnisoffenen Prüfung durchgeführten Austausch mit den CEOs der Betreiberkonzerne der deutschen Kernkraftwerke beteiligt?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Und wann haben Sie von dem Papier von Herrn Krebber von RWE - - Oder wann haben Sie Kenntnis darüber erhalten, dass der Herr Krebber von RWE ein Papier formuliert hatte? Ich habe hier nämlich noch ein Zitat. Am Morgen des 28.02. hat Herr Minister Habeck das Schreiben von Herrn Dr. Krebber immerhin mit dem Kommentar - das steht in MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 18 bis 25 - „Für euch wichtig! Auch Atom!!!!" an die Pressestelle gesandt.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Das habe ich nicht gesehen, das Schreiben, soweit ich mich erinnere.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Und das ist aber an die Pressestelle gesandt worden. Sie erinnern sich da nicht dran, dass Ihnen das dann auch vorgelegt wurde, oder?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, ich kann mich nicht entsinnen, dass wir das gesehen haben, das Papier.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Die Anforderung von Herrn Heinrich wurde durch das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. Graichen überschrieben, und unter dem Begriff „Anforderung M" schrieb die persönliche Referentin von Herrn Staatssekretär Dr. Graichen - MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 4 bis 9; ich zitiere -:

> „… das Ministerbüro und ST Gr bitten Euch den Vermerk zur Kernenergie in die Hand zu nehmen. …"

Weiter heißt es:

> „Kern unseres Vermerks muss eine energiewirtschaftliche … Bewertung des Weiterlaufens der AKW sein. Patrick bittet insbesondere darum, darzustellen, wie wir auch ohne die drei in Rede stehenden Atomkraftwerke die Versorgungssicherheit sichern können."

Ihr Referent, Herr R[redacted], sendete am 3. März seinen Vermerk dazu an Herrn Staatssekretär Graichen, auf dem auch Ihr Name vermerkt ist. Warum sahen Sie sich damals nicht für eine politische Bewertung zuständig? Weil Sie haben das ja auch sehr deutlich an Herrn Dr. Graichen zurückgemeldet.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Das ist also nach meinem Verständnis überhaupt nicht unsere Aufgabe, politische Beurteilungen vorzunehmen, sondern - ich habe es ja eingangs gesagt - wir haben unsere Rolle immer darin gesehen, der Leitung fachlich fundierte, informierte Entscheidungen zu ermöglichen. Dass natürlich politisch noch mal ganz andere Dinge auch eine Rolle spielen oder auch Dinge, die gar nicht in unserer Zuständigkeit liegen, wie atomrechtliche Fragen oder so was, das war ja - - Also, wir haben ja einen wirklich relativ kleinen Ausschnitt davon gemacht. Deswegen - - Wir prüfen dann das, was wir prüfen können, weil es in unserer Kompetenz liegt.

Anne König (CDU/CSU): Sie schreiben auch - ich zitiere aus MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 4 bis 9 - von einem „riesigen Stab in der Leitung“, der diese Bewertung machen könne. Wurde dieser Stab bei der Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch Herrn Dr. Habeck größer als vorher?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein. Es ging einfach nur darum, dass wir mit lauter Anfragen aus tausend Dingen beschäftigt waren und gesagt haben: Das können die ja dann - - Wenn er eine politische Bewertung braucht, ist die nicht bei uns.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Und an wen dachten Sie konkret aus diesem riesigen Stab?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: An niemanden konkret.

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Wussten Sie, wer dann konkret an der Bearbeitung des Vermerks vom 7. März beteiligt war?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Anne König (CDU/CSU): Auch nicht, okay. - Dann, am 3. März, fand ja auch noch von 13.40 Uhr bis 14 Uhr eine Besprechung zum Thema Atom mit Staatssekretär Dr. Graichen statt. In der Einladung heißt es dazu: „TN-Kreis: AL III + IIIB4“ - in Klammern: R[redacted] und Thomaschki -, und Sie baten dann noch Herrn Falk dazu. Können Sie uns noch was über den Ablauf der Besprechung berichten?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Na, das hatten wir eben schon. Also, ich kann mich wirklich nicht - - Da müsste ich jetzt irgendwas herklauben, was ich nicht mehr wirklich weiß. Wahrscheinlich haben wir darüber gesprochen, dass wir diesen Vermerk erstellen und wo der Schwerpunkt dieses Vermerks auch nur stehen kann bei uns. Das ist ja auch - - Also, es geht uns ja auch darum, dass wir klarstellen, was wir können und was wir nicht können, nicht?

Anne König (CDU/CSU): Okay. - Lassen Sie mich noch zu einem Inhalt des Vermerks vom 3. März kommen. Hier heißt es - ich zitiere aus MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 14 bis 20, dort Blatt 18 bis 20 -:

„Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke bis zum 31.3. kann helfen, diese Situation zu entschärfen. In den beschriebenen Wettersituationen, die vor allem im Januar und Februar auftreten, würden die drei derzeit noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke bis zu 4 GW Gaskraftwerke aus der Merit-order verdrängen und deren Gasverbrauch entsprechend reduzieren. Bestenfalls reicht die Leistung der Kernenergie zusammen mit der Stein- und Braunkohle aus, um die Erdgasverstromung auf einen reinen Peaker Betrieb zu reduzieren.“

Sie sind also am 3. März 2022 davon ausgegangen, dass Kernkraftwerke einen wichtigen Beitrag zu einer Gaseinsparung hätten leisten können.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein. Wir haben gesagt, das sollte man prüfen, weil es eine Option sein könnte. Wir haben ja wirklich nach allen Optionen gesucht, wie wir damit umgehen. Und, wie ich vorhin schon gesagt habe, es war ja

auch nicht klar: Wie viel oder wie wenig Gas haben wir? Können wir das substituieren oder nicht? - Es war ja auch am Anfang gar nicht klar, wenn wir wirklich in eine Gasmangellage kommen: Wer kriegt denn dann eigentlich zuerst Gas, oder wie funktioniert das alles? Das waren ja alles Fragen, mit denen wir uns nie beschäftigen mussten, weil wir ja die Rohstoffverfügbarkeit bis dahin immer unterstellen konnten.

Und es ging nur darum, zu sagen, das könnte eine Möglichkeit sein, Gas einzusparen, und das sollte geprüft werden. Also, es war nicht so, dass wir gesagt haben, auf jeden Fall würde ein Weiterbetrieb der Atomkraftwerke zu einer nennenswerten Einsparung von Gas und damit zur Versorgungssicherheit oder so was beitragen.

Anne König (CDU/CSU): Warum wurde eigentlich nur eine Laufzeitverlängerung bis zum 31. März 2023 diskutiert? Der Minister wollte ja eigentlich alle Optionen ergebnisoffen prüfen.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, das sind ja im Kern atomrechtliche Fragen. Also, ich meine, das ist das, was wir dann aus der Presse oder auch aus diesem Vermerk entnommen haben, dass das ja auch nicht so ist, dass man einfach sagt: „Ja, wir beschließen jetzt einfach, dass die noch fünf Jahre länger laufen“, sondern da war ja immer die Frage der bis dahin nur - -

Die hatten ja Erleichterungen bezüglich der Wartungsanforderungen usw., weil klar war: Das wird abgeschaltet. Es war auch immer klar: Alle Betreiber haben sich darauf eingestellt, die haben ihr Personal entsprechend disponiert. Und es war geltende Gesetzeslage. Also, ich meine, wir können ja nicht sagen, wir fänden ein anderes Gesetz eigentlich besser, sondern es war geltende Gesetzeslage, dass zum 31.12. abgeschaltet wird.

Und im Grunde war für uns so ein bisschen der Hintergrund, dass man gesagt hat: Na ja, also energiewirtschaftlich würde man sowieso keine Abschaltdaten 31.12. machen, sondern würde dann sagen 31.03., weil man dann im Grunde sozusagen dieses Winterhalbjahr eine klare Situation hat, und für den Sommer gelten dann sowieso ganz andere Bedingungen für die Stromversorgung.

Anne König (CDU/CSU): Also verstehe ich Sie richtig, dass Sie, sage ich mal, eine ergebnisoffene Prüfung insofern ausgelegt haben, dass es ausschließlich nur im Rahmen der geltenden Gesetze, wo da der Spielraum noch liegen könnte, geprüft wurde?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Ja, natürlich. Also, die Frage ist doch nicht: „Was finden wir besser?“, sondern die Frage ist: „Sehen wir eine essenzielle Gefährdung der Versorgungssicherheit, wenn wir die Atomkraftwerke nicht länger laufen lassen?“ Und das war zu dem Zeitpunkt gar nicht absehbar.

Anne König (CDU/CSU): Okay. Danke schön. - Ich habe keine Fragen mehr.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Vielen Dank. - Dann gebe ich das Wort den Grünen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend, Frau Dr. Thomaschki! Wir hatten jetzt schon mehrfach quasi diese E-Mail, wo Sie gesagt haben: Für die politische Bewertung haben wir keine Zeit. - Um das wirklich für mich abschließend zu behandeln, würde ich Sie noch mal so fragen - fangen wir vorne an -: War es ungewöhnlich, dass Sie gefragt wurden, ob Sie es auch politisch bewerten können?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, es - - Ja, eher ungewöhnlich. Also, wir haben eigentlich eher fachliche Bewertungen vorgenommen. Ich weiß auch nicht, wie ernst, also wie substanzhaltig das eigentlich war, weil das ist dann - - Da kommt die Mitarbeiterin und sagt: Macht doch mal bitte eine fachliche und politische Bewertung. - Ich weiß nicht, wer sich - - also ob es da eine bewusste Entscheidung gegeben hat, dass wir dieses Mal vielleicht doch auch eine politische Bewertung vornehmen sollen. Das ist eigentlich nicht üblich. Das machen wir nicht. Also, ich meine, sonst wäre ich Ministerin.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kommen wir zu meiner nächsten Frage: Wo findet denn die politische Bewertung statt? Macht das rein der Minister oder die Ministerin, oder ist das schon auf der Ebene drunter anzusiedeln?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, ich würde mal sagen, dass vielleicht die Abteilungsleiter so ein bisschen die Scharnierstelle sind zwischen Fachlichkeit und politischer Ebene. Deswegen sind die ja auch im Grunde keine Lebenszeitbeamten. Da findet das in der Regel statt. Und dann ist es natürlich auch unterschiedlich, wie stark man als Fachebene da noch eingebunden wird. Da gibt es Situationen, da ist man stärker noch mit drin, und andere, da ist man nicht mehr drin. Aber, wie gesagt, das ist überhaupt nichts Ungewöhnliches, dass man einen fachlichen Vermerk schreibt und am Ende eine politische Entscheidung sieht, von der man sagt: Ah! - Das ist jetzt auch keine Spezialität dieser Legislatur gewesen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil quasi der Abteilungsleiter/die Abteilungsleiterin - um mal bei dem Beispiel zu bleiben- kriegt vielleicht Ihren, aber vielleicht auch ein, zwei Vermerke mehr, lässt da Dinge einfließen und macht daraus seinen eigenen Vermerk mit politischer Bewertung, der vielleicht auch zu einem anderen Ergebnis kommen kann. So ist die Arbeit. Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Genau.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich glaube, dann habe ich das abschließend verstanden, und ich habe auch keine weiteren Fragen. - Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Vielen Dank. - Dann erteile ich das Wort der FDP.

Frank Schäffler (FDP): Guten Tag, Frau Dr. Thomaschki! Ich habe auch nur ganz wenig Fragen - glaube ich zumindest. Die erste Frage war: Sie haben ja selbst vorhin in Ihrem Eingangsstatement gesagt, dass Sie jetzt eine neue Aufgabe haben seit 06.2022. Warum fand der Wechsel statt?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Dieses Referat ist neu gegründet worden in dieser Legislatur. Das nennt sich „Gesellschaftliche Beteiligung in der Transformation“, und ich finde, das ist eine wichtige, spannende und - - also jenseits sozusagen - - Es gibt ja diese fachliche Ebene, wo man sagt: „Was müssen wir eigentlich tun?“, und es gibt diese Ebene, dass man sagt: „Wie müssen wir es eigentlich tun?“ Und das Wie interessiert mich auch sehr. Und deswegen -

Frank Schäffler (FDP): Haben Sie sich da beworben und dann - -

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: - habe ich das gerne genommen. Genau.

Frank Schäffler (FDP): Okay. - Mir ist in den Unterlagen ein E-Mail-Verkehr aufgefallen; Herr R[redacted] schreibt an Herrn Oschmann. Das ist die MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 34 bis 36. Da sind Sie in cc gesetzt. Können Sie sich an diesen E-Mail-Verkehr erinnern? Sagt Ihnen der was? Da geht es um THEMA Consulting Group. Er hat eine Analyse erstellt.

(Die Zeugin liest in einem Dokument auf einem Tablet)

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Ja, das sehe ich. Aber ich sehe nicht, dass ich da cc bin.

Frank Schäffler (FDP): Doch, unten habe ich Sie irgendwo in cc gesehen. Oder es wurde an Sie weitergeleitet.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Ah, hier, genau, am 16. März. Ja.

Frank Schäffler (FDP): Hier die Frage: Kennen Sie diese THEMA Consulting Group?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Sagt Ihnen gar nichts

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Frank Schäffler (FDP): Sie wissen auch nicht, wer diese Analyse beauftragt hat und - -

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Sagt Ihnen gar nichts.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein, sagt mir nichts.

Frank Schäffler (FDP): Sie können das auch nicht bewerten, was - - Oder: Haben Sie das bewertet, was da zum Ausdruck kommt?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nee.

Frank Schäffler (FDP): Okay. - Ja, dann haben Sie alle meine Fragen beantwortet. Vielen Dank.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Dann danke auch dafür. - Ich erteile das Wort der AfD.

Andreas Bleck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Frau Thomaschki. Eine Frage hätte ich noch. Es ist hier angesprochen worden, dass Sie im Zeitraum unseres Untersuchungsauftrages die Abteilung gewechselt haben. Und mich würde jetzt noch die Frage interessieren, ob Sie nach Ihrem Wechsel in die andere Abteilung noch Kontakt hatten zu Mitarbeitern aus Ihrer alten Abteilung.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Ja, natürlich. Also, das sind meine Mitarbeiter gewesen, mit denen ich lange zusammengearbeitet habe. Wir sind ab und zu zusammen essen gegangen.

Andreas Bleck (AfD): Ich wollte da gar nichts Privates jetzt rausquetschen.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein, nein. Also, das - -

Andreas Bleck (AfD): Im Gegenteil: Mir ging es tatsächlich um geschäftliche Fragen.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein, da haben wir keine Dinge mehr verhandelt zusammen.

Andreas Bleck (AfD): Dann würde ich gerne auf einen Komplex abzielen. Und zwar hatten wir den BMWK-internen Prüfvermerk, an dem Ihre Abteilung ja beteiligt war, vom 03.03. und die Gegensätze zum dann öffentlichen BMUV- und BMWK-Prüfvermerk. Laut dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellten Dokumenten gab es am Abend des 04.03. einen ersten Entwurf zum am 07.03. veröffentlichten BMUV- und BMWK-Prüfvermerk zur Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, der von den zuständigen Staatssekretären, hier Herrn Tidow und Herrn Graichen, verfasst wurde, der ebenfalls energiewirtschaftliche Bewertungen einer fraglichen Laufzeitverlängerung enthielt; das ist MAT A BMWK-3.03, Blatt 27 bis Blatt 31.

Unserer Bewertung nach zählt Ihr BMWK-interner Vermerk, der zu finden ist auf MAT A BMWK-3.03, Blatt 17 bis 20 - ich glaube, Sie müssten ihn aber auch kennen -,

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

im Wesentlichen Argumente dafür auf, warum eine Laufzeitverlängerung, zumindest ein Streckbetrieb, bis zum 31.03.23 aus energiewirtschaftlicher Sicht empfehlenswert ist, da - um Ihren Prüfvermerk kurz zusammenzufassen - Kernkraftwerke insbesondere im Januar und Februar 2023 einen Beitrag zur Senkung der Strompreise und des Gasverbrauchs hätten leisten können. Aus dem veröffentlichten Prüfvermerk geht unserer Ansicht nach jedoch eher hervor, dass ein Streckbetrieb aus energiewirtschaftlichen Gründen wenig bis gar nicht empfehlenswert ist, da kaum Gas eingespart werden könne.

Jetzt habe ich hierzu einige Fragen. Könnten Sie bitte noch einmal die inhaltlichen Kernpunkte Ihres internen Prüfvermerks wiedergeben und ob auf dieser Grundlage zumindest aus energiewirtschaftlichen Gründen eine Laufzeitbegrenzung in Form des Streckbetriebs empfehlenswert war oder nicht?

(Der Zeugin werden weitere Unterlagen

vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, können Sie die Frage noch mal - - Die war jetzt sehr lang.

Andreas Bleck (AfD): Genau. Es geht um den Gegensatz zwischen dem internen Prüfvermerk aus Ihrer Abteilung und dem dann veröffentlichten Prüfvermerk von BMUV und BMWK. Sie kamen in Ihrer internen Bewertung - so unsere Einschätzung - eher zu dem Ergebnis: „Aus energiewirtschaftlicher Sicht ist der Weiterbetrieb, also der Streckbetrieb, empfehlenswert“, während wir das natürlich dann im veröffentlichten Prüfvermerk eben nicht mehr finden. Und hier ist eben noch mal die Frage von mir, dass Sie noch mal die inhaltlichen Kernpunkte darstellen, warum Sie in Ihrem Prüfvermerk zu einem anderen Ergebnis kamen als beim veröffentlichten Prüfvermerk. Was waren da noch mal die Gründe?

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Also, wir haben gesagt:

> „Eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie … sollte als Vorsorgemaßnahme weiter geprüft werden, weil sie den Erdgasverbrauch im Stromsektor auf ein Minimum reduzieren kann.“

So. Wir haben nicht gesagt, dass der Streckbetrieb sozusagen den Gasverbrauch reduziert. Und im Grunde konnten wir ja für die Frage: „Geht ein Streckbetrieb? Was ist ein Streckbetrieb? Was ist da möglich? Was für energiewirtschaftliche Auswirkungen hat das?“ - - Ich habe am Anfang gesagt: Kein Mensch von uns wusste, was ein Streckbetrieb ist, weil wir alle keine Kraftwerksbetreiber sind, sondern es ging im Grunde um die Frage: Gibt es die Möglichkeit, die Kraftwerke bis zum 01.04. laufen zu lassen? Und es war wirklich aus Gründen der Vorsicht. Dann könnte man, falls es an der Stelle irgendwie Schwierigkeiten gibt, das noch irgendwie als Vorsichtsmaßnahme machen. Wir haben aber ausdrücklich im Grunde genau diese Prüfung, die dann angestellt worden ist, angeregt an der Stelle mit dem Vermerk. Also, insofern sehe ich da jetzt gar nicht wirklich einen Widerspruch.

Andreas Bleck (AfD): Na ja, diese Anregung hat sich ja im Prüfvermerk nicht wiedergefunden; darauf ziele ich ab. Und wir haben hier von Zeugen bestätigt bekommen, dass in dem internen Prüfvermerk Angaben gemacht wurden, die nachher eben nicht umgesetzt wurden bzw. in dem endgültigen Prüfvermerk vom BMUV und BMWK sich nicht wiedergefunden haben. Und darauf zielt meine Frage ab. Also, Sie kamen offensichtlich intern doch zu einem anderen Ergebnis.

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Nein, wir kamen nicht - - Also, wir haben tatsächlich - - Ich habe ja am Anfang gesagt: Wir haben versucht, sozusagen überhaupt uns mal ein Bild zu verschaffen: Welche Maßnahmen könnten überhaupt irgendwie sinnvoll sein und was bringen? Und deswegen haben wir gesagt, man sollte das prüfen, ob ein Streckbetrieb irgendwie möglich ist, um mögliche Potenziale dort irgendwie ausschöpfen zu können. Also, das war in keinem Fall mit der Aussage verbunden: Wenn man einen Streckbetrieb macht, dann spart man nennenswert Gasmengen ein, und die können einem dann, weiß ich nicht, an irgendeiner anderen Stelle helfen. - Also, an dem Punkt waren wir auch zu dem Zeitpunkt gar nicht. Das war ja eine Woche nach Kriegsbeginn, und dazu hätten wir so fundiert an der Stelle gar keine Aussagen machen können.

Andreas Bleck (AfD): Okay. Danke.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Danke. - Gibt es Bedarf nach einer weiteren Runde? - Dann stelle ich fest, dass die Fraktionen keine Fragen mehr haben. Das war kurz und knackig.

Wir können Ihre Befragung für heute beenden. Im rechtlichen Sinn ist sie damit nicht abgeschlossen. Sie bekommen das Protokoll zugesandt. Dann haben Sie zwei Wochen Zeit, etwaige Fehler zu korrigieren, Ihre Aussagen gegebenenfalls richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt dieser Ausschuss dann den Abschluss der Vernehmung.

Ich bedanke mich bei Ihnen sehr herzlich, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Kathrin Thomaschki: Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Robin Mesarosch: Das war, wie gesagt, erfrischend kurz. Ich frage in die Runde, ob wir hier wieder eine Unterbrechung machen oder direkt weitermachen wollen. - Ich habe den Hinweis, dass wir zumindest kurz, für fünf Minuten, unterbrechen.

(Zuruf: 18 Uhr!)

- Der Vorschlag: bis 18 Uhr. - Dann unterbreche ich die Sitzung bis 18 Uhr.

(Unterbrechung von 17.50 bis 18.02 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ich setze die unterbrochene Sitzung fort.

Vernehmung des Zeugen Thorsten Falk

Ich begrüße unseren vierten Zeugen, Herrn Thorsten Falk. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute bei uns sind und dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Platz genommen. Herr [redacted] auch Ihnen ein herzliches Willkommen! Wie Sie sicherlich wissen, steht Ihnen kein eigenes Rede- oder Fragerecht hier im Ausschuss zu. Sie dürfen dem Zeugen keine inhaltlichen Hinweise geben, sondern nur zu verfahrensrechtlichen Fragen beraten. Sie können gerne hierfür um eine Unterbrechung bitten. Wichtig ist uns der Hinweis, dass während der Befragung nur das fragestellende Mitglied des Ausschusses und der Zeuge das Wort haben.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären:

Vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuchs strafbar machen. Eine solche uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Sie dürfen allerdings auf bestimmte Fragen die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut worden oder bekannt geworden sind.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme Ihrer Vernehmung gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird anschließend gelöscht, und Sie erhalten das Protokoll vor der endgültigen Fertigstellung übersandt. Wichtig ist, dass Sie das Mikrofon einschalten, wenn Sie antworten; ansonsten ist es nicht möglich, das aufzunehmen.

Wenn Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein sollten, dass Sie uns Informationen mitteilen müssen, die als VS-Vertraulich oder höher eingestuft sind, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Wir würden dann die Sitzung entsprechend einstufen und den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen.

Haben Sie bis hierhin Fragen?

Zeuge Thorsten Falk: Nein, danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann komme ich noch meiner Pflicht nach, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung, über den Sie schon schriftlich informiert worden sind, nochmals darzulegen.

Dieser Untersuchungsausschuss soll sich mit den Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung zur Anpassung der nationalen Energieversorgung und Energiepolitik an die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte Versorgungslage befassen. Er soll sich ein Gesamtbild von den Entscheidungsprozessen sowie deren Kommunikation an den Bundestag und an die Öffentlichkeit verschaffen. Das gilt insbesondere, aber nicht nur für die Entscheidung über einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Es soll untersucht werden, welche Informationen den Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, welche nationalen und internationalen Stellen in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden und ob die Einbeziehung weiterer Informationen oder Stellen gegebenenfalls sachgerecht gewesen wäre.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und endet mit der Einsetzung dieses Gremiums durch den Deutschen Bundestag am 4. Juli 2024.

Die Vernehmung wird sich wie folgt gestalten: Ich werde Sie zunächst zur Person vernehmen. Dann haben Sie die Gelegenheit, wenn Sie möchten, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Anschließend werden Sie von mir und den anderen Ausschussmitgliedern befragt. Das kann einige Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Sie eine Unterbrechung wünschen, geben Sie uns bitte einen Hinweis; das ist kein Problem. - Haben Sie zum Ablauf Fragen?

Zeuge Thorsten Falk: Nein, danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann will ich Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Namen - Vorname, Nachname -, Alter, Beruf und Wohnort nennen. Eine genaue Adressangabe ist nicht erforderlich.

Zeuge Thorsten Falk: Vielen Dank. - Mein Name ist Thorsten Falk. Ich bin 51 Jahre, wohnhaft in Berlin und arbeite seit 2005 innerhalb der Bundesregierung, habe meine Tätigkeit begonnen im Bundesumweltministerium, bin dann 2014 ins Bundeswirtschaftsministerium gewechselt. Im Laufe dieser jetzt knapp 20 Jahre war ich schwerpunktmäßig mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, hier schwerpunktmäßig mit dem Thema „Netzintegration, Netzfragen“, beschäftigt. Mit dem Wechsel ins Wirtschaftsministerium habe ich sozusagen halt Schwerpunkt „Netze“. Und ab 2017* bin ich Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium geworden und habe dort dann mit Fragen im Netzbereich zu tun gehabt.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wenn Sie mögen, können Sie jetzt im Zusammenhang vortragen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Wie bereits eben ausgeführt, würde ich ganz kurz einordnen, was meine Rolle innerhalb des Zeitraums war, der für den Untersuchungsausschuss relevant ist.

Ich habe mit Ausbruch des Krieges mich schwerpunktmäßig mit den Analysen, der Bedarfsanalyse und Systemanalysen, sowie den Stresstests 1 bis 3 beschäftigt, hatte in der Phase, insbesondere von März* bis April 2022, mit der Notsynchronisierung der Ukraine ans westeuropäische Stromnetz zu tun, habe in den Jahren 22/23 insbesondere Ad-hoc-Maßnahmen mit entwickelt und umgesetzt, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig waren, und in dieser Zeit, in diesem Zeitraum, in den zwei Jahren, halt insbesondere auch mit Systemstabilitätsfragen, das heißt mit dem Wandel des Stromnetzes durch stärkere erneuerbare Energien, aber auch Verbraucher über wechselgerichtete* Stromrichter - -* sozusagen halt Systeme entwickelt, die einen stabilen Netzbetrieb sicherstellen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank für die Worte. - Wir fangen dann mit der Befragung an. Es beginnt die SPD. Frau Kollegin Dr. Martens.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Falk! Vielen Dank, dass Sie da sind und sich unseren Fragen stellen. - Ich frage erst mal generell zu Ihrem Referat. Sie waren zu Beginn des Untersuchungszeitraums - das haben Sie ja auch schon erwähnt - im Jahr 22 Referatsleiter des Referats III C 2 „Elektrizitätsverteilnetze, Netztechnik“, welches dann zum Referat III C 4 „Systemsicherheit“ wurde. Meine Frage ist, ob das nur eine organisatorische Änderung war, oder wurden hier auch bestimmte Zuständigkeiten neu aufgeteilt?

Zeuge Thorsten Falk: In dem Fall wurden die Zuständigkeiten neu aufgeteilt. Das Vorgängerreferat, was sich mit Systemsicherheit beschäftigt hat, wurde geteilt in ein Referat „Krisenvorsorge“ und in ein Referat „Systemsicherheit“. Ich hatte vorher den Bereich „Verteilnetze“ und bin dann praktisch Referatsleiter für Systemsicherheit geworden. Das ist dann final erst im Mai vollzogen worden, sodass in dieser Phase, ich sage mal so, von Kriegsbeginn bis Mitte Mai praktisch so eine

Nur zur dienstlichen Verwendung

Übergangsphase war, wo es unterschiedliche Zuständigkeiten gab, die nicht ganz klar waren.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank. - Können Sie uns dann die Zuständigkeiten Ihres Referats III C 4 näher erläutern, gerade vielleicht auch mit Blick auf das Untersuchungsthema?

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Also, das Referat „Systemsicherheit“ beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Netzbetriebsfragen insbesondere der Übertragungsnetze, also sozusagen der großen Stromnetze, und guckt, dass, ich sage mal, die Systeme so stabil bleiben, dass selbst bei kleineren Netzfehlern solche Fehler nicht, ich sage mal, auf das große europäische Stromnetz oder das deutsche Stromnetz sich halt auswirken und es damit sozusagen nicht zu flächigen Fehlern kommt.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. Vielen Dank. - Aus den Akten ergibt sich, dass insbesondere bei allen Stresstestthemen sehr darauf geachtet wurde, den Verteiler klein zu halten. So sollten bestimmte Personen aus dem BMWK und aus der Bundesnetzagentur absichtlich nicht eingebunden werden. So schrieben Sie am 11. August 2022 an den persönlichen Referenten von Staatssekretär Graichen - das ist zu finden unter MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 258 - ich zitiere -:

> „Den Foliensatz (wird über den Bundesserver ausgetauscht) schicke ich dir direkt, ohne ihn an [redacted] und Thorsten zu schicken, so wie gewünscht. Allerdings erneut mein Hinweis, dass wir so nicht arbeiten können und auch mit der BNetzA die Einbindung zwingend besprochen werden muss. Am heutigen Termin hat die BNetzA auf Arbeitsebene teilgenommen. Meine Bitte die Informationen vertraulich zu behandeln und nicht in der Behörde zu kommunizieren wird nur so lange halten, bis die höheren Ebenen Informationen anfordern.“

Zitat Ende. - Gab es bestimmte Personen im BMWK und in der Bundesnetzagentur, die bei diesem politisch sensiblen Thema absichtlich außen vor gelassen wurden, oder was war der Grund für so einen kleinen Verteiler?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Ich müsste das erst mal kurz suchen. Können Sie noch mal sagen, welche E-Mail das ist?

Dr. Zanda Martens (SPD): Das ist die E-Mail vom 11. August 22; sollte auf Blatt 258 sein.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, nach meiner Kenntnis wurden nicht gezielt Personen sozusagen halt aus dem Kreis rausgehalten, sondern der Kreis wurde klein gehalten einerseits. Und wir haben stets in der Phase geprüft, wen wir benötigen, um praktisch, ich sage mal, Bewertungen vorzunehmen von Ergebnissen. In dieser Phase haben die Übertragungsnetzbetreiber erstmalig zum Stresstest 2 Ergebnisse vorgelegt, die in dem Fall fehlerhaft waren oder sich als fehlerhaft herausgestellt haben und wo wir jetzt den Sprung machen mussten, um insbesondere die Kolleginnen und Kollegen von der Bundesnetzagentur dazuzuziehen, die sich vertiefter mit diesen Rechnungen auskannten.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. Vielen Dank. - In Ihrem Referat wird auch viel mit den vier Übertragungsnetzbetreibern gearbeitet. Könnten Sie uns kurz darstellen, wie diese Zusammenarbeit aussieht? Reden Sie immer mit allen vier Übertragungsnetzbetreibern, oder koordinieren Sie sich untereinander?

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich sage mal so - vielleicht kurz zur Erläuterung -, die Stresstests sind von der Methodik her identisch mit den sogenannten Bedarfsanalysen, die jährlich durchgeführt werden. Das ist ein Routineprozess, und dieser Routineprozess läuft mit allen vier Übertragungsnetzbetreibern ab. Das heißt, es gibt eine permanente Abstimmung über einen relativ lan-

gen Zeitraum, was die Szenarienannahmen angeht als auch dann die späteren Rechenläufe. Wenn es zu intensiveren Austauschen kam zu Spezialthemen, war es in der Regel so - oder ist es heute auch so -, dass ein Übertragungsnetzbetreiber einen sogenannten SPOC, also sozusagen einen Ansprechpartner für alle ÜNB, benennt. Das war bei den Stresstestverfahren TenneT, die dann sozusagen halt die Arbeit innerhalb der ÜNB koordiniert haben.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Und wie viele Treffen führen Sie normalerweise mit den Übertragungsnetzbetreibern im Lauf eines Jahres durch, und wie änderte sich die Situation mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine?

Zeuge Thorsten Falk: Also, der normale Austausch mit den Übertragungsnetzbetreibern bei den Rechnungen, diesen Bedarfsanalysen, ist: Alle 14 Tage gibt es einen Jour fixe. Und, ich sage mal so, in den Phasen, wo Annahmen finalisiert werden bzw. Ergebnisse präsentiert werden, kann das auch wöchentlich sein. Also, das hängt ein bisschen vom Arbeitsumfang dann in den Situationen ab. Es gibt Zwischenräume wie Sommerpause, dann ist es vielleicht nur einmal im Monat.

Genau, in der Phase des Kriegsausbruchs, insbesondere dann im März/April, gab es einen regelmäßigeren Austausch oder einen häufigeren, halt einfach, um schnell zu klären, wie wir uns jetzt der Gesamtthematik nähern können und wie wir, aufbauend auf vorherigen Rechnungen, relativ zügig zu Ergebnissen kommen können.

Dr. Zanda Martens (SPD): Mit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine verstärkte sich auch die Diskussion bezüglich einer Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke im BMWK. Können Sie einmal darstellen, wie Sie diese Diskussion am 24.02.22 im BMWK wahrgenommen haben?

Zeuge Thorsten Falk: Also, es gab, ich sage mal, in dieser Anfangsphase, gerade am Anfang Schwierigkeiten, erst mal sozusagen halt Krisenstrukturen überhaupt aufzubauen. Das heißt, wir waren überhaupt, ich sage mal, von der Struktur her gar nicht vorbereitet auf so eine Situation. Und in meinem Bereich, in meinem Referat, kam dazu schwerpunktmäßig eben diese Synchronisierung, die ich bereits angesprochen hatte. Das war eine Situation, wo die Ukraine sehr kurzfristig ans westeuropäische Stromnetz angeschlossen werden sollte, um dem Land Netzstabilität zu bringen. Und vor diesem Hintergrund waren ich und mein Referat in dieser Phase Ende Februar bis Ende März nicht unbedingt vertieft in diesen Diskussionen mit drin. Dass diese Diskussionen stattgefunden haben, habe ich beispielsweise in meiner Erinnerung erst aus der Presse mitbekommen, dass hier sozusagen halt vertiefte Diskussionen - - und Vermerke erstellt wurden.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Nichtsdestotrotz: Vier Tage später, am 28. Februar 2022, gab es einen Termin zwischen Staatssekretär Graichen und den Geschäftsführern der Übertragungsnetzbetreiber; das ergibt sich aus MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 5 bis 6. Soweit sich das aus den E-Mails ersehen lässt, war die Bundesnetzagentur nicht beteiligt. Haben Sie an diesem Termin teilgenommen? Oder können Sie berichten, was dort besprochen wurde?

Zeuge Thorsten Falk: Könnten Sie mir das vielleicht vorlegen? Weil ich nicht genau weiß, in welchem - -

Dr. Zanda Martens (SPD): Ja, bestimmt. Ist schon unterwegs.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, in meiner Erinnerung habe ich an diesem Termin von Herrn Graichen mit den vier Geschäftsführern nicht teilgenommen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Wissen Sie auch, was dort besprochen wurde, wer da sonst teilgenommen hat?

Zeuge Thorsten Falk: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Was wir noch wissen aus diesem Treffen: Aus dem Referat 626 der Bundesnetzagentur wurde dann aus diesem Treffen berichtet, dass die ÜNB über das Wochenende eine Schnellrechnung zu Erzeugungsadäquanzfragen gemacht hätten. Herr Achim Zerres, Abteilungsleiter in der Bundesnetzagentur, antwortete daraufhin in einer E-Mail vom 01.03.22 - und die ist zu finden unter MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 5 bis 6; ich zitiere -:

> „„Schnellrechnung in Erzeugungsadäquanzfragen“ Es sollte mich wundern, wenn das eine Rechnung wäre. Das dürfte die alte Welt sein, die die auch im NEP noch vor sich her tragen. Bitte die ÜNB im Beisein des BMWK drauf ansprechen, was die da wirklich gemacht haben.
> Drauf festnageln, dass die ÜNB tatsächlich auch die gleichen Ansätze und Methoden wie das BMWK und wie wir im VS-Monitoring machen.
> Sonst ist das alles nichts wert und produziert inhaltliche Widersprüche“

Zitat Ende. - Handelte es sich aus Ihrer Sicht bei diesen Schnellrechnungen der ÜNB um echte Rechnungen, oder teilten Sie die Skepsis der Bundesnetzagentur?

Zeuge Thorsten Falk: Also, da ich jetzt die Rechnungen aktuell sozusagen halt hier nicht habe, kann ich dazu nichts sagen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Also, Sie haben dazu keine Einschätzung, zu diesen Rechnungen.

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne die Rechnungen jetzt nicht. Also, wie gesagt, aus der E-Mail geht das nicht hervor. Und das ist eine typische methodische Diskussion, die wir gerade im März/April 22 geführt haben, wie wir belastbar zu Ergebnissen kommen, mit welchen Rechenwegen halt.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Dann sind wir beim 03.03.2022, vor Fertigstellung des Referatsvermerks III B 4. Und da fand ein Gespräch zum Thema Atomkraft der Abteilung III mit Staatssekretär Graichen statt. Hierzu wurden Sie unter dem Betreff „Interne Rücksprache zu Atomkraft mit Abt. III“ ebenfalls eingeladen; das ergibt sich aus MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 49. Haben Sie an diesem Gespräch teilgenommen?

Zeuge Thorsten Falk: Könnte ich das kurz sehen, bitte?

Dr. Zanda Martens (SPD): Ja, bestimmt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich an dem Termin teilgenommen habe.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. Also, wir wissen, dass die Teilnehmer unter anderem auch Staatssekretär Patrick Graichen und Abteilungsleiter III, Dr. Volker Oschmann, waren. Das heißt, Sie können auch nichts dazu sagen, was in dieser Teilnehmerrunde besprochen wurde, wozu der Termin da war.

Zeuge Thorsten Falk: Da ich der Meinung bin, dass ich nicht an dem Termin teilgenommen habe, kann ich dazu auch nichts sagen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Dann komme ich zu der Frage, dass im März 2022 im Auftrag des BMWK neue Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber vorgenommen wurden. Vorher einigten insbesondere Sie sich mit den Übertragungsnetzbetreibern auf die Parameter und die Annahmen dieses ersten Stresstests. Hierbei ging es auch um die Frage der Rechenmethode. Die Übertragungsnetzbetreiber wollten einen probabilistischen Ansatz zur Bewertung der Versorgungssicherheit, den Sie ablehnten; das lesen wir aus MAT A BMWK-3.22 VS-NfD, Blatt 42 bis 45. Können Sie uns einmal darstellen, wieso Sie gegen einen probabilistischen Ansatz waren und auf welche Variante Sie sich letztendlich geeinigt haben?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thorsten Falk: Genau, kann ich kurz erläutern. Die Bedarfsanalysen, auf die wir aufgesetzt haben, waren zu dem Zeitpunkt - also, die Bedarfsanalyse 2022 - kurz vor Abschluss. Also, die wird in der Regel im Jahr von den Übertragungsnetzbetreibern im März der Bundesnetzagentur vorgelegt und dann im April von der Bundesnetzagentur geprüft und dann, je nachdem, sozusagen halt bestätigt mit Änderungen.

Diese Methodik ist eine eingespielte Methodik, die ein Wetterjahr betrachtet, nämlich das Jahr 2012 - das ist ein Extremwetterjahr -, und zwei synthetische Wochen betrachtet. Das sind sozusagen halt aus mehreren Wetterjahren zusammen, ich sage mal so, entwickelte Wochen, die extreme Stressszenarien für das Netz bedeuten. Über diese Methodik versucht man, auf einem relativ einfachen Rechenweg mit relativ wenig Rechenläufen zu Ergebnissen zu kommen. Trotzdem dauert dieser Prozess extrem lange. Das sind sozusagen halt Rechenläufe, die wirklich Tage dauern und, ich sage mal so, gerade dann, wenn man Sensitivitäten rechnen will, herausfordernd sind.

Noch herausfordernder sind aber diese probabilistischen Berechnungen, wo man, ich sage mal, je nach Ansatz 20, 40 Wetterjahre miteinander mixt und praktisch Zufallsziehungen macht und das ein noch größerer Rechenaufwand war.

Und in der Situation war die Diskussion: Wenn wir Indikatoren ableiten wollen von Maßnahmen, ist praktisch dieser Bedarfsanalysenansatz der pragmatischere Ansatz, der schneller geht, aber auch klarere Ergebnisse für einzelne Ansätze sozusagen, also Hilfslösungen mehr oder weniger, schnell liefern kann. Vor dem Hintergrund gab es da diese Diskussion im Laufe des Märzes, und wir haben uns dann mit den Übertragungsnetzbetreibern darauf geeinigt, die Methodik der Bedarfsanalysen zu nutzen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. - Die Präsentation der Berechnungen - „Ermittlung des Erdgasbedarfs für den Stromsektor / Gasknappheit Krieg RUS-UKR“ - stammt vom 29.03.2022; zu sehen auf MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 10 bis 43. Können Sie einmal erläutern oder darstellen, inwieweit die Berechnungen zur Ermittlung des Erdgasbedarfs für den Stromsektor von der Bedarfsanalyse 2022 abwichen? Welche anderen Annahmen wurden hierbei getroffen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, um im Detail einzusteigen, müsste ich mir praktisch jetzt die Präsentation, die ich so nicht im Kopf habe, halt noch mal im Detail angucken. Aber im Endeffekt: Diese ersten Rechnungen liefen darauf hinaus - - Wir hatten bereits in der Bedarfsanalyse 22 deutlich höhere Gaspreise als in der Vergangenheit unterstellt. Also, das war in 21 schon erkennbar, dass - - Ich sage mal so: Die Gaspreise stiegen halt in Europa. Wenn ich es noch richtig im Kopf habe - aber ich bin mir nicht 100 Prozent sicher -, unterstellten wir damals irgendwas wie 60 oder 70 Euro. Und in den Kurzfristrechnungen jetzt im März zu dieser Gaseinsparung wurde der Gaspreis, wie ich hier lesen kann, auf 200 Euro hochgesetzt. Das bedeutet, dass praktisch in der Merit-Order-Kurve, wie Kraftwerke gezogen werden im europäischen Strommarkt, die Gaskraftwerke klar selbst hinter teure Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke gerutscht sind - wie Ölkraftwerke - und damit immer als Letztes gezogen wurden. Deshalb: Das war praktisch die Idee: mit dem hohen Gaspreis relativ zügig rauszubekommen, was sich alleine auf dem Markt an Veränderungen in der Stromerzeugung ergibt, und sozusagen halt zu gucken, was durch diesen marktlichen Effekt alleine kurzfristig eingespart wird.

Dr. Zanda Martens (SPD): Dieser erste Stresstest kam dann zu dem Ergebnis, dass der aktuelle Kraftwerkspark ausreichend sein müsste, um die europäische Last zu decken. Inwieweit war diese neue Rechnung aus Ihrer Sicht geeignet, über die Notwendigkeit einer Laufzeitverlängerung entscheiden zu können? Bildeten die getroffenen Annahmen ein aus Ihrer Sicht realistisches Krisenszenario ab?

(RA [redacted] meldet sich zu Wort)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Herr Rechtsanwalt.

RA [redacted] Verzeihen Sie, wenn ich mich da zu Wort melde. Ich glaube, das ist eine Frage, die sehr gut einem Sachverständigen gestellt werden kann, aber nicht einem Zeugen. Die Frage, ob etwas geeignet war, ist eine Frage nach einer Einschätzung oder einer Bewertung. Der Zeuge ist aber dazu da, Wahrnehmungen, die er in der Vergangenheit gemacht hat, aus seiner Erinnerung zu schildern. Dazu gehört nicht die Äußerung von Einschätzungen und Bewertungen über die Eignung bestimmter Themen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Aber die Eignung in dem Untersuchungszeitraum oder die Bewertung eines Sachverhalts innerhalb des Untersuchungszeitraums ist eine zulässige Frage.

RA [redacted] Wenn Sie ihn danach befragen, ob er dazu eine Meinung seinerzeit hatte.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja.

RA [redacted] Aber das war nicht die Frage. Die Frage war ganz allgemein, ob das geeignet war.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Können wir die Frage vielleicht so verstehen, Frau Kollegin?

Dr. Zanda Martens (SPD): Der Vorsitzende hat sie wunderbar umformuliert. Genau das wollte ich fragen.

Zeuge Thorsten Falk: Die Bedarfsanalyse 2022 hatte bereits den Ausstieg aus der Kernenergie unterstellt, also den gesetzlichen, und aufgrund der Methodik wurden bereits für den Winter 22/23 - also, das war der Untersuchungszeitraum der Bedarfsanalyse - komplett ohne Kernkraftwerke sozusagen Berechnungen angestellt. Und unser Ansatz war es hier, kurzfristig ein mögliches Stressszenario zu entwickeln mit möglichst wenig Erzeugungskapazität und den Kapazitäten, die wir praktisch im Markt halt hatten, um zu sehen, wo das System im europäischen Verbund steht. Vor dem Hintergrund, ich sage mal, war der Ansatz schon durchprobiert praktisch mit der Bedarfsanalyse, und vor dem Hintergrund war es richtig, mit der Methodik weiterzurechnen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank. - Herr Oschmann schrieb am 11. Juli 2022 an den Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, bezüglich der Verwertbarkeit des ersten Stresstests für eine Veröffentlichung Folgendes - und da zitiere ich gleich aus MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 45 bis 46; Zitat -:

> „… wir haben uns die Folien noch mal angeschaut. Votum der Abteilung ist: Nicht veröffentlichen, zu viele angreifbare Annahmen. Stattdessen Aktualisierung der Modellierung (in Abstimmung mit euch)."

Zitat Ende. - War dies auch Ihr Urteil über die Ergebnisse des ersten Stresstests: „zu angreifbar"?

Zeuge Thorsten Falk: Können Sie noch mal die Uhrzeit der E-Mail und das Datum sagen, bitte?

Dr. Zanda Martens (SPD): Das war 11. Juli 2022.

Zeuge Thorsten Falk: Ah ja. Okay. Danke.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Also, in meiner Erinnerung und wenn ich die E-Mail jetzt so lese, ist das darauf zurückzuführen - - weil wir hatten ja eine unglaubliche Dynamik, was Preise, was Marktentwicklung halt anging, aber auch, ich sage mal, die Frage: Wo stehen wir mit dem Verbrauch industriell, mit der Wirtschaft und ähnlichen Punkten? Wie ist die Situation im europäischen Ausland insbesondere? Wie sehen, ich sage mal, Logistikketten - - was Kohle und ähnliche Sachen halt angeht? Und vor dem Hintergrund hatten wir eigentlich praktisch wöchentlich oder täglich mehr oder weniger neue Informationen.

Und dieser erste Stresstest mit den Annahmen war ja relativ früh festgelegt und, ich sage mal, eingeloggt, um möglichst schnell Tendenzen ableiten zu können. Und wäre man jetzt hier rausgegangen mit Ergebnissen und der Präsentation

nach außen, wäre relativ schnell klar geworden, dass einzelne Annahmen wie von mir aus jetzt der Gaspreis - ich habe das jetzt nicht genau im Kopf - sozusagen halt falsch gewesen wären. Und trotzdem war aber, ich sage mal, für uns dieser Stresstest hilfreich, um Tendenzen abzuleiten, aber nicht in der öffentlichen Kommunikation.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur CDU/CSU. Kollege Gramling.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Falk, ich würde gern am Anfang mal mit ein paar Einstiegsfragen beginnen, mit der Frage auch, wie Sie sich auf die heutige Befragung vorbereitet haben.

Zeuge Thorsten Falk: Ich habe im Sommer knapp einen Monat lang meine E-Mails von zweieinhalb Jahren gelesen und rausgesucht und aufbereitet. Und das ist die Grundlage, womit ich mich beschäftigt habe - und entsprechende Anhänge der E-Mails *.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Haben Sie sich jetzt noch mal explizit vor dieser Befragung mit anderen Kollegen, Referaten ausgetauscht?

Zeuge Thorsten Falk: Nein.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Wurden Ihnen Akten noch mal vom Ministerium zur Verfügung gestellt, oder haben Sie das alles an Ihrem Rechner gemacht anhand der Mails, die Sie noch hatten?

Zeuge Thorsten Falk: Alles anhand meines Rechners.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Noch eine Frage zu Beginn: Ich habe festgestellt, dass Sie den ehemaligen Staatssekretär Graichen geduzt haben. Ist das normal im Wirtschaftsministerium, dass ein Referatsleiter einen Staatssekretär duzt, oder wie kam es dazu?

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne Herrn Graichen aus seiner Tätigkeit als Referatsleiter im Bundesumweltministerium - hatte ich ja ausgeführt -, und daher duzen wir uns.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Ich würde gern noch mal anschließen an den Fragenblock, der gerade eben auch schon aufgerufen wurde, und zwar um den gemeinsamen Prüfvermerk des BMUV und des BMWK vom 7. März 2022. Ich würde versuchen, auch einigermaßen chronologisch vorzugehen, und würde beginnen am 28. Februar 2022. Da hat Robert Heinrich, Leiter des Leitungsstabs, folgende Prüfbitte an Ihren Abteilungsleiter, Herrn Dr. Oschmann, geschickt:

> „… wir benötigen einen Hausvermerk, der das Ergebnis der Prüfung der Frage "Kann eine AKW-Laufzeitverlängerung in der derzeitigen Situation helfen, die Energiesicherheit zu erhöhen" verschriftlicht und mit dem wir sowohl intern als auch öffentlich arbeiten können. Der Minister hat ja gestern öffentlich angekündigt, dass es geprüft wird.
>
> Könnt ihr das zügig auf den Weg bringen? (Falls es das nicht schon gibt). Herzlichen Dank“

Das ist die Drucksache MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 31.

Die Frage, mit der ich beginnen möchte: ob Sie davor schon gewusst haben, dass es mal zu so einem Prüfvermerk kommen könnte. Beziehungsweise - da war ja der Angriffskrieg schon ein paar Tage alt -: Inwiefern haben Sie sich davor schon damit beschäftigt gehabt, mit möglichen Szenarien? Oder war das wirklich der erste Aufschlag sozusagen, dann auch mit dem Vermerk zu schauen: „Wie kann man mit der aktuellen Situation umgehen?“?

Zeuge Thorsten Falk: Dürfte ich die E-Mail einmal lesen und einordnen?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Kommt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Ihre Frage war noch mal? Entschuldigung.

Fabian Gramling (CDU/CSU): War erst mal offen gestellt. Die Frage war, ob Sie sich - - Ich meine, der Angriffskrieg war ja dann am 28. Februar, als diese Mail geschrieben wurde, schon ein paar Tage alt. Sie sind ja für das Thema Systemsicherheit verantwortlich. Das heißt: Haben Sie sich davor schon mal mit dieser Frage auseinandergesetzt gehabt oder erst dann aufgrund dieser Mail und der weiteren Vorgänge rund um den Prüfvermerk?

Zeuge Thorsten Falk: Also, einerseits: Nein, ich habe mir im Vorfeld keine Gedanken dazu gemacht. Und gleichzeitig war ich an diesem Vermerk auch nicht beteiligt.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Also, ich habe in den Mails gesehen, dass es eine Besprechung gab am 3. März mit Herrn Staatssekretär Graichen, und da hat die Frau Thomaschki gebeten, dass Sie dazukommen sollen. Haben Sie an diesem Gespräch teilgenommen?

Zeuge Thorsten Falk: Wie gerade ausgeführt, genau, habe ich keine Erinnerung daran, dass ich daran teilgenommen habe.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Aber an den Vermerk vom 3. März vom Herrn R[redacted] erinnern Sie sich.

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne sozusagen halt die Diskussion darum, und, ich sage mal, ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass ich mal im Verteiler war in irgendeiner Runde - so halt. Aber ich habe mich mit diesem Thema nicht beschäftigt.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Inwieweit haben Sie sich denn ausgetauscht auch mit anderen Referaten? Weil, ich meine, jetzt rein im - - Sie haben jetzt gesagt, Sie haben den Mailverkehr noch mal angeschaut im Somm- -

Zeuge Thorsten Falk: Zu welcher - -

Fabian Gramling (CDU/CSU): Bitte?

Zeuge Thorsten Falk: Zu welcher Frage? Zur Laufzeitverlängerung?

Fabian Gramling (CDU/CSU): In diesem Themenkomplex jetzt, wo wir gerade drin sind. Ich meine, Sie haben ausgeführt, Sie haben noch mal die alten Mails angeschaut. Wir haben einige Mails gefunden, wo sowohl Sie als auch zum Beispiel jetzt in diesem Fall der Herr R[redacted] mit in cc gesetzt waren. Da hat jetzt ein Kollege von Ihnen ein Papier geschrieben, und deswegen würde es mich einfach nur interessieren - Sie sind für Systemsicherheit verantwortlich und der andere für Versorgungssicherheit -, ob man sich da mal irgendwie nicht vielleicht auch in der Kaffeeküche oder im Rahmen von einem Austausch, von einem Termin mit der Thematik beschäftigt hat oder auch ausgetauscht hat, die Standpunkte ausgetauscht hat.

Zeuge Thorsten Falk: Also, zum damaligen Zeitpunkt war ich für Verteilnetze zuständig. Das heißt, ich hatte noch gar keine Zuständigkeit für das Thema Systemsicherheit. Es gab dann kurzfristig die Bitte, dass ich mit bei diesen Themen mitarbeite, bis es dann praktisch ja, ich sage mal so, im April oder Mai - ich weiß es nicht ganz genau - zu dieser organisatorischen Trennung kam. Und in dieser Phase haben wir ad hoc nach Lösungsansätzen gesucht, um, ich sage mal so, die Situation zu entschärfen. Ich gebe ehrlich zu, dass ich gerade in dieser Phase bis Mitte März, bis die Synchronisierung mit der Ukraine dann glücklicherweise gut funktioniert hat, praktisch relativ stark in diesem Themenkomplex drin war und nebenbei versucht habe, ich sage mal, diese Ad-hoc-Maßnahmen mit zu begleiten.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Wie gut kennen Sie den Herrn R[redacted]?

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne Herrn R[redacted] seit einigen Jahren.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und wie schätzen Sie seine Expertise ein?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thorsten Falk: Herr R[redacted] ist ein fachkundiger Kollege.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Dann würde ich gerne noch mal nachfragen auf Basis des Vermerks vom Herrn R[redacted]. Der hat dann den Herrn Staatssekretär Graichen direkt am Abend des 3. März 2022 erreicht. Haben Sie da irgendwie mitbekommen, wie der Staatssekretär auf diesen Vermerk reagiert hat?

Zeuge Thorsten Falk: Nein.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Das heißt, Sie wussten auch nicht, dass der Staatssekretär offensichtlich nicht besonders begeistert war, da er zwar einen Vermerk des BMUV vom 3. März 22 sowie ein Schreiben von RWE und EnBW an den Minister weitergeben ließ, nicht aber diese energiewirtschaftliche Bewertung. - Okay, dann nehmen wir das mal so zur Kenntnis.

Dann würde ich gerne beim zweiten Stresstest weitermachen. Können Sie uns mal ausführen den Unterschied bei der Vorbereitung, bei der Herangehensweise zwischen dem zweiten Stresstest und dem ersten Stresstest?

Zeuge Thorsten Falk: Der erste Stresstest lief relativ, ich sage mal, unter sozusagen - - Also, es war in der Öffentlichkeit nicht bekannt, dass wir diesen Stresstest 1 machen, und deshalb konnten wir, ich sage mal, im März/April uns auch sehr intensiv mit den Netzbetreibern austauschen, sozusagen halt über Annahmen und ähnliche Sachen. Und im Endeffekt wird dann der Stresstest 1 ja nach meiner Erinnerung im Juni oder Juli - ich weiß gar nicht mehr ganz genau - sozusagen halt veröffentlicht, und es kommt eine Forderung auf praktisch, neue Rechnungen vorzulegen, die angepasst sind an die jeweilige aktuelle Situation. Und das ist dann der Stresstest 2, wo ein extremer Druck besteht, den zu einem Zeitpunkt X zu veröffentlichen. Da gibt es eben unterschiedliche Wünsche sozusagen halt seitens der Öffentlichkeit. Das ist der Unterschied.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Also, wenn ich so die Mails anschaue, waren Sie ja beim zweiten Stresstest auch sehr intensiv mit dabei und haben sich da auch intensiv drum bemüht. Welche Rolle nahm denn der Staatssekretär Graichen bei diesem zweiten Stresstest ein?

Zeuge Thorsten Falk: Herr Graichen hat relativ früh beim Stresstest 2, stärker als beim Stresstest 1 - - weil da - ich sage mal, in der Situation haben wir mehr auf Arbeitsebene halt abgestimmt und Szenarien entwickelt - wollte er sichergehen, dass die Annahmen, die unterstellt waren beim Stresstest 2, auch in der Öffentlichkeit Bestand haben und nicht kritisiert werden können.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und war man sich mit den Übertragungsnetzbetreibern immer einig, was die Parametrierung und Durchführung des Stresstests angeht?

Zeuge Thorsten Falk: Also, es gibt auch bei den Bedarfsanalysen, die jährlich durchgeführt werden, immer wieder Diskussionen mit den Übertragungsnetzbetreibern über richtige oder falsche Annahmen und, ich sage mal, welchen Mehrwert Änderungen an Annahmen beispielsweise bringen für die Erkenntnisse. Das ist relativ entscheidend, weil man muss im Hinterkopf haben: Hier geht es praktisch um den Stromnetzbetrieb, und da sind Stromflüsse innerhalb Europas, ich sage mal so, ganz zentral für die Bewertung, ob man das Marktergebnis transportieren kann oder nicht. Und, ich sage mal so, bestimmte Änderungen, die erst mal plausibel scheinen, können eventuell zu Situationen führen, die gar nicht so sehr das Netz stressen.

Ich nehme mal ein Beispiel jetzt aus der Phase, an das ich mich noch relativ gut erinnern kann. Damals gab es diese Diskussion um Heizlüfter, und wir haben mit den Übertragungsnetzbetreibern sehr intensiv diskutiert, welche Leistung und welchen Verbrauch wir da unterstellen wollen. Wir hatten vorgeschlagen, dass unter anderem in diesem „+++“-Szenario die Leistung der Heizlüfter höher angesetzt wird, weil wir geglaubt hatten, dass das ein Stress ist. Und die Übertragungsnetzbetreiber sind dann im Nachgang der Abstimmung noch mal auf uns zugekommen und haben uns gebeten, diese Zahlen runterzunehmen, weil sozusagen halt der Stress

Nur zur dienstlichen Verwendung

fürs Netz * geringer ausfallen würde. So. Und das zeigt so ein bisschen, ich sage mal so, diese Komplexität, welche Annahmen man da trifft, und vor allen Dingen, welche Erkenntnisse man aus diesen Annahmen herausziehen kann. Und deshalb gibt es immer, ich sage mal, Diskussionen mit den Übertragungsnetzbetreibern zu den Annahmen.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Was war denn aus Ihrer Sicht das Ziel des Stresstests?

Zeuge Thorsten Falk: Ziel des Stresstestes war es, nach Möglichkeit, ich sage mal so, die aktuelle Situation bzw. die Situation, wie sie sich hätte entwickeln können, abbilden zu können und zu gucken: „Was sind zentrale Punkte oder neuralgische Punkte im Netzbetrieb, die sozusagen halt einen Stress darstellen?“, um dann ableiten zu können, welche Maßnahmen man, ich sage mal, einleiten kann, um das Problem zu lösen, sofern es zu einem Problem im Stromnetzbetrieb kam.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und gab es innerhalb - - Sie haben jetzt gesagt: Übertragungsnetzbetreiber, da gibt es immer unterschiedliche Sichtweisen. - Gab es auch unterschiedliche Sichtweisen im BMWK?

Zeuge Thorsten Falk: Wir diskutieren sehr intensiv, ich sage mal so, über unterschiedliche Annahmen. Da ging es gerade, ich sage mal, um Verbräuche beispielsweise. Also, ein ganz zentraler Treiber war die Diskussion: „Wie gehen wir mit dem Stromverbrauch der Industrie und der Wirtschaft um?“, weil da gab es, ich sage mal, Diskussionen aufgrund der hohen Strompreise, und es war auch erkennbar, dass, ich sage mal so, der Verbrauch rückläufig ist. Da haben wir uns dann beispielsweise entschieden, eben den hohen Stromverbrauch historisch zu unterstellen, um da sozusagen halt ein robustes Szenario zu entwickeln.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Hat es sich bei diesem zweiten Stresstest - wenn Sie sich jetzt mal so zurückerinnern - wirklich um ein echtes Worst-Case-Szenario gehandelt, auch gerade was die Parameter angeht, oder nicht?

Zeuge Thorsten Falk: Also, wir sind gestartet mit Annahmen, die sich dann im Laufe des Prozesses der Rechnung vom Stresstest 2 als, ich würde sagen, nicht richtig - „falsch“ ist das falsche Wort - herausgestellt haben. Es gab einerseits halt Modellprobleme, aber beispielsweise auch diese Heizlüfterthematik. Die hatten wir am Anfang noch nicht so gut abgebildet, und das wurde dann später nachgeschärft, nachdem klar war praktisch, wie die ersten Zwischenergebnisse aussehen.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und aus Ihrer Wahrnehmung: Wie stark hat der Minister Habeck selbst bei der Durchführung des zweiten Stresstests sich eingebracht bzw. da auch Vorgaben gemacht?

Zeuge Thorsten Falk: Nach meiner Erinnerung gab es, als wir die ersten Zwischenergebnisse bekamen, die gezeigt haben, dass es, ich sage mal, nicht zu einer gestressten Netzsituation führt, die Bitte, das System so zu stressen, dass es praktisch erkennbar ist, wo neuralgische Punkte im Netzbetrieb sind.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Wir sind auf eine Mail gestoßen vom 13. Juli 2022, die Ihr Abteilungsleiter, Herr Dr. Oschmann, an Sie weitergeleitet hat, mit einer Weisung von Minister Habeck, wo es heißt:

> „mdB um Berücksichtigung:
> BM bittet darum, insbesondere folgende Annahmen zugrunde zu legen:
> "1. Rhein wie 2018
> 2. AKW in F“

- voraussichtlich für „Frankreich“ -

> „ohne die, die nach Wartung wieder ans Netz gehen
> 3. Gasspeicher voll, aber keine Lieferung mehr ab November."“

Das sind ja dann schon klare Annahmen, die gefordert wurden. Und da stelle ich mir die Frage oder habe ich mir die Frage gestellt, wenn man sagt, man möchte da einen Stresstest machen, ob manche Annahmen schon klar waren oder ob es

Nur zur dienstlichen Verwendung

dieses separaten Hinweises vom Minister noch mal bedurft hat und, wenn ja, warum.

Zeuge Thorsten Falk: Dürfte ich die E-Mail ganz kurz sehen, bitte, damit ich weiß, um welche Annahmen es geht?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Kommt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Gut. - Also, genau, das sind drei Annahmen - - Beziehungsweise die dritte Annahme mit dem „Gasspeicher voll, aber keine Lieferung mehr ab November“, das hat sozusagen halt, ich sage mal, im Rahmen jetzt des Stresstests 2 praktisch - - spielt keine Rolle. Kann ich nachher auch gerne ausführen, wenn Sie das möchten.

Bei „Rhein wie 2018“ - - Das war eine Situation nach meiner Erinnerung mit Extremniedrigwasser im Rhein. Extremniedrigwasser im Rhein bedeutet, dass wir die Kohlelieferung auf die süddeutschen Kohlekraftwerke, auf die Lager nicht bekommen und wir in dem Zeitpunkt sozusagen halt angewiesen wären, dass die Deutsche Bahn die Logistik übernimmt. Dazu gab es dann sozusagen halt auch unterschiedliche Maßnahmen und Diskussionen im Sommer, inwieweit wir über Verordnungen des Verkehrsministeriums da praktisch nachweisen können. Genau, und das hier ist sozusagen - - Also, jetzt „Rhein 2018“ ist eine extrem gestresste Situation. Das war mal Diskussion: Wie geht man damit halt um? - Das ist dann eingeflossen in die unterschiedlichen drei Szenarien, wie stark verfügbar die Kraftwerke in Süddeutschland sind. Das sieht man sozusagen - - In den unterschiedlichen Szenarien haben wir das halt weiter abgeschmolzen.

Bei „AKW in Frankreich“ war die Diskussion - - Das war, ich sage mal so, in 22 oder aber auch schon 21 ja eine ziemliche Herausforderung für Europa insgesamt aufgrund der geringen Verfügbarkeit der französischen Kernkraftwerke. Und in dieser Phase standen wir sehr intensiv im Austausch mit den ÜNB und RTE, dem französischen Übertragungsnetzbetreiber, der Annahmen gemacht hat: Welche Kraftwerke sind in Revision, und wann kommen diese Kraftwerke zurück? Und da gab es extrem offene Fragen. Die Grundidee sozusagen halt jetzt des Stresstests 2 war, dass man sehr geringe Verfügbarkeiten von Frankreich annimmt. Das spiegelt sich jetzt hier wider in „AKW in F ohne die, die nach Wartung wieder ans Netz gehen“. Also, da war ja unterstellt, es laufen Revisionen von Kraftwerken, aber man geht sozusagen nicht davon aus, dass die zurückkommen. Und das ist dann eingeflossen in die Abstufung, welche Leistung in Frankreich verfügbar ist.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Können Sie mir sagen, wer konkret die Entscheidung getroffen hat, dass der zweite Stresstest durchgeführt werden soll?

Zeuge Thorsten Falk: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Uns wurde bloß mitgeteilt, dass wir einen zweiten Test oder sozusagen zweite Rechenläufe machen sollen. Aber im End- - Ja.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt - - Oder: Wenn ich die Akten richtig lese, war zumindest der Staatssekretär Graichen nicht sonderlich begeistert davon, dass jetzt noch mal ein zweiter Stresstest durchgeführt wird. In einem Bericht zur Sitzung am 21. Juli heißt es:

> „Herr Graichen eröffnete den Termin mit der Aussage, dass die Diskussion politisch aufgeladen sei, die anstehenden Analysen nicht unschuldig seien und es insbesondere um die Frage gehen solle, ob die KKW Streckbetrieb machen sollten oder nicht.“

Deswegen da noch mal die konkrete Nachfrage, ob es eine einheitliche Haltung im Leitungsstab des Wirtschaftsministeriums bezüglich des zweiten Stresstests gegeben hat.

(RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Entschuldigen Sie, Herr Heck!)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja, bitte.

Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK)**:** Vielen Dank. - Ich bin mir nicht sicher, ob die MAT-Nummer gesagt wurde. Entweder haben wir es überhört? Dann wäre ich noch mal dankbar.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Kann ich nachliefern: MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 71.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich habe keine Erinnerung an die Sitzung. Und vielleicht dazu nur kurz, dass ich in diesem Zeitraum im Juli, als die Entscheidungen getroffen wurden, dass es einen zweiten Stresstest gab, dreieinhalb Wochen im Urlaub war. Vor dem Hintergrund habe ich keine Erinnerung, wie jetzt diese Entscheidungen zustande gekommen sind.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Vielleicht noch abschließend in der Fragerunde noch mal das Thema Redispatch-Potenziale. Da ging es ja auch drum, wovon man ausgegangen ist, was im Ausland für Potenziale verfügbar sind oder auch nicht. Das ist auch in der - muss ich gerade schnell schauen, zack - MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 70, in dem Fall.

Können Sie sich noch erinnern, warum man so vorgegangen ist? War es nicht schon deswegen allein klar, dass die Kernkraftwerke einen Beitrag leisten können, da dann mehr Kohle für den Redispatch auch zur Verfügung gestanden hätte?

Zeuge Thorsten Falk: Müsste ich einmal ganz kurz noch mal lesen, bitte.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Haben Sie schon vorliegen. Das ist nur die vordere Seite, Blatt 70.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Können Sie vielleicht noch mal sagen, weil die E-Mail relativ lang ist, ungefähr in welchem Absatz?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Das muss ich gerade selber suchen.

(Abg. Fabian Gramling (CDU/CSU) blättert in seinen Unterlagen)

Ungefähr in der Mitte:

„Bzgl. ausländischem RD-Potential …“

- Redispatch-Potenzial.

Zeuge Thorsten Falk: Also, wie gesagt, wir sind im europäischen Stromverbund. Und, ich sage mal so, dadurch ist praktisch - - Redispatch wird nicht ausschließlich nur, ich sage mal, innerhalb von Deutschland gemacht, sondern wir haben praktisch einen grenzüberschreitenden Redispatch in der Core-Region. Deshalb stimmen sich die Übertragungsnetzbetreiber auch entsprechend ab. Und das ist ein bisschen abhängig davon, ich sage mal so halt, welche Netzengpässe man hat und welche Netzengpässe man dispatchen muss, um zu Lösungen zu kommen. Und hier ist es so, dass teilweise Kraftwerke, die halt eben nicht netzentlastend wirken beim Hochfahren beispielsweise, nichts bringen für diese Netzengpasssituation. Und vor dem Hintergrund ist es häufig deutlich effizienter, im Ausland auch Kraftwerke einzusetzen und zu dispatchen.

In dem Fall, nach meiner Erinnerung, liefen hier insbesondere die Diskussionen aufgrund der geringen Verfügbarkeit der Kernkraftwerke in Frankreich, hatten wir extrem hohe Stromexporte nach Frankreich und damit sehr starke Nord-Süd- bzw. sogar, ich sage mal so halt, Ost-West-Flüsse über Niederlande, Belgien, dann nach Frankreich rüber. Und das war eine komplett neue Situation. Und vor dem Hintergrund, genau, ist praktisch hier ein europäischer Ansatz auch gerechtfertigt.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Herr Falk, guten

Nur zur dienstlichen Verwendung

Abend! Vielen Dank, dass Sie da sind und wir mit Ihnen noch mal diese Zeit bewegen können, bei der wir aus den Akten ersehen können, auch unter was für einer Volllast Sie in Ihren Abteilungen da gearbeitet haben, wenn man so die Mails und die Uhrzeiten anguckt.

Vielleicht können Sie uns helfen, einmal überhaupt zu beschreiben die allgemeine Situation der System- und Versorgungssicherheit in Deutschland im ersten Jahr nach Kriegsbeginn. Inwieweit und unter welchen Umständen war die Energieversorgung in Deutschland denn gefährdet?

Zeuge Thorsten Falk: Vielleicht vorab - ich sage mal so halt -: Mein Referat ist nicht für die Frage Versorgungssicherheit zuständig - da wäre man sozusagen halt praktisch am Strommarkt -, sondern tatsächlich können wir, ich sage mal so halt, die Situation im Stromnetz transportieren, den Strom, ich sage mal, von A nach B, so halt; das vielleicht vor die Klammer gezogen.

Ich sage mal, mit Kriegsausbruch, im Endeffekt, haben wir eine Situation, auf die wir alle nicht vorbereitet waren, auch von den Strukturen her nicht. Das muss man ganz klar sagen. Es gab auch keinerlei Mechanismen zwischen Übertragungsnetzbetreibern/Bundesnetzagentur, wie man auf so eine Situation reagiert. Das ist erst im Laufe des Jahres 22, in Teilen auch 23 erst sozusagen halt so in der Struktur jetzt gebaut worden, wie es jetzt heute der Fall ist. Und, ich sage mal so halt, in der Phase haben wir relativ viel versucht, ad hoc und händisch Lösungen zu entwickeln, wo man gesagt hat: Okay, das kann dem System halt helfen, um eben, ich sage mal so, insbesondere in der Anfangsphase Gas einzusparen. - Das war ein ganz zentraler Punkt. Später sozusagen halt kamen weitere Themen, insbesondere mit Frankreich hinzu, was eine sehr extrem große Herausforderung war, erst mal Sachverhaltsaufklärung zu machen.

Ich nehme mal ein Beispiel: Wir waren ja auch relativ stark abhängig von russischer Kohle. Und russische Kohle hat halt eine andere Zusammensetzung als, ich sage mal, Kohle aus Südafrika, Australien oder Südamerika. Und zum Teil stand im Raum, dass Kraftwerke, die auf russische Kohle angewiesen waren, nicht andere Kohle verbrennen können bzw. nur mit erheblichen Schäden im Maschinenbereich, so halt. Das kann ich - ich bin kein Kraftwerkstechniker - nicht im letzten Detail beleuchten halt; aber was ich damit beschreiben will, ist, dass nicht so ganz klar war, welche Leistungskapazitäten wir dann in den Situationen am Netz haben. Das ist dann relativ schnell aufgeklärt worden.

Es war auch lange Zeit unklar: Kriegen denn die Gaskraftwerke ausreichend Gas? Das ist sichergestellt worden, dass systemrelevante Kraftwerke zur Stromversorgung immer mit Gas versorgt werden, selbst wenn Gas knapp werden würde. Und das war, ich sage mal, eine Entwicklung praktisch im ersten Halbjahr insbesondere halt, die extrem herausfordernd war und, genau, wo man mit Annahmen halt eben erst mal arbeiten musste.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Also, jetzt aus Laiensicht gesprochen: Sie waren da in einer extraordinären Situation. Und es waren so drei Parameter oder wahrscheinlich noch mehr, die da auf die Sicherheit der Leitungen und des Transports von Strom gewirkt haben: Das eine war der Wegfall von Gas aus Russland, das andere war der Wegfall von Kohle aus Russland, und das Dritte war die Unsicherheit des Stroms, der aus Frankreich ins Netz eigentlich eingespeist wird, weil eben irgendwie, wenn ich das richtig verstehe, 50 Prozent der AKW da nicht lief. Und das waren sozusagen die Parameter, die auf diese Situation gewirkt haben.

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich sage mal so: Wir sind im europäischen Stromverbund. Das sind, ich sage mal, drei Highlight-Indikatoren. Aber wie ich bereits beschrieben habe: In diese Bedarfsanalysen oder dann auch Stresstests, da gingen ganz viele Indikatoren halt eben rein.

Deshalb, ich sage mal: Man kann jetzt nicht pauschal sagen, das sind nur die drei, sondern da haben ganz andere Sachen eben auch noch mit reingespielt; so halt. Also, insbesondere auch in dem Moment, wo sich Verbräuche ändern in

Nur zur dienstlichen Verwendung

Europa, was sozusagen aufgrund der hohen Gaspreise - - kommt es auf einmal komplett zu anderen Lastflüssen; so halt. Und da waren extreme Unsicherheiten halt einfach in der Bewertung drin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da haben Sie sozusagen diese Stresstests gemacht. - Und was war denn sozusagen das Leitmotiv Ihrer Arbeit? Das mag Ihnen jetzt trivial vorkommen, aber ich würde es gern noch mal hören.

Zeuge Thorsten Falk: Mein Leitmotiv, natürlich das oberste, war, ich sage mal, die Systemsicherheit zu gewährleisten und dafür Maßnahmen zu finden, die, ich sage mal so, einerseits Entlastung bringen in Richtung, ich sage mal, beispielsweise Gaseinsparung, aber die perspektivisch halt auch das Netz deutlich robuster machen, als es zu dem Zeitpunkt war, und dafür Ad-hoc-Lösungen zu finden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie würden sagen, auch diese scharfen Worst-Case-Szenarien, die in den ersten und dann auch in den zweiten Stresstest eingegangen sind, die waren vor allen Dingen von allen Beteiligten davon getragen, dafür zu sorgen, dass Netzstabilität besteht, dass man für alle Unwägbarkeiten gerüstet ist?

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich sage mal so: Grundthema der Bedarfsanalysen - und, wie gesagt, auf denen setzten die Stresstests auf - ist immer eine sehr konservative Bewertung der Netzsituation. Das heißt, dass man mit Lösungsräumen sehr diskret umgeht, die nicht 100 Prozent beispielsweise einplant, sondern entweder gar nicht einplant oder halt nur in Teilen, mit dem Ziel, zu wissen: Wo sind die Stresspunkte im Netz und damit für die Versorgungssicherheit? Das ist sozusagen halt die oberste Leitlinie der Bedarfsanalyse, so wie diese Methodik halt eben ist. Und das war auch die Idee der Stresstests, hier die wesentlichen Punkte zu identifizieren, wo das Netz ein Problem hat und was in diesen Situationen helfen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das ist schön, dass Sie das sagen. Weil wenn man die E-Mail-Exegese hier, die dann immer punktuell ist, verfolgt bei den Befragungen, dann könnte man ja den Eindruck gewinnen, dass manche hier danach forschen, dass irgendwelche anderen Motive Ihr Haus geprägt hätten als die Versorgungssicherheit. Und das ist unser Eindruck nach all dem, was wir jetzt hier gelesen und erfahren haben, bisher gar nicht.

Eine ganz triviale Frage: Wenn es eine Lastenunterdeckung gegeben hätte, was wäre dann eigentlich passiert? Wäre es dann zu einem großflächigen Stromausfall gekommen? Oder was macht man dann? Geht dann in Deutschland das Licht aus?

Zeuge Thorsten Falk: Also, hier muss man noch mal unterscheiden eventuell, ob es tatsächliche Lastunterdeckungen sind, vor denen man real steht, oder sozusagen halt in der Methodik. Bei den Netzberechnungen, die wir hier durchgeführt haben, ist die Prämisse, dass wir die europäischen Vorgaben zum Stromhandel einhalten. Das heißt sozusagen halt, dass wir im Austausch stehen mit dem Ausland.

In den Stresssituationen ist es in der Regel so, dass wir hohe Stromtransite haben. Und als erste Maßnahme, um diese Lastunterdeckungen zu heilen, würde man beispielsweise - das gibt das europäische Recht auch her - diese Stromtransite begrenzen. Und das wäre praktisch der erste Schritt, den man machen würde.

Dann gibt es noch weitere Maßnahmen seitens der Netzbetreiber, nennen sich sogenannte netztopologische Maßnahmen. Da können die im Netz schalten, die haben auch in bestimmten Situationen Möglichkeiten, bei Netzengpässen, die eventuell zu so einer Lastunterdeckung führen würden, das Netz kurzfristig höher auszulasten, als es im Normalbetrieb der Fall ist; die Möglichkeit besteht auch.

Wenn es dann zur Lastunterdeckung kommt und es zu wirklichen Lastabwürfen kommen müsste, dann würde man sozusagen halt regional gucken,

Nur zur dienstlichen Verwendung

wo es die geringsten Auswirkungen hat. Dazu kennen die Netzbetreiber halt eben ihre Netzknoten und würden dann temporär einzelne Netzknoten abschalten und damit Lasten, würden damit aber das Gesamtsystem stabil halten und damit relativ zügig wieder in der Lage sein, wenn ausreichend Strom zur Verfügung ist, die Lasten wieder mit Strom zu decken. So, und das ist - - Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Ich übersetze das noch mal in meine Laiensicht: Also, neben den hohen Parametern, die Sie gesetzt haben in diesen Stresstests, den Worst-Case-Szenarien oder den Zuspitzungen der Lage, gibt es auch noch sozusagen einen zusätzlichen Puffer in der Methodik, wie man dann auf solche Zuspitzungen reagiert. - Fühlen Sie sich da richtig wiedergegeben?

Zeuge Thorsten Falk: Ja, die Netzbetreiber haben im täglichen Doing sozusagen halt noch Instrumente, die wir nicht abbilden in der Methode.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Gut. - Jetzt mal zu dem ganzen Prozess. Das ist ja auch für Sie sicherlich mit all der Erfahrung, die Sie in Ihren Tätigkeiten haben, eine ganz besondere Zeit gewesen. War Ihr Eindruck, dass im Haus und so, wie Sie mit diesen Sachen umgegangen sind - - dass das Haus mit seiner ganzen fachlichen und sachlichen Expertise diese Krise gut gemanagt hat?

Zeuge Thorsten Falk: Ich würde sagen, dass wir für meinen engeren Bereich relativ zügig Analysen durchgeführt haben, Ad-hoc-Maßnahmen entwickelt haben. Ob das dann in Summe gut oder schlecht war, ich glaube, das müssen andere bewerten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sehr selbstlos von Ihnen, das so zu sagen. Man muss ja sagen, es hat alles sehr gut funktioniert. Und das muss ja auch irgendwie - - Ich meine, man redet doch darüber, wenn man so eine Krise hat, wie man da durchgekommen ist. Und sind Sie gut durch diese Krise gekommen?

Zeuge Thorsten Falk: Ich würde sagen halt, wir sind insbesondere durch den Winter 22/23 und 23/24 durch die verschiedenen Maßnahmen sehr gut durchgekommen. Das war im Zusammenspiel mit Bundesnetzagentur und Übertragungsnetzbetreibern, glaube ich, eine Herkulesaufgabe - das kann man ganz klar sagen -, wo wir versucht haben, alles zu lösen, was an Problemen auftauchte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist auch mein Eindruck. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wir kommen zur FDP. Herr Grünke.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Falk, vielen Dank, dass Sie heute Abend bei uns sind. In Ihrem Eingangsstatement haben Sie davon berichtet, dass Sie auch zuständig waren für die Verbindung des europäischen Netzes mit dem ukrainischen Netz, wenn ich das richtig verstanden habe.

Können Sie dazu bitte noch mal ein bisschen ausführlicher ausführen, was da gemacht werden musste, wie das abgelaufen ist, für uns zum Verständnis?

Zeuge Thorsten Falk: Zum Verständnis würde ich ganz kurz ausholen: Also, Hintergrund war, dass es innerhalb der ENTSO-E einen Vertrag mit Ukrenerho, dem ukrainischen Übertragungsnetzbetreiber, gab und das Ziel lange im Raum schon stand, die Ukraine ans westeuropäische Stromnetz anzuschließen. Ein Teil des ukrainischen Stromnetzes war an Westeuropa bereits angeschlossen, der größere Teil aber ans russische Stromnetz. Vertragsgemäß befand sich die Ukraine in der Situation, als der Angriffskrieg gestartet ist, im Inselnetzbetrieb. Das ist sozusagen halt vertraglich vorgegeben: Der Netzbetreiber oder sozusagen die Netzregion muss nachweisen, dass sie im Inselnetzbetrieb fahren kann. - Das ist zum Beispiel so jetzt auch im Baltikum Anfang nächsten Jahres, die auch ans westeuropäische Stromnetz angeschlossen werden. Das müssen die auch vertragsmäßig

zeigen, dass die das können. Das ist eine bestimmte Zeit.

Das heißt, die Ukraine befand sich im Inselnetzbetrieb in dem Moment. Und in so einem Inselnetzbetrieb ist man prinzipiell instabiler, als wenn man in einem europäischen großen Verbund oder auch in einem russischen Verbund praktisch sozusagen halt integriert ist. Und in der Situation war relativ schnell klar, dass die Ukraine einerseits mit Störungen im Stromnetz aufgrund der Kriegshandlungen zu rechnen hatte - bzw. das hat auch das tägliche Lagebild ergeben - und andererseits nicht wieder zurückkonnte ans russische Stromnetz. Und vertragsgemäß wäre es aber so gewesen, dass eigentlich die Ukraine noch bestimmte Kriterien hätte technisch erfüllen müssen.

Und praktisch mit Kriegsausbruch, an dem Tag bzw. am nächsten Tag, gab es dann Schaltkonferenzen innerhalb der europäischen Übertragungsnetzbetreiber und unserer Übertragungsnetzbetreiber in Abstimmung mit uns und der Bundesnetzagentur: Welche technischen Lösungen existieren, um sehr kurzfristig die Ukraine ans westeuropäische Stromnetz anzuschließen? Und der Prozess hat sich dann bis Mitte März hingezogen, sodass wir in der Regel ein bis zwei, ich sage mal, Telefonkonferenzen zu diesen Themen pro Tag hatten, auch teilweise in der Nacht.

Julian Grünke (FDP): Was waren die Auswirkungen dieses Anschlusses dann auf das deutsche Stromnetz?

Zeuge Thorsten Falk: Gar keine. Hier ging es in dem Fall nicht darum, Strom zu transportieren in die Ukraine oder aus der Ukraine sozusagen halt Strom zu exportieren, sondern hier ging es ausschließlich darum, technische Netzstabilität denen zu geben. Das heißt, sozusagen halt ein robustes, großes Stromnetz, wo, ich sage mal, träge Massen, große rotierende Massen enthalten sind, kann einen Netzfehler deutlich besser händeln als ein kleines Netz, was eben nicht diese Netzeigenschaften hat. Und deshalb ist eben dieses große europäische Verbundnetz auch ein sehr stabiles Verbundnetz aufgrund der Vermaschung. Und hier ging es tatsächlich nicht darum, Strom in die Ukraine zu exportieren, sondern ausschließlich sozusagen - - Also, es war bewusst so: Die europäischen Netzbetreiber haben gesagt: Wir können nur die Ukraine anschließen, wenn wir sämtlichen Stromaustausch unterbinden und nur praktisch netztechnisch das Netz miteinander koppeln.

Julian Grünke (FDP): Und das europäische Netz ist quasi in sich so stabil, dass die zu erwartenden Stabilisierungseffekte, die man für die Ukraine dann leistet, dem europäischen Netz keine abträgliche Wirkung zufügen?

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Dazu haben die Übertragungsnetzbetreiber sehr intensive Berechnungen noch kurzfristig angestellt, und man hat sogenannte Schutzeinstellungen auf, ich sage mal so, Transformatoren, auf bestimmten Leitungen, die man so sensibel einstellen kann, dass, wenn es zu Schwierigkeiten in der Ukraine gekommen wäre, die Ukraine wieder abgeworfen worden wäre.

Julian Grünke (FDP): Wer war da bei Ihnen im Haus noch zuständig?

Zeuge Thorsten Falk: Da war mein Referat für zuständig.

Julian Grünke (FDP): Und auf Staatssekretärsebene?

Zeuge Thorsten Falk: Auf Staatssekretärsebene wäre es direkt Staatssekretär Graichen.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank für diesen Punkt. - Ich möchte jetzt wieder ein bisschen näher zurück ans Thema kommen. In Ihrem Referat wurde im Zeitraum der Untersuchung maßgeblich auch am Stresstest gearbeitet. Am 17. Juli hat das BMWK die Übertragungsnetzbetreiber mit der Erstellung des zweiten Stresstests beauftragt. Am 14.08.22 haben wir in den Akten eine Mail von Ihnen an Herrn Dr. Graichen und [redacted] gefunden unter dem Betreff „Szenarienübersicht mit Kompr.“. Sie führen aus:

Nur zur dienstlichen Verwendung

„Lieber Patrick, lieber [redacted]
anbei ein weiterer Versuch.
Wahrscheinlich nicht zu 100%
Prozent selbsterklärend …

Auch wir fanden das nicht zu 100 Prozent selbsterklärend. - Deswegen würde ich Sie bitten, sich das kurz mal anzuschauen und uns dann vielleicht ein bisschen durch das Dokument zu führen; das ist MAT A BMWK-4.03 VS-NfD, Blatt 494 ff.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Zeuge Thorsten Falk: Ja, kann ich sehr gerne ausführen. - Also, das ist praktisch, was ich ja vorhin ausgeführt habe, dass diese Rechenläufe extrem lange dauern und die Übertragungsnetzbetreiber gesagt haben: „Wir haben nur innerhalb des Zeitraums“ - und der Zeitdruck praktisch dann zur Veröffentlichung der Ergebnisse war extrem groß - „die Möglichkeit, x Rechenläufe zu machen.“ Ich habe jetzt nicht die genaue Zahl im Kopf. - Und vor dem Hintergrund gab es eine sehr intensive Diskussion mit den Übertragungsnetzbetreibern, welche Szenarien gerechnet werden sollen, mit welchen Annahmen, und ob für jedes Szenario alle Rechenläufe sinnvoll sind.

Also, ganz kurz nur: Es gibt einen Jahreslauf, das heißt, da werden 365 Tage durchgerechnet für das Jahr 2012, dieses Extremwetterszenario, und dann gibt es noch mal Rechenläufe für die sogenannten Grenzsituationen. Das sind diese beiden synthetischen Wochen, die aus mehreren Wetterjahren praktisch simuliert werden. Und diese beiden Wochen sind in der Regel für die Bewertung der Grenzsituation - so wird das genannt sozusagen halt, das ist praktisch die auslegungsrelevante Situation, für die man Netzreservekraftwerke und sämtliche Maßnahmen auslegt - entscheidend. Und beispielsweise in den Grenzläufen haben wir unterstellt, dass in Süddeutschland deutlich weniger Kraftwerke zur Verfügung stehen, beispielsweise Gaskraftwerke. Das sieht man sozusagen halt auch in den Szenarien.

(Der Zeuge liest in dem Dokument auf dem Tablet)

Also, nehmen wir beispielsweise mal hier jetzt „Netzreserve“ in der Folie: Da haben wir beim Stresstest 1 ++ 67 Prozent, also 4 GW, und unterstellen in dem +++ nur 50 Prozent, 3 GW. Und das ist sozusagen halt bedarfsdimensionierend, wie viel Kraftwerksleistung ich in Süddeutschland vorhalten muss. Das heißt, da kriege ich ausgeworfen: Welche Leistung muss ich vorhalten?

Die Jahresläufe sind halt Rechenläufe, wo ich sehe: Welche Verbräuche haben diese Kraftwerke, also wie viele Terawattstunden produzieren die, und wie viel Gas und wie viel Kohle muss ich halt eben vorhalten? - Und jetzt war sozusagen halt eine sehr intensive Diskussion bei nur begrenzten Rechenläufen, die möglich waren in diesem Zeitraum: Was gibt uns praktisch die größte Erkenntnis, um weitere Maßnahmen ableiten zu können? Und das ist praktisch sozusagen halt die Diskussion jetzt. Und hier führe ich aus in der E-Mail, welche Ansätze möglich sind. Und, ich sage mal so, wir hätten uns gewünscht, dass wir mehr Rechenläufe bekommen halt. Aber das war, wie gesagt, in der Zeit nicht möglich.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank. Das hilft schon mal sehr, um das besser zu verstehen. - In der Mail wird unter anderem auch vom „gestuften Verfahren, wie von BM gewünscht“ gesprochen. Können Sie vielleicht erzählen, was da das gestufte Verfahren ist und was die Auswirkungen dessen sind?

Zeuge Thorsten Falk: Ich müsste es noch mal ganz kurz lesen, weil ich es jetzt nicht in Erinnerung habe.

(Der Zeuge liest in dem Dokument auf dem Tablet)

Julian Grünke (FDP): Bei Option 1 war es ein gestuftes Verfahren und bei Option - - dann keins. Können Sie das - -

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich muss ehrlich sagen, dass ich ein bisschen passen muss, weil

Nur zur dienstlichen Verwendung

ich mich nicht genau dran erinnern kann. In meiner Erinnerung war es so - also so ist es dann praktisch im Stresstest 2 gemacht worden -, dass wir in einem ersten Schritt die drei Szenarien gerechnet haben, also +, ++ und +++. Und auf Grundlage der Ergebnisse wurde dann entschieden wurde, welches Szenario als Sensitivität noch mal gerechnet wird mit Laufzeitverlängerung.

Und, ich glaube, bei Option 3 - aber ich bin mir wirklich überhaupt nicht mehr sicher - war es so, dass wir von Anfang an, glaube ich, festgelegt haben, wann wir praktisch den Streckbetrieb reinkippen, und die ÜNB sofort sozusagen halt damit losgerechnet sind. Und die Grundidee, die dahintersteckte, war, zu sagen: Okay, wir suchen praktisch das Szenario, was einerseits am realistischsten und gestresstesten ist, und gucken dann praktisch auf die Wirkung, wenn es zu dieser Laufzeitverlängerung kommt.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank, Herr Grünke. - Wir kommen dann zur AfD. Herr Kollege Bleck.

Andreas Bleck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Falk. Herr Falk, uns liegt die Ergebnisnotiz einer Telefonkonferenz von Vertretern der ÜNB und des BMWK vor; MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blätter 127 bis 129. Dort ist angegeben, dass Sie seitens des BMWK teilgenommen haben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Daraus geht auch hervor, dass das BMWK an mehreren Stellen die Annahmen der ÜNB hinterfragt. Einige Punkte sollen neu geprüft werden, an anderen Stellen setzt sich das BMWK mit seinen Zahlen durch.

Erinnern Sie sich an diese Konferenz, und können Sie uns aus Ihrer Sicht kurz den Verlauf der Diskussion schildern?

Zeuge Thorsten Falk: Also, das ist tatsächlich kurz nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub, den ich ja länger hatte. Deshalb muss ich noch mal kurz reinlesen.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen

Andreas Bleck (AfD): Können Sie die Zeit stoppen, bitte?

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja.

Andreas Bleck (AfD): Danke.

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich würde vielleicht hier exemplarisch mal auf zwei, drei Punkte eingehen.

Also, wie bereits erwähnt, ich sage mal so halt, haben wir immer - - oder diskutieren wir auch heute gerade aktuell sozusagen für die nächste Bedarfsanalyse 2025 bereits die Annahmen. Und, ich sage mal, dieser Diskussionsprozess ist auch völlig normal. Ich nehme mal den vorletzten Punkt auf der Seite 2:

> „Das BMWK hinterfragt unter Verweis auf Informationen der FNB darauf, dass systemrelevante Gaskraftwerke versorgt werden können …“

Das ist zum Beispiel ein Beispiel. Also die ÜNB sind auf uns zugekommen und haben gesagt: Wir sind uns nicht sicher, ob Gaskraftwerke immer in jeder Situation, insbesondere in Süddeutschland, mit Gas versorgt werden können, wenn es zu einer Gasmangellage kommt. - In Gesprächen mit den Flächennetzbetreibern, also den Gasnetzbetreibern, konnten wir relativ schnell klarstellen, auch mit der Bundesnetzagentur, dass Gaskraftwerke selbst in der Gasmangellage immer mit ausreichend Gas versorgt werden können. Also, das war sozusagen halt ein Punkt, den haben wir mitgenommen von den Übertragungsnetzbetreibern, wo die offene Fragen hatten, haben das geklärt und dann sozusagen halt in der Besprechung zum Beispiel jetzt festgelegt: Okay, Gaskraftwerke werden grundsätzlich versorgt. - Aber

Nur zur dienstlichen Verwendung

in den Stresstests haben wir sozusagen halt ja in dieser Tabelle, die gerade diskutiert, vorgelegt wurde, praktisch auch geringere Gasverfügbarkeiten insbesondere in Süddeutschland, aber auch in Österreich in den Szenarien unterstellt.

Andreas Bleck (AfD): Sie sprachen gerade die Bundesnetzagentur an. Was mir aufgefallen ist, ist, dass bei diesem Gespräch, bei dieser Telefonkonferenz die Bundesnetzagentur überhaupt gar nicht dabei war. Wissen Sie, warum?

Zeuge Thorsten Falk: Der Kreis wurde tatsächlich relativ klein gehalten, um möglichst schnell, ich sage mal so halt, auch Termine abstimmen zu können. Und, ich sage mal, bei offenen Fragen sind wir - wie beispielsweise jetzt mit den FNB und der Versorgung von systemrelevanten Gaskraftwerken - auf die Bundesnetzagentur zugegangen und haben das praktisch geklärt, wie das regulatorisch ist, bzw. in Teilen hat auch die Bundesnetzagentur dann halt eben Gespräche geführt, zum Beispiel mit diesen FNB. Genau.

Andreas Bleck (AfD): Bereits Ende Juli 2022 wurde - das geht aus verschiedenen Mails hervor - über einen Streckbetrieb der verbliebenen Kernkraftwerke nachgedacht. Staatssekretär Graichen versendete dazu nach Abstimmung mit den Betreibern Zahlen an das BMWK, die bereits den April 2023 einbezogen. Hier geht es um MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 200 f. Sie kriegen das zur Verfügung gestellt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Hier geht es vor allem darum, dass Sie dort diskutieren über die Daten und vor allem auch die Monate, in denen die Daten zur Verfügung gestellt werden. Und Sie schreiben dort, dass im Grunde genommen die Daten für den April „unerheblich“ sind für eine Stresssituation, aber wohl „für die Außenwirkung“ wichtig seien. Können Sie uns das erläutern, erklären?

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Kann ich ganz kurz erklären: Staatssekretär Graichen hat in Einzelgesprächen mit den Kraftwerksbetreibern diese Zahlen besorgt. Und das war die Grundlage dann für die Stresstestrechnung, die wir unterstellt haben. Es war so, dass im Raum stand, dass die Verlängerung der Laufzeit bis 31.03. läuft, und so waren auch die Rechenläufe aufgesetzt. Und wir bekamen jetzt hier für April noch die Daten. Und mir war in dem Moment nicht klar, wie wir damit umgehen, sozusagen halt, wofür diese Aprilwerte brauchen. Gleichzeitig ist es tatsächlich so, dass für die Berechnungen von Stresssituationen der April keine Relevanz hat, sondern die Stresssituationen treten im Januar und Februar halt auf. Das sind sozusagen halt die Situationen, wo wir entweder in Europa sehr starken Wind und sehr starke Last haben oder wo wir wenig Windenergie halt haben. Und damit, ich sage mal so halt, läuft unter dem Begriff „Dunkelflaute“ praktisch eine gestresste Situation ab.

Das sind zwei Situationen, die das Netz in Europa komplett unterschiedlich stressen. Und genau auf diese Situationen legen wir praktisch alle Maßnahmen halt auf. Und im April, praktisch mit höheren Temperaturen und einer deutlichen Entspannung insbesondere auch in Frankreich, hat das praktisch sozusagen halt für die Stresstestrechnung keine Relevanz.

Andreas Bleck (AfD): Da sind wir d’accord. - Aber es geht ja um Ihre Aussage: „aber für die Außenwirkung.“ Also die Außenwirkung scheint eine Relevanz zu haben. Mir ging es jetzt genau um diesen Passus. Den wollte ich erklärt wissen, was Sie mit „Außenwirkung“ meinen, warum denn die Außenwirkung eine Relevanz da hat.

Zeuge Thorsten Falk: Weil zu dem Zeitpunkt diskutiert wurde, bis wann, ich sage mal so, diese Laufzeitverlängerung überhaupt angedacht wird und wie man praktisch mit diesen Zahlen umgeht.

Andreas Bleck (AfD): Also, das heißt, Sie haben, anders gesagt, befürchtet, würde man jetzt mit Zahlen für den April rausgehen, würde in der Öffentlichkeit möglicherweise der Eindruck

Nur zur dienstlichen Verwendung

entstehen, es gäbe Planspiele oder es gäbe Überlegungen, einen Streckbetrieb auch über den März hinaus zu machen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Thorsten Falk: Können Sie die Frage noch mal wiederholen? Entschuldigung.

Andreas Bleck (AfD): Also, die Frage war, wenn Sie hier von der „Außenwirkung“ sprechen, um die es hier geht, dann ist ja die Frage, wenn immer die Rede davon war: „bis zum 31.03.“: Haben Sie befürchtet, dass, wenn man mit den Zahlen für den April nach außen geht, dann möglicherweise in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, in den Ministerien oder in den Behörden würde ein Streckbetrieb auch über den 31.03. hinaus diskutiert worden sein?

Zeuge Thorsten Falk: Nein, ich war auch gar nicht an diesen Diskussionen beteiligt. Also, es ging hier sozusagen tatsächlich nur um Rechenläufe und was man sozusagen halt darstellt für März/April und wie man mit den - - Also, wir wollten rechnen bis 31.03., das war sozusagen halt die Idee der Stresstests.

Andreas Bleck (AfD): Ja. Das erschließt sich mir aber dann nicht, warum Sie dann mit der Außenwirkung argumentieren. Das energiewirtschaftliche Argument verstehe ich; ich verstehe das Argument der Außenwirkung da nicht.

Also, Sie sagen ja hier als Antwort auf Staatssekretär Graichen, der vorher noch fragt:

> „Im übrigen ist das doch unerheblich, weil die Stresssituation nicht im April aufträte, oder?“

Sie antworten:

> „Ja, ist unerheblich, aber für die Außenwirkung.“

Das heißt, die Außenwirkung ist wohl nicht unerheblich gewesen. Mir geht es um die Außenwirkung, die Sie hier selber ansprechen.

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Also, die Grundidee war praktisch, möglichst transparent alle Daten zu veröffentlichen. Und das war sozusagen halt auch in der Aufbereitung entscheidend. Und vor dem Hintergrund war es halt eben die Frage, was man wie kommuniziert.

Andreas Bleck (AfD): Okay.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wir kommen wieder zur SPD.

Dr. Zanda Martens (SPD): Ja, vielen Dank. - Ich komme auf die ersten Rechenergebnisse der Übertragungsnetzbetreiber, die am 11.08. kamen. Die haben Sie schon selbst auch mehrmals angesprochen und auch auf deren Fehler hingewiesen. Dazu haben Sie selbst eine E-Mail - zu diesen Ergebnissen - verfasst, woraus ich gleich zitieren werde. Die ist zu finden auf MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 258 bis 259.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Und da schreiben Sie - ich zitiere jetzt -:

> „Bewertung ÜNB
>
> - Das analysierte Szenario ist kein echter Stresstest, weil Annahmen auf Vorschlag vom BMWK teilweise „zu weich“ festgelegt wurden und neue Erkenntnisse vorliegen (insbesondere Verfügbarkeit Ausland)
> - Für echtes Stressszenario müssen Parameter erneut angepasst und neu gerechnet werden“

Dann weiter:

> „Zentrale Botschaft ÜNB
>
> - So stehen wir nicht hinter den Ergebnissen!
> - Neurechnung notwendig. Nach Abstimmung neuer Annahmen 2,5 Wochen noch notwendig“

Zitat Ende. - Wie haben Sie diese Reaktion der Übertragungsnetzbetreiber auf die ersten Rechnungen im zweiten Stresstest bewertet?

(RA [redacted]
Entschuldigung, Frau Abgeordnete, könnten Sie noch mal sagen, wo das in der E-Mail ist, was Sie uns jetzt vorgehalten haben?)

- Auf der zweiten Seite oben müsste es sein.

(RA [redacted]
Danke! - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick in die zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, wir können jetzt - - Können Sie noch mal die Frage kurz wiederholen, also ob ich auf alle zentralen Punkte eingehen und die erläutern soll?

Dr. Zanda Martens (SPD): Nee. Also, ich habe mich bezogen auf die Bewertung, dass es eigentlich kein echter Stresstest ist, weil die Annahmen zu weich festgelegt sein sollen, und dass die ÜNB eben nicht hinter den Ergebnissen stehen und sagen, dass eine neue Rechnung notwendig wäre. Und dann wäre meine Frage: Wie standen Sie denn dazu?

Zeuge Thorsten Falk: Also, nach meiner Erkenntnis sind hier zwei wesentliche Punkte eingeflossen: Das eine ist, dass die Übertragungsnetzbetreiber selber einen Fehler in ihrer Methodik unterstellt haben. Die haben zwischen Italien und Frankreich einen deutlich zu großen Handelsaustausch zugelassen, obwohl diese Leitung gar nicht existierte, was zu deutlich anderen Lastflüssen geführt hat und damit es zu einer Entspannung kam, weil Italien nach Frankreich Strom geliefert hätte, was aber sozusagen in dem Umfang gar nicht der Fall gewesen wäre. Das war ein ganz zentraler Punkt, weshalb die Übertragungsnetzbetreiber gesagt haben: Wir stehen nicht so hinter den Rechnungen.

Und gleichzeitig wurden Annahmen getroffen, die, ich sage mal so halt, zu dem Zeitpunkt - beispielsweise ist das der erste Punkt: „Umfang Marktrückkehrer“ - unterstellt wurden, dass viele Kraftwerke, die in der Netzreserve gebunden waren, in den Markt zurückkehren. Da war lange in der Diskussion - ich sage mal so-: Kriegen wir die Kohlelogistik insbesondere nach Süddeutschland hin? Da gab es unterschiedliche Auffassungen zu. Im Nachhinein ist deutlich geworden, dass wir deutlich mehr Marktrückkehrer hatten als auch damals in diesem Szenario. Aber die ÜNB haben das nicht geglaubt zu dem Zeitpunkt und wollten sozusagen halt, dass man bei bestimmten Annahmen noch weiter nach unten geht, um noch in ein gestressteres Szenario reinzukommen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. Vielen Dank. - Am 31.08.2022 übersendeten die Übertragungsnetzbetreiber dann ein Empfehlungspapier an das BMWK im Zusammenhang mit den Ergebnissen des zweiten Stresstests; zu finden unter MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 51 bis 57. Waren Sie von diesem Empfehlungspapier überrascht? Oder war dies vorher mit dem BMWK abgesprochen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Wir waren nicht überrascht.

Dr. Zanda Martens (SPD): Und hielten Sie diese Empfehlungen im Papier für begründet und von den Ergebnissen des Stresstests getragen?

Zeuge Thorsten Falk: Also, die Empfehlungen basierten auf den Diskussionen, die wir, ich sage mal so, seit Ausbruch des Krieges geführt haben zu unterschiedlichen Bereichen, beispielsweise, ich sage mal, das ganze Thema Netzoptimierung/Höherauslastung. Und, ich sage mal, das ist ein Maßnahmenpaket, was die ÜNB aus Ihrer Sicht als sinnvoll erachtet haben, um Lösungsbeiträge zu liefern.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. Vielen Dank. - Dann komme ich zu dem Thema „Einsatzreserve

Atom“. Aus den Akten - und hier beziehe ich mich auf MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 73 bis 77 -, daraus lässt sich erkennen, dass sich ein paar Fachreferate bereits am 23. August 22 mit der Option Einsatzreserve auseinandergesetzt haben. Dort heißt es hinsichtlich der Idee „Einsatzreserve Atom“, dass die - Zitat - „verrücktesten Ideen in der Leitung diskutiert“ werden; Zitat Ende. Wann und von wem haben Sie dann das erste Mal von dem Plan „Einsatzreserve Atom“ erfahren?

Zeuge Thorsten Falk: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Dr. Zanda Martens (SPD): Die ökonomische Einschätzung aus dem BMWK zu dem Plan einer Einsatzreserve Atom klingen äußerst negativ, wenn man den Mailverlauf betrachtet unter MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 73 bis 77. So heißt es von Referat III A 2 - ich zitiere -:

> „Reserve klingt für mich nach dem politischen Wunsch, die AKW nicht weiterlaufen zu lassen, aber sagen zu können, dass sie im Ernstfall zum Einsatz kommen können.“

Zitat Ende.

T[redacted] R[redacted] von III A 4 kommentierte - ich zitiere -:

> „Von allen Optionen scheint dies allerdings die teuerste zu sein: Es fallen zusätzliche Reservekosten an, gleichzeitig werden die Strompreise aber nicht entlastet.“

Zitat Ende. - Und aus der Abteilung I heißt es in einer E-Mail, die auch an Sie ging - ich zitiere -:

> „Wir als Abt. I bewerten das aus ökonomischer Sicht. Und da macht eine Reserve, die kaum Nutzen für die Versorgungssicherheit hat, gleichzeitig aber Kosten verursacht, wenig Sinn … Die schlechteste aller Optionen. Es entstehen Kosten für die Vorhaltung, aber kaum Nutzen für die Versorgungssicherheit. Davon würden wir abraten.“

Zitat Ende. - Was war Ihre fachliche Einschätzung zur Idee der Einsatzreserve Atom?

Zeuge Thorsten Falk: Also, wie bereits ausgeführt, bin ich nicht für, ich sage mal, Marktfragen oder Versorgungssicherheitsfragen zuständig, sondern für den Netzbetrieb. Und vor dem Hintergrund, ich sage mal, war ich in diese Diskussion zwar, ich sage mal so halt, eingebunden in cc, aber nicht inhaltlich - ich sage mal so halt: Auswirkung Strommarktpreise oder Vorhaltungskosten -, sondern ich war beteiligt in der Diskussion, um zu gucken, welche Instrumente Auswirkungen auf den Stromnetzbetrieb haben.

Ich mache das an einem anderen Beispiel deutlich. Es ist ein Riesenunterschied, ob Netzreservekraftwerke auf Anforderung der Übertragungsnetzbetreiber zum Redispatch eingesetzt werden und damit keinen Einfluss auf Marktergebnisse haben und damit auch keinen Einfluss auf die Stromflüsse, die sich aus Marktergebnissen ergeben, oder ob sozusagen halt diese Netzreservekraftwerke zurück in den Markt gebracht werden. Und das ist hier eine ähnliche Diskussion. Und vor dem Hintergrund haben wir sozusagen halt aus Netzbetriebssicht praktisch das begleitet.

Dr. Zanda Martens (SPD): Sowohl im BMUV als auch im BMWK als auch bei den Betreibern gab es bereits frühzeitig erhebliche Bedenken gegen den Plan der Einsatzreserve Atom. Wissen Sie, warum sich Minister Habeck trotzdem dafür entschied, diesen Plan weiterzuverfolgen?

Zeuge Thorsten Falk: Nein, kann ich nichts zu sagen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Erst am 08.09.22 schrieben Sie ein „Kurzkonzept Einsatzreserve“, um insbesondere eine - ich zitiere - „Klarstellung der Leitung über Konzept und Monitoring zu bekommen.“ Das ist zu finden unter MAT A

Nur zur dienstlichen Verwendung

BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 254 bis 256. Insgesamt entsteht beim Lesen der Eindruck, dass, als Minister Habeck die Einsatzreserve Atom vorschlug, kein Plan existierte, wie eine solche umsetzbar sein könnte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Gab es denn einen Plan für die konkrete Umsetzung einer Einsatzreserve Atom vor dem 05.09.22, insbesondere Parameter für das Monitoring, oder Pläne, wie die Kostenübernahme gestaltet werden soll?

Zeuge Thorsten Falk: Genau. In dem Fall ging es darum, zu überlegen, wenn es zu einer Einsatzreserve kommt, was die auslösenden Kriterien sind, um praktisch die Kraftwerke dann laufen zu lassen. Und praktisch ist hier sozusagen halt die Grundidee, einerseits zu erfassen, mit welchem zeitlichen Vorlauf Kraftwerke praktisch angewiesen werden müssten, zu laufen, und andererseits, was die zentralen Indikatoren wären - wenn man so eine Reserve vorhält, muss es ja einen Auslösemoment geben - - und sich praktisch diesen Themen zu nähern.

Wir hatten zu diesem Zeitpunkt überlegt, inwieweit wir insbesondere die Entwicklung in Frankreich monitoren, weil da sozusagen die Lage sehr diffus war: Welche Kraftwerke kommen jetzt zurück ins Netz oder nicht? Das heißt, für einen Stresstest hatten wir das festgelegt, dass die, die in Revision sind, nicht berücksichtigt werden für die Berechnung. Aber trotzdem sozusagen halt im Austausch insbesondere mit RTE haben unsere Übertragungsnetzbetreiber gesagt, dass man sozusagen halt schon hofft, dass da mehr zurückkommt als ursprünglich erwartet und das dann die Situation entschärft hätte.

Wäre das aber nicht gekommen sozusagen halt und man hätte vielleicht sogar noch schärfere Situationen gehabt, als bei den Stresstestszenarien unterstellt, dann sozusagen hätte man geguckt praktisch sozusagen, wann Grenzen erreicht sind.

Dr. Zanda Martens (SPD): Das heißt also, chronologisch betrachtet: Diese Einsatzreserve Atom wurde am 05.09. vom Minister verkündet, und erst dann haben die Fachleute sozusagen angefangen, sich damit auseinanderzusetzen, wie so ein Konzept und Monitoring und Sonstiges dann praktisch aussehen könnten?

Zeuge Thorsten Falk: Zum Konzept und wie, ich sage mal, technische Bedingungen für die Kraftwerke sind, kann ich nichts sagen. Ich kann nur sagen, dass unser Auftrag war, zu überlegen, was Kriterien wären, die es auslösen würden, dass die Kraftwerke laufen sollen.

Dr. Zanda Martens (SPD): Dann am 9. September 22 fand eine Videokonferenz mit einigen Referatsleitern, auch Ihnen, Abteilungsleiter III, Dr. Volker Oschmann, und Staatssekretär Graichen statt. Ich beziehe mich da auf MAT A BMWK-4.10 VS-NfD, Blatt 25. Thema soll die Einsatzreserve gewesen sein. Können Sie uns einmal darstellen, inwiefern dieses Gespräch zur Ausgestaltung der Einsatzreserve beigetragen hat? Und was wurde bei diesem Gespräch explizit zur weiteren Umsetzung der Einsatzreserve besprochen?

Zeuge Thorsten Falk: Könnte ich einmal die Unterlagen sehen, bitte?

Dr. Zanda Martens (SPD): Ja, bestimmt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Können Sie noch mal das Datum sagen, bitte?

Dr. Zanda Martens (SPD): Am 09.09.22.

Zeuge Thorsten Falk: Das tut mir leid. Da habe ich keine Erinnerung zu, was bei der Besprechung diskutiert wurde.

Dr. Zanda Martens (SPD): Dann komme ich auf den 12.09. wie auch den 10.10.22. Dann haben Sie an Terminen zu „Stresstest- Kommunikation / Einsatzreserve Atom“ bzw. „Atomfrage“ mit Bundesminister Habeck teilgenommen. Das

ergibt sich wiederum aus MAT A BMWK-4.11 VS-NfD, Blatt 8.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Können Sie einmal von diesen Terminen berichten? Was wurde denn da besprochen?

Zeuge Thorsten Falk: Sie reden jetzt vom 12.09., ja?

Dr. Zanda Martens (SPD): Genau, und 10.10.

Zeuge Thorsten Falk: 10.10.?

Dr. Zanda Martens (SPD): Also, beide Termine in Präsenz und mit dem Minister.

Zeuge Thorsten Falk: Also, nach meiner Erinnerung ging es am 12.09. noch mal um Ergebnisse vom Stresstest und Annahmen und, ich glaube, die Situation in Frankreich. Zum 10.10. - es tut mir leid - habe ich keine Erinnerung.

Dr. Zanda Martens (SPD): Wurde vielleicht auch darüber gesprochen, warum Minister Habeck an der Einsatzreserve Atom festhalten wollte?

Zeuge Thorsten Falk: Kann ich Ihnen wirklich nicht sagen, weil ich jetzt keine Erinnerung habe.

Dr. Zanda Martens (SPD): Die Frage wurde dann ja schließlich durch den Bundeskanzler Scholz entschieden, und die Einsatzreserve Atom kam dann auch nie. Inwieweit hat Sie und die Kolleginnen und Kollegen das Thema Laufzeitverlängerung trotzdem weiter beschäftigt? War das auch Thema der Bedarfsanalyse 2023?

Zeuge Thorsten Falk: Nein, es war nicht Thema der Bedarfsanalyse 2023, weil die sich den Winter 23/24 angeschaut hat und da unterstellt hat, dass die Kraftwerke nicht mehr am Netz sind.

Dr. Zanda Martens (SPD): Okay. Vielen Dank. - Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Zur CDU. Herr Gramling.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Falk, ich würde noch mal gerne anfangen oder noch mal weitermachen bei dem Block, wo wir vorhin aufgehört haben, beim zweiten Stresstest. Da sind wir jetzt in den Unterlagen unter MAT A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 80, vom 28. Juli 2022 auf eine Mail gestoßen von einem Jour fixe. Und da wurde in einem Bericht der Bundesnetzagentur Folgendes festgestellt - ich zitiere -:

> „Die Marktsimulation soll auf Wunsch des BMWK (Minister) mit einer Laufzeitverlängerung für KKW gerechnet werden."

Jetzt stelle ich mir die Frage, warum erst überhaupt so spät mit den Kernkraftwerken gerechnet wurde.

Zeuge Thorsten Falk: Also, entscheidend war jetzt, also die Marktsimulation braucht man, um Auswirkungen auf die Stromflüsse zu erkennen und damit auf Netzengpässe. Die Diskussion lief ja, in den Bedarfsanalysen und dem Stresstest möglichst Stresssituationen zu sehen, und vor dem Hintergrund auch der Unklarheit - und das ist hier sozusagen in der Methodik inhärent ja der Bedarfsanalysen und dieser Stresstests -, dass man Dinge, wo man nicht 100 Prozent weiß, dass sie verfügbar sind, außen vor lässt. Das sind beispielsweise bei Leitungen Freileitungen zum Beispiel, die in Betrieb gehen sollen im Laufe des Jahres, also sozusagen jetzt zum Beispiel in diesem Jahr, in 24. Die sind schon nicht mehr in unseren Rechnungen fürs nächste Jahr berücksichtigt.

Das ist immer dieser konservative Ansatz, dass man sagt: Wenn man bestimmte Dinge nicht sicher zur Verfügung hat, werden die praktisch nicht eingerechnet. - Und in dem Fall sozusagen halt wurde dann ja erst im „++"-Szenario mit Marktanalyse dann praktisch gerechnet, welche Auswirkungen die Kernkraftwerke haben.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabian Gramling (CDU/CSU): Ist das für Sie dann auch die Erklärung, warum es in dieser Mail heißt, dass diese Berechnung streng vertraulich zu erfolgen hat?

Zeuge Thorsten Falk: Es waren alle Rechnungen sozusagen halt aus dem Stresstest streng vertraulich. Deshalb haben wir auch mit den Übertragungsnetzbetreibern hier ja über einen Bundesserver uns ausgetauscht und einen sehr engen Kreis nur an Mitarbeitern gehabt.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Wenn ich das jetzt noch mal einordne und schaue, dass es ja auch von den Übertragungsnetzbetreibern die Kritik gab, dass manche Szenarien zu positiv bewertet werden: Haben Sie da kein Störgefühl gehabt, wenn es heißt, man soll eine ergebnisoffene Prüfung durchführen in Bezug auf Verlängerung von Kernkraftwerken?

Zeuge Thorsten Falk: Das habe ich nicht verstanden. Entschuldigung.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Na ja, also, wir haben jetzt hier - - Am 28. Juli wird aufgrund des Wunschs vom Minister mit einer Laufzeitverlängerung gerechnet. Und er hatte angekündigt, es solle eine ergebnisoffene Prüfung geben. Jetzt heißt es hier: Jetzt gibt es ein Szenario, wo die KKW mit einberechnet werden, und es soll alles streng vertraulich sein.

Und da stelle ich mir schon die Frage: Wenn es auf der einen Seite eine ergebnisoffene Prüfung geben sollte und auf der anderen Seite sagt man dann aber bei einem Stresstest: „Na ja, jetzt tun wir hier mal was unter ‚streng vertraulich' miteinbeziehen" - nämlich gerade dessen, was ja gehen soll -, würde ich mir nur die Frage stellen, wie Ihre Sicht darauf war bzw. wie Ihre Wahrnehmung dazu gewesen ist.

Zeuge Thorsten Falk: Na ja, ich sage mal so: Bei diesen Bere- - da hat das natürlich auch unterschiedliche Dimensionen beispielsweise. Die Daten, die wir an die Übertragungsnetzbetreiber geliefert haben zur Laufzeitverlängerung - also welche Kraftwerke in welchem Umfang in welchem Monat auf welcher Leistung laufen konnten -, das sind unter anderem börsenrelevante, ich sage mal, Informationen. Das ist anders als bei beispielsweise Kohle- oder Gaskraftwerken. Und das hatte eine ganz andere Dimension in dem Fall.

Und vor dem Hintergrund war klar - - Und, ich sage mal, es war ja auch klar, dass die Ergebnisse veröffentlicht werden, später so halt. Und vor dem Hintergrund war das im Verfahren halt streng vertraulich.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Welche Daten wurden denn über den Bundesserver ausgetauscht?

Zeuge Thorsten Falk: Über den Bundesserver wurden die zweiten Daten ausgetauscht mit den Übertragungsnetzbetreibern zu den Kernkraftwerken sozusagen halt, welche Leistungen die erbringen können. Das war sozusagen halt der erste Schritt.

Und ansonsten wurden halt eben Dokumente ausgetauscht, insbesondere, ich sage mal so, Zwischenergebnisse und dann die Präsentation, also, weil die Übertragungsnetzbetreiber immer in diesem Präsentationsmodus gearbeitet haben.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Ich gehe davon aus, dass die uns vorgelegt wurden; weiß ich jetzt nicht explizit.

Zeuge Thorsten Falk: Ja.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Wir können das nur bedingt nachvollziehen, ob wir die Daten haben vom Bundesserver.

Der Prozess hat sich gezogen bis in den August hinein, die ersten Rechnungen wurden erstellt, und dann gab es ja auch, wenn man es mal umgangssprachlich formuliert - - zu einem großen Knall. Und Sie haben die Berichte ja aus den - - Gesprächen mit den Betreibern geführt. Wie war denn Ihre konkrete Rolle bei den Gesprächen mit den Betreibern?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thorsten Falk: Mit welchen Betreibern? Mit den Netzbetreibern oder den Kraftwerksbetreibern?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Das ist mit den Übertragungsnetzbetreibern.

Zeuge Thorsten Falk: Zu welchem Zeitpunkt?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Hatten wir das nicht schon? Das war eine Mail von Mitte August, 16. August, ist die MAT A BMWK-3.25 VS-NfD, Blatt 39.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Also, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe - ich bin mir nicht ganz sicher -: Ich habe innerhalb des Wirtschaftsministeriums auf Arbeitsebene praktisch den Austausch mit den Übertragungsnetzbetreibern koordiniert.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Aber Sie haben doch die Berichte aus den Gesprächen mit den Übertragungsnetzbetreibern dann protokolliert? Oder haben Sie da - - wenn es Gespräche gab?

Zeuge Thorsten Falk: Wir haben das dann festgehalten im weiteren Vorgehen sozusagen im Austausch mit den ÜNB, wer jetzt was macht.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass sich der Staatssekretär Graichen auch mal aus dem Urlaub heraus in die Gespräche mit den Übertragungsnetzbetreibern eingeschaltet hat. Ist das üblich gewesen?

Zeuge Thorsten Falk: In der Situation des Jahres 22 und 23 war es üblich, dass man auch aus dem Urlaub gearbeitet hat, ja.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und nur noch mal zum Verständnis. Sie haben ja vorhin auch schon mal ausgeführt gehabt, dass die Bundesnetzagentur wegen der zeitlichen Koordinierung nicht immer mit eingebunden war. Ich stelle mir dann die Frage: Wie kann man eine ergebnisoffene Prüfung durchführen, wenn nicht alle Player am Tisch sitzen, die ja dann auch für eine Entscheidung relevant sind?

(RA [redacted] Entschuldigung, Herr Vorsitzender! Ich glaube, der Vorhalt war nicht ganz richtig! Der Zeuge hat vorhin gesagt, es wäre nicht allgemein die zeitliche Koordinierung, sondern es sei darum gegangen, dass man in diesem kleinen Kreis einfacher koordinieren hätte können seinerzeit! Das war nicht allgemein eine Frage der zeitlichen Koordinierung, die einfacher gewesen wäre!)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Wollen Sie die Frage korrigieren?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Ich würde nur mal die Frage stellen, wenn Sie sagen: „‚Die Bundesnetzagentur war ja de facto am Anfang nicht beteiligt“, ob das irgendwie für Sie im Widerspruch steht zu einer ergebnisoffenen Prüfung.

Zeuge Thorsten Falk: Es wurde ergebnisoffen geprüft. Und wir haben mit den Inhalten sozusagen halt, wo wir Bedarf an Diskussionen hatten, das mit der Bundesnetzagentur diskutiert.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Am 27. Juli 2022 haben Sie eine Mail geschrieben an Staatssekretär Graichen und haben dort ausgeführt:

> „Es zeigt sich in den Diskussionen, dass die ÜNB gern eine Vielzahl an zusätzlichen Risiken (Verfügbarkeit Kraftwerke in D und Ausland, Heizlüfter, Marktrückkehr) stapeln wollen und positive Aspekte (z.B. Kohlekraftwerke in NL) bislang rausgelassen haben.“

Es hat ja auch schon Ihr Kollege, der Herr R[redacted], in einer Mail vom 7. Juli, ich sage mal, geäußert, dass man solche Risiken auch stapeln könnte.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Warum wollte man denn im BMWK nicht wirklich das Worst-Case-Szenario zugrunde legen, das ja bei so einer Berechnung vielleicht durchaus erkenntnisreich hätte sein können?

Zeuge Thorsten Falk: Also, hier muss man noch mal unterscheiden, dass es tatsächlich wichtig ist, nicht ein Worst-Case-Szenario zu rechnen, was überhaupt nie eintreten kann, weil damit würde man im Endeffekt - - oder was nicht wahrscheinlich ist, dass es so eintritt, weil es zu komplett anderen Ergebnissen bei den Stromflüssen kommen würde und damit Netzengpässen. Und das ist eine komplett andere Situation. Deshalb ist es schon immer wichtig, möglichst nah an der Realität zu sein und gleichzeitig aber trotzdem, ich sage mal, Stresssituationen im Netz zu verursachen, um zu gucken sozusagen halt: Was muss man eben vorhalten?

Und in dem Fall, beispielsweise jetzt dieses Beispiel Niederlande, soweit ich mich noch erinnere, war es so, dass die niederländische Regierung per Gesetz - oder war in Planung, ich bin mir nicht mehr ganz sicher - auch wollte, dass alte Kohlekraftwerke zurück in den Markt kommen. Und das hätte einen signifikanten Einfluss gehabt auf die Situation der Stromexporte nach Frankreich beispielsweise. Und hier wollten die Netzbetreiber das am Anfang nicht berücksichtigen.

Hier muss man aber auch fairerweise dazusagen, dass praktisch alle europäischen Länder ja Maßnahmen geplant hatten und wir zum Teil auf Regierungsebene einen deutlich besseren Überblick hatten, was praktisch in einzelnen Ländern geplant ist, und haben das sozusagen halt hier mit eingebracht.

Fabian Gramling (CDU/CSU): In einer Mail vom 7. Juli hat Ihr Kollege, der Herr R[redacted], geschrieben - das ist die MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 42 bis 44 -:

> „Die Frage ist, wollen wir uns im nächsten Winter wirklich auf den Erwartungswert vorbereiten oder im Sinne einer echten Krisenvorsorge nicht **besser auf einen Reasonable Worst Case?**“

Kannten Sie diese Ausführungen von Ihrem Kollegen?

Zeuge Thorsten Falk: Dürfte ich die E-Mail mal sehen?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Also, ich kannte die Einschätzung so nicht. Das ist eine Diskussion. Also, das Referat III A 4, in dem Herr R[redacted] arbeitet, ist für Versorgungssicherheit auch zuständig. Und, ich sage mal so, da werden genau diese Worst-Case-Fälle diskutiert für Versorgungssicherheitsthemen. Ich kann das jetzt, ich sage mal - - In Summe müsste ich die ganze E-Mail lesen. Aber, wie gesagt, ich kenne das auch nicht. Vor dem Hintergrund fällt es mir jetzt schwer, da kurzfristig eine Meinung zu haben.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Am 10. August 2022 kam es zu einer weiteren Eskalation. Sie haben dann eine Mail geschrieben an Herrn Staatssekretär Graichen:

> „Bewertung ÜNB
>
> - Das analysierte Szenario ist kein echter Stresstest, weil Annahmen auf Vorschlag vom BMWK teilweise „zu weich“ festgelegt wurden und neue Erkenntnisse vorliegen (insbesondere Verfügbarkeit Ausland)
> - Für echtes Stressszenario müssen Parameter erneut angepasst und neu gerechnet werden
> - *Zentrale Punkte …*“

Die lese ich jetzt nicht alle im Einzelnen vor. Aber zum Schluss möchte ich noch mal zitieren:

> „Zentrale Botschaft ÜNB
>
> - So stehen wir nicht hinter den Ergebnissen!“

Nur zur dienstlichen Verwendung

Da frage ich mich, wie es so weit kommen kann - wenn Sie jetzt dargelegt haben, auch glaubhaft dargelegt haben, dass Sie immer versucht haben, auch alle Szenarien zu berücksichtigen -, warum dann es hier zu so einer Eskalation - immerhin sind ja dann auch schon über zwei Wochen vergangen, wo man sich immer wieder mal, denke ich, ausgetauscht hat -, wie es dann zu so einer Eskalation überhaupt kommen kann bei einer Grundlage, wo man erst mal überlegt, welche Szenarien denn man jetzt überhaupt berücksichtigen möchte.

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Wie vorhin ausgeführt, ist es einerseits auf einen methodischen Fehler zurückzuführen. Das heißt, die Zwischenergebnisse, die vorgelegt wurden, waren keine Stresssituationen im Netz. Ziel war es praktisch, eine Stresssituation herzuleiten.

Und ein wesentlicher Treiber war einerseits der Fehler der Übertragungsnetzbetreiber in der Methodik zwischen Italien und Frankreich, der massive Einflüsse halt hatte. Und gleichzeitig, ich sage mal, hatten die Übertragungsnetzbetreiber Kritik an Punkten, beispielsweise diesen Marktrückkehrern, wo wir zusammen mit der Bundesnetzagentur Gespräche geführt haben mit einzelnen Kraftwerksbetreibern, ob die die Rückkehr planen oder nicht und ob die Kohlelogistik, in dem Fall mit der Deutschen Bahn insbesondere zusammen, realisiert werden kann oder nicht. Und vor dem Hintergrund hatten wir starke Argumente, zu sagen, dass diese Annahmen zu den Marktrückkehrern richtig waren. So.

Und das ist der Austausch, den wir dann permanent auch mit den Übertragungsnetzbetreibern, auch heute bei Bedarfsanalysen, führen bei unterschiedlichen Annahmen.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich würde abschließend noch mal auf das Thema eingehen, was vorhin auch schon die Kollegin hatte, mit der Entscheidung zum Streckbetrieb versus die Reserve. Und da sind wir auf eine Schlussfolgerung des Wirtschaftsministeriums aus dem zweiten Stresstest gestoßen, dass eine Kernkraftreserve angestrebt werden könnte. Und dazu hat am 23. August 2022 der Herr [redacted] geschrieben:

> „… leider konnte ich euch telefonisch nicht erreichen. Es werden die verrücktesten Ideen in der Leitung diskutiert. Siehe Mail von AL I anbei. Habt ihr dazu bereits Überlegungen angestellt? Bislang ging ich davon aus, dass AKW für eine Reserve völlig ungeeignet sind, weil man sie nicht so einfach hoch- und runterfahren kann."

Meine Frage: Trifft es zu, dass auch Sie am 23. August auf diesem Weg von den - ich zitiere - „verrücktesten Ideen" Ihrer Leitung erfahren haben?

Zeuge Thorsten Falk: Wie bereits vorhin ausgeführt, kann ich Ihnen nicht sagen, wann ich das erste Mal von der Idee der Einsatzreserve gehört habe. Ich kann auch selber nicht bewerten, ob das eine verrückte Idee ist oder nicht - oder zu dem damaligen Zeitpunkt -, weil ich kein Kraftwerkstechniker bin und nicht weiß, inwieweit - - Also, wir hatten auch beispielsweise diskutiert, ob im Sommer die Kernkraftwerke, im Sommer 22, im reduzierten Betrieb laufen beispielsweise, um Brennelemente dann in Richtung Winter sozusagen halt, November/Dezember, praktisch vorhalten zu können; vor dem Hintergrund, wie gesagt. Aber das entzieht sich meiner Kenntnis, weil ich, wie gesagt, bei Kraftwerkstechnik raus bin.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Es steht noch mal drin in MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 75, das „Fazit":

> „Eine Reserve ist möglich, aber nur mit der Bestellung neuer Brennelemente. Theoretisch könnte man die Übergewinne aus dem Streckbetrieb nutzen, um die Reservekosten / Bestellung der neuen Brennelemente zu finanzieren. Es stellt sich aber die Frage, warum man die Kraftwerke nicht gleich voll im Strommarkt laufen

Nur zur dienstlichen Verwendung

lässt, wenn die Brennelemente einmal bestellt sind."

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Es wurde eine ergebnisoffene Prüfung auch angekündigt. War das bei Ihren Szenarien nicht auch mal eine Frage, wenn man Brennelemente bekommen kann, dass man die Kernkraftwerke vielleicht auch länger laufen lässt in Anbetracht der Situation, in der man sich befunden hat, dass Russland das Gas abgedreht hat?

Zeuge Thorsten Falk: Also, in diesen Diskussionen rund um Kraftwerkstechnik und Marktfragen und ähnliche Sachen war ich nicht beteiligt nach meiner Kenntnis.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Aber da ging es ja so ein bisschen auch um die Systemsicherheit - wenn es a bissle weiterlaufen könnte, was es bedeuten würde -, oder nicht? Da geht es ja erst mal nicht um Sicherheit. Es geht ja nur drum: Was wäre, wenn …?

Zeuge Thorsten Falk: Also, wir haben die Systemsicherheit in den Bedarfsanalysen ohne Kernkraftwerke - - also darauf haben die Übertragungsnetzbetreiber sich ja Jahre vorbereitet, auf die Situation, dass die Kraftwerke abgeschaltet werden. Und genau darauf wurden ja, ich sage mal, Netzmaßnahmen ausgelegt. Das heißt sozusagen halt: Wäre es nicht zu diesem Angriffskrieg gekommen, dann hätte sozusagen halt ja das Netz auch ohne die Kraftwerke stabil funktioniert.- Das heißt, die haben in Süddeutschland beispielsweise rotierende Phasenschieber installiert, um Momentanreserve bereitstellen zu können, und ähnliche Sachen. Das heißt, dieses Szenario, dass es zur Abschaltung kommt, ist ja Jahre bekannt gewesen. Und, ich sage mal, der Netzentwicklungsplan und ähnliche Sachen haben sich ja genau darauf eingestellt.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Aber man ist ja davon ausgegangen, dass man das Gas hat. Und das war dann auf einmal - - Die Frage war, ob man es noch hat oder nicht hat oder einsetzen möchte dafür.

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Das war eine Frage sozusagen halt: „Was spart was ein?"; das ist richtig so halt. Aber, wie gesagt, jetzt auch in Richtung Netzbetrieb, Netzsicherheit und Systemsicherheit - also, das ist sozusagen darunter zu verstehen - hatten wir ja geklärt, dass praktisch diese Gaskraftwerke immer mit Gas versorgt werden können, selbst in Gasmangellagen. Also, vor dem Hintergrund - - Genau, das ist es.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Ich habe keine weiteren Fragen. Aber, ich glaube, der Kollege hat noch einen Punkt. - Danke.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, also, danke für die Ausführungen. - Sie haben am Anfang ja auch Ihre Aufgabe damit beschrieben, dass Sie bei den Netzen tätig sind, auch bei der Frage Netzstabilität. Und Sie haben sich auch damit befasst, wie man beispielsweise die Netze in der Ukraine stabilisieren könnte. Nur eine Frage: Haben Sie da auch mit Ukrenerho zu tun gehabt, mit dem ukrainischen Netzbetreiber?

Zeuge Thorsten Falk: Direkt nicht, sondern immer über unsere Übertragungsnetzbetreiber, in dem Fall koordinierend Amprion.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. Also Sie haben nie mit der ukrainischen Seite direkt Kontakt gehabt?

Zeuge Thorsten Falk: Nein.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Grünen. Weitere Fragen?

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: FDP, weitere Fragen?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Julian Grünke (FDP): Ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut.

Julian Grünke (FDP): Herr Falk, ich möchte noch mal zu dem Sachverhalt zurückkommen, wo die SPD und die CDU jetzt schon gefragt haben: Ihre Mail mit der Bewertung der Übertragungsnetzbetreiber zu den Parametern in den Rechnungen. Sie haben da recht ausführlich die Haltung der Übertragungsnetzbetreiber in dieser Mail beschrieben. Aber aus welcher Quelle genau kam diese Einschätzung der Übertragungsnetzbetreiber?

Zeuge Thorsten Falk: Wir hatten regelmäßige Videokonferenzen, wo uns nach meiner Kenntnis dann - ich sage mal, das war die Grundlage dieser E-Mail wahrscheinlich - die Zwischenergebnisse präsentiert wurden mit den entsprechenden Fehlern, die ich schon angesprochen hatte, und den Ergebnissen, dass es praktisch kein Stressszenario ist.

Julian Grünke (FDP): Sie hatten vorher gesagt, dass eigentlich die von Habeck ursprünglich formulierten Vorgaben schon recht kritische Szenarien waren. Sie haben jetzt beschrieben, dass die Übertragungsnetzbetreiber noch mehr wollten. Richtig?

Zeuge Thorsten Falk: Ich würde gar nicht sagen: „noch mehr“, sondern die hatten halt andere, ich sage mal so halt, Kenntnis über bestimmte Prozessentwicklungen.

Also, man muss einfach sagen, 22 war unglaublich dynamisch. Und ich sage, dass wir mit der Deutschen Bahn beispielsweise die Logistik nach Süddeutschland für Kohle noch hinbekommen über Verordnungen und ähnliche Wege, das war halt einfach nicht immer zu jedem Zeitpunkt klar. Und wir konnten noch nicht offen mit den Übertragungsnetzbetreibern sämtliche Punkte durchdiskutieren, also wo wir stehen bei welchen Maßnahmen und der Umsetzung. Und vor dem Hintergrund sind da oft sozusagen halt Bewertungen auseinandergeklafft.

Julian Grünke (FDP): Wurden, nachdem die Übertragungsnetzbetreiber da so hart ihre Meinung gesagt haben, dann die Berechnungen entsprechend auch angepasst und noch mal neu gerechnet mit diesen Parametern?

Zeuge Thorsten Falk: Also, auf der Grundlage dann wurde ja entschieden, neue Szenarien zu rechnen, was praktisch ja auch die Zeitplanung dann nach hinten geworfen hat, sodass erst Anfang oder Mitte September die Ergebnisse vorlagen. Und dann wurde praktisch sozusagen halt in der Kaskade +/++/+++ praktisch das System immer stärker an die Wand gefahren. Ob das immer im letzten Detail sinnvoll ist, wie gesagt, aufgrund der Stromflüsse und ähnlicher Sachen, darüber kann man lange diskutieren halt. Aber im Prinzip war dann die Verständigung, dass wir Szenarien finden, hinter denen alle stehen, auch die Übertragungsnetzbetreiber, und das finalisieren.

Julian Grünke (FDP): Vielen Dank. - Im Zusammenhang mit dem zweiten Stresstest ist uns ein weiterer Sachverhalt aufgefallen. Am 14.07.22 sendete Herr Zerres von der Bundesnetzagentur eine Mail an Frau [redacted] und mehrere andere Kollegen. In der Mail geht es um Anweisungen zum Stresstest, wohl aus dem BMWK kommend. Das ist MAT A BMWK-8.04, Blatt 66 und 67.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Dazu zunächst die eine Frage: Hatten Sie persönlich oder beruflich Kontakt zu Herrn Zerres?

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich habe regelmäßig Austausch mit Herrn Zerres, ich sage mal, aufgrund meiner Funktion, also über die ganzen Jahre.

Julian Grünke (FDP): Hatten Sie zu dem Zeitpunkt denn auch direkt Kontakt mit Herrn Zerres?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Thorsten Falk: Nach meiner Erinnerung gab es einen oder zwei direkte Kontakte: Einerseits gab es Kontakt im Rahmen der Notsynchronisierung der Ukraine, wo wir einen intensiveren Austausch hatten, und dann gab es einen zweiten intensiveren Austausch, wenn ich es richtig noch in Erinnerung habe, zu den Ad-hoc-Maßnahmen, die die Übertragungsnetzbetreiber uns vorlegt haben, wo wir die Bundesnetzagentur um Bewertung gebeten haben, soweit ich das weiß.

Julian Grünke (FDP): Bei der Abstimmung zu den Parametern: War der da auch mit eingebunden?

Zeuge Thorsten Falk: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Julian Grünke (FDP): In der Mail schreibt [redacted] der persönliche Referent von Patrick Graichen, dass der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, sicherstellen wird, dass die Vorab-Erkenntnisse nicht in der Bundesnetzagentur wie gewohnt in der Hierarchie hochgehen. Können Sie das verstehen?

Zeuge Thorsten Falk: Wo ist das?

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf dem Tablet gezeigt)

Julian Grünke (FDP): Entschuldigung. Das ist die andere MAT-Nummer; das ist MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 258.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf dem Tablet)

Zeuge Thorsten Falk: Also, in meiner Erinnerung, denke ich, wird es darum gehen - hatten wir vorhin sozusagen ja die Diskussion mit vertraulichen Daten -, dass sozusagen halt der Kreis derer, die sozusagen noch beteiligt werden, nicht zu breit wird. Und nur so kann ich mir das jetzt erklären.

Julian Grünke (FDP): Wissen Sie, welche Personen dann von der Bundesnetzagentur da informiert wurden?

Zeuge Thorsten Falk: Nein.

Julian Grünke (FDP): Herr Zerres schreibt auch:

> „Die Studie dient politischen Zwecken, die Vorgaben geben das wieder."

Können Sie das einordnen? Dann sind wir wieder bei der vorherigen MAT-Nummer.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf dem Tablet gezeigt- Er liest in diesem Dokument)

Zeuge Thorsten Falk: Kann ich leider nicht einordnen.

Julian Grünke (FDP): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Die AfD. Weitere Fragen?

Andreas Bleck (AfD): Ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Bitte.

Andreas Bleck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Falk, ich hatte den Eindruck, dass Sie das BMWK dafür in Schutz genommen haben, dass die Bundesnetzagentur nicht von Anfang an beteiligt wurde; ich habe Sie jedenfalls so verstanden. Und das wundert mich deswegen, weil ich aus dem Mailverkehr - und ich beziehe mich hier auf MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 258 f. - was ganz anderes herauslese. Dort - Sie bekommen das vorgelegt - beschweren Sie sich - ich zitiere -:

> „Den Foliensatz … schicke ich dir direkt,"

- „dir", das ist hier in dem Kontext [redacted] so wie ich das verstehe, im Büro von Staatssekretär Graichen beschäftigt -

> „ohne ihn an [redacted] und Thorsten zu schicken, so wie gewünscht. Allerdings erneut mein Hinweis, dass wir so nicht arbeiten können

> und auch mit der BNetzA die Einbindung zwingend besprochen werden muss."

Hier vor allem jetzt der Satz:

> „Allerdings erneut mein Hinweis, dass wir so nicht arbeiten können und auch mit der BNetzA die Einbindung zwingend besprochen werden muss."

Diese E-Mail ist vom 11. August 2022. Vorhin haben wir ja über die Telefonkonferenz gesprochen, bei der die Bundesnetzagentur nicht eingebunden war. Das war am 26.07.2022.

Jetzt würde mich hier interessieren: Was meinen Sie mit: „… so nicht arbeiten können"? Was meinen Sie mit: „… auch mit der BNetzA die Einbindung zwingend besprochen werden muss"?

Und Sie schreiben:

> „Allerdings erneut mein Hinweis …"

Da würde mich interessieren: An wen haben Sie genau diesen Hinweis schon mal gegeben, wie häufig und zu welchen Gelegenheiten?

Zeuge Thorsten Falk: Also, es gab die Vorgabe, dass wir in einem sehr engen Kreis kommunizieren die Ergebnisse bzw. sozusagen halt die Abstimmung. Das ist wesentlich mit Herrn Graichen erfolgt. Und das war, ich sage mal so, im Rahmen der Abstimmung der Szenarioannahmen auch unproblematisch, ohne die Bundesnetzagentur das zu machen, weil da ging es um Gaspreise und ähnliche Sachen.

Mit Vorlage der ersten Zwischenergebnisse, die sich dann halt eben nicht als Stresstest erwiesen haben, ging es um sehr starke Detailfragen zu, wie gesagt, beispielsweise Lastflüssen und ähnlichen Punkten. Und hier liegt sozusagen halt, in diesen Detailfragen, die Expertise bei uns nicht im Haus. Und deshalb war es mir extrem wichtig, das zu spiegeln mit der Bundesnetzagentur und zu diskutieren. Und das war das Ziel sozusagen halt, hierauf noch mal deutlich einzugehen, dass wir hier in den Austausch treten müssen.

Andreas Bleck (AfD): Noch einmal die Frage. Vorhin haben wir ja über die Telefonkonferenz am 26.07.2022 gesprochen, bei der die Bundesnetzagentur nicht beteiligt gewesen war und wo die Bundesnetzagentur genau diese Expertise, die ja in Ihrem Haus Ihrer Meinung nach vielleicht nicht ganz vorhanden war, dann hätte einbringen können. Deswegen die Frage: Warum hat man die Bundesnetzagentur nicht zu diesem Zeitpunkt dann bereits beteiligt? Das verstehe ich nicht.

Zeuge Thorsten Falk: Also, wir haben dann sozusagen die Bundesnetzagentur in Einzeltelefonaten, wie ich das auch gesagt habe, für Detailfragen ins Boot geholt. Und es war hier das Ziel, den Kreis möglichst klein und entscheidungsfähig zu halten, um möglichst schnell zu Ergebnissen zu kommen.

Andreas Bleck (AfD): Ja. Dann möchte ich trotzdem, auch wenn ich Ihre Antwort vermutlich jetzt kenne, direkt auf den nächsten Satz eingehen:

> „Meine Bitte die Informationen vertraulich zu behandeln und nicht in der Behörde zu kommunizieren wird nur so lange halten, bis die höheren Ebenen Informationen anfordern."

Jetzt hatten Sie gesagt, Sie wollten den Kreis klein halten. Das erschließt sich mir in dem Zusammenhang, dass man Informationen nicht nach unten gibt. Aber nach oben wird ja der Kreis der Empfänger für gewöhnlich kleiner und nicht größer. Können Sie mir das noch mal erklären?

Zeuge Thorsten Falk: Wir arbeiten sehr intensiv und eng mit den Kolleginnen in dem Fall und Kollegen auch der Bundesnetzagentur zusammen bei der Erstellung der Bedarfsanalysen und jetzt auch der Stresstests und haben da einen sehr engen Austausch. Und in dem Fall hatten wir die Möglichkeit, mit den Kolleginnen uns auszutauschen und hier Detaildiskussionen zu führen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Nun ist es halt eben üblich, in dem Moment, wo, ich sage mal, obere Ebenen dann informiert werden wollen, dass dann der Verteiler halt einfach größer wird. Und da war eben das Ziel, hier darauf hinzuweisen, dass, wenn normale Dienstwege eingehalten werden, in der Regel die Informationen sehr breit dann halt eben auch laufen.

Andreas Bleck (AfD): Herr [redacted] antwortet Ihnen ja, schreibt:

> „Lieber Thorsten,
>
> vielen Dank dafür. Ich würde das als Paket mit den Folien an Patrick schicken. Er wird sich dann im Anschluss direkt bei dir melden. Halte dir doch bitte zudem heute Abend, 19 Uhr frei … Dabei wird es dann auch um den weiteren Umgang mit dem Foliensatz gehen. Klaus Müller ist informiert und wird sicherstellen, dass der Bericht dort nicht wie gewohnt in der Hierarchie hoch geht."

Können Sie uns sagen, in welcher Funktion Klaus Müller damals tätig war?

Zeuge Thorsten Falk: Also, ich bin mir jetzt nicht 100 Prozent sicher, aber ich gehe davon aus, dass er Präsident der Bundesnetzagentur war.

Andreas Bleck (AfD): Genau. - Also was mich in diesem Kontext halt überrascht, ist: Die Informationen sollten nicht nach oben gehen in die höheren Ebenen, aber offensichtlich ist der Präsident der Bundesnetzagentur doch eingebunden dann gewesen. Und das verwundert mich massiv. Ich dachte, der Kreis hätte klein bleiben sollen. Und hier ist ja mehrmals davon gesprochen, es soll nicht in die höheren Ebenen gehen. Warum ging es dann an den Herrn Müller?

Zeuge Thorsten Falk: Ja, es geht ja genau um die Frage praktisch: den Dienstweg. Also, wir hatten mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Referat, was dafür zuständig war, den Austausch. Und, ich sage mal so halt, normalerweise läuft so ein Weg dann halt über die unterschiedlichen Ebenen, in dem Fall einer Bundesnetzagentur, und dadurch sozusagen halt wurde das breiter gestreut. Und hier ging es halt darum, dass wirklich der Kreis eng bleibt und damit ausschließlich die Informationen direkt an Präsident Müller gehen.

Andreas Bleck (AfD): Können Sie mir denn sagen, wer dann an diesem Termin teilgenommen hat? „Am heutigen Termin" - das bezieht sich dann auf den 11 August 2022 -, steht ja dort, „hat die BNetzA auf Arbeitsebene teilgenommen." Wer war da beteiligt? Wissen Sie das noch?

Zeuge Thorsten Falk: Können Sie noch mal sagen, wo das steht, bitte?

Andreas Bleck (AfD): Das steht in Ihrer E-Mail vom 11. August 2022. Das ist der Satz, den ich ausgelassen habe:

> „Am heutigen Termin hat die BNetzA auf Arbeitsebene teilgenommen."

Also, Sie haben sich ja erst darüber ausgelassen oder Sie haben erwähnt, dass die Einbindung der Bundesnetzagentur zwingend besprochen werden muss, und dann erwähnen Sie, dass am „heutigen Termin" die Bundesnetzagentur „auf Arbeitsebene teilgenommen" hat.

Zeuge Thorsten Falk: Ich kann mich nicht mehr 100 Prozent erinnern, wer daran teilgenommen hat. Ich gehe aber davon aus, dass entweder Frau A[redacted] oder Frau [redacted] von der Bundesnetzagentur an dem Termin teilgenommen haben, bin mir aber nicht sicher.

Andreas Bleck (AfD): Alles klar. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Ich stelle fest, dass die Fraktionen keine weiteren Fragen mehr haben.

Dann sind wir für heute am Ende Ihrer Befragung.

Wie besprochen, bekommen Sie das Protokoll mit der Bitte zugesandt, dort eventuelle Unrichtigkeiten zu korrigieren und uns dann innerhalb

Nur zur dienstlichen Verwendung

von zwei Wochen zurückzusenden. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung formal. Bis dahin bleiben Sie sozusagen innerhalb der Befragung.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen und wünschen Ihnen einen guten Heimweg.

Wir unterbrechen bis halb neun und machen dann weiter mit dem nächsten Zeugen.

(Unterbrechung von 20.13 bis 20.30 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ich schlage vor, dass wir unsere Sitzung fortsetzen. Ich sehe, dass auch die Fraktionen alle da sind.

Vernehmung des Zeugen Jan-Kristof Wellershoff

Ich begrüße unseren fünften und letzten Zeugen für heute, Herrn Jan-Kristof Wellershoff. Herr Wellershoff, vielen Dank, dass Sie heute hier sind. Herzlich willkommen im Untersuchungsausschuss!

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr [redacted], Platz genommen. Wir kennen uns ja schon, von daher darf ich auf die üblichen Hinweise für den Rechtsbeistand verzichten.

Ich bin allerdings, Herr Wellershoff, gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären.

Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht, und nichts weglassen, was zur Sache gehört. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuchs strafbar machen. Das kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Sie dürfen allerdings auf bestimmte Fragen die Antwort verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das sind nicht nur Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, sondern auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Ich möchte Sie dann darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung dieser Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie das Mikrofon einschalten und in das Mikrofon sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht, und Sie erhalten das Protokoll vor der endgültigen Fertigstellung zugesandt.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung der Auffassung sein, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen hier zur Sprache bringen müssen, dann bitten wir um einen entsprechenden Hinweis. Wir könnten dann die Sitzung entsprechend einstufen und die Öffentlichkeit ausschließen.

Haben Sie bis hierhin Fragen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann will ich noch meiner Pflicht nachkommen, Ihnen den Gegenstand der Vernehmung zu erläutern.

Dieser Untersuchungsausschuss soll sich mit den Entscheidungsprozessen in der Bundesregierung zur Anpassung der nationalen Energieversorgung und Energiepolitik an die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine veränderte Versorgungslage befassen. Er soll sich ein Gesamtbild von den Entscheidungsprozessen sowie deren Kommunikation an das Parlament und an die Öffentlichkeit verschaffen. Das gilt insbesondere, aber nicht nur, für die Entscheidung über einen möglichen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Es soll untersucht werden, welche Informationen den Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, welche nationalen und internationalen Stellen in die Entscheidungsprozesse einbezogen wurden und ob die Einbeziehung weiterer Informationen oder Stellen sachgerecht gewesen wäre.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Beginn des russischen Angriffs am 24. Februar 22 und endet mit der Einsetzung dieses Gremiums am 4. Juli 2024.

Die Vernehmung wird sich wie folgt gestalten: Ich muss Sie zunächst zu Ihrer Person befragen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann haben Sie Gelegenheit, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen zum Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Anschließend werden Sie von den Ausschussmitgliedern befragt. Das kann einige Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Sie eine Unterbrechung wünschen, geben Sie uns bitte einen Hinweis.

Haben Sie bis hierhin Fragen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut. - Dann will ich Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vor- und Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohnort, allerdings ohne genaue Adressangabe, nennen.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Mein Name ist Jan-Kristof Wellershoff. Ich bin 46 Jahre alt, wohne in Berlin. - Und was war es noch?

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Beruf.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ministerialbeamter ist, glaube ich, auch die - -

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Und von der Ausbildung sozusagen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Jurist.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Jurist.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ja.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Jawohl. Gut. - Wenn Sie wünschen, können Sie jetzt im Zusammenhang vortragen.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ja, ich möchte einleitend eigentlich nur sagen: Wie gesagt, mein Name ist Jan-Kristof Wellershoff. Ich arbeite im BMWK und leite dort das Referat, das sich, ich sage mal salopp, mit den Kraftwerken befasst. In diesem Zusammenhang haben wir im Zuge der Krise vor allen Dingen mit der Rückkehr der Kohlekraftwerke viel zu tun gehabt. Das war unsere erste Haupttätigkeit. Und im Anschluss daran kam dann das Thema „Einsatzreserve Atomkraftwerke bzw. Streckbetrieb“. Ich war mit dem Thema zur juristischen Umsetzung der Möglichkeiten, die da im Raum standen, befasst, und das war im Wesentlichen der Zeitraum von Ende August/Anfang September bis Mitte Oktober, bis dann die Entscheidung zum Streckbetrieb gefallen ist. - Alles Weitere würde ich jetzt Ihren Fragen überlassen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Jawohl, vielen Dank. - Dann beginnen wir mit der Fragerunde der Fraktionen. Es beginnt die SPD, Herr Kollege Mesarosch, mit 19 Minuten.

Robin Mesarosch (SPD): Danke. - Und danke, dass Sie da sind. Angesichts der Uhrzeit und weil wir uns schon ein Bild verschaffen konnten, gehe ich einfach direkt rein. Uns interessiert natürlich die ganze Reservegeschichte. Aus den Akten ergibt sich, dass Sie am 11. August 22 an einer Videokonferenz teilgenommen haben. Das ergibt sich - das sagen wir immer dazu - aus der MAT A BMWK-4.10 VS-NfD, Blatt 8. Teilnehmer der Videokonferenz waren unter anderem der Parlamentarische Staatssekretär Kellner und der Staatssekretär Philipp. Am selben Tag fand ebenfalls eine Videokonferenz statt. - Nein, Entschuldigung, am selben Tag wurden die Zwischenergebnisse des zweiten Stresstests bekannt gegeben. War diese Vorab-Ergebnis-Einordnung Grund für die Videokonferenz an diesem Tag?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Das ist jetzt vielleicht kein guter Start; aber ich muss ehrlich sagen: An diese Videokonferenz kann ich mich nicht erinnern. 11. August war das, sagen Sie?

Robin Mesarosch (SPD): Genau, 11. August mit Herrn Kellner und Herrn Philipp.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nee, tut mir leid.

Robin Mesarosch (SPD): Dann wechseln wir zum 17. August. Das ist ja ein bisschen näher an heute. Da fand erneut eine Videokonferenz statt. Das ergibt sich aus der MAT A BMWK-4.10 VS-NfD, Blatt 8. Thema soll hierbei „u.a. Atom“ - Zitat Ende - gewesen sein. Können Sie einmal darstellen, was bei diesem Meeting besprochen wurde?

Inwiefern wurde die Einsatzreserve näher beleuchtet und ausgestaltet bzw. erstmalig näher angesprochen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Tut mir leid, auch da habe ich keine Erinnerung.

Robin Mesarosch (SPD): Versuchen wir es weiter im August. Aus den Akten, in dem Fall MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 73 bis 77, lässt sich erkennen, dass sich einige Fachreferate bereits am 23. August 2022 mit der Option Einsatzreserve auseinandergesetzt haben. Dort heißt es hinsichtlich der Idee „Einsatzreserve Atom“, dass die - Zitat - „verrücktesten Ideen in der Leitung diskutiert“ werden. Wann und von wem haben Sie das erste Mal von dem Plan „Einsatzreserve Atom“ erfahren?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich kann nicht genau sagen, von wem ich davon erfahren habe, aber es war tatsächlich in dem Zeitraum Ende August, wie ich mich erinnere. Und da stand das erste Mal im Raum, auch für die Atomkraftwerke eine Reserve einzuführen. Das war nach meiner Erinnerung - - Damals kam das aus dem Hintergrund, dass wir eben auch für andere Kraftwerkstypen Reserven eingeführt haben, insbesondere für die Steinkohle- und die Braunkohlekraftwerke, und das war der Konnex.

Robin Mesarosch (SPD): Was haben Sie denn von der Idee gehalten, als sie Ihnen das erste Mal über den Weg lief?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich kann mich jetzt nicht an eine bestimmte Meinung zu dem Zeitpunkt erinnern. Das ist typischerweise nicht, wie ich die Sachen in solchen Fällen angehe, sondern man muss in diesem Fall, wo man erstmals damit konfrontiert ist, sich überhaupt erst mal die Problemstellungen vor Augen führen. Ich will hier und kann nicht verhehlen, dass ich mit Atom vorher keine Berührungspunkte hatte, sondern vor allen Dingen eben über dieses Thema „Rechtsrahmen Reservekraftwerke“ zum Thema gekommen bin. Und insofern hatte ich da zu dem Zeitpunkt keine Meinung zu, sondern der Prozess hat begonnen, mir eine Meinung zu bilden.

Robin Mesarosch (SPD): Genau. Bei dem Meinungsbildungsprozess sind wir dann. Sie haben ja eine vorläufige verfassungsrechtliche Einschätzung hinsichtlich AKW-Reserve abgegeben. Einen Vermerk haben Sie erstellt am 29. August 22. Das ist bei uns in der MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 11 bis 13. Wie kam es zu dem Auftrag? Und die Frage: Wieso wurde ausschließlich auf die Möglichkeit des Reservebetriebs Bezug genommen und nicht auch auf eine Option des Streckbetriebs als Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung zum Beispiel? - Sie bekommen den Vermerk.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Okay. Den Vermerk kenne ich. Können Sie - Entschuldigung! - noch mal sagen: Was war jetzt die Frage in dem Kontext?

Robin Mesarosch (SPD): Also, wer den Vermerk beauftragt hat, wie es zu dem Vermerk kam und warum ausschließlich die Möglichkeit des Reservebetriebs darin diskutiert wird und nicht etwa ein möglicher Streckbetrieb, um die Kernkraftwerke zu verlängern.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich kann mich jetzt nicht ganz genau erinnern, aber ich gehe davon aus, dass der Auftrag entweder von Herrn Oschmann oder von Herrn Graichen, jedenfalls aus der Hierarchie kam und ich darum gebeten wurde im Kontext der Diskussion um die Reserve, die Sie ja eben selbst angesprochen hatten. Die Diskussion gab es schon im Haus. Ich glaube, der Reservebetrieb stand nach meiner Erinnerung damals im Fokus, weil natürlich die Umsetzung einer Reserve rechtstechnisch sehr viel aufwendiger ist als ein Streckbetrieb. Ein Streckbetrieb ist jetzt, wenn man juristisch draufguckt, im Prinzip der Austausch von zwei Daten im Atomgesetz. Das schreibt man in zwei Stunden, da muss man nicht länger drüber nachdenken, wohingegen eine Reserve, die als Option eben auch im Raum stand, wo ich jetzt nichts mit zu tun habe, aber auch in der politischen Diskussion eben relevant war, natürlich ein sehr viel

komplexeres Unterfangen ist, weil man sich mit sehr viel mehr rechtlichen und auch technischen und auch ökonomischen Fragen auseinandersetzen muss. Deshalb, so war meine Erinnerung, stand das damals im Fokus, um zu eruieren, ob es diese Möglichkeit überhaupt gibt, was nicht klar war.

Robin Mesarosch (SPD): Alles klar, vielen Dank. - Können Sie für uns noch einmal erläutern, zu welchem Fazit Sie da gekommen sind, insbesondere hinsichtlich einer verfassungsrechtlichen Vereinbarkeit der Einsatzreserve?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich könnte es noch mal kurz nachlesen. Also, nach meiner Erinnerung war das Ergebnis vor allem, dass es natürlich im Verfassungsrecht auch breite Einschätzungsspielräume gibt, die sozusagen es nicht erlauben, eine finale und abschließende Position dazu zu haben, ob das jetzt rechtlich zulässig ist, insbesondere verfassungsrechtlich zulässig ist. Aber meine Einschätzung damals war, dass jedenfalls einer Reserve keine grundlegenden verfassungsrechtlichen Bedenken entgegenstehen. Das war nach meiner Erinnerung das Fazit.

Robin Mesarosch (SPD): Ich danke Ihnen. - Am 30. August erreichte Staatssekretär Graichen ein Non-Paper zur AKW-Reserve. Das ist bei uns die MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 149 bis 155. Aus den Akten lässt sich erkennen: Herr R[redacted], Herr Falk und Sie waren an der Erstellung des Papiers beteiligt. Inhaltlich geht es bei dem Non-Paper um ein Konzept der Einsatzreserve, ein Ablösekonzept, ein Maßnahmenpaket für mehr Strom aus erneuerbaren Energien, einen Monitoringplan der BNetzA zur Bewertung der Strommarkt- und Netzsituation, eine rechtliche Bewertung und noch offene und zu klärende Fragen. Können Sie ausführen, wie es zu der Erstellung dieses Papiers gekommen ist? Inwiefern sind die zu beleuchtenden Punkte, die ich eben angesprochen habe, von der Hausleitung vorgegeben gewesen?

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, vielleicht zu diesem Non-Paper: Das war tatsächlich eine Phase - was hatten wir als Datum? - irgendwann Anfang - -

Robin Mesarosch (SPD): 30. August.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: 30. August, genau. - Das war im Prinzip die Phase, wo ich persönlich in diesen Prozess reingekommen bin. Ich hatte, wie gesagt, vorher andere Schwerpunkte und bin erst Ende August in den Prozess reingekommen und war deshalb nach meiner Erinnerung nicht sozusagen Federführer für dieses Non-Paper. Es wurde nicht bei mir beauftragt. Ich habe das nicht zusammengestellt, sondern das haben andere Kollegen nach meiner Erinnerung zusammengestellt, und ich habe im Prinzip eine erste juristische Bewertung dazu abgegeben bzw., sage ich mal, eine reservetechnische Bewertung. Genau. Insofern kann ich mich jetzt nicht erinnern, was die genauen Hintergründe für die Beauftragung des Dokuments waren. Es ist aber durchaus ein üblicher Vorgang, wenn wir mit einer Aufgabe konfrontiert sind, jetzt, in diesem Fall, eine Reserve zu erstellen - - Dann werden üblicherweise erste Konzeptpapiere erstellt, wo eben die Gedanken und Überlegungen zusammengetragen werden, auch die Fragen, die beantwortet werden müssen, zusammengetragen werden, und das ist nach meiner Erinnerung in diesem Non-Paper hier passiert.

Robin Mesarosch (SPD): Es gab ja Unstimmigkeiten hinsichtlich der verschiedenen Optionen für eine Laufzeitverlängerung. Am 13. September fanden Gespräche statt, einmal zwischen BMUV, BMWK und PreussenElektra und EON sowie ein Gespräch zwischen BMUV, BMWK und der EnBW. Das ergibt sich aus den Gesprächsprotokollen, die wir haben; MAT A BMWK-3.27, Blatt 369 bis 370, und MAT A BMWK-3.27, Blatt 367 bis 368. Können Sie uns darstellen, was im Rahmen dieser Gespräche diskutiert wurde hinsichtlich der Einsatzreserve?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Okay, also, der Termin am 13. September war nach meiner Erinnerung jetzt zunächst mal der einzige Termin, der in großer Runde mit Staatssekretär und BMUV-Beteiligung und den Betreibern stattgefunden hat, jeweils getrennt. Es war auch der erste Termin, an dem ich teilgenommen habe mit den Betreibern, und es war eigentlich auch nach meiner Wahrnehmung der erste Termin, wo auch sozusagen im Detail über die Möglichkeiten eines Weiterbetriebs der Kernkraftwerke gesprochen wurde. Ich kann nicht beurteilen, ob es natürlich bilaterale Gespräche auf welchen Ebenen auch immer gegeben hat; aber zuvor hat es ja im Wesentlichen auch einen Briefaustausch gegeben, wo man sich Briefe geschrieben hat, zum Teil auch medial kommuniziert hat. Und meine Erinnerung ist insofern, dass zu Beginn des Gesprächs ein Großteil des Gesprächs darum kreiste, erst mal, sage ich mal, Missverständnisse, die im Raum standen, auszuräumen.

Um ein Beispiel an der Stelle zu nennen: Das war auch zu dem Zeitpunkt nach meiner Erinnerung in der öffentlichen Diskussion, dass das BMWK womöglich eine Reserve vorschlägt oder prüft, wo sozusagen die Atomkraftwerke ständig an- und abgefahren werden, auf Tagesbasis oder auf Wochenbasis oder irgendwie so was, obwohl das jedenfalls in den Prozessen, wo ich dabei war, niemals diskutiert wurde, und wo natürlich dann auch die Betreiber in dem Gespräch zunächst mal sehr vehement darauf hingewiesen haben, dass das die Atomkraftwerke überhaupt nicht leisten können. Das heißt, ein Großteil des Gesprächs ging darum, ob und unter welchen Bedingungen Atomkraftwerke überhaupt Reserveleistungen erbringen können.

Und dann haben wir auch das erste Mal dargestellt, was wir uns sozusagen überhaupt als Konzept einer Reserve für Atomkraftwerke vorstellen können. Das ist nämlich nicht so eine Reserve, wo der ÜNB oder wer auch immer das ständig sagt, sondern das ist im Prinzip* - * - Was dann damals im Raum stand, war das, was wir intern immer Kaltreserve genannt haben: Sie laufen erst mal weiter und bereiten sich dann vor, und dann gibt es irgendwann, zu einem späteren Zeitpunkt, die Entscheidung, ob sie dann weiterbetrieben werden sollen. Und wenn sie nicht - - Sonst fahren sie runter, und wenn sie runterfahren, sind sie dann in so einer Art Stand-by. Das war tatsächlich die Überlegung, die da im Rahmen der Kaltreserve zunächst mal im Raum stand, dass man sie dann auch zu einem späteren Zeitpunkt noch abrufen kann.

Und der Hintergrund für diese Überlegungen war ja im Kern, dass wir es mit einer hochdynamischen Situation zu tun hatten. Also, die energiewirtschaftlichen Fundamentaldaten - das werden Ihnen die Kollegen noch mehr geschildert haben, als ich das könnte - waren eben dynamisch, ja. Es war insbesondere unklar, wie sich die Atomkraftwerksflotte in Frankreich entwickeln würde. Da gab es im Prinzip täglich neue Statusmeldungen von EDF. So ist es auch bei mir angekommen. Ich habe die nicht im Detail ausgewertet, aber das war die Unsicherheit. Und die Überlegung war halt, die Entscheidung über den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke jetzt nicht im September zu treffen, sondern eben näher an dem Zeitpunkt, wo man dann die Situation in dem Winter tatsächlich beurteilen kann. Und deswegen hatten wir eben im Blick eine Reserve, die im Prinzip an/aus ist, Anschalter/Ausschalter *.

Und ein Kern des Gesprächs nach meiner Erinnerung war - - Und das war ein sehr intensives Gespräch, aber für uns auch ein Gespräch, wo wir sehr viel gelernt haben, ich als Nichtatomexperte, weder Atomrechtler noch Atomwirtschaftler, auch viel gelernt habe. Und dann haben wir in den weiteren Gesprächen nach meiner Erinnerung insbesondere die Möglichkeiten der Kaltreserve, also des Stand-by-Betriebs von Atomkraftwerken, diskutiert. Da wurde dann auch - - Da haben die Betreiber dann darauf hingewiesen, welche Restriktionen es gibt. Jeder Betreiber hatte ja verschiedene Optionen festgestellt, weil die Kraftwerke waren da auch sehr unterschiedlich, was sie können. Und das waren die Themen, die diskutiert wurden, ja, also die technischen und ökonomischen Fähigkeiten der Kraftwerke.

Robin Mesarosch (SPD): Thema „ökonomische Fähigkeiten“: Die Fachreferate hatten schon herausgearbeitet, dass die eine Variante wesentlich kostentechnisch aufwendiger ist als die

andere, nämlich die Reserve. Inwiefern hat dieser Kostenaspekt eine Rolle bei den Betreibergesprächen gespielt? Wir sehen in den Protokollen, dass für die Kostenverteilung diskutiert worden ist, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag in Betracht zu ziehen. Inwiefern war die Idee von so einem öffentlich-rechtlichen Vertrag schon am 13. September in diesen Betreibergesprächen Thema?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich erinnere jetzt nicht ganz genau, ob das schon am 13. September aufgebracht wurde; aber eigentlich muss es so sein, weil es war eine Forderung der Betreiber von Beginn an und im Prinzip den gesamten Prozess durch. Das ist auch ein durchaus übliches Vorgehen, das ist auch ein Vorgehen, was ich aus anderen Zusammenhängen kenne. Das ist das, was die Rechtsbeistände der Betreiber den Betreibern empfehlen. Und insofern war das sicherlich auch da schon Thema. Wobei: Bei dem Termin stand eben die technisch-wirtschaftliche Umsetzbarkeit und weniger die rechtliche Umsetzbarkeit im Vordergrund, nach meiner Erinnerung.

Robin Mesarosch (SPD): Danke. - Am 17. September, vier Tage später, haben Sie Herrn Staatssekretär Graichen eine E-Mail geschickt. Das ist die MAT A BMWK-3.40 VS-NfD, Blatt 21. Im Fall einer politischen Diskussion über so einen öffentlich-rechtlichen Vertrag erörtern Sie Argumente sowohl für als auch gegen einen solchen Vertragsabschluss. Können Sie uns darstellen, welche Argumente damals nach Ihrer Einschätzung für und gegen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit diesem Ziel gesprochen haben?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, wie gesagt, ich habe ja die Argumente dargestellt. Das ist auch nach wie vor richtig so. Ich würde mal sagen, es gibt zwei Argumente; es gibt eigentlich eine Reihe von Argumenten. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag ist einfach nicht das Instrument der Verwaltung, sondern da gibt es Gesetze und Verwaltungsakte und nicht Vertrag. Das ist erst mal ein ganz grundsätzliches Argument.

Aber im Kern ist natürlich ein Vertrag sehr schwer zu verhandeln. Da müssen viele Details geregelt werden, die dann auch im Gesetz geregelt werden. Aber das eigentliche Kernproblem ist: Erstens braucht man eine Rechtsgrundlage dafür. Die haben wir nicht gesehen, die habe ich jedenfalls nicht gesehen. Und zweitens ist das einzige Ziel des öffentlich-rechtlichen Vertrages ja, Sie als Parlament zu binden. Also der dient ja nur dafür, einen Schadensersatzanspruch auszulösen für den Fall, dass Sie als Parlament anders entscheiden, als die Regierung das vereinbart. Das ist bei allen - - Das ist sozusagen Ziel, Wesenskern, und das ist bei manchen öffentlich-rechtlichen Verträgen - * - Wir haben es ja im Kohlebereich gemacht, wo es um Fragen von 20 Jahren Laufzeit geht und länger, oder auch im Kernkraftbereich, KFK. Da ist es absolut sachgerecht. In diesem Fall aber, nach meiner fachlichen Einschätzung damals, war es das eben nicht, und es war auch unüblich.

Auch die Braunkohlebetreiber waren, auch wenn die Atomkraftwerke - wir haben das natürlich auch vorgehalten - das nicht gerne gehört haben, aber in derselben Situation. Auch die mussten in Vorleistung gehen. Es ging ja im Wesentlichen darum, dass die Betreiber in Vorleistung gehen mussten, um sich auf diesen Reservebetrieb vorzubereiten. Das mussten auch die Braunkohlebetreiber. Die mussten auch Kraftwerke ausmotten, vorbereiten, signifikante Kosten eingehen, ohne die Sicherheit zu haben. Und wir haben da - und das habe ich, glaube ich, auch dargestellt; genau - die politische Verständigung. Wir haben auch - ich persönlich, auch die Kollegen - den Betreibern gesagt: Eine politische Zusage, worauf ja dieser Prozess hinsteuerte, vom Bundeskanzler, vom Vizekanzler und vom Finanzminister, ist was, auf der Basis können auch CEOs Entscheidungen über einen Reservebetrieb von Kernkraftwerken treffen.

Robin Mesarosch (SPD): Vielen Dank für die Ausführungen. - Die Einsatzreserve Atom auszugestalten, das stellte sich als schwierig heraus, auch über das Gespräch am 13. September hinaus. Bei den Verhandlungen - so haben wir das wahrgenommen - war insbesondere strittig,

Nur zur dienstlichen Verwendung

wie man eine Kostenübernahme für die Einsatzreserve garantieren kann als Bund. Während das erstmalig erstellte Eckpunktepapier des BMWK - das ist bei uns die MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 451 bis 453 - die Kostenübernahme zunächst überhaupt nicht regelte, erstellten die Betreiber in ihrem Entwurf eines möglichen öffentlich-rechtlichen Vertrags eine Regelung, wonach der Bund das Kostenrisiko von circa 300 Millionen Euro übernehmen sollte. Das ergibt sich aus der Vorbereitung für Herrn Minister Habeck, MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 573 bis 579. Wie haben Sie den Streit über die Kostenübernahme bei der Einsatzreserve wahrgenommen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Zunächst mal: Also, ich weiß nicht, ob „Streit“ das richtige Wort ist. Das waren halt Verhandlungen, ja, zwischen zwei Parteien. Die waren - das ist, glaube ich, unstreitig - zum Teil sehr intensiv; es ging ja auch um viel. Und natürlich war für die Betreiber nachvollziehbarerweise, verständlicherweise die Kostenfrage ein relevantes Thema.

Es war ja einmal ein relevantes Thema für den Fall, dass es tatsächlich dazu kommen sollte, dass die Kraftwerke nicht abgerufen werden. Für den Fall wären Kosten entstanden, die hätten erstattet werden müssen. Und dann gab es als Zweites das Thema, dass, wenn die Kraftwerke - - selbst wenn sie an den Markt zurückgehen - - Wir hatten ja zu dem Zeitpunkt sehr hohe Strompreise, weshalb eigentlich davon auszugehen war, dass alle Kosten, die entstehen, dadurch gedeckt werden; aber da waren die Betreiber auch unsicher, und deswegen haben sie immer gedrängt, dass auch für diesen Fall so eine Art Verlustausgleich oder Zusage gemacht wird.

Das war eine intensive Debatte und Diskussion; aber nach meiner Erinnerung war auch klar für den Fall, dass sie nicht abgerufen würden, die Kosten getragen werden müssten. Also es ging eigentlich nicht darum, den Betreibern dann Kosten nicht zu erstatten. Das stand nach meiner Erinnerung nie im Fokus. Also es ging nicht darum, Pfennigfuchserei zu betreiben, sondern eine ordentliche, sachlich richtige, saubere Lösung dafür zu entwickeln, wie gesagt, immer in dem Duktus „Alternative zum Streckbetrieb“, die Optionen auszubuchstabieren. Und da waren natürlich die Kosten wie aber auch andere Themen. Wir haben ja stundenlang über Ventile an Atomkraftwerken und die Abfahrtrampen, wenn sie in Streckbetrieb gehen, und den Rückkauf von Strommengen und Tausend Sachen gesprochen. Das gehört halt dazu, wenn man gewissenhaft so ein Paket schnürt.

Robin Mesarosch (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut. Vielen Dank. - Dann kommen wir zur CDU/CSU. Herr Dr. Lenz.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wellershoff, danke, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Sie haben schon ein bisschen ausgeführt, dass Sie anfangs gar nicht für die Kernkraftwerke zuständig waren oder sich zuständig fanden. Sie waren aber ja für Kraftwerke zuständig. Wie kann ich mir das erklären, dass Sie zwar für Kraftwerke, aber nicht für Kernkraftwerke zuständig waren? Und wer war denn eigentlich für Kernkraftwerke zuständig im BMWK?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: „Also, ich nicht“, sagt der gute Beamte da erst mal.

(Heiterkeit)

Das habe ich auch in vielen Anfragen, die bei mir eingegangen sind, weil natürlich - - Wir hießen damals noch als Referatsbezeichnung „Kraftwerke“, was jetzt nicht - - Die habe ich nicht zu verantworten, die wurden mir übergeholfen. Da hat natürlich - - Jede Verfügung, wenn was zu Kernkraft kam, kam erst mal zu uns, und ich habe oft darauf gedrungen, dass wir nicht zuständig sind. Ich kann es Ihnen, ehrlich gesagt, nicht sagen, wer jetzt gerade zuständig ist im BMWK.

Wie eben schon ausgeführt: Ich glaube, meine Rolle in dem Prozess sollte es nicht sein. Und deswegen: Ich wurde nicht reingeholt wegen

Nur zur dienstlichen Verwendung

Kernkraftexpertise oder atomrechtlicher Kenntnisse, sondern ich wurde in den Prozess reingeholt, weil ich eben in verschiedenen Zusammenhängen schon wiederholte Male für Kraftwerke einen Rechtsrahmen gestrickt habe, mit dem diese im Prinzip in die eine oder andere Weise in einem Reservebetrieb operieren. Das ist ja ein sehr komplexer Rechtsrahmen. Da gibt es europarechtliche Vorgaben, da gibt es hier in diesem Fall eine Reihe spezialrechtlicher Vorgaben, Atomrecht etc., da gibt es genehmigungsrechtliche Vorgaben, und da gibt es eben auch ökonomische Vorgaben. Es muss beihilferechtlich bewertet werden, Kostentragung usw. Und ich glaube, das war, weshalb man auf mich gekommen ist.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. Also Sie können nicht sagen, wer eigentlich zuständig ist oder war für die Frage der Kernkraftwerke. - Wir haben Hinweise, dass Mitarbeiter sich an beispielsweise die RSK wandten, also Mitarbeiter des BMWKs, um Expertise einzuholen. Das haben Sie aber nicht gemacht, oder, dass Sie mal gefragt haben: „Wie läuft denn eigentlich, funktioniert denn eigentlich so ein Kernkraftwerk?“?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein, das habe ich nicht gemacht. Also, die Arbeitsteilung war dann relativ schnell sehr klar. Es gab natürlich die Kollegen aus dem BMUV, die mit in dem Prozess drin waren. Die haben im Prinzip das ganze Atomrechtliche, die atomrechtliche Seite abgedeckt. Nach meiner Erinnerung, glaube ich, waren die dabei; aber die waren auch im engen Austausch mit den Landesgenehmigungsbehörden, die ja die eigentliche Verantwortung tragen für die Genehmigungen. Genau. Aber zu Ihrer Frage: Ich habe da nie angerufen, nein.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also, Sie schreiben ja selber, dass Sie eigentlich an den Gesprächen Anfang März nicht beteiligt waren. Ich nehme an, das ist so.

(Der Zeuge nickt)

Aber Sie waren dann in der Folge ja auch bei der Kohlereserve entsprechend involviert. Da wundert uns ein bisschen, dass wir zwar ab Ende August viele Unterlagen mit Ihnen eben auch in den Vermerken als entsprechend handelnde Person bekamen, aber zu der Frage der Kohlereserve eigentlich gar nichts bekamen - - und aus unserer Sicht das natürlich auch zur Frage des Primärenergiemixes gerade nach dem Angriffskrieg Russlands zählt. - Also das entsprechend fürs Protokoll.

Und gleichzeitig aber noch die Frage zur Kohlereserve: Sie haben am 28. Juli da eine Vorlage gemacht. Wir können Ihnen die gerne zukommen lassen, bzw. vielleicht können Sie sich erinnern. Also, ich sage es jetzt mal so ein bisschen salopp: Ich glaube, Sie meinten, ein Drittel ist eher problematisch zu sehen der Kraftwerke, weil es auf Verschleiß gefahren wird mehr oder weniger; die anderen Kapazitäten könnten unter Umständen zur Verfügung stehen. Können Sie das so bestätigen?

(RA [redacted] meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Herr Dr. Gehrmann.

RA [redacted]: Ich würde um den Vorhalt bitten. Sie zitieren ja daraus. Das wäre prima, wenn Sie ihm das vorhalten könnten.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wir geben Ihnen den Vorhalt, und zwar - - Wir finden es. - Ansonsten würde ich vielleicht weiter verfahren.

Also, ich komme noch mal zurück auf die Frage Kohlereserve und komme kurz auf die Frage „Entscheidung Einsatzreserve bzw. Streckbetrieb“. Einsatzreserve ist auch mit Kaltreserve anscheinend doch gleichzusetzen, ist Ihren Ausführungen zu entnehmen. Wir hatten da vorher im Laufe des Tages einige Diskrepanzen bezüglich des Wordings sozusagen. Meine Frage ist jetzt die: Sie haben schon auf Ihre Erfahrungen im Kraftwerksbereich angespielt. Wie kommt man denn eigentlich auf die Idee, eine Einsatzreserve ins Spiel zu bringen? Sämtliche Expertinnen und Experten, die sich mit Kernkraftwerken auskannten oder auskennen, sagen, dass

Nur zur dienstlichen Verwendung

das eigentlich keine gute Idee ist. Also wie kam das BMWK darauf?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, wie ich schon dargestellt habe: Nach meiner Erinnerung war es so, dass das Konzept der Einsatzreserve erstens ein anderes war, als anfänglich von den Betreibern wahrgenommen und auch in der öffentlichen Diskussion diskutiert wurde. Also es ging nie um ein Konzept des ständigen, täglichen Hoch- und Runterfahrens. Das ist tatsächlich mit Atomkraftwerken nicht zu machen. Es hat sich dann entwickelt. Dann war das Thema Kaltreserve im Raum, wo eben die Überlegung im Raum stand, dass dann ab Dezember die Kernkraftwerke auch eine Zeit lang tatsächlich in so einem Stand-by-Modus stehen könnten, so wie wir es auch analog im Prinzip bei den Kohlekraftwerken gemacht haben. Die standen auch erst eine Zeit im Stand-by und wurden dann per Verordnung abgerufen.

Da hat sich dann aber gezeigt: große Unterschiede zwischen Isar 2 und Neckarwestheim nach meiner Erinnerung. Bei Isar 2 war diese Möglichkeit einfach nicht gegeben, weil Isar 2, so haben die Betreiber es nach meiner Erinnerung dargestellt, in einem sozusagen Streckbetrieb war, in dem Sinne, dass die Leistung kontinuierlich herunterging, und in diesem sinkenden Leistungsumfeld kann das Kraftwerk einfach ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr angefahren werden. Das geht dann nicht. Das heißt, damit war das Thema Kaltreserve vom Tisch. Und dann waren wir bei dem Thema Einsatzreserve, die dann aber auch - - Und da gab es dann auch keine Einwände der Betreiber mehr. Da war die Aussage klar: Wenn ihr erst zu dem Zeitpunkt auf den Knopf drücken wollt, dann tut es; aber wenn ihr nicht auf den Knopf drückt, dann kostet es halt entsprechend, dann müssen Kosten gegebenenfalls ersetzt werden.

Bei Neckarwestheim war die Situation ein bisschen anders gelagert. Da hätte man, so erinnere ich es jedenfalls - - gab es ein Zeitfenster, wo eine Kaltreserve tatsächlich technisch möglich gewesen wäre, weil da sowieso im Raum stand eine - - Da hätte sowieso eine Rekonfiguration dieses Reaktorkerns stattfinden müssen, um überhaupt bis in den April zu kommen mit den Elementen, und deshalb stand es da im Raum, wurde auch, wenn ich es jetzt richtig erinnere, etwas länger verfolgt. Ich weiß jetzt nicht genau, in welchem Papier es dann noch drin war, aber am Ende des Tages wurde auch das aufgegeben, weil es einfach zu aufwendig war und dann sozusagen die Abwägung dazu geführt hat, dass man dann eben nur noch die Einsatzreserve - Abruf beider Kraftwerke oder auch nur eines der beiden Kraftwerke - zu einem bestimmten Zeitpunkt Anfang Dezember weiterverfolgt hat.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Es gab dann ja Entscheidungsphasen bezüglich der Frage Streckbetrieb/Einsatzreserve. Es fand am 30. August 22 eine Videokonferenz statt mit Ministerin Lemke, Vizekanzler Habeck, Außenministerin Baerbock, mit Graichen und Tidow. Nahmen Sie da teil?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nicht dass ich mich erinnere, nein.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Dann gab es ein sogenanntes Term Sheet durch das BMWK. Da war es so, dass am 19. September eine Videokonferenz mit den Betreibern stattfand. Wir können Ihnen die Unterlage dazu entsprechend geben; das ist MAT A BMWK-4.04 VS-NfD, Blatt 159 bis 160, das müsste entsprechend kommen. Und da geht es dann darum, dass am 8. September - - Also, im Vorfeld kam ein Schreiben von Herrn Knott von PreussenElektra, und da sagt Herr Knott:

> „Dann nämlich ist mit den eingeschränkten Möglichkeiten eines solchen Reaktorkerns ein Wiederanfahren im fortgeschrittenen Streckbetrieb nicht und schon gar nicht kurzfristig innerhalb einer Woche machbar.“

Wie war denn der Prozess damals? Wuchsen da mit solchen Aussagen die Zweifel an einem Reservebetrieb, oder hat Sie das eigentlich wenig

gekümmert? - Also, ich bringe Ihnen mal das Schreiben von Herrn Knott.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, das deckt sich mit meiner Erinnerung und dem, was ich ja auch schon geschildert hatte. Das ist natürlich so, dass am Anfang der Diskussion wir keine detaillierten Kenntnisse über die Situation in den einzelnen Kernkraftwerken hatten. Die hatte auch niemand außer den Betreibern. Das heißt, es war der Austausch mit den Betreibern erforderlich. Das ist in diesem Fall sozusagen keine Besonderheit, sondern es passiert auch in vielen anderen Fällen. Auch bei den Kohlereserven haben wir uns zu den technischen Möglichkeiten der Kraftwerke sehr eng ausgetauscht.

Darüber hinaus erinnere ich sehr klar, weil es mehrfach besprochen und, ich glaube, auch schriftlich festgehalten wurde: Es war völlig klar, dass niemals Dinge gemacht würden, die sicherheitstechnisch nicht zu vertreten sind, ja. Also das, was nicht genehmigt werden kann, oder das, wo es Risiken gibt, wo Risiken sich vergrößern, wird nicht gemacht. Und insofern hat uns das natürlich gekümmert, dass - - Wenn der Betreiber sagt: „Es kann im Streckbetrieb maximal einmal runter * gefahren werden“ - und die mussten ja runterfahren, also der Betreiber des Kraftwerks musste runterfahren für diesen Ventilaustausch bei Isar 2, kann danach nicht noch mal hochfahren -, dann war das eine absolut relevante Information. Und nach meiner Erinnerung war damit das Thema Kaltreserve - also, sie gehen in einen Stand-by-Betrieb - für Isar 2 auch vom Tisch.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Also, um vielleicht noch mal zum Term Sheet zu kommen: Welche Kollegen waren da beteiligt bei der Erstellung des Term Sheets?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich weiß es nicht mehr genau.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also, aus unseren Unterlagen geht hervor, dass auch unser Herr Fährmann beteiligt war. Welche Aufgaben hatte denn der Herr Fährmann? - Also, die Frage geht an Sie, Herr Wellershoff. - Genau, das ist MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 399 bis 402.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Gut, also, ich erinnere, dass es im Prinzip so war, wie es ja auch in dieser E-Mail stand, also dass es tatsächlich den Auftrag gab, im Nachgang zu dem Telefonat - - zu dem Termin am 13. tatsächlich die Eckpunkte für eine mögliche Einsatzreserve zu skizzieren, und das sollte in dem Term Sheet umgesetzt werden, und da hat auch der Herr Fährmann unterstützt, genauso wie der Kollege, ich nehme mal an, Thorsten Falk.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Das ging dann weiter. Dann ging das Term Sheet an Minister Habeck. Und Minister Habeck meinte, dass er meist sprachlich entsprechend Änderungen vorgenommen hätte. Und Sie baten dann wiederum Herrn Fährmann - ich zitiere; also, das ist jetzt noch mal eine neue MAT-Nummer, MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 424 bis 425 -,

„bei Gelegenheit nochmal draufzugucken, ob die harten Fakten noch alle drin sind.“

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich erinnere mich vor allen Dingen noch an die E-Mail vom Herrn Minister, weil wenn ein Minister schreibt: „Super Aufschlag“, dann aber weitermacht: „Anbei meine Überarbeitung“, und man das Dokument aufmacht und es ist alles bunt, dann denkt man sich: „Meist sprachlich“, ob das wohl stimmen mag?

(Heiterkeit)

Also, in der Tat - -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also das wäre schon auch meine nächste Frage: Waren das nur sprachliche Änderungen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich weiß das nicht mehr. Ich glaube, wir haben es danach geprüft, wir mussten es ja prüfen. Ich kann es nicht sagen. Ich meine, es waren tatsächlich nur sprachliche Punkte. Wir haben dann natürlich noch mal einen Check gemacht. Wir haben ja immer die Verantwortung, dass am Ende die wichtigen Punkte, die tatsächlich die Einsatzreserve dann skizzieren, weiterhin enthalten sind, und das haben wir noch mal überprüft, und das war am Ende des Tages der Fall. Ich glaube, ich habe dann noch mal ein, zwei Ergänzungen vorgenommen; aber ich weiß es nicht mehr im Detail.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Sie wiesen vor allem darauf hin, dass das vom Minister gewünschte Verbleiben der Erträge beim Staat so definitiv nicht ginge.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Entschuldigung, das habe ich akustisch nicht verstanden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Sie wiesen vor allem darauf hin, dass das Verbleiben der Erträge beim Staat so definitiv nicht ginge, Ihrer Meinung nach. Wir können Ihnen da auch noch mal die MAT-Nummer geben: Das ist MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 451 bis 453. Kommt gleich.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Der Kommentar 7 wäre das.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ja. Und können Sie jetzt noch mal die Frage sagen?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Sie haben ja gemeint, dass Minister wünscht, dass die Erträge beim Staat bleiben, und Sie hätten argumentiert, dass das „so definitiv nicht“ gehe. Und jetzt ist meine Frage: Wie kamen Sie zu der Einschätzung? Warum ging das definitiv nicht?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich glaube, auch wenn ich den Kommentar jetzt sehe, es ging nicht im Kern um die Gewinne, dass die beim Staat bleiben können, sondern es ging im Kern - und diese Diskussion hatten wir auch bei den Braun- und Steinkohlekraftwerken - um die Frage - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): … Übererträge. - Nein, sagen Sie.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: - nein, auch nicht, sondern es ging im Kern um die Frage: Wer macht den sogenannten Dispatch der Kraftwerke, also wer sagt: „Kraftwerk an“, „Kraftwerk aus“, „Es läuft“ oder: „Es läuft nicht“? Und auf diese Frage, da gibt es natürlich viele Antworten, aber im Prinzip bloß zwei Antworten: Entweder der Betreiber macht es selbst oder es macht irgendein Dritter, und das ist dann naheliegend der Übertragungsnetzbetreiber, der anhand aber irgendwelcher netztechnischen Bedürfnisse oder anhand irgendwelcher energiewirtschaftlichen Kriterien entscheiden muss, ob das Kraftwerk läuft.

So, und da war es immer naheliegender für uns - und das haben wir auch bei der Kohle entschieden -, dass der Dispatch, also der Kraftwerkseinsatz beim Betreiber - - Das Kraftwerk muss weiterhin vom Betreiber betrieben werden, und zwar entsprechend der Strommarktsignale, weil das ist energiewirtschaftlich das Sinnvollste, weil der Betreiber natürlich einen Anreiz hat, sich dahin zu legen und dann zu betreiben, wenn die Preise hoch sind, und das ist eben auch die Zeit, wo sie gebraucht werden. Wenn man aber in einer - in Anführungsstrichen - „Welt“ ist, in der der Betreiber über den Einsatz der Kraftwerke entscheidet, dann müssen natürlich, damit er eben entsprechend handelt, auch die Gewinne beim Betreiber bleiben. Er muss davon profitieren, dass er sein Kraftwerk optimal am Markt einsetzt. Und das war das ganz zentrale Konzept, und wir haben das beim Atom dann im Prinzip übernommen, weil es da noch mal anders liegt, aber das ganz zentrale Konzept bei der Kohle. Da haben wir das so durchdekliniert, und am Ende war klar: Das ist die einzige gangbare Option. -

Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das haben wir dann auch für Atom übernommen. Und wenn man da eben Gewinne im Staat nimmt, dann ist dieses Konzept zerbröselt. Dann ist man im Prinzip bei einem staatlichen Einsatz, und das ist dann schwierig.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Es hätte ja vielleicht dem Minister sogar gefallen. Aber vielleicht noch eine Frage bezüglich Ihrer Kommentierungen. Sie sagen oder Sie schreiben da, dass Sie die Löschungen des Ministers teilweise schade fänden. Ich kann Ihnen da auch noch die MAT-Nummer geben: MAT A BMWK-3.27, Blatt 451 bis 453. Und besonders schade fanden Sie, dass die jeweiligen Kommentierungen oder die Ausführungen zu den entsprechenden Kraftwerken gestrichen wurden.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich beziehe mich jetzt erst mal auf den Kommentar 2 in dem Dokument, das Sie hier vorgelegt haben. Da geht es ja tatsächlich um das, was ich eben skizziert habe, nämlich den Wesenskern der Reserve. Die ganze Diskussion kreiste darum. Streckbetrieb war sowieso möglich, hätte man jederzeit machen können. Die Frage ist: Gibt es eine zweite Option? Und der zentrale Grund für diese Option war: Das Umfeld ist hochdynamisch, es entwickelt sich. Atomkraft in Frankreich, Gasversorgung, LNG-Versorgung - keiner wusste, ob die Menschen im Winter, wenn Gas knapp würde, massenhaft Heizlüfter anschalten würden und damit irgendwie - - vor ungeahnte Herausforderungen stellen würden. Das Entscheidende war der Zeitpunkt: Wann entscheidet man, ob die Kraftwerke weiterlaufen? Und deswegen fand ich das schade, weil das sozusagen gelöscht wurde, was -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): … entscheidend war.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: - entscheidend war.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wir kommen zu Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wellershoff, vielen Dank, dass Sie uns hier zur Verfügung stehen heute. Ich wollte Sie bitten, vielleicht anfangs noch mal so ganz basic zu erzählen, in was für einer extremen Situation Sie 2022 organisatorisch eigentlich standen, was die Voraussetzungen waren für die Arbeit in den Tagen und die Herausforderungen.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, das war beispiellos - - was ich bisher erlebt habe. Ich bin im Prinzip an dem Tag des Kriegsausbruchs nicht mal ins Büro gekommen, weil ich schon im Tiergarten vom Fahrrad aus drei Telefonkonferenzen hinter mir hatte, und das ging dann im Prinzip bis Ende des Jahres ungefähr ununterbrochen weiter. Also, das war natürlich insbesondere für das BMWK und insbesondere für die Energieabteilungen sozusagen eine gigantische Herausforderung. Es hat alles infrage gestellt, was wir gemacht haben, bzw. hat uns vor - - Es ging letztlich nur darum: Wie wird die Gasversorgung im Winter sichergestellt? Und dem war im Prinzip alles untergeordnet, und die Stromversorgung natürlich auch. Und es war immer von Anbeginn klar in allen Diskussionen, dass alles getan wird, was erforderlich ist, um das zu gewährleisten.

Am Anfang hatte ich eine etwas breitere Zuständigkeit, aber später habe ich mich dann um meinen Kernbereich gekümmert. Das sind die Kraftwerke. Wir haben dann wirklich in Hauruckaktionen insgesamt, einschließlich der Atomkraftwerke, 13 Gigawatt Leistung zurück ans Netz gebracht, die vorher nicht da war - die waren extrem hilfreich, in jeder Hinsicht -, und haben darüber hinaus auch viele Sachen gemacht, die dafür sozusagen im Randbereich erforderlich waren.

Also, ich werde nicht vergessen, dass ich mit Kollegen über Wochen, über den Sommer hinweg, eine Energiesicherungstransportverordnung geschrieben und sozusagen angepasst habe, die eigentlich gar nicht - - Also, natürlich, „Energie“ steht drauf, aber eigentlich ist es ein Transportthema, also ein Schienenthema. Aber es ging eben darum, weil die Pegelstände waren ein massives Problem, was die Kohlebevorratung im

Nur zur dienstlichen Verwendung

Sommer infrage gestellt hat, und es war klar: Es muss auf der Schiene gelten, wenn es erforderlich ist, weil die Schiffe nicht fahren können, dass dann die Züge durchrauschen können. - Entsprechend haben wir eine entsprechende Verordnung auf den Weg gebracht. Also wir haben - das ist jetzt exemplarisch - alles gemacht, um das zu gewährleisten. Es gab keine Tabus, und das Ergebnis war, dass wir nach meiner Wahrnehmung recht gut durch den Winter gekommen sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist alles nachvollziehbar und verstehe ich gut, und das Ergebnis teile ich auch. - Vielleicht, weil dieser Untersuchungsausschuss ja irgendwie versucht, Dingen nachzugreifen, die bisher ungreifbar sind, will ich noch mal fragen: Hatten Sie den Eindruck, dass irgendwelche Teile Ihres Ministeriums nicht gewissenhaft genau daran gearbeitet haben, nämlich die Sicherheit bei der Energieversorgung und beim Stromnetz abzusichern?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat niemand hintertrieben oder irgendwie ideologisch Ihnen da bei Ihrer Aufgabe als Beamter Steine in den Weg gelegt oder - -

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein, also nein. Ich hatte ja nun auch in Bereichen zu tun, die da durchaus sensibel waren, also sowohl Kohlekraft - es gab keine Tabus, wir haben Kohle in jeder Form durchdiskutiert, wir haben Kohlereservehaltung durchdekliniert, wir haben die Transportverordnung gemacht, wir haben die Kraftwerke zurückgebracht - - Und auch beim Atom hatte ich ja gesagt: Nach meiner Erinnerung war es immer so, dass die Reserve diskutiert wurde als Alternative zum Streckbetrieb. Beides stand im Raum, aber es war immer klar: Was im Winter erforderlich ist, wird im Winter gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, Herr Wellershoff, dann bleibt mir nichts, außer Ihnen für Ihre Arbeit zu danken. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Herr Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Herr Wellershoff, schön, dass Sie da sind. Sie sind ja zuständiger Referatsleiter für die Kraftwerke. Das haben Sie ja vorhin auch gesagt. Und Sie haben mich aber, ehrlich gesagt, verwirrt heute, weil - der Kollege Lenz hat das ja vorhin schon gesagt - wir haben ja über den Tag schon über Einsatzreserve und Kaltreserve hier philosophiert. Und deshalb würde ich Sie gerne noch mal fragen: Wo ist jetzt da eigentlich der Unterschied?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Zwischen der Kaltreserve und der Einsatzreserve? Also, erstens mal: Es sind keine feststehenden energiewirtschaftlichen Begriffe, die Sie im Lexikon für Energiewirtschaft nachgucken können, sondern das sind Begriffe, die nach meiner Interpretation damals in der Diskussion geprägt wurden. Und, wie gesagt, außen vor - das betone ich immer wieder, weil das war aus meiner Sicht ein großes, auch mediales Missverständnis -: Es stand nie im Raum: „an, aus, an, aus, an, aus“, sondern es stand immer nur: „einmal an, einmal aus“.

Und dann gibt es den Unterschied: Bei der Kaltreserve gab es die Option: Die gehen aus irgendwann Anfang Dezember, und dann sind sie kalt, also im Stand-by, produzieren keinen Strom für einen gewissen Zeitraum, und können dann, wenn sich die Situation beispielsweise im Februar verschlechtert, auch im Februar wieder angefahren werden. - Das wäre eine Kaltreserve, was wir im Kohlebereich in vielen Konstellationen gemacht haben.

Die Einsatzreserve ist im Prinzip die Reserve. Man entscheidet einmal im Dezember: „Entweder sie laufen weiter, oder sie gehen aus“; aber wenn sie dann ausgehen, bleiben sie auch aus. - So, das ist nach meiner Lesart der Unterschied zwischen den beiden Konzepten.

Frank Schäffler (FDP): Das finde ich sehr interessant, weil so habe ich es bisher nicht verstanden. Deshalb ist das was völlig Neues für mich. Und Ihr Ministerium hat das irgendwie auch nicht so verstanden. Ich will Ihnen mal vorlegen MAT A

Nur zur dienstlichen Verwendung

BMWK-4.04 VS-NfD, Blatt 44. Das ist ein Erklärvideo des Ministeriums vom 06.09.22, und da wird genau das erklärt, also „Erklärung „Einsatzreserve““. Und ich zitiere - können wir das mal vorlegen? -:

> „Es geht bei der Einsatzreserve um eine sogenannte Kaltreserve der Atomkraftwerke für wenige Monate. Das bedeutet, dass die **AKW heruntergefahren werden** und keinen Strom mehr produzieren. Die Brennelemente werden dabei weiter gekühlt, eine Betriebsmannschaft ist an Bord.“

Also das ist eins nach Definition des eigenen Hauses und nicht zwei Dinge. So hatte ich es eigentlich bisher auch verstanden. Deshalb frage ich jetzt noch mal nach, was jetzt eigentlich stimmt. Also, wir legen es Ihnen auch noch mal vor. - Nimm mal mein Handy.

(Vereinzelt Heiterkeit - Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Smartphone gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Sehr flexibel!

(Andreas Bleck (AfD): Die FDP ist wirklich für die Digitalisierung!)

- Ja, absolut. Digital first.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn SMS von Kubicki kommen, einfach öffnen! - Heiterkeit)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, zunächst mal vielen Dank. - Also, zunächst mal: Erstens ist richtig, was mein Ministerium sagt; das ist hoffentlich völlig klar. Zum anderen, ganz im Ernst, ist es natürlich so - ich hatte es ja gesagt -: Das sind jetzt keine Begriffe, die irgendwie sozusagen im Handbuch der Energiewirtschaft nachlesbar sind, sondern das sind Begriffe, die sich in der Diskussion geprägt haben. - Und dieses Zitat ist - Sie haben es ja selbst gesagt - vom 6. September. Das war noch vor dem 13., wo wir sozusagen dieses Thema Kaltreserve eigentlich mit den Betreibern das erste Mal im Detail beleuchtet haben. Ich glaube, diese feine oder die genaue Begriffstrennung, wie ich sie jetzt hier vortrage, die hat sich dann über den Prozess ergeben und war am Ende so. Am Anfang wurde das kommunikativ sicherlich in einen - wie sagt man? - Korb reingeworfen, in irgendwas reingeworfen, einen Topf, genau.

Frank Schäffler (FDP): Okay. - Eine andere Frage: Die THEMA Consulting Group sendete am 15.03.22 eine kurze Analyse an Ihren Vorgesetzten, Volker Oschmann. Darin wurde im Wesentlichen die Aussage bestätigt, welche BMWK und BMUV am 07.03. als gemeinsamen Prüfvermerk veröffentlicht haben. Das ist MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 34.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Kennen Sie diese Analyse?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Kennen Sie die THEMA Consulting Group?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Frank Schäffler (FDP): Okay. - Dann war ja so die Frage vorhin auch: Wie kam man eigentlich von der Einsatzreserve, Kaltreserve hin zum Streckbetrieb? Und letztendlich war das ja Olaf Scholz, 17.10.22, mit seiner Richtlinienkompetenz. Aber offenbar hat Robert Habeck bereits am 26.09. genau diesen Bedarf für einen Streckbetrieb bereits erkannt. Das ist MAT A BMWK-4.05 VS-NfD, Blatt 465.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Er schreibt unter anderem:

Nur zur dienstlichen Verwendung

> „Heute muss ich sagen, dass die daten aus Frankreich dafür sprechen, dass wir die Reserve auch nutzen ...“

Nicola Kabel hat sodann dieses Szenario mit Ihnen und Herrn Falk abgestimmt. Wie wurde das mit Ihnen abgestimmt? Gab es da einen Arbeitsauftrag, oder interpretieren wir das falsch? Kann auch sein.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich kann mich nicht konkret daran erinnern, dass Nicola Kabel dazu auf mich zugekommen wäre, um das abzustimmen. Wie vorhin erwähnt, ist es tatsächlich so, dass die Frage, wie die Atomflotte in Frankreich - - wie die Situation da ist, sozusagen ein tägliches Diskussionsthema war, weil das war der entscheidende Faktor für das Reservethema. Und insofern: Mehr erinnere ich nicht.

Frank Schäffler (FDP): Also Sie haben ab dem 26. September noch nicht gewusst, dass es den Streckbetrieb geben wird?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich persönlich habe nicht gewusst, dass eine Entscheidung dazu getroffen wurde, sondern wir haben tatsächlich weiter die - -

Frank Schäffler (FDP): Oder haben Sie da die Szenarien eines Streckbetriebes schon vorausgedacht oder überlegt?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, da muss ich jetzt wieder zurückkommen auf das, was ich eingangs sagte: Mit der energiewirtschaftlichen Analyse war ich nie befasst, sondern ich war mit der rechtstechnischen Umsetzung befasst.

Frank Schäffler (FDP): Ja, das ist ja auch eine Frage gewesen. Man muss das Atomgesetz ändern.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ja, also das ist tatsächlich - - Darüber habe ich mir natürlich mal Gedanken gemacht, aber, wie ich eingangs sagte, die Umsetzung eines Streckbetriebs ist, ich will nicht sagen, trivial, aber sehr einfach. Das hat sich ja im Nachhinein auch herausgestellt. Den Änderungsbefehl für den Streckbetrieb haben wir irgendwie nachts zwischen elf und eins geschrieben, und im Wesentlichen war er damit fertig.

Frank Schäffler (FDP): Also ab wann war Ihnen dann klar, dass der Streckbetrieb kommt? Erst mit - -

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: … Entscheidung des Bundeskanzlers.

Frank Schäffler (FDP): Und da gab es auch vorher keine Gerüchte oder Hinweise?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein. Es gab Gespräche, wo auch die Option des Streckbetriebs diskutiert wurde und auch als Option im Raum stand und auch die Diskussion zu der Kernkraftwerksflotte in Frankreich diskutiert wird.

Frank Schäffler (FDP): Aber Sie haben Ihre Arbeit zur Änderung des Atomgesetzes erst danach begonnen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ja. Zum Streckbetrieb meinen Sie jetzt?

Frank Schäffler (FDP): Ja.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ja.

Frank Schäffler (FDP): Gut. - Vielen Dank. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann kommen wir zur AfD.

Andreas Bleck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wellershoff, es sind ja schon einige Fragen gestellt worden. Ich wollte tatsächlich noch einmal auf die Formulierungshilfe für ein Gesetz zur Schaffung einer befristeten Einsatzreserve von Kernkraftwerken durch Änderung des Atomgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes zu sprechen kommen. Ich meine, das war so direkt noch gar nicht Thema hier. Da würde mich interessieren: Wie waren Sie da beteiligt? Also, es liegen Unterlagen vor, aus denen ergeht, dass Sie daran beteiligt gewesen

sein müssen: MAT A BMF-3.42b VS-NfD, Blatt 423 und Blätter 424 bis 441.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Sie müssen mir noch mal helfen.

Andreas Bleck (AfD): Ja, alles gut.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Super, danke.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Entschuldigung, aber jetzt Ihre Frage bitte noch mal.

Andreas Bleck (AfD): Da war einfach erst mal eine ganz offene Frage gewesen: Wie waren Sie bei dieser Formulierungshilfe beteiligt?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Na, ich war bei dieser Formulierungshilfe beteiligt wie bei allen, die bei mir im Referat bzw. in meiner Verantwortung entstehen. Ich habe den Text sozusagen freigegeben für in diesem Fall Ressortabstimmungen und habe ihn verantwortet. Ich habe ihn jetzt nicht selbst geschrieben, aber natürlich das, was mir da vorgelegt wurde, dann auch sozusagen - - Ja.

Andreas Bleck (AfD): Genau. Auf die Ressortabstimmung möchte ich auch zu sprechen kommen, weil die war, vorsichtig gesagt, interessant. Wie hatten Sie die Ressortabstimmung zu dieser Formulierungshilfe in Erinnerung?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich habe jetzt keine besonderen Erinnerungen daran. Wir haben das in die - - Ich muss mal kurz überlegen. Wir haben das in der Ressortabstimmung - - Ich kann jetzt nicht mehr sagen, mit welcher Frist. Das muss Anfang Oktober gewesen sein. Es geht ja auch hieraus hervor, wenn ich es richtig sehe. Das Datum ist jetzt bei uns abgeschnitten, aber irgendwann Anfang Oktober. Und dann? Es hing halt eine Weile in der Ressortabstimmung, weil es gab dann Resorts, die sozusagen Bedenken angemeldet haben, Änderungen wollten. Insbesondere gab es eine Diskussion mit dem BMF, erinnere ich. Und das ist das Einzige. Ansonsten erinnere ich jetzt keine Besonderheiten.

Andreas Bleck (AfD): Können Sie sich noch daran erinnern, was das BMF denn bei der Ressortabstimmung bemängelt hat oder was das BMF da beitragen wollte?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nicht im Einzelnen. Also, ich erinnere mich, dass das BMF eine Reihe von Fragen, glaube ich, gestellt hat, wo sie noch mal Hintergründe für Einsatzreserve oder Situation Atomkraftwerke besser verstehen wollten. Und im Kern - - Ich weiß nicht, ob sie es explizit gesagt haben, aber ich vermute, auch da ging es um die Entscheidung Streckbetrieb versus Einsatzreserve, ne?

Andreas Bleck (AfD): Also, das BMF, zumindest auch ein Vertreter, schrieb am 04.10.2022, man müsse zur Sicherung der Versorgungssicherheit über deutlich weiter gehende Maßnahmen nachdenken. Unter anderem wird dort in MAT A BMF-3.42b VS-NfD, Blatt 641 f., angesprochen, man wolle seitens des BMF unter anderem keinen Umweg über den Reservebetrieb, sondern direkt in den Streckbetrieb, Laufzeitverlängerungen auch für den Winter 23/24 und Stopp des Rückbaus der 2021 vom Netz gegangenen Kernkraftwerke und Schaffung der Grundlagen für deren mögliche Wiederinbetriebnahme.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Die Antwort, selbe Fundstelle, Blatt 641, wurde von Ihnen mit verfasst und enthielt neben einem kurzen Dank den Satz:

> „Abgesehen von Ihren redaktionellen Korrekturen können wir Ihre übrigen vorgeschlagenen Änderungen im Entwurf der Formulierungshilfe nicht übernehmen."

Können Sie uns erläutern, warum man im BMWK nicht bereit war, über weitergehende

Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungssicherheit auch in Bezug auf Kernkraftwerke nachzudenken?

(Der Zeugen liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, erstens mal, nicht ich persönlich, aber im BMWK wurde zu der Zeit die ganze Zeit über Versorgungssicherheit nachgedacht. Nach meiner Erinnerung war es aber auch so, dass in den Diskussionen bei uns im Haus tatsächlich nur im Raum stand eine Verlängerung bis April - was war es? - 2023 dann. Also ich kann mich an keine Diskussion erinnern, dass es eine längere Verlängerung über den April 2023 hinaus geben sollte.

Andreas Bleck (AfD): Können Sie sich noch daran erinnern, dass es seitens eines Bundesministeriums - das war hier für Bildung und Forschung - einen Leitungsvorbehalt gab? Haben Sie das in Erinnerung im Zusammenhang mit der Formulierungshilfe und mit der gesetzten Frist?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich kann es nicht sicher sagen, aber es kann sein, ja.

Andreas Bleck (AfD): Okay. - Also dann können Sie sich auch nicht mehr genau daran erinnern, was die Argumente damals waren, warum dieser Leitungsvorbehalt ausgesprochen wurde?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Andreas Bleck (AfD): Okay. - Im BMF gab es damals jedenfalls den Verdacht, dass es eine klare Position im BMWK gibt, die sich eindeutig gegen die Stromerzeugung aus Kernenergie richtet, die man im BMF aber als nötig ansah. Das geht hervor aus MAT A BMF-3.42a VS-NfD, Blatt 158. Auch das bekommen Sie.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Dort heißt es - ich zitiere -,

> „dass dieser zweite Entwurf für mich als Nicht-Jurist eine Nachschärfung zugunsten der BMWK-Position ist ...“

Und kurz darauf:

> „Wenn das in dieser Version durchs Kabinett geht, weiß ich nicht, wie wir insgesamt 5 oder auch nur 3 KKW ans Netz kriegen.“

Das liest sich so, als ob das BMWK unter dem Deckmantel der Einsatzreserve verhindern wollte, dass praktisch überhaupt KKW am Netz bleiben. Und da würde mich interessieren: Hatten Sie innerhalb des BMWK Kenntnis über solche fest vorgelegten Bestrebungen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, erstens mal: Die Kollegen, die sich mit der Versorgungssicherheit befasst haben, da stand die Diskussion zur Versorgungssicherheit im kommenden Winter im Vordergrund. Darum ging es, weil das war auch der Zeitraum, wo nach meiner Erinnerung insbesondere die französische Kernkraftwerksflotte Probleme hatte. Im Übrigen gab es ja einen Versorgungssicherheitsbericht, der davon ausgegangen ist oder dargelegt hat, dass ohne die gesamte Kernkraftwerksflotte die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleistet ist. Der hat nicht die Krise mitberücksichtigt; aber das war die Ausgangslage.

Zu dem konkreten Fall BMF: Ich weiß jetzt nicht - - Es waren nur drei Kernkraftwerke noch am Netz. Also wie es fünf werden sollten, weiß ich nicht. Das ist jetzt eine interne Diskussion innerhalb des BMF. Ich kann mich an keine Diskussion mit dem BMF auf Fachebene zur Verlängerung von Kernkraftwerken über April hinaus erinnern. Ich erinnere mich nur an die Fragen, die das BMF im Rahmen der Ressortabstimmung gestellt hat, und tatsächlich den Leitungsvorbehalt. Also da hat nach meiner Erinnerung die gesamte Diskussion zu der Frage der beiden Optionen oder womöglich auch über den April hinaus, jedenfalls ohne mich, stattgefunden.

Andreas Bleck (AfD): Danke.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - So, wir sind am Ende der ersten Runde. Ich hatte es so verstanden, dass jedenfalls die SPD, die Grünen, die FDP keine Fragen mehr haben. - Herr Dr. Lenz hatte aber noch Fragen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich mache es so kurz wie möglich; aber kann es leider nicht kürzer machen. - Wir waren beim Term Sheet, und Sie haben gerade gesagt oder wir haben gerade festgestellt: Sie hatten Anmerkungen, waren über die eine oder andere Streichung - gerade was den Kontext der Kraftwerke betrifft - nicht ganz glücklich; ich versuche, das zusammenzufassen.

Dann ging es so weiter, dass aber die Vorlage ja noch mal zu Staatssekretär Graichen ging, und dann waren ja Punkte wieder drin, sofern wir das richtig nachvollziehen können. Können Sie uns jetzt wiederum sagen, ob dann die Punkte von Staatssekretär Graichen wieder aufgenommen wurden in das Papier? Wir können gerne das - - Also, es müsste aber vorliegen eigentlich, oder? Es müsste hier sein. - Also, das wäre dann die MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 451 bis 453.

(RA [redacted] meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Bitte, Herr [redacted].

RA [redacted]: Sie hatten gerade gesagt: Anmerkungen von Herrn Graichen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Es gibt dann eine finale Version, und da kommt es uns so vor bei der Durchsicht, dass eigentlich die Punkte, die Bundesminister Habeck rausstrich, wieder drin sind. Aber wir legen es Ihnen vor.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also wenn ich den Vorgang richtig verstehe, ist es erstens so, dass ich das an Volker Oschmann geschickt habe. Insofern weiß ich jetzt nicht - müsste man noch mal reingucken in den Zwischenschritt von Herrn Oschmann an Herrn Graichen -, ob sich da noch was geändert hat. Das kann ich nicht beurteilen.

Im Übrigen verstehe ich das so, dass ich kommentiert habe - das war am 19.09., das ist vom 21. - - Ich habe kommentiert in der Nummer 4, dass tatsächlich ja der Minister diese beiden Situationen der Kernkraftwerke rausgestrichen hatte. Ich habe dann aber darauf hingewiesen, dass natürlich - und das ist in so einem Prozess auch ein Stück weit meine Aufgabe - dieses Term Sheet nicht nur dazu dient, sozusagen eine Kommunikation oder sozusagen - - sondern es geht vor allen Dingen darum, das, was mit den Betreibern auch vereinbart ist, festzuhalten. Und dafür ist natürlich zentral, weil die Situation bei den beiden Kraftwerken unterschiedlich war, was zu den beiden Kraftwerken vereinbart wurde. Und deswegen habe ich vorgeschlagen, das wieder aufzunehmen. Das ergeht ja aus dem Kommentar. Ich habe sogar - -

> „Ich würde daher dringend dazu raten, das wieder aufzunehmen."

Das ist das, was meine Aufgabe ist: an der Stelle eine Empfehlung auszusprechen. Da vermute ich mal, dass entweder Herr Oschmann oder Herr Graichen der Empfehlung gefolgt ist.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Also, ich will das gar nicht mehr länger strapazieren; aber dann war es vielleicht ja auch so, dass quasi der Minister das eher als Kommunikationsmittel sah und Sie aber als inhaltliche Vereinbarung mehr oder weniger oder Grundlage einer Vereinbarung. Aber es - -

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich weiß nicht, wie der Minister es gesehen hat, keine Ahnung. Er hat es auf jeden Fall rausgestrichen. Ich habe aus fachlicher Sicht dafür votiert, es wieder reinzutun. Das ist meine Aufgabe. Es war wieder drin.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Kommen wir vielleicht kurz zu den Verhandlungen mit

Nur zur dienstlichen Verwendung

den Betreibern; aber ich will es auch nicht überstrapazieren. Da gab es ja dann am 21. September doch einen gewissen Gegenwind von den Betreibern. - Ich kann die MAT-Nummer noch mal zitieren - aber Sie wissen es wahrscheinlich -, also MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 569; das ist bei uns 11.32. Jetzt ist eigentlich meine Frage nur: Hatten Sie mit diesem Gegenwind gerechnet? Das war ja doch vehement.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich erinnere jetzt nicht genau, ob ich damit gerechnet habe, aber es waren in der Tat von Beginn an, von dem 13. an, einfach intensive Verhandlungen, und ich habe jetzt schon mit einigen Betreibern aus allen möglichen Dingen alle möglichen Sachen verhandelt. Da gibt es sehr unterschiedliche Verhandlungsstile, und hier waren das von vornherein sehr intensive Verhandlungen mit auch deutlichem Gegenwind, und der hat sich auch manifestiert. Aber nach meiner Lesart haben wir das dann in auch einigen Gesprächen auf meiner Ebene, aber auch auf der Ebene von Herrn Graichen am Ende des Tages doch professionell zu einer Einigung geführt.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht noch ein Vorhalt: MAT A BMWK-4.05 VS-NfD, Blatt 395 bis 396 - 11.37.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Ich zitiere mal. Da ist es so, dass - - Als ersten Punkt schreibt Staatssekretär Graichen an Minister Habeck:

> „1. Wann wird die Nutzung der Einsatzreserve für Neckarwestheim beschlossen? Im Text steht jetzt - und das ist m.E. ein großes Zugeständnis - Anfang Dezember, mit der Möglichkeit der Überprüfung im Januar 2023."

Und dann als nächster Satz:

> „Die grüne Fraktion wird das nicht mögen, kann aber m.E. argumentieren."

Jetzt ist eigentlich die Frage: Spielte die grüne Fraktion eine wesentliche Rolle bei der Frage der Einigung mit den Betreibern?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Das kann ich nicht beurteilen. Ich hatte keinen direkten Kontakt mit der Grünenfraktion. Das weiß ich nicht.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich meine, ich habe so was - - Ich weiß nicht: War ich da dabei? - Ja, also das lese ich, nehme ich zur Kenntnis. Aber am Ende des Tages: Darüber hinaus weiß ich es nicht.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Vielleicht zum Gesetzentwurf, den Sie ja dann wahrscheinlich auch maßgeblich mit verfassten, zum entsprechenden Entwurf: Ich komme da auf eine E-Mail von Herrn Michels zu sprechen. - Nee, Herr Knott schreibt am selben Tag an Graichen mit entsprechend Herrn Birnbaum und Herrn Michels in cc. - Bei uns FF.18 und die MAT-Nummer MAT A BMWK 3.28 VS-NfD, Blatt 333 bis 336, dort Blatt 335 bis 336.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Ich zitiere einfach mal daraus. Da heißt es dann zum Gesetzentwurf:

> „… wir haben heute den Gesetzentwurf zur Regelung der Einsatzreserve für unsere beiden Kraftwerke bekommen und sind einigermaßen sprachlos. Der Entwurf widerspricht in vielen Punkten inhaltlich und im Geist unseren verabredeten Eckpunkten … Ich habe keine Erklärung dafür und ebenso wie Herr Michels dringenden Gesprächsbedarf."

Nur zur dienstlichen Verwendung

Da ist meine Frage: Wie haben Sie denn auf diese E-Mail reagiert?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also , ich erinnere mich jetzt nicht im Einzelnen und ganz genau, aber es war in der Tat so, dass die Verhandlungen an bestimmten Stellen - und so auch hier - ein Stück weit dadurch gekennzeichnet waren, dass die Betreiber zum Ausdruck gebracht haben, dass sie sich in bestimmten Dokumenten überhaupt nicht wiederfinden, der Meinung waren, dass was ganz anderes aufgeschrieben worden sei, als was vereinbart worden sei. Das hat sich aber nach meiner Erinnerung in den meisten Fällen dann nach meiner persönlichen Lesart als etwas größer dargestellt, als es tatsächlich war, sondern im Wesentlichen sind wir natürlich mit dem ersten Aufschlag, den wir dann als Haus gemacht haben - - haben wir womöglich nicht eins zu eins das getroffen. Insbesondere waren womöglich Kernpunkte - Stichwort „öffentlich-rechtlicher Vertrag“; darum ging die Diskussion ja lange - nicht eins zu eins abgebildet. Das wurde dann sehr intensiv bemängelt, aber wir haben uns dann jedes Mal wieder zusammengesetzt, und am Ende war ein Gesetzentwurf - ich weiß jetzt auch nicht mehr ganz genau, ob er bis zum letzten Punkt konsentiert war -, wo die Betreiber jedenfalls keine großen substanziellen Einwände mehr hatten; aber wir sind zusammengekommen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay, aber es ist ja schon irgendwo irritierend, wenn solche Diskrepanzen auch namentlich aufgeführt werden. - Ich kann noch mal was zitieren: MAT A BMWK-3.28 VS-NfD, Blatt 333 bis 334. Vielleicht ist es auch dabei. Da ist es so, dass Herr Michels dem Staatssekretär Graichen antwortet:

> „… in Ihrer E-Mail haben Sie ausgeführt, dass von ihrer Seite immer gesagt worden wäre, dass eine Reserve in Anlehnung an die Braunkohleregelungen konzipiert würde, also Kostenerstattung über die Netzentgelte. Nach Rücksprache mit allen Beteiligten, kann ich Ihnen, gemeinsam mit Herrn Dr. Knott mitteilen, dass dies niemand der auf unserer Seite an den Gesprächen Beteiligten so bestätigen kann.“

Wie ist Ihre Wahrnehmung da gewesen? Also hat man da so aneinander vorbeigesprochen, oder wie erklären Sie sich das?

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, zunächst mal: Das klingt jetzt vielleicht ein bisschen komisch, aber das waren jetzt keine außergewöhnlichen Reaktionen von Betreibern. Also, ich habe auch die Verhandlungen zum Kohleausstieg geführt. Das ist in Verhandlungen so, dass man an Punkte kommt. Und dann, wie gesagt, ist es eine Frage, wie der einzelne Betreiber verhandelt und was der Verhandlungsstil ist. Da ist der Auftritt dann manchmal auch sehr robust, sage ich mal, und insofern: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir wirklich substanzielle Punkte hatten, die nicht lösbar gewesen wären, sondern wir haben dann immer wieder Gespräche geführt. Und das waren auch intensive Gespräche, das ist keine Frage. Aber am Ende des Tages konnten die Punkte gelöst werden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wir haben eine E-Mail von Herrn Birnbaum, und ich will die jetzt gar nicht näher zitieren; aber die geht an Minister Habeck, und da steht in kurzen Worten drin, dass Staatssekretär Graichen eigentlich keine Probleme wegschaffe, sondern eigentlich das Gegenteil mache. Können Sie den Eindruck von Herrn Birnbaum bestätigen?

(RA [redacted] hebt seine Hände und bildet mit Fingern und Daumen ein Viereck - Heiterkeit)

- Ja, also, das ist MAT A BMWK-4.06 VS-NfD, Blatt 33 bis 34, bei uns FF.52; muss leider noch gesucht werden.

Ich fahre vielleicht fort mit den Ressortgesprächen mit dem BMF noch mal. - Ach, jetzt haben wir es.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Darf ich Sie jetzt noch mal bitten, die Frage zu stellen?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja. Teilen Sie den Eindruck von Herrn Birnbaum?

(Heiterkeit des Zeugen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Dass die Bürokratie Probleme macht?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Na ja.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich kann dazu nichts sagen. Ich mache meine Arbeit, wir haben unsere Arbeit gemacht. Das ist so gewesen. Die Betreiber waren da nicht begeistert drüber. Aber nehmen Sie das Beispiel Netzentgelte: Das ist einfach ein technischer Punkt. Irgendwie muss ja das Geld fließen, und das muss operationell organisiert werden. Und das ist ein technischer Vorgang, der üblicherweise und vielfach über die Netzentgelte läuft. Das war in anderen Reserven so. Da hatte kein Betreiber Anstoß genommen. Das wurde dann klar, dass offenbar die Atomkraftbetreiber da aus mir nicht mehr erinnerlichen Gründen große Besorgnis hatten.

Aber das sind halt Dinge - - Wir müssen das ja bis im Detail durchbuchstabieren. Das ist dann vielleicht manchmal Klein-Klein, aber es muss am Ende des Tages auch funktionieren. Das haben wir gemacht, und darauf haben wir zum Teil harsche Reaktionen bekommen. Das ist so, aber damit sind wir umgegangen. - Zu dem Vorgang, was auf Ministerebene passiert ist, kann ich nichts sagen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Zu der Abstimmung mit dem BMF: Also, Sie leiten dann die Ressortabstimmung ein - das war ein Freitag, 30. September, um 10.58 Uhr; ich könnte es Ihnen zeigen, aber das wissen Sie wahrscheinlich noch - und setzen dann eine Frist am selben Tag bis 18 Uhr für Rückmeldungen. War das üblich? Also, es ist ja schon relativ kurz am Freitag.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, da muss man vielleicht noch mal rekurrieren, in was für einer Zeit wir waren. Da, muss man sagen, war das teilweise üblich; da hätten wir immer für vieles gerne mehr Zeit gehabt. Die Zeit hatten wir nicht. Wir waren unter großem Zeitdruck, und zwar auch wegen der - wie soll man sagen? - Bedürfnisse der Betreiber. Die Betreiber haben sehr glaubhaft gemacht, dass sie selbst unter großem Zeitdruck stehen aus verschiedenen Gründen, weil sie Entscheidungen treffen müssen, die auch Kosten verursachen. Das haben wir sehr ernst genommen, weil wir eben in jedem Fall da den Betrieb der Kraftwerke sicherstellen wollten. Deswegen haben wir auch unter großem Zeitdruck gearbeitet. Und das hat dann dazu geführt, dass wir auch Abstimmungen mit kurzen Fristen eingeleitet haben.

Nach meiner Erinnerung war aber - - Also gemessen an dem, was sonst passiert ist, würde ich sagen, das war sogar noch vertretbar, weil, ich glaube, der Gesetzentwurf war fünf Seiten lang, also er bestand im Wesentlichen aus einem Paragrafen, der ins EnWG eingeführt wurde. Also es war jetzt kein Hundert-Seiten-Entwurf, der da verteilt wurde, und es hatte hohe politische Priorität. Das war - - Natürlich hätte es länger sein sollen, aber ich würde sagen, es war jetzt auch nicht außergewöhnlich kurz.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich verzichte jetzt auf die Zitate. Aber waren Sie überrascht auf die aus meiner Sicht harschen Reaktionen aus dem BMF? Da wurde ja dann vieles eigentlich infrage gestellt, also dass immer wieder diese kurzen Fristen sozusagen ja auch fast aus Vorsatz von Ihnen oder vom BMWK kämen. Waren Sie da überrascht, dass das BMF so, doch, harsch reagierte?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also ich kann mich jetzt nicht an besonders harsche Rückmeldungen erinnern. Das ist bei mir nicht hängen geblieben. Und ich war jetzt auch nicht überrascht, also ich kann mich auch nicht an ein Überraschungsmoment erinnern.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. Dann muss ich vielleicht doch kurz zitieren.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich glaube, was nur wichtig ist: Ich bin mir absolut sicher für den Teil, den ich verantwortet habe: Dahinter steckte bei mir und bei uns keine Strategie. Also wir haben in dem Rahmen, in dem wir gearbeitet haben, so schnell wie möglich die Texte, wenn es dann eine Klarheit gab, erstellt und so schnell wie möglich in die Abstimmung gegeben und haben dann die Zeit genommen. Ich glaube, das war, Sie hatten gesagt, 30. September. Ich glaube, angepeilt war Kabinett am 4. Oktober.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): 5.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Oder 5., also den Mittwoch drauf. - Da war ein langes Wochenende, wo wir dann auch noch mehrere Gespräche mit den Betreibern geführt haben, unter anderem auch zu dem Gesetzentwurf. Also da war die Zeit einfach knapp.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Es ging ja weiter, dass dann auch der 5. eigentlich infrage gestellt wurde vom BMF usw. Aber so ist es manchmal. Vielleicht wäre aus Ihrer Sicht dann mehr an Kommunikation mit den Häusern sinnvoll gewesen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Das kann ich nicht beurteilen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht abschließend noch ein paar Fragen. - Das muss ja wahnsinniger Stress gewesen sein damals. Wenn man so die Zeiten auch der E-Mails sieht, dann war das ja - - Das ist ja heute keine Uhrzeit sozusagen.

(Heiterkeit)

Da ging es ja noch wesentlich stärker in die Morgenstunden, und ich meine das gar nicht zum Spaß, sondern: Wie haben Sie diese Arbeitsbelastung damals wahrgenommen?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Na ja, wie ich schon sagte: Das waren außergewöhnliche Zeiten, aber es waren auch außergewöhnliche Herausforderungen - keine Frage. Also wir haben alles möglich gemacht, wir haben alle Kräfte mobilisiert, und wir haben tatsächlich sehr viel gearbeitet, ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Und hat Ihnen das Freude bereitet, oder war das Umfeld eher schwierig?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich überlege gerade, ob ich - -

(Heiterkeit)

„Freude“ ist jetzt vielleicht nicht das richtige Wort, weil es wirklich sehr viel und auch sehr harte Arbeit und am Ende des Tages auch über einen sehr langen Zeitpunkt, auch unter sehr hohem Druck war. Aber es war klar: Es musste gemacht werden. Das stand im Vordergrund, und deswegen wurde es gemacht.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Der Herr Knott hat Sie auch da namentlich erwähnt und meinte, Sie hätten ihm sogar leidgetan. Können Sie das Mitleid nachvollziehen?

(Heiterkeit)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Das weiß ich nicht; kann ich nichts zu sagen. Ich meine: Klar, natürlich haben die Betreiber auch mitbekommen, wie viel wir da gearbeitet haben. Aber leidtun musste ich ihm, glaube ich, nicht, nee.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut. Vielen Dank. - Hat die AfD noch Fragen?

Andreas Bleck (AfD): Ja. Ich hoffe, dass ich es kurzhalten kann; aber ich möchte tatsächlich noch einmal auf die Unzufriedenheit der anderen mitberatenden Ressorts zu sprechen kommen. Und zwar - das ist Ihnen nicht bekannt - gibt es eine BMF-interne Mail, die relativ gut den Gemütszustand der beteiligten Mitarbeiter im BMF zusammenfasst, und zwar MAT A BMF-3.42a VS-NfD, Blatt 202.

Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Daraus zitiere ich:

> „… ich halte es für wichtig, auch solche technischen Einzelanmerkungen an BMWK zu übermitteln, schon allein aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. Wir haben hier seit Wochen keine einzige reguläre Ressortabstimmung mehr, obwohl die vorgegebene Eilbedürftigkeit oft nicht gegeben ist. In der Folge hat das BMWK gelernt, dass man dem BMF durch irreguläre Verfahren vieles unterschieben kann, das man im regulären Verfahren niemals durchsetzen könnte. Das gilt nicht nur für die kleinen Punkte, sondern auch für die großen (vgl. Steinkohlekraftwerke). Damit füttern wir das BMWK geradezu an.“

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie keine harschen Reaktionen bekommen hätten. Deswegen gehe ich sehr stark davon aus, dass Ihnen dieser Umgangston nicht bekannt war. Aber was sagen Sie denn zu dem Vorwurf, dass das BMF in diesem Zusammenhang seit Wochen keine einzige reguläre Ressortabstimmung mehr aus dem BMWK gesehen hat?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, zu dem ersten Punkt kann ich nichts sagen, weil ich nicht alle Ressortabstimmungen des BMWK, die die da durchgeführt haben, überblicke. Ich kann für die aus meinem Zuständigkeitsbereich sagen, dass wir einige durchgeführt haben, aber in allen Fällen jedenfalls so viel Zeit eingeräumt haben, wie in dem Zusammenhang möglich war.

Konkret bei der Atomkraft war es eben so - und das muss man sich auch vergegenwärtigen -: Die Betreiber haben zu Recht darauf hingewiesen, dass sie sehr schnell Klarheit brauchen. - Und ich hatte ja anfänglich gesagt, dass es vor allen Dingen darum ging, dass es im Winter dann funktioniert, egal was ist. Deswegen war der Druck sehr groß. Neckarwestheim hat vor allen Dingen auf die genehmigungsrechtlichen Schritte abgestellt. Bei Isar 2, also PreussenElektra, ging es vor allen Dingen um diese Frage des Ventiltauschs, die noch im Oktober stattfinden musste, auch aus im Wesentlichen technischen Gründen, das heißt, die beauftragt werden musste, einen gewissen Vorlauf brauchte etc. Das heißt, der Zeitdruck war einfach objektiv sehr groß, und entsprechend war da die Abstimmung kurz. Ich kann nicht - - Also, es gab keine Strategie, in irgendeiner Form die Abstimmung bewusst kurzzuhalten, jedenfalls nicht in meinem Verantwortungsbereich.

Andreas Bleck (AfD): Können Sie sich vorstellen, warum das BMF hier - mal abgesehen jetzt von der angeblich nicht gegebenen Eilbedürftigkeit - irreguläre Verfahren bei der Ressortabstimmung anmeldet, oder hätten Sie sich jetzt aus der damaligen Zeit, als Sie tätig waren, irgendwie erklären können, dass es einen solchen Vorwurf geben könnte?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Also ich wäre schon verbunden, wenn der Zeuge meine Frage beantworten könnte oder Sie den regulären Weg gehen.

(RA [redacted] meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Herr Rechtsanwalt.

RA [redacted]: Ich wollte nur, weil ich die E-Mail jetzt gelesen habe, die nämlich von Herrn [redacted] kam, den Zeugen darauf hinweisen, dass ich den E-Mail-Wechsel anders lese als Sie und deswegen mich gefragt habe, ob Ihr Vorhalt anders ist, weil es scheinbar eine interne Diskussion innerhalb des BMF gibt, was kritisiert werden soll. Denn Herr [redacted] sagte ja: Wir wollen jetzt hier „keine Petitessen“ aufmachen. - Und darauf reagiert Herr [redacted] - Sie hatten es so dargestellt, dass es eine feste - ich überspitze etwas - Blockposition innerhalb des BMF gab. Und das habe ich mit dem Zeugen gerade besprochen: ob das wirklich so der Fall ist

Nur zur dienstlichen Verwendung

und ob ich das aus der E-Mail erkenne. Das war der Hintergrund der Rücksprache.

Andreas Bleck (AfD): Gut, aber das ändert ja nichts an der Frage. - Okay, man kann vielleicht sagen, im BMF haben das möglicherweise nicht alle so gesehen, aber diese E-Mail liegt ja nun einmal vor. Und da bleibt die Frage trotzdem, ob Sie sich in Ihrer Funktion damals fürs BMWK diese Kritik irgendwie hätten erklären können, dass Ihnen irreguläre Verfahren bei der Ressortabstimmung vorgeworfen werden.

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Nein.

Andreas Bleck (AfD): Gut. - Danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann stelle ich fest, dass die Fraktionen keine Fragen mehr haben.

Bevor jetzt alle aufspringen: Wir müssen noch eine sehr kurze Beratungssitzung im Anschluss machen - eine Minute, hoffentlich nicht länger.

Aber zunächst dürfen wir uns bei Ihnen ganz herzlich bedanken, Herr Wellershoff,

(Beifall)

dass Sie so lange uns zur Verfügung gestanden haben.

Für heute ist Ihre Befragung beendet. Sie bekommen das Protokoll mit der Möglichkeit, das zu korrigieren. Erst danach, wenn Sie es zurückschicken, wird der Ausschuss formal über den Abschluss Ihrer Vernehmung beschließen.

Für heute herzlichen Dank und Ihnen einen guten Heimweg!

Öffentlichkeit ist nicht mehr da. - Dann ist die Beweisaufnahme geschlossen, und wir treten gleich noch in eine sehr kurze Beratungssitzung ein.

(Schluss: 22.10 Uhr)

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/17

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 17. Sitzung
- vorläufige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 5. Dezember 2024, 10.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.800
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Stefan Heck, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

Achim Zerres **11**
Bundesnetzagentur
(Beweisbeschluss Z-246)

* Hinweis:
Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden dem endgültigen Protokoll beigefügt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

> dreht sich um die Verlängerung der AKW Laufzeiten: Können sie vermieden werden und ab wann müssen sie verlängert werden?
>
> Zugespitzt: Wenn Deutschland weiter 50% der Gaslieferung bekommt und Kohle diversifiziert einkaufen kann, kann es dann beim AKW Ausstieg bleiben und wo liegt die Gas-Grenze, ab der Atomstrom für die nächsten Jahre zwingend notwendig ist?“

Zitat Ende. - Können Sie einmal ausführen, wie Sie diesen Arbeitsauftrag des Ministers interpretiert haben? Also sollte aus Ihrer Sicht geprüft werden, ob eine Laufzeitverlängerung sinnvoll für die Versorgungssicherheit ist oder wie sehr die Versorgungssicherheit gefährdet sein muss, bis eine Laufzeitverlängerung unausweichlich ist?

Zeuge Achim Zerres: Also ich habe das so interpretiert zum damaligen Zeitpunkt: Müssen wir AKWs ~~abschalten~~weiterbetreiben? Also nicht die Frage: „Müssen wir die endgültige Abschaltung der AKWs verhindern und den Abschaltezeitpunkt nach hinten schieben?“, nicht die Frage, ob das unter diversen Gründen vielleicht sinnvoll, politisch opportun oder sonst etwas ist, sondern ich habe mich damals mit der Frage beschäftigt: Ist das etwas, was unvermeidlich wird?

Jakob Blankenburg (SPD): Alles klar. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur CSU/CDU-Fraktion. Herr Dr. Wiener.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zerres, auch von meiner Seite vielen Dank, dass Sie sich den Fragen stellen. Ich würde zunächst mal anfangen damit, dass bei den Akten, die wir von der Bundesnetzagentur bekommen haben, sich immer wieder Verweise finden auf Arbeiten von einem SharePoint-Server, und diese Dateien wurden uns leider nicht übersandt. Deswegen meine erste Frage: Ist die Arbeit mit SharePoint-Servern in der Bundesnetzagentur üblich?

Zeuge Achim Zerres: Das hat im Laufe der Zeit immer mehr zugenommen. Inzwischen hat sich mit Fortschreiten der IT-Technik - - Also, heute, würde ich sagen, läuft ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der Vorgänge über SharePoints, weil man gleichzeitig an einem Dokument arbeiten kann.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Achim Zerres: Wie das jetzt in 22 genau war, weiß ich nicht.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Das ist der Vorteil. Der Nachteil scheint mir so ein bisschen die Dokumentierung. Also, wir haben, wie gesagt, aus den Vorgängen nichts bekommen. Deswegen meine Frage: Wurden die Daten oder Dateien auf den SharePoint-Servern dann gelöscht und, wenn ja, wann?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich nicht. Ich habe - - Gestern hatten wir in der Bundesnetzagentur Totalausfall aller IT-Systeme; deswegen bin ich so mittel vorbereitet. In den Vortagen habe ich tatsächlich auch schon mal versucht, auf diese SharePoints draufzukommen - was denn da ist -, und bekam die schöne Meldung „Server not found“.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Ja. Das ist natürlich für uns unbefriedigend; werden Sie verstehen, ne? Also, wir haben ja auch immer wieder um Vollständigkeit der Dateien gebeten. Und viel ist dann offensichtlich auf diesen SharePoint-Servern passiert; aber wir haben keine Informationen darüber bekommen. Aber eine Anweisung, diese Dateien zu löschen, hat es nicht gegeben?

Zeuge Achim Zerres: Nein, nein.

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Okay. - Wie haben Sie denn dann sichergestellt als Abteilungsleiter, dass zumindest die Zwischenschritte der Bearbeitung auch zu den Akten genommen wurden? Ich meine, zumindest das muss ja sichergestellt sein.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Also, von Verträgen und Aufträgen- - Also irgendwelche zivilrechtlichen Vokabeln will ich da nicht in den Mund nehmen. Das - -

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann eben Veranlassung meinetwegen.

Zeuge Achim Zerres: Die Veranlassung kam nach meiner Erinnerung - ich bin mir nicht hundertprozentig sicher - aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Die kam aber auch aus unserem Haus, weil auch aus unserer Sicht war es halt nötig, über das hinaus, was wir in der routinemäßigen Untersuchung, die im April dann abgeschlossen wurde, gemacht haben - - Das musste auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Das war - - Wir hatten zwar hauptsächlich ein Gasproblem, aber es war klar, dass wir untersuchen müssen: Wie wirkt sich das auf den Strombereich aus? Und umgekehrt: Was kann der Strombereich tun, um das Gasproblem zu lindern? Das war eigentlich allen Beteiligten klar. Denn, ich sage mal, der Druck auf die ÜNB, jetzt dann da auch was zu machen und Personal zu investieren, der kam auch aus dem BMWK, weil natürlich ist das jetzt nix, wonach sich die Übertragungsnetzbetreiber gesehnt haben. Das frisst auch bei denen Personalressourcen, bringt andere routinemäßige Prozesse zeitlich in Verzug. Und der Druck, ihr müsst euch drum kümmern, das zu aktualisieren und anzupassen und auf die schlechteren Verhältnisse euch einzustellen, den kann natürlich ein Ministerium ganz anders machen als eine nachgeordnete Behörde.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Schönen Dank. - Sie haben jetzt ja schon ein Stück weit dahin geführt, dass das auch ein dynamischer Prozess war im Laufe des Jahres, weil da auch einiges passiert ist: zunächst die jährliche Bedarfsanalyse, die vorgelegen hat, wie Sie sagten, im März oder April, sagten Sie gerade, die dann zum ersten Stresstest weiterentwickelt wurde. Sie sprachen auch an die Thematik Strom- oder Gasproblem. Können Sie das beschreiben, wie sich das im Laufe des Jahres entwickelt - - und aufgrund welcher Faktoren sich das dann im Sommer gerade mit der Vorausschau und den Sorgen auf den nächsten Winter - - wie sich das entwickelt hat, bitte?

Zeuge Achim Zerres: Auch das war keine gradlinige Entwicklung. Auch das war eine - - Ich sage mal, man möchte es fast mit einer Art Sinuskurve vergleichen, dass nach dem ersten Schock halt eine Phase eintrat, wo deutlich wurde: Die Russen liefern weiter Gas. - Und es hat dann doch niemand sehr ernsthaft verlangt, dass wir uns von dem Gas von heute auf morgen abkoppeln. Und wir sind in der Lage, die Kohleversorgung anders zu organisieren. Das sorgte dann für eine gewisse Entspannung. Gleichzeitig wurde wieder - - Das änderte sich dann im Laufe der Zeit wieder, weil die Russen ihre Gaslieferungen heruntergefahren haben, und das änderte sich auch mit der Erkenntnis, die im Frühjahr so noch nicht da war, dass die Franzosen ein veritables technisches Problem mit ihren AKWs haben und deswegen die Franzosen zwar Gas hatten, das die uns vielleicht hätten liefern können, aber als, ich sage mal, Reserve für den Stromimport eher nicht taugten, sondern eher Strom aus Deutschland benötigten wegen der Schwäche ihrer AKWs.

Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank zunächst. Wir sind über der Zeit schon. - Wo die Trockenheit hinzukam noch. - Gut.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur FDP. Herr Kollege Schäffler.

Frank Schäffler (FDP): Guten Tag, Herr Zerres! Schön, dass Sie hier sind. - Ich habe erst einmal eine grundsätzliche Frage: Wie ist denn die Rechtsstellung der BNetzA?

Zeuge Achim Zerres: Also, die Rechtsstellung der Bundesnetzagentur ist die einer nachgeordneten Behörde. Wir unterliegen prinzipiell der Rechts- und Fachaufsicht des Bundeswirtschaftsministeriums bzw. im Telekommunikationsbereich des BMDV, und wir sind durch das - in 22 allerdings noch nicht bekannte - Urteil des Europäischen Gerichtshofs für manche unserer Aufga-

Nur zur dienstlichen Verwendung

serve Atom - - Also es wurde eine Pressekonferenz einberufen. Folien finden sich in der Kurzfassung bei MAT A BMWK-3.26 VS-NfD, Blatt 167 bis 180. Wann haben Sie denn das erste Mal von diesem Plan der Einsatzreserve Atom gehört?

Zeuge Achim Zerres: Das weiß ich nicht mehr. Also das - - Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass die Frage war: Machen wir - - Oder: Nach diesem war im Grunde eine, ich sage mal, mehrjährige Verlängerung der Laufzeiten vom Tisch. Das konnte man mit diesem Stresstest nicht wirklich begründen.

Die Frage, für den Winter 22/23 etwas zu tun, die stand im Raume, und da deuteten die mündlichen Gespräche darauf hin: Ja, es wird eine Form der Verlängerung geben. - Und dann gab es eine Diskussion, die dann auch nachher ja Gesetzentwurf geworden ist, nicht jetzt irgendwie einen klaren Schnitt zu machen und zu sagen: „Wir machen das“, sondern diese Einsatzreserve zu kreieren. Ich weiß nicht, ob das ernsthaft irgendjemand gedacht hat. Aber mich beschlich zu dem Zeitpunkt die Sorge, man wäre auf die Idee gekommen, die Entscheidung über Einsatz oder Nichteinsatz dann wieder bei der Bundesnetzagentur abzuladen.

Jakob Blankenburg (SPD): Da waren Sie dankbar für gewesen wahrscheinlich.

Zeuge Achim Zerres: Das hätte ich ja mit größtem Vergnügen gemacht. Das wäre eine meiner Lieblingsbeschäftigungen gewesen.

Jakob Blankenburg (SPD): Das glaube ich Ihnen. - Hatten Sie denn eine grundsätzliche Bewertung dieses Szenarios „Einsatzreserve Atom“, weil wir haben jetzt schon - Sie wissen das - mit vielen Zeugen darüber gesprochen. Und ich sage mal so: Die hatten alle eine recht eindeutige Meinung über diesen Plan „Einsatzreserve“. Wie war denn Ihre Position dazu damals?

Zeuge Achim Zerres: Also wegen der Nähe dieser Horrorvorstellung, die Bundesnetzagentur sollte das machen, war ich da schon von vornherein skeptisch.

Jakob Blankenburg (SPD): Aber nur wegen dem Punkt, oder auch - -

Zeuge Achim Zerres: Das ist jetzt für mich hier als Zeuge der Bundesnetzagentur schwierig zu beantworten. Ich habe das - - Ich konnte verstehen, dass es einige sachliche Argumente dafür gab, ich konnte aber die politische Logik dahinter nicht verstehen, weil man damit das Thema ja nicht beerdigt hatte. Es war keine Entscheidung, sondern man hielt das am Köcheln, und man hätte dann irgendwie im Dezember 22 die ganze Diskussion noch mal gehabt. Also die Entscheidung, wie sie dann vom Bundeskanzler getroffen war, die hat mir schon gepasst.

Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank. - Ich würde jetzt noch mal ein bisschen weiterspringen, also jetzt mal diesen ganzen Zeitraum Herbst 2022 verlassen, und würde in den Mai 2023 kommen. Am 11. Mai hat eine Referentin von 626 in einer E-Mail aufgrund einer Presseanfrage Folgendes geschrieben, zu finden auf MAT A BMWK-9.01, Blatt 366 bis 367. Da heißt es - Zitat -:

> „Zu „Erforderlich wären etwa auch Zahlen wieviel % der Stromnachfrage wurden durch die letzten AKW gedeckt, wurden sie zum RD eingesetzt,“

- ich vermute mal, das heißt „Redispatch“ -

> „haben sie RD gespart." - können wir nichts sagen. Wir haben hierzu keine Daten / Informationen - abgesehen davon, dass KKW zur Grundlastdeckung dienen und nicht zum pos. RD eingesetzt werden. Herr Zerres hat im Zuge der Netzreservebedarfsfeststellung und der flankierenden Pressemitteilung mehrfach gebeten, KEINEN Zusammenhang zwischen Netzreservebedarf und Atomausstieg herzustellen.“

Zitat Ende. - Wieso wollten Sie denn, dass kein Zusammenhang zwischen dem Netzreservebedarf und dem Atomausstieg hergestellt wird?

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dank, dass Sie mit Ihrer Expertise und Ihrer Erfahrung dem Ausschuss zur Verfügung stehen. - Ich würde auch gerne noch einmal zurückkommen auf die MAT-Nummer A BMWK-8.04 VS-NfD, Blatt 66. Wurde schon zitiert die Frage.

> „Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel. Und auch das nur, wenn Bayern und andere politisch dafür etwas bezahlen."

Sie haben jetzt vorher gesagt, was man darunter verstehen könnte. Also, man könnte natürlich vieles darunter verstehen. Und gerade wenn man aus Bayern kommt, dann könnten das ja auch Dinge sein, die nicht mit der Energiepolitik zu tun haben. Können Sie noch mal ein bisschen darauf eingehen, was Sie denn persönlich - - Sie sind natürlich kein Politiker, aber man merkt schon, ein politisch denkender Mensch. An was haben Sie denn da gedacht?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, das habe ich ja gerade skizziert. Ich hätte erwartet oder gewünscht, dass solche Analysen dann ~~oder gewünscht~~ zu einem Ergebnis im politischen Konsens führen. Und dann, dass jede Seite ein bisschen was Positionen räumt, dass also die eine Seite eine Laufzeitverlängerung zugibt, die andere Seite sagt: „Okay, das war's dann auch, die Diskussion machen wir nicht noch mal wieder länger auf", dass Bayern - ich habe eben Ihre Reaktion mitgekriegt - sich netzausbaufördernder verhält.

Die Wahrnehmung desjenigen, der das dann vor Ort immer wieder erklären muss, ist eine andere gewesen in 22. Inzwischen ist es okay. Inzwischen fördert Bayern den Netzausbau aktiv. Das sind so Dinge, die mir da eingefallen wären.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht, um jetzt noch einmal zurückzukommen, weil es interessiert mich natürlich schon, da ich ja aus Bayern stamme: Wie kommen Sie darauf, dass 22 - die Vorgeschichte des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers beim Thema Netzausbau ist durchaus schwierig; da stimmen wir durchaus überein - - Aber wie kommen Sie denn darauf, dass im März 22 oder im Juli 22 irgendjemand aus der Bayerischen Staatsregierung eine kritische Haltung gegenüber Netzausbauprojekten gehabt haben könnte?

Zeuge Achim Zerres: Na ja, ich habe ja nach wie vor dann meine Anfragen im Hinterkopf gehabt. Ich habe Termine mit Bayern im Hinterkopf gehabt. Das ist geprägt aus der Vorgeschichte, die man als derjenige, der im Interesse einer erneuerbaren Erzeugung - einer Versorgung Deutschlands mit erneuerbarer Erzeugung - diesen Netzausbau mitverantwortet, einfach macht. Dass da jetzt irgendjemand aufgestanden wäre im Juli 22 und dieses Thema in der Situation noch einmal aktiv in der falschen Richtung bedient hätte, das war natürlich nicht der Fall. Aber meine Vorstellung wäre eben gewesen, dass man sich dann tatsächlich dazu dann insgesamt -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): … unterhakt.

Zeuge Achim Zerres: - unterhakt, aus allen politischen Bereichen hinter ein Konzept dahinterstellt.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wenn Sie das sagen, man hätte da eine Laufzeitverlängerung geben - - An was haben Sie da konkret gedacht? An einen Streckbetrieb oder an eine generelle weitere - -

Zeuge Achim Zerres: Streckbetrieb.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also nur ein paar Monate, jetzt nicht ein paar Jahre.

Zeuge Achim Zerres: Ja.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Oder wäre das Verhandlungsmasse gewesen im politischen Raum, wenn man eh schon dabei ist?

Zeuge Achim Zerres: Also, aus fachlicher Sicht gab es dafür keine Anzeichen, dass das notwendig werden würde. Ich sage mal: Meinen Bemerkungen eben in Sachen politische Konstanz können Sie entnehmen, dass das auch für mich nicht jetzt, da doch wieder die Richtung zu ändern, in den Kanon dessen gehörte, was mir vernünftig erschienen wäre.

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/17

2. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Aber verstehe ich Sie richtig, dass Ihre Einschätzung eher die war: „Also, das wird schon nicht so schlimm werden bei der Frage der Versorgungssicherheit, und wenn wir da Befindlichkeiten haben, dann lasst uns das doch nutzen, um andere politische Themen abzuräumen“? Jetzt mal etwas salopp formuliert.

Zeuge Achim Zerres: Ich würde es mit einem etwas anderen Zungenschlag betrachten. Nicht irgendwie nur politische Befindlichkeiten, sondern wir haben eine Situation, in der ich natürlich durchaus sehe, dass man sich nicht hinterher irgendetwas vorwerfen lassen will. Das geht über Befindlichkeiten hinaus.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Genau. Also quasi, wenn man es eh machen muss aus irgendwelchen Gründen, dann kann man ja das, was man eh machen will, dann mit politischen … [akustisch unverständlich] verbinden.

Zeuge Achim Zerres: Mit anderen Dingen, die vielleicht in anderen Lagern politische Überwindung kosten, das verbinden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): So unpolitisch scheinen Sie mir gar nicht zu sein. Aber das ist nur eine subjektive Betrachtung meinerseits.

Ja, ich komme auch noch mal auf die MAT-Nummer A BMWK-8.03 VS-NfD, Blatt 29. Wir haben ja schon drüber gesprochen, über die Punkte plausibilisiert - - Also wurden - - dass das ja von Ihnen, nehme ich an, gestrichen wurde bzw. unter Umständen konnten nicht ausschließen, dass es - -

Zeuge Achim Zerres: Mhm.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielleicht an Sie die Frage: Wo sehen Sie denn den Unterschied zwischen „wenn man etwas plausibilisiert“ im Gegensatz zu „man findet etwas plausibel“?

Zeuge Achim Zerres: Ja, das eine ist eine spontane Reaktion, Bewertung auf ein Schriftstück oder eine These, ein vorgefundenes Diktum, und das andere ist ein aktives Tätigwerden.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Das würde ich teilen. - Und jetzt ist die Frage: Wurde es plausibilisiert, wenn man „nicht … plausibilisiert“ entsprechend aus der Vorlage gestrichen hat?

Zeuge Achim Zerres: Also, das eine, das Gestrichene, ist das Zitat dessen, was die ÜNB gemacht haben. Anschließend haben die Kollegen/Kolleginnen ja ihrerseits plausibilisiert.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wer hat es denn genau gemacht, die Plausibilisierung?

Zeuge Achim Zerres: Hm?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wer hat die Plausibilisierung gemacht?

Zeuge Achim Zerres: Ja, die Kolleginnen im Referat 626. Die sind - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wie hat die ausgesehen, die Plausibilisierung?

Zeuge Achim Zerres: Ja, die haben - -

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Gab es da Rechnungen oder - -

Zeuge Achim Zerres: Also, für die von mir eingangs skizzierten wirklichen Modellierungen war natürlich keine Zeit. Aber die haben das ihrerseits mit Bordmitteln dessen, was wir über unsere eigenen Annahmen zur Entwicklung des Kraftwerksparks, über unsere eigenen Annahmen zur Entwicklung des Netzausbaustandes wussten, was wir an sonstigen Erkenntnissen unsererseits hatten über die Füllstände von Gasspeichern und Lieferketten von Kraftwerken - - Das war ja alles im Werden beschrieben. Das, was da war an Material, das haben die genutzt, um das abzuchecken.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wurde das schriftlich gemacht Ihrer Erkenntnis nach oder so Pi mal Daumen?

Zeuge Achim Zerres: Wesentlich mehr als ein Schnellschuss war auch nicht drin ~~Unsinn~~ bei den Zeiten, über die wir da reden, ne? Ich habe

Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht für die ÜNB“ steht, mehrfach beantwortet. Was die ÜNB wann zu welchem Zeitpunkt umtreibt, das ist mitunter nicht hundertprozentig nachvollziehbar. Natürlich haben ÜNB primär die Aufgabe, ihr Netz stabil zu halten. Die ÜNB wehren sich immer dagegen, wenn sie in die Verantwortung genommen werden sollen, für Versorgungssicherheit zu sorgen. Da sagen die uns immer: Das ist nicht unser Job.

Ich will nicht ausschließen, dass die ÜNB sich vernünftigerweise auch Gedanken um die Versorgungssicherheit machen. Das würde ich nicht in Abrede stellen. Aber dass die an der Stelle bei der Diskussion der Eingangsparameter in solcher Art und Weise schon agiert hätten, das kann ich schlicht nicht bestätigen - - Ich war ja auch in der Diskussion mit den ÜNB nicht dabei. Also, das kann man da auch der Mail nicht entnehmen. Je länger ich in der Mail jetzt rumlese: Das Wort „meckern“ steht da gar nicht, ne?

Frank Schäffler (FDP): Sie schreiben hier - -

Zeuge Achim Zerres: Doch.

Frank Schäffler (FDP): Doch, das steht da irgendwo. Jetzt suche ich es gerade.

Zeuge Achim Zerres: „… falls die ÜNB meckern sollten.“ Das ist hypothetisch.

Frank Schäffler (FDP): Ja, aber Sie schreiben auch: „Als Ergebnis wäre allenfalls ein Streckbetrieb für Isar akzeptabel.“ Das ist ja eine Weisung letztendlich gegenüber Ihrer Mitarbeiterin, oder?

Zeuge Achim Zerres: Nein, so arbeiten wir nicht.

Frank Schäffler (FDP): Sie arbeiten immer so, dass Sie sagen, das ist nicht akzeptabel, und dann kann die Mitarbeiterin machen, was sie will?

Zeuge Achim Zerres: Nee, das kann sie nicht.

Frank Schäffler (FDP): Sehen Sie!

Zeuge Achim Zerres: Aber wir haben bei uns in der Behörde eine Kultur, dass Leute nicht sklavisch an Dingen festhalten, von denen sie fachlich womöglich nicht überzeugt sind. Die sind dann gehalten, wenn sie das anders sehen, das nicht einfach anders zu machen, sondern Rücksprache zu halten.

Frank Schäffler (FDP): Hat die Frau [redacted] das dann gemacht?

Zeuge Achim Zerres: Im Laufe des Prozesses kamen ja immer wieder neue Erkenntnisse dazu. Und natürlich haben die Kolleginnen und Kollegen dann auch immer mal wieder diese Dinge thematisiert. Und natürlich habe auch ich im Laufe des Prozesses meine Meinung weiterentwickelt. Ich habe Ihnen ja eben gesagt - in Bezug auf das, was dann hinterher beim zweiten Stresstest rausgekommen ist -, dass da die Ergebnisse schon so waren, dass man eine Verlängerung jetzt nicht für unumgänglich halten musste, nicht für 100 Prozent zwingend, aber dass es gute Gründe gab, diesen Weg zu gehen.

Frank Schäffler (FDP): Aber können Sie sich denn vorstellen, wenn Sie jetzt hier in dieser Mail von Streckbetrieb schreiben, ja, und anschließend Herr Habeck eine Kaltreserve vorschlägt - das hat er ja anschließend gemacht - - Wie können Sie sich das erklären? Also, Kaltreserve, das haben wir hier jetzt gelernt, das ist totaler Unsinn. Das konnte man gar nicht machen. Können Sie sich irgendwie erklären, wie Herr Habeck darauf kam?

Zeuge Achim Zerres: Also, erstens ist das eine Frage, die müssen Sie Herrn Habeck stellen.

Frank Schäffler (FDP): Machen wir noch.

Zeuge Achim Zerres: Zweitens setzt auch diese Lösung einen Streckbetrieb voraus. Damit Sie die Option einer Kaltreserve haben, müssen Sie zunächst mal in dem verbleibenden Zeitraum bis Jahresende 2012 [sic!] Brennstäbe und Material einsparen. Das heißt, Sie müssen erst mal hingehen und die AKWs weniger einsetzen. Dann haben Sie die Option, im Frühjahr die vorhande-

nen, noch vorhandenen Brennstäbe für eine Kaltreserve zu nutzen. Wenn Sie die Dinger ökonomisch optimal im Jahr 2012 [sic!] durchlaufen lassen - -

Frank Schäffler (FDP): Haben Sie das geprüft, ob das so geht?

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Entschuldigung, jetzt hat sich aber zunächst der Dr. Fährmann gemeldet.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Schäffler, Sie haben jetzt von der Kaltreserve gesprochen. Haben Sie dazu eine Fundstelle? Mir ist das Konzept der Kaltreserve jetzt, ehrlich gesagt, nicht bekannt.

Frank Schäffler (FDP): Reservebetrieb. Da habe ich mich unglücklich ausgedrückt. Reservebetrieb.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Danke.

Frank Schäffler (FDP): Bitte ersetzen im Protokoll. - Haben Sie das denn untersucht, was Sie gerade geschildert haben, dass ein Reservebetrieb quasi einen Streckbetrieb voraussetzt und man das hätte schon im Sommer machen müssen? Haben Sie das untersucht?

Zeuge Achim Zerres: Also, das ist von uns jetzt meines Wissens nicht in expliziten eigenen Kraftwerkseinsatzmodellierungen mit irgendwie Betriebsdaten von AKWs simuliert worden. Aber das ist das, was bei uns in der Behörde als Wissensstand aus - -

Frank Schäffler (FDP): Aber Sie haben doch - - Vorhin haben wir das auch festgestellt, dass Ihre Behörde regelmäßig Kontakt mit dem Ministerium hatte und sich regelmäßig austauschte. Dann kann doch Herr Habeck nicht im September oder wann das war, also etwas später, sagen: „Wir machen jetzt einen Reservebetrieb“, ohne das, sage ich mal, mit Ihnen abgestimmt zu haben. Das ist doch völlig unwahrscheinlich. Also, das halte ich für völlig abwegig. Sie müssen doch am Ende mit ihm auch über diese Frage gesprochen haben. Also, das halte ich für nicht glaubwürdig, ehrlich gesagt.

(RAn [redacted]: Entschuldigung!)

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Ja.

RAn [redacted]: Entschuldigung. Das ist keine Frage nach Wahrnehmungen.

Frank Schäffler (FDP): Ich rede ja nicht mit Ihnen. Entschuldigung, Sie können sich hier an den Vorsitzenden wenden.

RAn [redacted]: Habe ich gemacht, und er hat mir das Wort erteilt.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Genau. Also eigentlich ist die Zeit schon vorbei. Ich habe die Frage jetzt auch zugelassen. Jetzt hat aber zunächst einmal Frau [redacted] das Wort.

RAn [redacted]: Danke schön. - Das ist keine Frage nach den Wahrnehmungen des Zeugen und nach Tatsachen. Das ist eine Frage danach, was Herr Habeck hätte machen müssen. Das muss man Herrn Habeck fragen. Was soll Herr Zerres dazu sagen? Das ist eine unzulässige Frage.

Frank Schäffler (FDP): Herr Vorsitzender, ich bitte um eine Unterbrechung. Wir machen bitte eine Beratungssitzung. Das akzeptiere ich nicht.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Gut, dann unterbrechen wir kurz. Ich darf die Öffentlichkeit oben bitten, uns zu verlassen. - Sie müssten bitte auch kurz rausgehen.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.29 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.32 Uhr)

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Achim Zerres: Ich würde mich jetzt irgendwie mal hilfesuchend an das Ministerium wenden, ob das von meiner Aussagegenehmigung eigentlich umfasst ist. Göttinger Energietagung in 23.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Wenn Sie so freundlich sein dürften, noch einmal kurz die Frage zu wiederholen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Sie schrieben in einer E-Mail an eine Mitarbeiterin der Deutschen Umwelthilfe:

> „Wir zahlen die Übernachtung und wir können bei weniger finanzkräftigen Organisationen die Anreise zahlen (ich erkläre die DUH dann zur "weniger finanzkräftigen Organisation…)."

Zitat Ende.

RD Dr. Ingo Fährmann (BMWK): Also, ehrlich gesagt, ich kann den Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand nicht erkennen. Aber andererseits ist es natürlich in der Akte drin. Also meinetwegen.

Zeuge Achim Zerres: Also, zur Erläuterung der Hintergründe: Die Göttinger Energietagung 2023 beschäftigte sich mit Fragen des neuen Regulierungsrahmens. Inzwischen war das Urteil des EuGH bekannt. Es war bekannt, dass es auf die Bundesnetzagentur hinauslaufen würde, im Grunde das ganze vorhandene Verordnungsgerüst in Festlegungen der Behörde umzuwandeln. Und da haben wir dann das zum Anlass genommen, darüber mit allen denkbaren betroffenen Vertretern eine Tagung zu machen, die sich in unterschiedliche Konzepte und Aspekte erklärte. Und wir wollten bewusst bei dieser Tagung auch Vertreter der Verbraucher und Vertreter der Umweltseite dabeihaben. Und wie das dann so ist: Als Behörde zahlen wir keine Honorare. ~~Und~~ Aber wir können Kosten übernehmen.

Und die DUH - - Ich weiß nicht, ob jetzt - das müssten Sie dann Frau [redacted] fragen - die von ihrer Organisation her ein Problem hatte, die Anreisekosten zu kriegen. Ich erinnere mich da jetzt nicht mehr so hundertprozentig dran. Könnte aber sein, dass das der Hintergrund war. Und im Vergleich zu anderen Organisationen, die wir da einladen - BDEW, BDI und Ähnlichen -, würde ich dazu stehen, die DUH als weniger finanzkräftig einzustufen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Die Bundesnetzagentur fühlte sich in besonderer Weise verbunden mit der Deutschen Umwelthilfe?

Zeuge Achim Zerres: Die Bundesnetzagentur fühlt sich in einer Tagung, wo es um das zukünftige Regulierungsrecht geht, dem Umstand verpflichtet, alle sogenannten Stakeholder zu beteiligen. Und wir haben gewisse Erfahrungen aus vorangegangenen Tagungen, wer ein Talent zum Reden hat, wer interessante Ergebnisse präsentiert und wer den Spagat von der reinen Umweltsicht zu einer Regulierungssicht unter Einbeziehung von Umweltbelangen schafft und wer eher nicht. Und Frau [redacted] kriegt so was hin. Deswegen haben wir die angesprochen.

Dr. Michael Kaufmann (AfD): Gut, danke. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Gibt es weitere Fragen? - Bitte.

Frank Schäffler (FDP): Weil Sie gerade sagen, die DUH wäre weniger finanzkräftig als BDEW. Oder was haben Sie gesagt?

Zeuge Achim Zerres: Oder BDI.

Frank Schäffler (FDP): Wie kommen Sie zu diesem Urteil?

Zeuge Achim Zerres: Ich habe die Finanzberichte dieser Institutionen nicht gelesen. Ich sehe aber, wer mit wie viel Aufwand welche PR betreibt, welche Kongresse veranstaltet, wer sich welche Referenten leisten kann. Daraus kann man seine Rückschlüsse ziehen.

Frank Schäffler (FDP): Und wer entscheidet so was bei Ihnen im Haus?

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/17

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 17. Sitzung
- vorläufige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 5. Dezember 2024, 10.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.800
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Stefan Heck, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

T[redacted] R[redacted] **59**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-43)

* Hinweis:
Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden dem endgültigen Protokoll beigefügt.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, ich glaube nicht. Danach schon.

Julian Grünke (FDP): Was war denn Ihr Eindruck von dieser Arbeit?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich konnte mich nicht intensiv mit den Berechnungen von THEMA beschäftigen zu dem Zeitpunkt. Ich kannte auch nicht - - Vorarbeiten waren mir nicht bekannt. Das heißt, ich wusste auch nicht, wie gut belastbar deren Strommarktmodell ist, und deswegen konnte ich nicht einschätzen, wie belastbar die Ergebnisse sind.

Julian Grünke (FDP): Wissen Sie, wer die Beratungsfirma beauftragt hat?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein.

Julian Grünke (FDP): Am 16.03. ~~hat~~ haben Sie Ihr~~em~~ Abteilungsleiter Oschmann in einer Mail Ih~~rne~~n Sorgen mitgeteilt, dass der Gedanke „Kohle und Kernenergie verdrängen nur wenig Erdgas“ voreilig sich hätte verfestigen können und man zunächst abwarten sollte, was die Übertragungsnetzbetreiber dazu sagen. Damit bleibt er ja auch bei Ihrer Einschätzung im Endeffekt. Das ist MAT A BMWK-3.03 VS-NfD, Blatt 34 bis 36, immer noch.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Tablet gezeigt)

Haben Sie auf diese Mail eine Antwort von Herrn Oschmann bekommen?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, nicht dass ich mich erinnern kann. Nein.

Julian Grünke (FDP): Herr Thorsten Falk schrieb Ihnen daraufhin, solche Anfragen sollen in Zukunft besser abgestimmt werden. Hatten Sie das Gefühl, Ihre Sorgen werden im BMWK ernst genommen, oder - -

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, erst mal: Ja, ich hatte das Gefühl, wenn wir Zeit haben, unsere Sorgen - „unsere Sorgen“ ist vielleicht das falsche Wort -, unsere fachliche Einschätzung zu kommunizieren und auch nach oben zu geben, dass diese fachliche Einschätzung auch gehört wird. Nur, wir hatten in dieser Zeit wenig Austausch, und ich hatte hier das Gefühl, dass - - bzw. parallel haben wir ja auf Fachebene mit den Übertragungsnetzbetreibern Rechnungen angestellt. Und ich war der Überzeugung, dass diese Rechnungen das beste Bild von der Lage in Deutschland geben und dass diese Rechnungen aber noch andauern, vermutlich bis Ende März, und dass wir erst dann eine fachliche Einschätzung geben können, auch zu notwendigen Maßnahmen, und dass wir jetzt, in dieser Situation, in diesem Limbo, wo noch keine Rechnung, keine fachliche Einschätzung vorliegt oder quantitative Analysen vorliegen, dass, wenn dann von außen andere Studienergebnisse reinkommen, die sozusagen schon ein Bild prägen, was wir dann später mit unseren Rechnungen nur noch schwer wieder auflösen könnten.

Deswegen habe ich hier eine E-Mail verfasst und, genau, nicht abgestimmt mit Herrn Falk, wo ich dann einfach schnell eine Einordnung schreiben wollte, die das so ein bisschen kritisch einordnet, dass das nicht einfach schnell nach oben geht: „Guck mal, hier gibt es eine gute Studie“, sondern im Sinne von, das noch mal kritisch einzuordnen, damit das nicht vorschnell zu - - oder nicht als unkritisch oder als nicht eingeordnete Studie wahrgenommen wird.

Julian Grünke (FDP): Da müssen wir gleich weitermachen in der nächsten Runde. - Danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen.

Lukas Benner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr R[redacted], könnten Sie uns noch mal eine Einschätzung geben, wie die Arbeitsbelastung damals war? Weil Sie eben sagten, Sie haben Herrn Graichen um 22 Uhr geantwortet.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich würde sagen: Es gibt ein „vor dem 24. Februar“ und ein „nach dem 24. Februar“. Die Abteilung III, und gerade das

Kommentiert [TR1]: Sinnvoll: Ich habe Hr. Oschmann meine Sorge mitgeteilt. Sonst macht auch die Frage am Ende keinen Sinn, ob ich eine Antwort von Hr. Oschmann erhalten habe.

Auffassung hat sich ja im Vermerk nicht widergespiegelt. Sie sagten, Ihnen war die Auffassung von Herrn Graichen bekannt. Ich frage mal andersherum: War Herrn Graichen Ihre Auffassung bekannt? Wissen Sie das?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Davon gehe ich aus, ja.

Andreas Bleck (AfD): Dann frage ich mich überhaupt: Warum sind Sie dann eingebunden worden?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich glaube - - Also, ich bin der Meinung, dass Herr Graichen eine Meinung hatte, auch schon eine Position bezogen hatte, wie er die Situation einschätzt, und dass er diese Position aber noch mal spiegeln wollte mit der Fachebene und noch mal diskutieren wollte.

Andreas Bleck (AfD): Ja, aber halten wir fest: Wenn Sie davon ausgehen, dass Herr Graichen Ihre Position kannte und Sie kannten Herrn Graichens Position, dann fragt man sich ja, warum es dann überhaupt die Einschaltung der Fachebene gegeben hat. Noch einmal: Es geht ja immer um die Frage der ergebnisoffenen Prüfung. Hier stellt sich doch die Frage, ob hier im Grunde genommen eine Art Lippenbekenntnis stattgefunden hat - das ist die konkrete Frage, die ich habe - und die Fachebene eingebunden wurde, um sagen zu können: Wir haben die Fachebene eingebunden. Also, wenn Sie die Position von Herrn Graichen kannten und Herr Graichen kannte Ihre Position, dann sehe ich eigentlich keinen Sinn dahinter, dass man überhaupt die Fachebene dann einbezieht.

(RAn [redacted] War das eine Frage, oder …?)

- Er kann sich dazu verhalten, ja, natürlich. - Herr R[redacted].

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Ich muss sagen, das ist jetzt pure Spekulation, die Sie da äußern. Ich kann dazu nicht Stellung nehmen.

Andreas Bleck (AfD): Dann frage ich Sie mal anders: Haben Sie sich denn eigentlich ernst genommen und vor allem wertgeschätzt gefühlt, wenn Sie Ihre energiewirtschaftliche Auffassung dem Staatssekretär spiegeln und sich im Grunde nichts davon nachher wiederfindet?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Auch das, bin ich der Meinung, habe ich beantwortet, dass das nicht unüblich ist, dass man im Ministerium einen Vermerk mit einer fachlichen Position schreibt, diesen der Leitung übermittelt und die Leitung sich auf dieser Grundlage dann ein Bild macht und dann zusammen mit den ganzen anderen Dimensionen, die in diesem Vermerk vom 7.3. vorliegen, aber in meinem Vermerk vom 3.3. nicht berücksichtigt wurden, eine gemeinsame Abwägung trifft und dann eine Entscheidung trifft. Das ist das Normalste auf der Welt im Ministerium, und deswegen war ich da - - habe ich da keine Eitelkeiten.

Kommentiert [TR2]: Optional: Für bessere Nachvollziehbarkeit.

Andreas Bleck (AfD): Herr R[redacted], in einer Mail vom 14.07.2022 wurden erste Überlegungen des BMWK zu den Annahmen für den zweiten Stresstest intern versendet; das geht hervor aus MAT A BMWK-3.24 VS-NfD, Blatt 19. Das heißt, wir befinden uns zu dieser Zeit noch am Anfang des Prozesses. Und ich unterstelle jetzt auch mal, dass es noch keine interne Abstimmung über zu verwendende Sprache, Agenda oder Zielvorgaben des BMWK zu diesem Zeitpunkt gab. Ist dem so? Also gab es zu dem Zeitpunkt dieser E-Mail vom 14.07., bis zu diesem Zeitpunkt noch keine interne Abstimmung und auch keine Sprachregelung, keine Agenda und keine Zielvorgaben?

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Also, das ist ein bisschen suggestiv. Also, die Frage, wenn ich Sie richtig verstehe, ist, ob es irgendwelche Vorgaben von oben gab, wie dieser Stresstest zu verlaufen hat. Ist das Ihre Frage?

Andreas Bleck (AfD): Genau. Richtig verstanden.

Zeuge T[redacted] R[redacted]: Nein, die gab es nicht. Meines Erachtens war der Gedanke: Wir stellen alles noch mal auf „Los“. Wir untersuchen jetzt noch mal die Versorgungssicherheit unter der konkreten Frage, was die Kernenergie dort leisten kann und durch den Streckbetrieb leisten kann im kommenden Winter, weil sich die Situation noch einmal grundlegend verändert hat. Das

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/17

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 17. Sitzung
- vorläufige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 5. Dezember 2024, 10.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.800
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Stefan Heck, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

Thorsten Falk **105**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-63)

* Hinweis:
Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden dem endgültigen Protokoll beigefügt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und endet mit der Einsetzung dieses Gremiums durch den Deutschen Bundestag am 4. Juli 2024.

Die Vernehmung wird sich wie folgt gestalten: Ich werde Sie zunächst zur Person vernehmen. Dann haben Sie die Gelegenheit, wenn Sie möchten, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Anschließend werden Sie von mir und den anderen Ausschussmitgliedern befragt. Das kann einige Zeit in Anspruch nehmen. Wenn Sie eine Unterbrechung wünschen, geben Sie uns bitte einen Hinweis; das ist kein Problem. - Haben Sie zum Ablauf Fragen?

Zeuge Thorsten Falk: Nein, danke.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Dann will ich Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Namen - Vorname, Nachname -, Alter, Beruf und Wohnort nennen. Eine genaue Adressangabe ist nicht erforderlich.

Zeuge Thorsten Falk: Vielen Dank. - Mein Name ist Thorsten Falk. Ich bin 51 Jahre, wohnhaft in Berlin und arbeite seit 2005 innerhalb der Bundesregierung, habe meine Tätigkeit begonnen im Bundesumweltministerium, bin dann 2014 ins Bundeswirtschaftsministerium gewechselt. Im Laufe dieser jetzt knapp 20 Jahre war ich schwerpunktmäßig mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, hier schwerpunktmäßig mit dem Thema „Netzintegration, Netzfragen“, beschäftigt. Mit dem Wechsel ins Wirtschaftsministerium habe ich sozusagen halt Schwerpunkt „Netze“. Und ab 2019~~7~~ bin ich Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium geworden und habe dort dann mit Fragen im Netzbereich zu tun gehabt.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Wenn Sie mögen, können Sie jetzt im Zusammenhang vortragen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Thorsten Falk: Genau. Wie bereits eben ausgeführt, würde ich ganz kurz einordnen, was meine Rolle innerhalb des Zeitraums war, der für den Untersuchungsausschuss relevant ist.

Ich habe mit Ausbruch des Krieges mich schwerpunktmäßig mit den Analysen, der Bedarfsanalyse und Systemanalysen, sowie den Stresstests 1 bis 3 beschäftigt, hatte in der Phase, insbesondere von Ende Februar~~März~~ bis April 2022, mit der Notsynchronisierung der Ukraine ans westeuropäische Stromnetz zu tun, habe in den Jahren 22/23 insbesondere Ad-hoc-Maßnahmen mit entwickelt und umgesetzt, die für einen sicheren Netzbetrieb notwendig waren, und in dieser Zeit, in diesem Zeitraum, in den zwei Jahren, halt insbesondere auch mit Systemstabilitätsfragen, das heißt mit dem Wandel des Stromnetzes durch stärkere erneuerbare Energien, aber auch Verbraucher über Stromrichter~~wechselgerichtete Stromrichter~~ - - sozusagen halt Systeme entwickelt, die einen stabilen Netzbetrieb sicherstellen.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank für die Worte. - Wir fangen dann mit der Befragung an. Es beginnt die SPD. Frau Kollegin Dr. Martens.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Falk! Vielen Dank, dass Sie da sind und sich unseren Fragen stellen. - Ich frage erst mal generell zu Ihrem Referat. Sie waren zu Beginn des Untersuchungszeitraums - das haben Sie ja auch schon erwähnt - im Jahr 22 Referatsleiter des Referats III C 2 „Elektrizitätsverteilnetze, Netztechnik“, welches dann zum Referat III C 4 „Systemsicherheit“ wurde. Meine Frage ist, ob das nur eine organisatorische Änderung war, oder wurden hier auch bestimmte Zuständigkeiten neu aufgeteilt?

Zeuge Thorsten Falk: In dem Fall wurden die Zuständigkeiten neu aufgeteilt. Das Vorgängerreferat, was sich mit Systemsicherheit beschäftigt hat, wurde geteilt in ein Referat „Krisenvorsorge“ und in ein Referat „Systemsicherheit“. Ich hatte vorher den Bereich „Verteilnetze“ und bin dann praktisch Referatsleiter für Systemsicherheit geworden. Das ist dann final erst im Mai vollzogen worden, sodass in dieser Phase, ich sage mal so, von Kriegsbeginn bis Mitte Mai praktisch so eine

nach außen, wäre relativ schnell klar geworden, dass einzelne Annahmen wie von mir aus jetzt der Gaspreis - ich habe das jetzt nicht genau im Kopf - sozusagen halt falsch gewesen wären. Und trotzdem war aber, ich sage mal, für uns dieser Stresstest hilfreich, um Tendenzen abzuleiten, aber nicht in der öffentlichen Kommunikation.

Dr. Zanda Martens (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Stefan Heck: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur CDU/CSU. Kollege Gramling.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Falk, ich würde gern am Anfang mal mit ein paar Einstiegsfragen beginnen, mit der Frage auch, wie Sie sich auf die heutige Befragung vorbereitet haben.

Zeuge Thorsten Falk: Ich habe im Sommer knapp einen Monat lang meine E-Mails von zweieinhalb Jahren gelesen und rausgesucht und aufbereitet. Und das ist die Grundlage, womit ich mich beschäftigt habe - und entsprechende Anhänge der E-Mails und anhand der herausgesuchten Unterlagen seinerzeit.

.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Haben Sie sich jetzt noch mal explizit vor dieser Befragung mit anderen Kollegen, Referaten ausgetauscht?

Zeuge Thorsten Falk: Nein.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Wurden Ihnen Akten noch mal vom Ministerium zur Verfügung gestellt, oder haben Sie das alles an Ihrem Rechner gemacht anhand der Mails, die Sie noch hatten?

Zeuge Thorsten Falk: Alles anhand meines Rechners.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Noch eine Frage zu Beginn: Ich habe festgestellt, dass Sie den ehemaligen Staatssekretär Graichen geduzt haben. Ist das normal im Wirtschaftsministerium, dass ein Referatsleiter einen Staatssekretär duzt, oder wie kam es dazu?

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne Herrn Graichen aus seiner Tätigkeit als Referatsleiter im Bundesumweltministerium - hatte ich ja ausgeführt -, und daher duzen wir uns.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Ich würde gern noch mal anschließen an den Fragenblock, der gerade eben auch schon aufgerufen wurde, und zwar um den gemeinsamen Prüfvermerk des BMUV und des BMWK vom 7. März 2022. Ich würde versuchen, auch einigermaßen chronologisch vorzugehen, und würde beginnen am 28. Februar 2022. Da hat Robert Heinrich, Leiter des Leitungsstabs, folgende Prüfbitte an Ihren Abteilungsleiter, Herrn Dr. Oschmann, geschickt:

> „… wir benötigen einen Hausvermerk, der das Ergebnis der Prüfung der Frage "Kann eine AKW-Laufzeitverlängerung in der derzeitigen Situation helfen, die Energiesicherheit zu erhöhen" verschriftlicht und mit dem wir sowohl intern als auch öffentlich arbeiten können. Der Minister hat ja gestern öffentlich angekündigt, dass es geprüft wird.
>
> Könnt ihr das zügig auf den Weg bringen? (Falls es das nicht schon gibt). Herzlichen Dank“

Das ist die Drucksache MAT A BMWK-4.01 VS-NfD, Blatt 31.

Die Frage, mit der ich beginnen möchte: ob Sie davor schon gewusst haben, dass es mal zu so einem Prüfvermerk kommen könnte. Beziehungsweise - da war ja der Angriffskrieg schon ein paar Tage alt -: Inwiefern haben Sie sich davor schon damit beschäftigt gehabt, mit möglichen Szenarien? Oder war das wirklich der erste Aufschlag sozusagen, dann auch mit dem Vermerk zu schauen: „Wie kann man mit der aktuellen Situation umgehen?“?

Zeuge Thorsten Falk: Dürfte ich die E-Mail einmal lesen und einordnen?

Fabian Gramling (CDU/CSU): Kommt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Thorsten Falk: Ihre Frage war noch mal? Entschuldigung.

Fabian Gramling (CDU/CSU): War erst mal offen gestellt. Die Frage war, ob Sie sich - - Ich meine, der Angriffskrieg war ja dann am 28. Februar, als diese Mail geschrieben wurde, schon ein paar Tage alt. Sie sind ja für das Thema Systemsicherheit verantwortlich. Das heißt: Haben Sie sich davor schon mal mit dieser Frage auseinandergesetzt gehabt oder erst dann aufgrund dieser Mail und der weiteren Vorgänge rund um den Prüfvermerk?

Zeuge Thorsten Falk: Also, einerseits: Nein, ich habe mir im Vorfeld keine Gedanken dazu gemacht. Und gleichzeitig war ich an diesem Vermerk auch nicht beteiligt.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Also, ich habe in den Mails gesehen, dass es eine Besprechung gab am 3. März mit Herrn Staatssekretär Graichen, und da hat die Frau Thomaschki gebeten, dass Sie dazukommen sollen. Haben Sie an diesem Gespräch teilgenommen?

Zeuge Thorsten Falk: Wie gerade ausgeführt, genau, habe ich keine Erinnerung daran, dass ich daran teilgenommen habe.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Aber an den Vermerk vom 3. März vom Herrn R[redacted] erinnern Sie sich.

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne sozusagen halt die Diskussion darum, und, ich sage mal, ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass ich mal im Verteiler war in irgendeiner Runde - so halt. Aber ich habe mich mit diesem Thema nicht beschäftigt.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Inwieweit haben Sie sich denn ausgetauscht auch mit anderen Referaten? Weil, ich meine, jetzt rein im - - Sie haben jetzt gesagt, Sie haben den Mailverkehr noch mal angeschaut im Somm- -

Zeuge Thorsten Falk: Zu welcher - -

Fabian Gramling (CDU/CSU): Bitte?

hat formatiert: Englisch (Vereinigte Staaten)

Zeuge Thorsten Falk: Zu welcher Frage? Zur Laufzeitverlängerung?

Fabian Gramling (CDU/CSU): In diesem Themenkomplex jetzt, wo wir gerade drin sind. Ich meine, Sie haben ausgeführt, Sie haben noch mal die alten Mails angeschaut. Wir haben einige Mails gefunden, wo sowohl Sie als auch zum Beispiel jetzt in diesem Fall der Herr R[redacted] mit in cc gesetzt waren. Da hat jetzt ein Kollege von Ihnen ein Papier geschrieben, und deswegen würde es mich einfach nur interessieren - Sie sind für Systemsicherheit verantwortlich und der andere für Versorgungssicherheit -, ob man sich da mal irgendwie nicht vielleicht auch in der Kaffeeküche oder im Rahmen von einem Austausch, von einem Termin mit der Thematik beschäftigt hat oder auch ausgetauscht hat, die Standpunkte ausgetauscht hat.

Zeuge Thorsten Falk: Also, zum damaligen Zeitpunkt war ich für Verteilnetze zuständig. Das heißt, ich hatte noch gar keine Zuständigkeit für das Thema Systemsicherheit. Es gab dann kurzfristig die Bitte, dass ich mit bei diesen Themen mitarbeite, bis es dann praktisch ja, ich sage mal so, im April oder Mai - ich weiß es nicht ganz genau - zu dieser organisatorischen Trennung kam. Und in dieser Phase haben wir ad hoc nach Lösungsansätzen gesucht, um, ich sage mal so, die Situation zu entschärfen. Ich gebe ehrlich zu, dass ich gerade in dieser Phase bis Mitte März, bis die Synchronisierung mit der Ukraine dann glücklicherweise gut funktioniert hat, praktisch relativ stark in diesem Themenkomplex drin war und nebenbei versucht habe, ich sage mal, diese Ad-hoc-Maßnahmen mit zu begleiten.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Okay. - Wie gut kennen Sie den Herrn R[redacted]?

Zeuge Thorsten Falk: Ich kenne Herrn R[redacted] seit einigen Jahren.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und wie schätzen Sie seine Expertise ein?

fürs Netz bei der höheren Leistung an Heizlüftern geringer ausfallen würde. So. Und das zeigt so ein bisschen, ich sage mal so, diese Komplexität, welche Annahmen man da trifft, und vor allen Dingen, welche Erkenntnisse man aus diesen Annahmen herausziehen kann. Und deshalb gibt es immer, ich sage mal, Diskussionen mit den Übertragungsnetzbetreibern zu den Annahmen.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Was war denn aus Ihrer Sicht das Ziel des Stresstests?

Zeuge Thorsten Falk: Ziel des Stresstestes war es, nach Möglichkeit, ich sage mal so, die aktuelle Situation bzw. die Situation, wie sie sich hätte entwickeln können, abbilden zu können und zu gucken: „Was sind zentrale Punkte oder neuralgische Punkte im Netzbetrieb, die sozusagen halt einen Stress darstellen?“, um dann ableiten zu können, welche Maßnahmen man, ich sage mal, einleiten kann, um das Problem zu lösen, sofern es zu einem Problem im Stromnetzbetrieb kam.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und gab es innerhalb - - Sie haben jetzt gesagt: Übertragungsnetzbetreiber, da gibt es immer unterschiedliche Sichtweisen. - Gab es auch unterschiedliche Sichtweisen im BMWK?

Zeuge Thorsten Falk: Wir diskutieren sehr intensiv, ich sage mal so, über unterschiedliche Annahmen. Da ging es gerade, ich sage mal, um Verbräuche beispielsweise. Also, ein ganz zentraler Treiber war die Diskussion: „Wie gehen wir mit dem Stromverbrauch der Industrie und der Wirtschaft um?“, weil da gab es, ich sage mal, Diskussionen aufgrund der hohen Strompreise, und es war auch erkennbar, dass, ich sage mal so, der Verbrauch rückläufig ist. Da haben wir uns dann beispielsweise entschieden, eben den hohen Stromverbrauch historisch zu unterstellen, um da sozusagen halt ein robustes Szenario zu entwickeln.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Hat es sich bei diesem zweiten Stresstest - wenn Sie sich jetzt mal so zurückerinnern - wirklich um ein echtes Worst-Case-Szenario gehandelt, auch gerade was die Parameter angeht, oder nicht?

Zeuge Thorsten Falk: Also, wir sind gestartet mit Annahmen, die sich dann im Laufe des Prozesses der Rechnung vom Stresstest 2 als, ich würde sagen, nicht richtig - „falsch“ ist das falsche Wort - herausgestellt haben. Es gab einerseits halt Modellprobleme, aber beispielsweise auch diese Heizlüfterthematik. Die hatten wir am Anfang noch nicht so gut abgebildet, und das wurde dann später nachgeschärft, nachdem klar war praktisch, wie die ersten Zwischenergebnisse aussehen.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Und aus Ihrer Wahrnehmung: Wie stark hat der Minister Habeck selbst bei der Durchführung des zweiten Stresstests sich eingebracht bzw. da auch Vorgaben gemacht?

Zeuge Thorsten Falk: Nach meiner Erinnerung gab es, als wir die ersten Zwischenergebnisse bekamen, die gezeigt haben, dass es, ich sage mal, nicht zu einer gestressten Netzsituation führt, die Bitte, das System so zu stressen, dass es praktisch erkennbar ist, wo neuralgische Punkte im Netzbetrieb sind.

Fabian Gramling (CDU/CSU): Wir sind auf eine Mail gestoßen vom 13. Juli 2022, die Ihr Abteilungsleiter, Herr Dr. Oschmann, an Sie weitergeleitet hat, mit einer Weisung von Minister Habeck, wo es heißt:

> „mdB um Berücksichtigung:
> BM bittet darum, insbesondere folgende Annahmen zugrunde zu legen:
> "1. Rhein wie 2018
> 2. AKW in F“

- voraussichtlich für „Frankreich“ -

> „ohne die, die nach Wartung wieder ans Netz gehen
> 3. Gasspeicher voll, aber keine Lieferung mehr ab November.""

Das sind ja dann schon klare Annahmen, die gefordert wurden. Und da stelle ich mir die Frage oder habe ich mir die Frage gestellt, wenn man sagt, man möchte da einen Stresstest machen, ob manche Annahmen schon klar waren oder ob es

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/17

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 17. Sitzung
- vorläufige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 5. Dezember 2024, 10.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal E.800
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Stefan Heck, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite**

Öffentliche Zeugenvernehmung

Jan-Kristof Wellershoff **140**
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
(Beweisbeschluss Z-48)

* Hinweis:
Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden dem endgültigen Protokoll beigefügt.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Okay, also, der Termin am 13. September war nach meiner Erinnerung jetzt zunächst mal der einzige Termin, der in großer Runde mit Staatssekretär und BMUV-Beteiligung und den Betreibern stattgefunden hat, jeweils getrennt. Es war auch der erste Termin, an dem ich teilgenommen habe mit den Betreibern, und es war eigentlich auch nach meiner Wahrnehmung der erste Termin, wo auch sozusagen im Detail über die Möglichkeiten eines Weiterbetriebs der Kernkraftwerke gesprochen wurde. Ich kann nicht beurteilen, ob es natürlich bilaterale Gespräche auf welchen Ebenen auch immer gegeben hat; aber zuvor hat es ja im Wesentlichen auch einen Briefaustausch gegeben, wo man sich Briefe geschrieben hat, zum Teil auch medial kommuniziert hat. Und meine Erinnerung ist insofern, dass zu Beginn des Gesprächs ein Großteil des Gesprächs darum kreiste, erst mal, sage ich mal, Missverständnisse, die im Raum standen, auszuräumen.

Um ein Beispiel an der Stelle zu nennen: Das war auch zu dem Zeitpunkt nach meiner Erinnerung in der öffentlichen Diskussion, dass das BMWK womöglich eine Reserve vorschlägt oder prüft, wo sozusagen die Atomkraftwerke ständig an- und abgefahren werden, auf Tagesbasis oder auf Wochenbasis oder irgendwie so was, obwohl das jedenfalls in den Prozessen, wo ich dabei war, niemals diskutiert wurde, und wo natürlich dann auch die Betreiber in dem Gespräch zunächst mal sehr vehement darauf hingewiesen haben, dass das die Atomkraftwerke überhaupt nicht leisten können. Das heißt, ein Großteil des Gesprächs ging darum, ob und unter welchen Bedingungen Atomkraftwerke überhaupt Reserveleistungen erbringen können.

Und dann haben wir auch das erste Mal dargestellt, was wir uns sozusagen überhaupt als Konzept einer Reserve für Atomkraftwerke vorstellen können. Das ist nämlich nicht so eine Reserve, wo der ÜNB oder wer auch immer ~~das ständig sagt, sondern das ist im Prinzip --~~entscheidet, ob die Kraftwerke laufen oder nicht und sich das kurzfristig ständig ändern kann. Was dann damals im Raum stand, war das, was wir intern immer Kaltreserve genannt haben: Sie laufen erst mal weiter und bereiten sich dann vor, und dann gibt es irgendwann, zu einem späteren Zeitpunkt, die Entscheidung, ob sie dann weiterbetrieben werden sollen. Und wenn sie nicht - - Sonst fahren sie runter, und wenn sie runterfahren, sind sie dann in so einer Art Stand-by. Das war tatsächlich die Überlegung, die da im Rahmen der Kaltreserve zunächst mal im Raum stand, dass man sie dann auch zu einem späteren Zeitpunkt noch abrufen kann.

Und der Hintergrund für diese Überlegungen war ja im Kern, dass wir es mit einer hochdynamischen Situation zu tun hatten. Also, die energiewirtschaftlichen Fundamentaldaten - das werden Ihnen die Kollegen noch mehr geschildert haben, als ich das könnte - waren eben dynamisch, ja. Es war insbesondere unklar, wie sich die Atomkraftwerksflotte in Frankreich entwickeln würde. Da gab es im Prinzip täglich neue Statusmeldungen von EDF. So ist es auch bei mir angekommen. Ich habe die nicht im Detail ausgewertet, aber das war die Unsicherheit. Und die Überlegung war halt, die Entscheidung über den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke jetzt nicht im September zu treffen, sondern eben näher an dem Zeitpunkt, wo man dann die Situation in dem Winter tatsächlich beurteilen kann. Und deswegen hatten wir eben im Blick eine Reserve, die im Prinzip an/aus ist, Anschalter/Ausschalter, aber nur einmal.

Und ein Kern des Gesprächs nach meiner Erinnerung war - - Und das war ein sehr intensives Gespräch, aber für uns auch ein Gespräch, wo wir sehr viel gelernt haben, ich als Nichtatomexperte, weder Atomrechtler noch Atomwirtschaftler, auch viel gelernt habe. Und dann haben wir in den weiteren Gesprächen nach meiner Erinnerung insbesondere die Möglichkeiten der Kaltreserve, also des Stand-by-Betriebs von Atomkraftwerken, diskutiert. Da wurde dann auch - - Da haben die Betreiber dann darauf hingewiesen, welche Restriktionen es gibt. Jeder Betreiber hatte ja verschiedene Optionen festgestellt, weil die Kraftwerke waren da auch sehr unterschiedlich, was sie können. Und das waren die Themen, die diskutiert wurden, ja, also die technischen und ökonomischen Fähigkeiten der Kraftwerke.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

Robin Mesarosch (SPD): Thema „ökonomische Fähigkeiten“: Die Fachreferate hatten schon herausgearbeitet, dass die eine Variante wesentlich kostentechnisch aufwendiger ist als die andere, nämlich die Reserve. Inwiefern hat dieser Kostenaspekt eine Rolle bei den Betreibergesprächen gespielt? Wir sehen in den Protokollen, dass für die Kostenverteilung diskutiert worden ist, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag in Betracht zu ziehen. Inwiefern war die Idee von so einem öffentlich-rechtlichen Vertrag schon am 13. September in diesen Betreibergesprächen Thema?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich erinnere jetzt nicht ganz genau, ob das schon am 13. September aufgebracht wurde; aber eigentlich muss es so sein, weil es war eine Forderung der Betreiber von Beginn an und im Prinzip den gesamten Prozess durch. Das ist auch ein durchaus übliches Vorgehen, das ist auch ein Vorgehen, was ich aus anderen Zusammenhängen kenne. Das ist das, was die Rechtsbeistände der Betreiber den Betreibern empfehlen. Und insofern war das sicherlich auch da schon Thema. Wobei: Bei dem Termin stand eben die technisch-wirtschaftliche Umsetzbarkeit und weniger die rechtliche Umsetzbarkeit im Vordergrund, nach meiner Erinnerung.

Robin Mesarosch (SPD): Danke. - Am 17. September, vier Tage später, haben Sie Herrn Staatssekretär Graichen eine E-Mail geschickt. Das ist die MAT A BMWK-3.40 VS-NfD, Blatt 21. Im Fall einer politischen Diskussion über so einen öffentlich-rechtlichen Vertrag erörtern Sie Argumente sowohl für als auch gegen einen solchen Vertragsabschluss. Können Sie uns darstellen, welche Argumente damals nach Ihrer Einschätzung für und gegen einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit diesem Ziel gesprochen haben?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, wie gesagt, ich habe ja die Argumente dargestellt. Das ist auch nach wie vor richtig so. Ich würde mal sagen, es gibt zwei Argumente; es gibt eigentlich eine Reihe von Argumenten. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag ist einfach nicht das Instrument der Verwaltung, sondern da gibt es Gesetze und Verwaltungsakte und nicht Vertrag. Das ist erst mal ein ganz grundsätzliches Argument.

Aber im Kern ist natürlich ein Vertrag sehr schwer zu verhandeln. Da müssen viele Details geregelt werden, die dann auch im Gesetz geregelt werden. Aber das eigentliche Kernproblem ist: Erstens braucht man eine Rechtsgrundlage dafür. Die haben wir nicht gesehen, die habe ich jedenfalls nicht gesehen. Und zweitens ist das einzige Ziel des öffentlich-rechtlichen Vertrages ja, Sie als Parlament zu binden. Also der dient ja nur dafür, einen Schadensersatzanspruch auszulösen für den Fall, dass Sie als Parlament anders entscheiden, als die Regierung das vereinbart. Das ist bei allen - - Das ist sozusagen Ziel, Wesenskern, und das ist bei manchen öffentlich-rechtlichen Verträgen auch sachgerecht. - - Wir haben es ja im Kohlebereich gemacht, wo es um Fragen von 20 Jahren Laufzeit geht und länger, oder auch im Kernkraftbereich, KFK. Da ist es absolut sachgerecht. In diesem Fall aber, nach meiner fachlichen Einschätzung damals, war es das eben nicht, und es war auch unüblich.

Auch die Braunkohlebetreiber waren, auch wenn die Atomkraftwerke - wir haben das natürlich auch vorgehalten - das nicht gerne gehört haben, aber in derselben Situation. Auch die mussten in Vorleistung gehen. Es ging ja im Wesentlichen darum, dass die Betreiber in Vorleistung gehen mussten, um sich auf diesen Reservebetrieb vorzubereiten. Das mussten auch die Braunkohlebetreiber. Die mussten auch Kraftwerke ausmotten, vorbereiten, signifikante Kosten eingehen, ohne die Sicherheit zu haben. Und wir haben da - und das habe ich, glaube ich, auch dargestellt; genau - die politische Verständigung. Wir haben auch - ich persönlich, auch die Kollegen - den Betreibern gesagt: Eine politische Zusage, worauf ja dieser Prozess hinsteuerte, vom Bundeskanzler, vom Vizekanzler und vom Finanzminister, ist was, auf der Basis können auch CEOs Entscheidungen über einen Reservebetrieb von Kernkraftwerken treffen.

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie war denn der Prozess damals? Wuchsen da mit solchen Aussagen die Zweifel an einem Reservebetrieb, oder hat Sie das eigentlich wenig gekümmert? - Also, ich bringe Ihnen mal das Schreiben von Herrn Knott.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, das deckt sich mit meiner Erinnerung und dem, was ich ja auch schon geschildert hatte. Das ist natürlich so, dass am Anfang der Diskussion wir keine detaillierten Kenntnisse über die Situation in den einzelnen Kernkraftwerken hatten. Die hatte auch niemand außer den Betreibern. Das heißt, es war der Austausch mit den Betreibern erforderlich. Das ist in diesem Fall sozusagen keine Besonderheit, sondern es passiert auch in vielen anderen Fällen. Auch bei den Kohlereserven haben wir uns zu den technischen Möglichkeiten der Kraftwerke sehr eng ausgetauscht.

Darüber hinaus erinnere ich sehr klar, weil es mehrfach besprochen und, ich glaube, auch schriftlich festgehalten wurde: Es war völlig klar, dass niemals Dinge gemacht würden, die sicherheitstechnisch nicht zu vertreten sind, ja. Also das, was nicht genehmigt werden kann, oder das, wo es Risiken gibt, wo Risiken sich vergrößern, wird nicht gemacht. Und insofern hat uns das natürlich gekümmert, dass - - Wenn der Betreiber sagt: „Es kann im Streckbetrieb maximal einmal runter- und wieder hochgefahren werden.“ - und die mussten ja runterfahren, also der Betreiber des Kraftwerks musste runterfahren für diesen Ventilaustausch bei Isar 2, kann danach nicht noch mal hochfahren -, dann war das eine absolut relevante Information. Und nach meiner Erinnerung war damit das Thema Kaltreserve - also, sie gehen in einen Stand-by-Betrieb - für Isar 2 auch vom Tisch.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Also, um vielleicht noch mal zum Term Sheet zu kommen: Welche Kollegen waren da beteiligt bei der Erstellung des Term Sheets?

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Ich weiß es nicht mehr genau.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Also, aus unseren Unterlagen geht hervor, dass auch unser Herr Fährmann beteiligt war. Welche Aufgaben hatte denn der Herr Fährmann? - Also, die Frage geht an Sie, Herr Wellershoff. - Genau, das ist MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 399 bis 402.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Gut, also, ich erinnere, dass es im Prinzip so war, wie es ja auch in dieser E-Mail stand, also dass es tatsächlich den Auftrag gab, im Nachgang zu dem Telefonat - - zu dem Termin am 13. tatsächlich die Eckpunkte für eine mögliche Einsatzreserve zu skizzieren, und das sollte in dem Term Sheet umgesetzt werden, und da hat auch der Herr Fährmann unterstützt, genauso wie der Kollege, ich nehme mal an, Thorsten Falk.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Okay. - Das ging dann weiter. Dann ging das Term Sheet an Minister Habeck. Und Minister Habeck meinte, dass er meist sprachlich entsprechend Änderungen vorgenommen hätte. Und Sie baten dann wiederum Herrn Fährmann - ich zitiere; also, das ist jetzt noch mal eine neue MAT-Nummer, MAT A BMWK-3.27 VS-NfD, Blatt 424 bis 425 -,

„bei Gelegenheit nochmal draufzugucken, ob die harten Fakten noch alle drin sind.“

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Jan-Kristof Wellershoff: Also, ich erinnere mich vor allen Dingen noch an die E-Mail vom Herrn Minister, weil wenn ein Minister schreibt: „Super Aufschlag“, dann aber weitermacht: „Anbei meine Überarbeitung“, und man das Dokument aufmacht und es ist alles bunt, dann denkt man sich: „Meist sprachlich“, ob das wohl stimmen mag?